

97. Sitzung

Potsdam, Freitag, 27. Juni 2014

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen der Präsidentin	7968	Frau Poppe (LAKD)	7979
1. Aktuelle Stunde		Frau Melior (SPD)	7980
Thema:		Dombrowski (CDU)	7981
Brandenburg zukunftssicher machen -		Jürgens (DIE LINKE)	7982
Fortschritt durch Freiheit!		Frau Teuteberg (FDP)	7983
Antrag		Vogel (B90/GRÜNE)	7984
der Fraktion der FDP		Ministerin für Bildung, Jugend und Sport	
Drucksache 5/9202	7968	Dr. Münch.	7985
Büttner (FDP)	7968	3. Tätigkeitsbericht des Sonderausschusses BER	
Frau Geywitz (SPD)	7970	Drucksache 5/8963	
Prof. Dr. Schierack (CDU)	7971	Entschließungsantrag	
Frau Mächtig (DIE LINKE)	7972	der Fraktion der SPD	
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	7973	der Fraktion DIE LINKE	
Ministerpräsident Dr. Woidke	7974	Drucksache 5/9287	
Prof. Dr. Schierack (CDU)	7975	Entschließungsantrag	
Frau Mächtig (DIE LINKE)	7976	der Fraktion der CDU	
Minister der Justiz Dr. Markov.	7976	der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Kurzintervention		Drucksache 5/9288	
des Abgeordneten Burkardt (CDU)	7977	<u>in Verbindung damit:</u>	
Büttner (FDP)	7978	Bericht der Landesregierung zu den Beschlüs-	
2. Zweiter Tätigkeitsbericht der Beauftragten		sen des Landtages vom 27. Februar 2013	
des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung		„Volksbegehren ‚Für eine Änderung des § 19	
der Folgen der kommunistischen Diktatur		Absatz 11 des Landesentwicklungsprogram-	
(Berichtszeitraum: 1. Januar 2012 bis		mes zur Durchsetzung eines landesplaneri-	
31. Dezember 2013)		schen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin	
Drucksache 5/8944		Brandenburg International (BER)“ (Druck-	
Beschlussempfehlung und Bericht		sachen 5/6894-B und 5/6916-B) und vom 5. Ju-	
des Hauptausschusses		ni 2013 „Akzeptanz für den Flughafen Willy	
Drucksache 5/9186		Brandt durch Nachtruhekompromisse (erhö-	
(Neudruck)	7979	hen)“ (Drucksache 5/7376-B)	

	Seite		Seite
Bericht der Landesregierung		6. Die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser im Land Brandenburg stärken	
Drucksache 5/9227		Antrag der Fraktion der CDU der Fraktion der FDP	
Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Drucksache 5/9233.....	8009
Drucksache 5/9270.....	7986	Büttner (FDP)	8009
Frau Geywitz (Vorsitzende des Sonderausschusses BER)	7986	Frau Lehmann (SPD)	8010
Ministerpräsident Dr. Woidke	7987	Frau Schier (CDU)	8011
Kurzintervention des Abgeordneten Goetz (FDP)	7989	Frau Rabinowitsch (DIE LINKE)	8011
Frau Gregor-Ness (SPD)	7990	Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	8012
Genilke (CDU)	7992	Dr. Hoffmann (fraktionslos).....	8013
Ludwig (DIE LINKE)	7994	Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske	8014
Beyer (FDP)	7996	7. Kommunale Handlungsfähigkeit sichern - dauerhafte Entschuldung von Kommunen jetzt beginnen	
Vogel (B90/GRÜNE).....	7997	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
4. Braunkohlebergbau ausbauen? - das Volk be- fragen		Drucksache 5/9234.....	8015
Antrag der Fraktion der FDP		Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	8015
Drucksache 5/9150.....	7999	Schippel (SPD)	8016
Büttner (FDP)	7999	Burkardt (CDU)	8017
Frau Stark (SPD)	8001	Frau Vogdt (FDP)	8018
Bretz (CDU)	8001	Ludwig (DIE LINKE)	8019
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	8001	Minister des Innern Holzschuher	8020
Kurzintervention des Abgeordneten Goetz (FDP)	8002	Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	8020
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	8002	8. Vorbildfunktion der Landesbehörden bei Energieeinsparung und Klimaschutz transpa- rent und bürgernah gestalten	
Vogel (B90/GRÜNE)	8003	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Hoffmann (fraktionslos).....	8004	Drucksache 5/9235.....	8021
Minister des Innern Holzschuher	8004	Jungclaus (B90/GRÜNE)	8021
Büttner (FDP)	8004	Frau Alter (SPD)	8022
5. Die Bundesregierung soll heimliche Steuer- erhöhungen umgehend zurücknehmen: Steuer- zahler durch Abbau der kalten Progression entlasten - Leistungsgerechtigkeit für Beschäf- tigte mit kleinen und mittleren Einkommen wiederherstellen!		Bretz (CDU)	8022
Antrag der Fraktion der FDP		Jürgens (DIE LINKE)	8022
Drucksache 5/9176.....	8005	Büttner (FDP)	8023
Frau Vogdt (FDP)	8005	Minister der Finanzen Görke	8024
Frau Geywitz (SPD)	8006	Jungclaus (B90/GRÜNE)	8024
Burkardt (CDU)	8007	9. Für Brandenburgs Sicherheit! - Prävention stärken und finanziell fördern	
Jürgens (DIE LINKE)	8007	Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE	
Vogel (B90/GRÜNE)	8008	Drucksache 5/9240	
Minister der Finanzen Görke	8009		
Frau Vogdt (FDP)	8009		

	Seite		Seite
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU		Minister des Innern Holzschuher	8034
		Goetz (FDP)	8035
Drucksache 5/9273	8025	11. Umsetzung des Handlungskonzepts „Toleran- tes Brandenburg“ der Landesregierung (gemäß Beschluss des Landtages vom 25.03.2010 - Drs. 5/632-B)	
Frau Stark (SPD)	8025	Bericht der Landesregierung	
Lakenmacher (CDU)	8026		
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	8027	Drucksache 5/9177	8036
Goetz (FDP)	8028	Präsident Fritsch	8036
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	8029		
Minister des Innern Holzschuher	8030	Anlagen	
10. Fachhochschule der Polizei stärken - jährlich 300 Anwärter aufnehmen!		Gefasste Beschlüsse	8040
Antrag der Fraktion der FDP		Anwesenheitsliste vormittags	8042
Drucksache 5/9229	8031	Anwesenheitsliste nachmittags	8043
Goetz (FDP)	8031		
Ziel (SPD)	8032	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
Lakenmacher (CDU)	8033		
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	8033		
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	8034		

Vizepräsidentin Große:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 97. und vermutlich letzte Sitzung in dieser Legislaturperiode. Seien Sie herzlich willkommen! Ich möchte vor Eintritt in die Tagesordnung herzliche Glückwünsche aussprechen. Bettina Fortunato hat heute Geburtstag. Alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Ich hoffe, es wird ein umfassend glücklicher Tag, wenngleich man sich sicherlich vorstellen könnte, seinen Geburtstag andernorts zu verbringen.

Gibt es Bemerkungen zur Arbeitsfassung der Tagesordnung? - Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren.

Ich habe folgende Abwesenheiten zu verkünden: Es fehlen ganztägig Frau Ministerin Tack, die durch Minister Dr. Markov vertreten wird, sowie die Abgeordneten Kosanke und Folgart.

(Folgart [SPD]: Ich bin da!)

- Oh! Herr Folgart ist da. Man sollte wirklich in die Runde blicken und nicht nur auf's Papier. Und Herr Kosanke, ist er auch da? - Nein, ihn sehe ich nicht. Es fehlt also nur Herr Kosanke ganztägig.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, begrüße ich ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der Sportbetonten Gesamtschule Potsdam. Seid herzlich willkommen! Ihr erlebt eine spannende letzte Landtagssitzung.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde**Thema:**

Brandenburg zukunftsfähig machen - Fortschritt durch Freiheit!

Antrag
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/9202

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der einbringenden Fraktion. Herr Abgeordneter Büttner, Sie haben das Wort.

Büttner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Schönen guten Morgen! Der Kollege Ness hat in seiner gestrigen Rede zur Aktuellen Stunde gleich zu Beginn die Frage in den Raum gestellt, die ich Ihnen sehr gern beantworte

(Ness [SPD]: Das haben Sie doch gestern schon!)

- nein, warten Sie ab; Sie kennen die Antwort noch nicht -, warum wir quasi zwei Aktuelle Stunden zum selben Thema beantragt hätten. Kollege Ness, dem ist nicht so! Denn während Sie sich gestern zusammen mit der Kollegin Mächtig im gegenseitigen Schulterklopfen und Danksagen geübt haben, denke ich, dass der Anspruch der Brandenburgerinnen und Brandenburger nicht nur darin besteht, darauf zu schauen, was in den vergangenen fünf Jahren in diesem Parlament an politischer Arbeit umgesetzt wurde, sondern auch darin, zu erfahren, vor welchen Herausforderungen dieses Land steht. Deshalb, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich in dieser Aktuellen Stunde einige Punkte anspreche, deren Umsetzung wir Liberale in der nächsten Legislaturperiode für notwendig halten.

Wir wissen: Diese Legislaturperiode ist Geschichte. Nun geht es darum, den Brandenburgerinnen und Brandenburgern zu sagen, wie ihre persönliche Zukunft aussehen soll und welche Dinge wir in der Verantwortung für unser Land umzusetzen haben.

Gestatten Sie mir, weil meine Fraktion es nach wie vor für wichtig hält, dass wir uns um die Grundlagen kümmern, einige wenige Sätze zum Thema Bildung zu sagen. Gestern gab es eine Demonstration von mehreren hundert Kindern sowie Erziehern und Eltern, die sich um die frühkindliche Bildung in diesem Land Sorgen machen; einige Kollegen waren dort. Diese Sorgen muss man ernst nehmen, denn es geht darum, wie wir unseren Kindern - unserer Zukunft - eine gute Elementarbildung angeeignet lassen können. Es ist der Auftrag für die nächste Legislaturperiode, endlich eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in der frühkindlichen Bildung hinzubekommen.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Es ist notwendig, meine Damen und Herren, dass wir in der Zukunft besser darauf achten, dass die Erzieher in der Elementarbildung Portfolios nicht - unentgeltlich - in ihrer Freizeit schreiben müssen - spät abends, um am nächsten Morgen die Kinder wieder zu betreuen. So etwas muss im Betreuungsschlüssel berücksichtigt werden.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Ich glaube, dass wir in der Bildung insgesamt ein Systemproblem haben. Wir sind doch alle der Auffassung, dass Elementarbildung die wichtigste Bildung ist, die wir unseren Kindern mitgeben können. Deswegen verstehe ich nicht - das ist eine Aufgabe, der wir uns alle zu stellen haben -, warum diejenigen, die in der Elementarbildung tätig sind, die Erzieherinnen und Erzieher, in unserem Bildungssystemen am allerwenigsten verdienen. Das erschließt sich mir nicht, und das ist eine Aufgabe, die dieses Parlament zu lösen hat.

(Beifall FDP)

Ebenso, meine Damen und Herren, Frau Ministerin - ich will gar nicht über den Unterrichtsausfall und Ähnliches reden -, glaube ich, dass es ein Fehler in dieser Legislatur war, Kürzungen bei den Schulen in freier Trägerschaft vorzunehmen.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Auch ein Bildungssystem lebt vom Wettbewerb zwischen den Schulen - wir erleben es an vielen Stellen -, und ich bin der

Überzeugung, dass wir uns gerade vor dem Hintergrund von 400 Schulschließungen in den Jahren von 1999 bis 2009 dazu entschließen sollten, den Versorgungsauftrag auch an die Schulen in freier Trägerschaft zu geben.

Eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung unseres Landes sind gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Wir müssen unser Land für die Zukunft fit machen, nicht nur, weil es ein Selbstzweck ist, sondern weil der Wettbewerb stärker wird, weil auch wir in Brandenburg globaler geworden sind und die Globalisierung vor unserem Land richtigerweise keinen Halt macht. Es geht um den brandenburgischen Mittelstand, der das Rückgrat unserer Gesellschaft ist. Die Wirtschaft braucht, wie gesagt, gute Rahmenbedingungen. Sie braucht ein gut ausgebautes Straßennetz, welches nicht auf Verschleiß gefahren wird. Wir wissen, wir müssen mehr in die Landesstraßen investieren, und deswegen wird in der nächsten Legislaturperiode der Auftrag lauten, uns deutlich intensiver um den Zustand unserer Landesstraßen zu kümmern und den Haushalt des Infrastrukturministeriums entsprechend auszustatten.

(Beifall FDP)

Ebenso geht es um den Breitbandausbau in unserem Land. Herr Ministerpräsident a. D. Platzeck, Sie hatten 2008 versprochen, bis 2009 alle weißen Flecken zu beseitigen. Dieses Versprechen ist von der Landesregierung nicht eingehalten worden. Wir haben im Land heute noch enorm viele weiße Flecken. Das behindert natürlich unsere Entwicklung, und die demografische Entwicklung wird dadurch noch verschärft. Viele Menschen mit Berufen, die es ermöglichen, von zuhause aus zu arbeiten, würden gern in ländliche Regionen ziehen. Aber Voraussetzung dafür ist eine schnelle Internetverbindung. Schnell ist eine Übertragung nicht mit 1 oder 2 Megabit, sondern mit 50 Megabit pro Sekunde. Dieser Aufgabe werden wir uns zukünftig zu stellen haben.

Die politische Entscheidung zur Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen war ebenso falsch wie das Vergabegesetz, welches zu neuen Hürden und vergabefremden Regelungen geführt hat. Aus unserer Sicht sind diese Regelungen rückgängig zu machen, und der Wirtschaft ist die Möglichkeit zu geben, an öffentlichen Aufträgen vernünftig teilzuhaben. Es sind die richtigen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes zu setzen, sie darf nicht in ein staatliches Regelungskorsett gesteckt werden.

(Beifall FDP)

Die großen Herausforderungen liegen auch im Bereich Gesundheit und Pflege. Ich habe nicht verstanden, warum Ministerin Tack bis heute nicht erkannt hat, dass wir einen dramatischen Ärztemangel in unserem Land haben. Ich erinnere an eine ihrer letzten Reden, in der sie den Ärztemangel „so nicht festgestellt“ hat. Wir wissen aber um die Situation, dass Fachärzte keine Patienten mehr annehmen. Das können wir uns nicht leisten. Es kann doch in einem Land wie Deutschland bzw. Brandenburg nicht wahr sein, dass Fachärzte und selbst Allgemeinmediziner keine Patienten mehr annehmen, weil sie überlastet sind. Genauso betroffen ist der Pflegebereich, um den wir uns in diesem Hause intensiv gekümmert haben.

Eine weitere Herausforderung wird sein, die Sicherheit unserer Bevölkerung zu garantieren. Es gab in den vergangenen Jahren

einen massiven Stellenabbau bei der Polizei - immer mit falschen Vergleichen und unter falschen Voraussetzungen. Wir haben uns gern mit dem Land Schleswig-Holstein verglichen. Das Land Schleswig-Holstein hat ganz andere Voraussetzungen. Wir sind ein Transitland - auch ein Transitland für Kriminalität. Die Sorgen der Menschen in der Grenzregion müssen ernst genommen werden. Es wird nicht ausreichen, vier Hundertschaften an die Grenze zu schicken - wenn auch langfristig -, wenn wir wissen, dass sie auch an anderen Stellen in unserem Land benötigt werden. Es wird nur gehen, indem wir mehr Anwärter als vorgesehen in den Polizeidienst aufnehmen, die an der Fachhochschule der Polizei ausgebildet werden. Eine freie Gesellschaft braucht, um sich entfalten zu können, ein vernünftiges Maß an Sicherheit.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren! Ich will auf einen Punkt eingehen, der uns alle in dieser Legislaturperiode beschäftigt hat und der auch in der Zukunft von Bedeutung sein wird: Menschen, die in unser Bundesland kommen, dringend benötigte Fachkräfte, aber eben auch Flüchtlinge. Meine Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren sehr intensiv um die Flüchtlingspolitik in diesem Land gekümmert. Wir haben die Unterbringungskonzeption, wir haben den Umgang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen, die in unser Land kommen, diskutiert. Ich möchte für uns Liberale klar und deutlich festhalten: Alle Menschen, die nach Brandenburg kommen, sind uns willkommen - egal vor welchem Hintergrund. Unser Brandenburg ist ein weltoffenes, tolerantes und liebenswertes Land.

(Beifall FDP, SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE und der Abgeordneten Heinrich [CDU])

Seit vielen Hundert Jahren ist unsere Region ein Zuwanderungsland, und ich wünsche mir, dass wir dieses Thema, gerade nachdem wir den Sozialreport gelesen haben - Sie alle kennen ihn -, wonach es unter den Brandenburgern eine große Abneigung und Vorbehalte gegenüber Menschen, die aus anderen Ländern hierher kommen, gibt, zu einem Zukunftsthema machen - für gleiche Chancen, für den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt, für gleiche Bildungschancen aller Flüchtlinge, die in unser Land kommen. Sie sollen in unserem Land willkommen sein.

Die Aufgaben werden in Zukunft nicht kleiner, sondern größer - auch durch weniger Finanzzuweisungen. Deswegen muss sich das Land auf seine eigentlichen Aufgaben, auf die Kernaufgaben konzentrieren. Ja, wir Liberalen haben andere Ansichten als SPD und Linke; das ist auch gut so. Wir haben in vielen Bereichen auch andere Ansichten als CDU und Grüne, das ist auch gut so.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Aber richtig andere!)

Aber uns alle eint der Wille, unsere Heimat zu entwickeln und den Menschen echte Zukunftsperspektiven zu geben. Wir, meine Damen und Herren, stehen für gute Bildung von Anfang an, für Sicherheit in Freiheit mit einer starken und gut ausgestatteten Polizei, ohne weitere Eingriffe in die Rechte der Bürger, für ein Land, in dem Leistung sich lohnt, und diejenigen, denen das Schicksal nicht wohlgesonnen war, nicht auf der Strecke bleiben. Dies ist die Herausforderung für die Zukunft unserer Heimat Brandenburg. Dies ist die Herausforderung, der sich

dieses Parlament auch in den kommenden fünf Jahren zu stellen hat. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Geywitz hat das Wort.

Frau Geywitz (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Büttner, Sie haben mich vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt. Als ich den Titel der Aktuellen Stunde las, dachte ich: Oha, dritter Plenartag morgens, selbiges Thema wie am Vortag. Verweist du da einfach auf die gestrigen Ausführungen und sagst, damit ist alles gesagt? - Das möchte ich nicht tun, denn es ist das gute Recht jeder Fraktion, das Thema für die Aktuelle Stunde festzulegen bzw. zu beantragen. Ich finde, der Respekt der Kollegen untereinander gebietet es, dass man sich mit dem Thema der Aktuellen Stunde entsprechend auseinandersetzt.

Wenn wir gestern eine Stunde lang eine spannende und emotionale Debatte über die Bilanz „Fünf Jahre rot-rote Landesregierung“ geführt haben, so habe ich nachgedacht, was heute mein Beitrag sein könnte. Ich dachte, vielleicht kann man einmal Bilanz über „Fünf Jahre FDP“ ziehen.

(Heiterkeit SPD)

Nun weiß ich, dass die FDP sich in einer psychisch schwierigen Situation befindet, deswegen mache ich keine Scherze, sondern meine das ganz ernst. Ich habe gestern Abend das Wahlprogramm der FDP von 2009 in die Hand genommen. Es war nämlich gar nicht so leicht, Bilanz über die Arbeit einer Oppositionsfraktion zu ziehen; denn ziemlich viel von dem, was Sie beantragt haben, haben wir verhindert. Wir standen der freien Entfaltung der liberalen Politik doch manches Mal im Wege. Ich habe gestern Abend ein, zwei Stunden das Wahlprogramm der FDP von 2009 gelesen und mich gefragt: Was haben sie damals, als sie zu uns kamen, gewollt? Was davon haben wir umgesetzt?

(Widerspruch bei FDP und CDU - Senftleben [CDU]: „Als sie zu uns kamen“ - Wo lebt ihr denn? - Büttner [FDP]: Gehört Ihnen das Parlament?)

Das Parlament gehört mir nicht - das ist Ihnen, glaube ich - bekannt, aber ich habe mir die Forderungen der Konkurrenz angesehen, und zwar unter dem Blickwinkel: Wo gibt es Überschneidungen? Was davon haben wir erfüllt?

In Ihrem Wahlprogramm von 2009 steht: „... die Schaffung eines Neueinstellungskorridors für Lehrer, um einer Überalterung des Lehrkörpers ebenso entgegenzuwirken wie der Abwanderung ausgebildeter Lehrkräfte in andere Bundesländer“. Das haben wir geschafft. Wir haben es nicht nur geschafft, dass unsere Lehrkräfte nicht mehr abwandern, sondern es kommen viele Hundert Lehrkräfte aus anderen Bundesländern nach Brandenburg. 2 800 neue Lehrerinnen und Lehrer - die Zahl haben wir gestern schon mehrfach erwähnt - wurden in der Legislaturperiode eingestellt, viele hundert mehr werden in den nächsten Tagen und Wochen folgen.

Wir haben aber auch einige Dinge, die in Ihrem Wahlprogramm standen, nicht getan. Zum Beispiel haben Sie damals vorgeschlagen: „Durch ein Drei-Säulen-Modell aus staatlicher Grundfinanzierung, Studienbeiträgen und Eigenvermögensaufbau wird bei den Hochschulen die Voraussetzung für Finanz- und Planungssicherheit geschaffen.“ Ganz klar: Rot-Rot hat keine Studiengebühren eingeführt, und eine Regierung, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, wird das auch niemals tun.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie haben im Wahlkampf 2009 gefordert, dass Brandenburg hochschulnahe Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen soll. Zum einen gab es die damals in weiten Teilen schon, zum anderen haben wir weitere eröffnet. Die Betriebskita des Studentenwerkes Potsdam „klEinstein“ betreut Kinder ab 3 Monaten am Universitätsstandort Neues Palais. Im Wissenschaftspark Potsdam-Golm wurde im Juni 2011 die Kita „Springfrosch“ eröffnet. Das Studentenwerk Cottbus hat eine eigene Kita mit 120 Plätzen, täglich von 7 bis 17.30 Uhr geöffnet. Gleiches findet sich mit den „Oderknirpsen“ an der Viadrina.

Sie forderten damals: „Unsere Kleinsten bedürfen wirkungsvollen Schutzes. Es gilt vor allem, der Gewalt gegen Kinder vorzubeugen. Auch deshalb bedarf es der Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern.“ Auch hier kann man sagen: Erfüllt! Das Netzwerk Gesunde Kinder ist bundesweit einmalig und - ich denke, das dürfte den Liberalen gefallen - setzt eben auf die Aktivierung der Bürgergesellschaft mit vielen ehrenamtlichen Paten.

Ein weiterer Punkt Ihres damaligen Programms war die Sicherung des Angebotes an Musikschulen. Brandenburg verfügt über ein staatliches Leistungsgesetz. Mit unserem Musikschulgesetz haben wir deutliche Akzente gesetzt.

(Büttner [FDP]: Darum demonstrieren die heute auch!)

- Die demonstrieren. Das tun sie oft, es ist nämlich eine gut organisierte Truppe.

(Gelächter bei FDP und CDU)

Sie können sicher sein, dass wir mit Herrn Falk und seinem Verband in regelmäßigem Austausch stehen. Er hat natürlich den Kalender mit den Daten von Landtagswahlen bei sich und weiß, wann eine Diskussion um die Erhöhung des Zuschusses gemäß Musikschulgesetz am effektivsten ist. Nichtsdestotrotz muss man sagen: Wir haben ein Gesetz zur Förderung der Musikschulen, viele andere Länder haben so etwas nicht.

Wo wir auch einer liberalen Forderung entsprochen haben, ist beim Punkt Verbesserung der Frauenförderung in der Landesverwaltung. Wir haben es geschafft, den Anteil der Frauen in den Aufsichtsräten von 28,8 % auf sage und schreibe 46 % zu steigern. Das mit der liberalen Frauenförderung war ja bei Ihnen manchmal etwas schwieriger.

Zur Krankenhausplanung sagten Sie in Ihrem Wahlprogramm: „Bei der Krankenhausplanung darf es keine am grünen Tisch in Potsdam beschlossene bloße Fixierung an der Bettenzahl geben, sondern sie ist an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten.“

Die Realität im Land ist - das hatten Sie damals wahrscheinlich nicht vermutet -: Alle 52 Krankenhäuser an 62 Standorten haben wir erhalten.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir haben sie an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet und die Kapazitäten in den Bereichen Geriatrie, Psychiatrie und Innere Medizin ausgebaut.

Auf Seite 15, Zeile 19 in Ihrem damaligen Wahlprogramm schrieben Sie:

„Zur Vermeidung künftigen Arbeitskräftemangels durch Abwanderung junger Menschen, vor allem in süd- und westdeutsche Regionen müssen in Brandenburg dauerhafte Perspektiven in Form von Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten geschaffen werden.“

Bingo! Die Realität im Land Brandenburg: Die Arbeitslosigkeit ist dauerhaft unter 10 % gesunken, 45 000 neue Arbeitsplätze sind entstanden.

(Frau Schier [CDU]: Das war die SPD? Klasse!)

- Ich denke, die Diskussion, wie Arbeitsplätze entstehen, wer sie zunächst fördert und wer sie am Ende schafft, ist in diesem Parlament schon mehrfach geführt worden.

Kommen wir zu einem finanzpolitisch relevanten Punkt: In Ihrem damaligen Wahlprogramm forderten Sie ein Abflachen der Kreditaufnahme in den Jahren 2010, 2011 und 2012; im Jahr 2013 sollte der Landeshaushalt ausgeglichen sein. Gucken wir uns die Realität im Land Brandenburg an: Im Jahr 2013 betrug der Haushaltsüberschuss immerhin 583 Millionen Euro.

Ich könnte weitere Punkte aufzählen: das aktive Wahlrecht für Kommunalwahlen ab 16, den Landesbeauftragten für Stasiunterlagen - wir haben vieles getan, das hat man Ihrer Rede auch angemerkt. Manches hat mich dazu gebracht zu fragen: Warum ist der Büttner eigentlich in der FDP? - Ja, das findet sich auch im FDP-Programm.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD - Heiterkeit)

Es gibt nämlich einiges in Ihrem damaligen Wahlprogramm, was wir nicht gemacht haben, zum Beispiel die Abschaffung der Kfz-Steuer, die Abschaffung des IHK-Zwangs und des Zwangs zur Eintragung in die Handwerksrolle, die Einführung von Studiengebühren, eine restriktive Regelung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen, das strikte Örtlichkeitsprinzip, das Klagerecht für private Konkurrenten, eine stärkere Bekanntmachungs- und Offenlegungspflicht für mehr Transparenz.

(Goetz [FDP]: Transparenz ist immer ganz gefährlich!?)

Es gibt noch einen Punkt - den habe ich extra für Herrn Vogel herausgesucht -, den wir nicht umgesetzt haben: einen ausgewogenen Energiemix, der fossile Brennstoffe, Kernenergie und regenerative Energiequellen einschließt.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Ja, ja!)

Wir haben auch einiges getan, was nicht im FDP-Wahlprogramm steht - das muss man auch sagen -: Wir haben ein Vergabegesetz mit Mindestlohn, ein Schüler-BAföG, die bessere wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und eine Mietpreisbremse eingeführt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Nachdem wir fünf Jahre miteinander im Parlament gesessen haben, war es aus meiner Sicht ganz spannend, noch einmal zu lesen, was Sie vorhatten, als Sie hierher kamen. Ich wünsche Ihnen im Wahlkampf viel Kraft und Erfolg. Ich bedanke mich. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Geywitz. - Bevor wir mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fortsetzen, agiere ich als Fundbüro: Ein Transponder mit der Nummer 0208 hat sich angefundenes. Wer ihn vermisst, kann ihn hier abholen.

Wir kommen nun zum Beitrag der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Prof. Dr. Schierack, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Schierack (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! „Fortschritt durch Freiheit!“ - für diese Freiheit sind die Menschen vor 25 Jahren auf die Straße gegangen. Die Anziehungskraft dieser Freiheit hat dazu geführt, dass Mauern einstürzten und wir in diesem Land, auch in Brandenburg, eine neue Gesellschaft aufgebaut haben.

Zu Freiheit gehört aber auch Verantwortung. Das betont der Bundespräsident immer wieder. Dafür bin ich ihm dankbar. Ich stehe zu diesem Präsidenten.

Freiheit und Verantwortung sind der Schlüssel zu einer erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft in diesem Land. Sie sind ein Erfolgsmodell für Brandenburg. Und sie sind bei kluger politischer Weichenstellung ein Garant für die Aufstiegschancen jeder Brandenburgerin und jedes Brandenburgers in diesem Land. Aber auch die Herausforderungen für die Zukunft sind mit dem Prinzip von Freiheit und Eigenverantwortung anzugehen. Das heißt, im Zuge des Bevölkerungswandels sind den Menschen vor Ort mehr Spielräume, mehr Verantwortung und mehr Unterstützung zu geben.

(Beifall CDU)

Das bedeutet im Großen, die Entscheidungen dort zu treffen, wo die Kompetenzen und auch die Erfahrungen liegen: in den Unternehmen, Schulen, Hochschulen, Landkreisen und Gemeinden. Sie denken vielleicht, das sei selbstverständlich. Aber wenn Sie sich die letzte Legislatur anschauen, sehen Sie genau das Gegenteil, die falsche Richtung: Eigenverantwortung und Freiheit werden zunehmend von staatlichen Vorgaben und Regulierungen ersetzt. Diese Regulierungen generieren eben nicht den nötigen Fortschritt.

(Domres [DIE LINKE]: Beispiele!)

Sie produzieren Bürokratie, Verdruss und blockieren Chancen.

(Beifall CDU)

Ich gebe Ihnen drei Beispiele. Nehmen wir das Vergabegesetz von Rot-Rot: Selbst der Verband der kommunalen Unternehmen ächzt unter dieser Bürokratie und kritisiert dieses Gesetz. Er sagt, es schaffe keinen Wettbewerb.

Nehmen Sie zweitens den Umgang mit unseren Hochschulen: Verträge gebrochen, Pakte gebrochen, die Autonomie eingeschränkt durch das neue Hochschulgesetz.

(Beifall CDU)

Nehmen Sie nur den eklatanten Vorfall in der Lausitz: die Autonomie gebrochen, zwei Hochschulen aufgelöst und gegen den Protest aller dort eine neue Hochschule errichtet - mit ungewissem Ausgang.

Ein drittes Beispiel: die freien Schulen. In dem Begriff steckt schon das Wort „frei“ - freie Trägerschaft.

(Zuruf des Abgeordneten Müller [DIE LINKE])

Das scheint Ihnen ein richtiges Problem zu sein, und Sie haben das Geld gekürzt, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

All diese Negativbeispiele zeigen, dass Ihr Agieren nicht in die Zukunft weist. Das dürfen nicht die Blaupausen für die zukünftige Legislatur sein; denn Eigenverantwortung und Freiheit sind wichtige Grundlagen, um Brandenburg zukunftsfest zu machen. Da, meine ich, muss man mit den Menschen reden und darf nicht über ihre Köpfe hinweg sprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU - Zuruf aus der Fraktion DIE LINKE)

Denn das Konzentrieren und Fusionieren - meinetwegen auch das Zentralisieren -, was Ihnen eigen ist, sind eben nicht die richtigen Antworten auf die Fragen der Zukunft; das reicht mir nicht aus. Ich will Brandenburger, die mitwirken, die mit ihrer Kreativität ein Land des Zusammenhalts schaffen. Denn der Zusammenhalt ist eine ursoziale Herausforderung, und dieser Herausforderung wird sich die Union in Brandenburg stellen, auch in der zukünftigen Legislatur. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schierack. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fort. Die Abgeordnete Mächtig hat das Wort.

Frau Mächtig (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich bin sehr froh, dass meine Kollegin bereits alle Punkte des FDP-Wahlprogramms abgearbeitet hat; denn damit erspare ich mir eine lange Rede, und ich kann mich auf den Antragstext der heutigen Sitzung konzentrieren. Nachdem ich

gestern bei der Erörterung des gleichen Themas schon die Feststellung traf, eine Bilanz von Rot-Rot sei Ihnen wichtig, haben Sie es heute noch einmal aufgerufen.

Ich stelle fest: Die folgenden fünf Schwerpunkte sind Ihnen wichtig: Bildung, Kita-Betreuung, Hochschulen, Straßen, Datennetzinfrastruktur, Polizei. Einerseits stellen Sie fest, der Bildungsbereich sei unterfinanziert; andererseits ignorieren Sie, dass die Bruttoausgaben des Landes für Schulen von 2009 bis 2014 von 991 Millionen Euro auf 1 000 130 544 Euro gestiegen sind. Sie ignorieren, dass in der Zeit von 2009 bis 2014 etwa 68,9 Millionen Euro ausgegeben wurden und wir damit eine 80%ige Steigerung im Kita-Bereich erreicht haben, und das, obwohl es nur eine 3%ige Steigerung bei der Anzahl der Kitaeinrichtungen gab. Sie ignorieren, dass die Verbesserung des Betreuungsschlüssels von 1:7 auf 1:6 im Bereich der Null- bis Dreijährigen und von 1:12 auf 1:11 in der Altersgruppe 3 bis 6 Jahre realisiert wurde. Wir haben bereits mitgeteilt, dass wir an einer weiteren Reduzierung interessiert sind, und haben das Ziel in unser Wahlprogramm aufgenommen.

Sie kritisieren die Unterfinanzierung der Hochschulen und nehmen nicht zur Kenntnis, dass 50 Millionen Euro mehr als bisher in die Hochschulen geflossen sind.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Wir konnten einen erheblichen Betrag dazu leisten, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse reduziert wurden und mit Hochschulverträgen eine langfristige Sicherheit für die Hochschulen geschaffen wurde; das hat auch die Hochschulrektorenkonferenz anerkannt.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Sie kritisieren den Zustand der Landesstraßen. Ja, bereits 2009 hat der Landesrechnungshof festgestellt, dass zu wenig Geld in den Straßenbau fließt; wir schieben also eine enorme Bugwelle vor uns her. Aber Sie ignorieren Folgendes: 477 Millionen Euro sind in den Straßenbau geflossen. Das ist - wie immer und bei jedem Thema - nicht genug, aber immerhin fast eine halbe Milliarde Euro.

Dennoch wägen wir ab, was unsere Schwerpunkte sind, und wir stellen fest: Ja, Rot-Rot investiert eben lieber in Köpfe als in Beton. Mich beruhigt sehr, Herr Kollege - wenn ich Ihnen das zeigen darf -: Auch die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs, nämlich 68 %, sind der Auffassung, dass es wichtiger ist, in Lehrer und Kitaerzieher zu investieren. Nur 12 % sind dafür, dass man in bessere Straßen investieren sollte. Wir sind also auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs, und das ist gut so.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Jetzt kommt die FDP mit ihrer Freiheitskeule und sagt: Datennetzinfrastruktur - Staat, mach mal was! - Jemand, der dem Markt das Wort redet, ruft nach dem Staat - das ist beeindruckend. Stellen Sie sich vor: Der Staat hat gehört! 94 Millionen Euro haben wir in den vergangenen Jahren in die Datennetzinfrastruktur investiert, eben weil der Markt versagt hat, und das sollten selbst Sie anerkennen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Dann gibt es noch den Vorwurf bezüglich der Polizei, den Sie immer erheben. Dabei ignorieren Sie, dass immer noch 8 250 Polizisten im Land Brandenburg tätig sind und wir damit weit über dem Durchschnitt aller Bundesländer liegen - das wissen Sie als ehemaliger Polizist. Sie wissen auch, dass wir alle Standorte erhalten haben. Ich denke, das sollte man zur Kenntnis nehmen. Ja, wir wissen, dass Kriminalität nach wie vor ein Problem ist, insbesondere in der Grenzregion.

(Goetz [FDP]: 10 % Polizeibeamte weniger in fünf Jahren!)

- Und damit sind wir immer noch über dem Durchschnitt der anderen Bundesländer und bei der Finanzierung unserer eigenen Aufgaben immer noch von der Solidarität der anderen Bundesländer abhängig. Das sollte man einmal zur Kenntnis nehmen, anstatt immer nur den eigenen Anspruch zu formulieren!

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Abschließend sei gesagt: Sie wissen, Rot-Rot hatte die vier Schwerpunkte Bildung, gute Arbeit, starke Kommunen, Gesundheit. Alle vier Punkte konnten wir gestern positiv abrechnen. - Herzlichen Dank dafür, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Mächtig. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Die Abgeordnete Nonnemacher hat das Wort.

(Frau Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Sie haben Ihren Brandenburg-Trend vergessen, Frau Mächtig. - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Bringen Sie ihn nachher mit, Frau Kollegin! - Heiterkeit)

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Die Frage der Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist sicher ein spannendes Thema, das wir Bündnisgrünen gern aufgreifen wollen. Wir sehen dabei aber nicht so recht, dass wir uns am Wahlprogramm der FDP abarbeiten müssen. Inhaltliche Debatten zur Bildung - Sie wissen, da sind wir nahe bei Ihnen -, zu Infrastruktur und innerer Sicherheit werden hier unentwegt mit mehr Tiefe geführt, als es Ihre willkürliche Kombination in einer Aktuellen Stunde hergeben könnte. Im Übrigen haben wir Bündnisgrünen uns auch schon gefragt, ob Sie das Thema Bürgerrechte nun völlig uns überlassen wollen. Dort ist es unzweifelhaft sehr gut aufgehoben.

(Beifall B90/GRÜNE)

Doch widmen wir uns Ihrem Thema: Seit den 80er-Jahren machen sich viele Zukunftsforscher Gedanken über sogenannte Megatrends. Dies sind Entwicklungen von globalem und epochalem Charakter, die geeignet sind, ganze Gesellschaften umzuformen. In vielen dieser Umbauprozesse stecken wir schon länger, und sie müssen verstanden und gestaltet werden, um die Zukunftsfähigkeit unserer Region sicherzustellen. Egal ob die Wissenschaftler die Anzahl dieser Megatrends mit 11, 16 oder 20 beziffern, die aufgeführten Phänomene sind in allen Systemen immer wieder zu finden. Ich greife einige heraus:

Erstens: die zunehmende Globalisierung. Wir sind von ihrem rasanten Fortschreiten sowohl durch die internationalen Finanzmärkte als auch durch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft betroffen. Neue, komplexere Regularien müssen sich etablieren. Das Ringen um ein transatlantisches Freihandelsabkommen beispielsweise betrifft uns unmittelbar. Aber auch bei der Verbrechensbekämpfung müssen wir doch erkennen, dass international agierende Banden auch eine internationale Zusammenarbeit erforderlich machen. Die Nationen werden an Bedeutung verlieren, die unmittelbare Region wird immer wichtiger werden.

Zweites Thema: die Alterung der Gesellschaft. Wir werden nicht nur älter, sondern wir altern anders und werden später alt. Die traditionellen Altersrollen werden sich dramatisch wandeln. Die tiefgreifenden Veränderungen sind mit dem Begriff des demografischen Wandels nur unzureichend beschrieben. Ein Demografieministerium wird uns bei diesem tiefgreifenden Strukturwandel nicht helfen können.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und DIE LINKE)

In diesen Komplex gehören auch Wanderungsbewegungen, wie wir sie durch die steigenden Flüchtlingszahlen jetzt schon erleben. Für unsere Zukunftsfähigkeit wird entscheidend sein, ob uns die Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern sowie die Anpassung unserer Sozialsysteme und der Umbau der Arbeitswelt gelingen.

Drittens: Neo-Ökologie. Was bisher als Spielwiese für elitäre grüne Spinner galt, wird zum Mainstream werden. Nachhaltigkeit und Effizienz werden sich in allen Bereichen durchsetzen müssen - von der Finanzwirtschaft bis zum Mobilitätskonzept, vom Städtebau bis zum verantwortungsbewussten Konsum. Bio wird der neue Standard werden, meine Damen und Herren. Gute Ansätze sehen wir in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes; um unser Land zukunftsfest zu machen, müsste sich aber auch im Regierungshandeln mehr davon widerspiegeln.

Vierter Megatrend: neues Lernen. Dieser Megatrend zeigt auf, wie sich Bildung im Zeitalter der Wissensexplosion verändern muss. Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft; nur wo Neugier entfacht und alle individuell gefördert werden, wird Zukunftsfähigkeit geschaffen. Die Erfüllung der Forderungen nach besserer frühkindlicher Bildung und besserer Ausstattung von Schulen und Hochschulen ist unabdingbare Voraussetzung. Neues Lernen geht aber weit darüber hinaus. Es ist inklusiv, medienkompetent und generationsübergreifend.

Fünftens: Klimawandel und Ressourcenknappheit. Zu diesem Punkt sage ich nur: Ceterum censeo - wir müssen endlich aus der klimaschädlichen Braunkohleverstromung heraus und völlig auf erneuerbare Energien umsteigen.

(Beifall B90/GRÜNE - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Da sind wir auf dem besten Weg!)

Sechster Megatrend: Mobilität. Sie ist zur Voraussetzung für modernes Leben und Wirtschaften geworden. Ressourcenknappheit und Nachhaltigkeit erzwingen aber ganz neue Mobilitätskonzepte, und dies geht weit über die Reparatur von Schlaglöchern und die Instandhaltung unserer Landstraßen hinaus.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Wir Bündnisgrünen als die Partei der Nachhaltigkeit denken Zukunftsfähigkeit in Brandenburg viel umfassender, als es das Landtagswahlprogramm der FDP je abbilden könnte.

(Beifall B90/GRÜNE und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Nonnemacher. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Ministerpräsident Dr. Woidke, Sie haben das Wort.

(Das Rednerpult ist auf eine sehr niedrige Höhe eingestellt.)

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Oh, oh, ich brauche keine Lesebrille, ich brauche ein Fernglas, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns schon gestern in diesem Hohen Haus mit der Bilanz der Landesregierung und der einzelnen Landtagsfraktionen beschäftigt. Deswegen kann ich mich heute relativ kurz fassen, aber eines lassen Sie mich noch einmal ganz deutlich ausdrücken: Dieses Land ist in den vergangenen fünf Jahren gut vorangekommen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vor allen Dingen hat diese Koalition es vermocht, wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit in Übereinstimmung zu bringen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich denke, das ist eine große Leistung und auch eine gute Basis für die nächste Legislaturperiode dieses Hohen Hauses.

Es ist nicht so sehr Sache der Regierung, wie sie sich in den nächsten Jahren dieses Land vorstellt. Die Regierung ist demokratisch in diesem Landtag gewählt, und sie wird neu gewählt werden. Wenn man sich mit den Herausforderungen der kommenden Jahre beschäftigt, kann man sagen: Für die Schwerpunkt Herausforderungen haben wir eine gute Basis in diesem Land.

Punkt eins: Fachkräftesicherung. Ich habe gestern schon etwas zu diesem Thema gesagt. Wir sind sowohl, was den Kita- und den Schulbereich, aber auch, was den Hochschulbereich betrifft, heute besser aufgestellt als vor fünf Jahren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Dazu zählt für mich auch eine flächendeckende Grundversorgung mit - staatlichen! - Bildungsangeboten für alle Schülerinnen und Schüler dieses Landes.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich habe Sie vorhin so verstanden, Herr Büttner, dass Sie gesagt haben, freie Schulen könnten in die Grundversorgung ein-

gebaut werden. Ich bin dafür - entsprechend der Überschrift Ihres heutigen Antrages zur Aktuellen Stunde -, dass die Eltern die Freiheit haben zu entscheiden, ob sie ihr Kind in eine staatliche Schule geben wollen oder ob sie ihr Kind in eine freie Schule geben möchten, die bekanntermaßen unterschiedliche Ausrichtungen haben.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Sehr gut!)

Das ist Freiheit der Entscheidung. Diese Freiheit der Entscheidung darf man den Eltern aus meiner Sicht nicht einschränken.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Vogel [B90/GRÜNE]: Richtig!)

Deswegen spielt für uns weiterhin eine flächendeckende staatliche Grundversorgung mit Bildungsangeboten in der gesamten Fläche des Landes eine Rolle. Diese darf nicht eingeschränkt werden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Zweiter Punkt: Ich finde es schon einigermaßen merkwürdig, wenn auf der einen Seite eine Partei dieses Hohen Hauses ein Demografie-Ministerium fordert, auf der anderen Seite aber jede Veränderung in diesem Land von vornherein geißelt und schlechtredet.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Die BTU Cottbus-Senftenberg steht heute besser da als zuvor. Sie hat mehr Geld zu ihrer Verfügung.

(Lachen des Abgeordneten Prof. Dr. Schierack)

Sie ist vor allen Dingen ein Schiff, das flott gemacht ist für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Und sie hat seit gestern - Frau Prof. Dr. Kunst, herzlichen Dank für Ihre Arbeit - einen neuen Kapitän, der dieses Schiff auch durch schwere Wasser führen kann und wird -

(Beifall SPD und DIE LINKE)

- zum Wohle der Studentinnen und Studenten, zum Wohle der Brandenburger Wirtschaft und zum Wohle des ganzen Landes, aber besonders der Region Lausitz.

Was mich für die kommende Legislaturperiode noch optimistisch macht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die finanzielle Situation. Ich bin schon einigermaßen erstaunt, dass mehrere Fraktionen dieses Hohen Hauses, die in jeder Haushaltsdebatte dieser Koalition immer wieder vorgeworfen haben, wir müssten endlich Schulden tilgen, mit überhaupt keinem Wort erwähnen, dass es dieses Land Brandenburg im Jahr 2014 unter Rot-Rot erstmalig geschafft hat, 280 Millionen Euro Schulden zurückzuzahlen!

(Bischoff [SPD]: Ja! - Krause [DIE LINKE]: Genau! - Anhaltender Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie erwähnen es vielleicht auch deshalb nicht, weil es mit Ihren vielen Wahlversprechen, die mich in vielem an eine Oppositionspartei der 90er-Jahre in diesem Hohen Haus erinnert, nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Es ist wohlfeil, sich hierhin zu stellen und die Landesregierung zu kritisieren. Es ist

wohl deutlich schwieriger, Dinge besser zu machen, als es Rot-Rot in den vergangenen Jahren gemacht hat. Das Land steht gut da. Es ist gut aufgestellt für die kommende Legislaturperiode. Die neu gewählten Abgeordneten dieses Hohen Hauses werden ein wohlgeordnetes Beet vorfinden. - Alles Gute! Danke schön.

(Anhaltender Beifall SPD und DIE LINKE - Vogel [B90/GRÜNE]: Außer dem Flughafen!)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Woidke. - Wir setzen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort, weil die SPD-Fraktion keinen weiteren Redebedarf angemeldet hat.

Prof. Dr. Schierack (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Brandenburg geht es gut, weil es Deutschland gutgeht, -

(Domres [DIE LINKE]: Das hat er gestern schon gesagt! - Zurufe von der Fraktion der CDU)

- weil die Menschen in diesem Land fleißig arbeiten.

(Anhaltender Beifall CDU)

Wenn ich mir die Rede des Ministerpräsidenten anhöre, stelle ich fest: Sie enthält genau das, was ich gestern und vorgestern schon angesprochen habe, ein „Weiter so!“ Wo sind die Impulse für die Zukunft?

(Bischoff [SPD]: Sie haben nicht zugehört!)

Ich gehe die Themen einmal durch. Bildung: Sie reden von Bildungschancen und übersehen, dass über 1 Million Stunden ausfallen. Damit geben Sie eben nicht jedem Kind in diesem Land die gleichen Bildungschancen.

(Beifall CDU)

Sie übersehen, dass Sie bei den freien Schulen gekürzt haben.

(Bischoff [SPD]: Das ist eine Lüge! - Ministerin Dr. Münch: Das ist eine glatte Lüge, Herr Schierack!)

Gerade diese Menschen, die diese freien Schulen besuchen, werden ungerecht behandelt. Das ist keine faire Chance.

(Beifall CDU)

Sie wissen auch, dass die freien Schulen dort im Land sind, wo staatliche Bildungspolitik versagt.

(Frau Lehmann [SPD]: Oh! Oh! - Krause [DIE LINKE]: Das ist unzutreffend, Herr Schierack!)

Sie wissen, dass die Autonomie der Hochschulen mit dem neuen Hochschulgesetz eingeschränkt worden ist. Ich habe Sie doch in Cottbus erlebt, wie Sie diese Zwangsvereinigung der Hochschulen, diese Fusion, diese Neugründung, verteidigt

haben. Es geht der Hochschule nicht besser. In dieser Legislaturperiode haben Sie das Vertrauen der Hochschulen missbraucht: Sie haben einen Pakt gebrochen. Sie haben Rücklagen entnommen. Sie haben eine globale Minderausgabe hineingeschrieben.

(Bischoff [SPD]: So ein Quatsch!)

Pro Student sind wir immer noch bei der geringsten Finanzierung unserer Hochschulen im Vergleich mit anderen Bundesländern.

(Beifall CDU)

Da sagen Sie: „Wir sind gut aufgestellt?“

(Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Darauf habe ich eine andere Sicht.

(Beifall CDU)

Ich komme auf mein letztes Thema zu sprechen, die Kommunen. Uns wurde vorgeworfen, wir würden das Land nicht auf die demografische Herausforderung vorbereiten. Ich habe gestern oder vorgestern - ich weiß es nicht mehr so genau - darüber geredet. Ja, das müssen wir.

(Ness [SPD]: Sie haben überhaupt nichts gesagt!)

- Ja, ich habe es gesagt. Ich sage es noch einmal:

(Krause [DIE LINKE]: Sie haben nichts gesagt!)

Wir müssen dieses Land auf die demografische Entwicklung vorbereiten und Strukturen schaffen. Wir dürfen das aber nicht in einem Fusionswahn über die Köpfe der Menschen hinweg machen.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Wer will denn das?)

Deswegen haben wir als Union die Enquetekommission gefordert.

Wir haben in der Diskussion doch etwas erreicht, nämlich dass die Menschen möglicherweise auf dem Weg sind, aber nicht von diesem Rednerpult hier oben und von diesem Parlament aus, sondern mit den Menschen. Es ist eben ein großer Unterschied, ob Sie Großkreise wollen oder ob Sie die regionalen Gegebenheiten in diesem Land tatsächlich akzeptieren.

(Beifall CDU)

Deswegen - das habe ich gesagt - darf keine Region in diesem Land in irgendeiner Weise abgehängt werden. Ich wiederhole: Der Zusammenhalt des Landes - dafür stehe ich - ist eine soziale Frage, bei der Sie versagen. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU - Bischoff [SPD]: Wir brauchen keine Nachhilfe! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Große:

Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Prof. Dr. Schierack. - Das Wort geht noch einmal an die Fraktion DIE LINKE. Frau Abgeordnete Mächtig übernimmt.

Frau Mächtig (DIE LINKE):

Sie werden den Unmut gespürt haben, Herr Schierack: Nachhilfe über sozialen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft brauchen wir von der CDU-Fraktion weiß Gott nicht.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Sie sagen, wir würden den Unterrichtsausfall übersehen. Das Problem ist, dass Sie nicht zuhören. Seit fünf Jahren bitte ich Sie und Ihre Fraktion, doch einmal zuzuhören, wenn die Koalition hier vorn spricht.

(Lachen bei der CDU)

Seit fünf Jahren sind Sie ignorant. Ich sage es wieder: Wir haben genau darauf aufmerksam gemacht - bitte lesen Sie nach, vielleicht ist das besser -, dass es eben nicht ausreicht, was wir bisher im Schulbereich gemacht haben, dass es aber ein deutlicher Schritt nach vorn war. Wir planen - das wissen Sie - einen weiteren Aufwuchs an Lehrerinnen und Lehrern, insbesondere zur Förderung im ländlichen Raum, wo wir ein großes Problem haben. Behaupten Sie nicht, wir würden die Probleme nicht sehen. Meine Kollegen haben das zutreffend während ihrer Rede gesagt: Es ist einfach unwahr, das ist eine Lüge.

Sie fordern die Förderung der privaten Schulen. Ja, hier haben wir einen unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ansatz. Wir wollen vor allen Dingen die Stärkung der öffentlichen Schulen unter Beibehaltung und Nutzung der Möglichkeiten auch von privaten Schulen, aber nicht als Präferenzierung in dieser Gesellschaft.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben einen unterschiedlichen Ansatz in der Frage, der, wie Sie es nennen, „Zwangsvereinigung von Hochschulen“. Man kann bitte schön, wenn man ehrlich ist, auch sagen: Zwangsvereinigung oder Standorterhalt in einer Hochschullandschaft rings um Berlin, die möglicherweise der Lausitz-Universität tatsächlich eine Chance - auch langfristig und nachhaltig - bietet. Dafür haben wir uns entschieden. Ich halte diese Entscheidung nach wie vor für richtig.

(Beifall DIE LINKE und der Abgeordneten Melior [SPD])

Es ist schon pervers, wenn Sie hier sagen, wir hätten die Hochschulen kaputtgespart, nachdem Frau Wanka von der CDU jahrelang die Förderung der Hochschulen eben nicht in Angriff genommen hatte. Ich finde: Das ist Blindheit und Taubheit.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Widerspruch des Abgeordneten Prof. Dr. Schierack [CDU])

- Und Ignoranz, lieber Herr Kollege.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Seit gestern warten meine Kollegen und ich auf den Moment, in dem Sie uns sagen, was Sie wollen. Sie sagen, Sie wollen Strukturen schaffen, aber nicht über die Köpfe hinweg.

(Prof. Dr. Schierack [CDU]: Ja!)

- Und das ist Ihr Programm?

(Bischoff [SPD]: Postkarte!)

Dazu muss ich sagen: Die Bürgerinnen und Bürger - davon gehe ich aus - haben Ihnen mehr geschrieben als das, was in den 50 Punkten meiner Kollegen der SPD-Fraktion steht, und, so hoffe ich doch, auch mehr als das, was auf 100 Seiten Wahlprogramm der Linken steht. Ein bisschen mehr braucht dieses Land, als nur über die Köpfe hinweg reden zu wollen.

Sie hören schon wieder nicht zu, Herr Kollege. Und dann sagen Sie wieder, Sie hätten es nicht mitbekommen.

(Oh! bei der CDU)

Herr Schierack, mit den Menschen zu reden ist das eine; für die Menschen tätig zu werden ist das andere. Und das tut Rot-Rot seit fünf Jahren.

(Anhaltender Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Mächtig. - Das Wort geht noch einmal an die Landesregierung. Herr Minister Dr. Markov, bitte.

Minister der Justiz Dr. Markov:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrte Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde ist von der FDP mit dem Begriff Freiheit gekoppelt worden. Ja, Sie haben Recht: In der Deutschen Demokratischen Republik hat es gravierende Mängel bei den individuellen Freiheitsrechten gegeben: in der Meinungsfreiheit, in der Reisefreiheit, in der Möglichkeit, dass Bürger gegen staatliche Entscheidungen vor Gericht ziehen können. Aber Freiheitsrechte bestehen nicht nur aus individuellen, sondern auch aus sozialen Freiheitsrechten. Das ist genau das, was diese rot-rote Landesregierung macht.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Da unterscheiden wir uns grundsätzlich von dem Begriff, den die CDU und die FDP meinen, wenn sie über Freiheit reden. Für uns gibt es einen untrennbaren Zusammenhang zwischen individuellen und sozialen Freiheitsrechten.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Zuruf von der CDU)

Sie haben gefragt, was die Schwerpunkte in den nächsten Jahren sind. Wenn es wieder Rot-Rot gibt - was ich mir wünsche, was ich hoffe und wovon ich auch ausgehe -, dann heißt das für mich - insoweit unterscheiden wir uns wieder grundlegend -: Gute Arbeit, gute Löhne, gute Wirtschaft! Für gute Arbeit brauche ich eine hervorragende Ausbildung. Diese Ausbildung ermöglichen wir - das ist Ziel - von der Kinderkrippe über den Kindergarten bis in zur Universität, und nicht wir Ihr Herr Junghanns: „Liebe Investoren, kommt her, weil wir Billiglöhne

haben.“ Nein, wir wollen keine Billiglöhne! Wir sagen: Bezahlen Sie ordentlichen Lohn. Dafür bekommen Sie gut ausgebildete Arbeitskräfte. - Das ist die richtige Strategie, nicht das, was Sie hier veranstalten.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Genilke [CDU]: Wer nicht investiert, braucht keine Arbeitskräfte!)

Ich will auch klar und deutlich sagen: Herr Büttner und Herr Schierack, Sie haben heute beide gelogen. Ich wiederhole: Sie haben gelogen. Sie sagen, bei den Privatschulen sei gekürzt worden.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Ist es ja auch! - Prof. Dr. Schierack [CDU]: Bei den freien Schulen!)

- Dann lügen Sie mit.

(Beifall DIE LINKE)

Bei den Privatschulen hat es einen Aufwuchs gegeben von 117 Millionen Euro auf voraussichtlich 170 Millionen Euro im Jahr 2017/18. Das ist keine Kürzung, das ist ein Aufwuchs! Was stimmt: Die privaten Schulen hatten mehr erwartet, als sie bekommen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Aber das ist keine Kürzung; sie bekommen in diesem Zeitraum 60 Millionen Euro mehr. Das sind die Fakten. Es hat keine einzige Schließung von Privatschulen gegeben, sondern es gibt eine Unmenge zusätzlicher Anträge auf neue Privatschulen.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Mächtig [DIE LINKE])

Daher sage ich: Die Privatschulen sind im Land Brandenburg finanziell gut ausgerüstet.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Drittens: Wir müssen aber auch nachlegen. Obwohl diese Landesregierung den Kommunen das meiste Geld pro Einwohner aller 16 Bundesländer zahlt - ich wiederhole: diese Landesregierung zahlt an die brandenburgischen Kommunen den höchsten Satz pro Einwohner von allen 16 Bundesländern -, gibt es Nachholbedarf. Deswegen muss es ein kommunales Investitionsprogramm in der nächsten Legislaturperiode geben.

Dass die Kommunen dann selbst entscheiden können, ob sie dafür die Schule, den Kindergarten, die Kommunalstraßen oder den Sportplatz in Ordnung bringen, ist ihre Entscheidung. Die Bürger leben dort, und die Bürger können daher auch dort mitentscheiden. Das, was sich diese Landesregierung auf die Fahnen geschrieben hat, ist gleichzeitig eine Förderung der Demokratie.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

In diesem Sinne wird sie weiterhin tätig sein.

Wir werden sicheres und bezahlbares Wohnen weiter fördern. Herr Vogelsänger hat dazu bereits Ausführungen gemacht. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es gibt nicht genug Wohnungsbau für die sozial Schwächeren. Das müssen wir wieder machen.

Vorrangig haben wir das Problem in den Agglomerationszentren.

(Zurufe von der CDU zur Fraktion DIE LINKE)

Wir werden die Dinge, die wir positiv bewegt haben, weiterführen. Natürlich haben wir nicht jede Aufgabe, die vor uns gestanden hat, in diesen fünf Jahren lösen können. Deswegen werden wir das in den nächsten fünf Jahren weiter machen, und zwar genau unter der gleichen Prämisse: Gemeinsinn, gemeinsam mit den Brandenburgerinnen und den Brandenburgern. Wir hören, was die Brandenburgerinnen und Brandenburger wollen - sie sind klug - und das machen wir. Das setzt diese Landesregierung bzw. setzen Sie als Parlamentarier in den nächsten fünf Jahren um. - Danke.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Zurufe der Abgeordneten Bretz [CDU] und Vogel [B90/GRÜNE])

Vizepräsidentin Große:

Ich möchte darauf hinweisen, dass Herr Senftleben einen Ordnungsruf angemahnt hat bezüglich der Aussage, dass gelogen wurde. Ich möchte diesen Ordnungsruf hier als Wunsch anerkennen, ihn aber nicht erteilen.

(Unruhe bei CDU und FDP)

Vielen Dank, Herr Minister Markov. - Es gibt den Wunsch nach einer Kurzintervention. Herr Abgeordneter Burkardt hat dazu Gelegenheit.

Burkardt (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, wer hier etwas darf und wer hier etwas nicht darf.

(Vereinzelt Beifall CDU - Ooch! bei der Fraktion DIE LINKE)

Ich erinnere mich sehr gut, wie sich hier ein ehemaliger, mittlerweile abgelöster Finanzminister über kulturvolle Bemerkungen echauffiert hat. Nun geht er her und bezichtigt Kollegen der Lüge, die nichts anderes als die Wahrheit gesagt haben.

(Anhaltender Beifall CDU, FDP sowie vereinzelt B90/GRÜNE - Jürgens [DIE LINKE]: Sie können ja auf Unterlassung klagen!)

Das muss man nicht rügen, vor allen Dingen, wenn es von jemandem von der Regierung kommt. Aber es muss festgestellt werden, dass es die Wahrheit ist, dass die Förderung für die freien Schulen gekürzt worden ist.

(Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE)

Dass es in der Summe mehr geworden ist, hat nichts damit zu tun, dass dort mehr an Förderung für den einzelnen Schüler, für die einzelne Schule gegeben worden ist, sondern es hat damit zu tun, dass es mehr Schulen und mehr Anspruchsberechtigte gegeben hat. Das ist die Wahrheit.

(Beifall CDU, FDP sowie B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister Markov, Sie haben die Möglichkeit, auf diese Kurzintervention zu reagieren.

(Minister Markov: Ich habe gelernt, dass durch Kürzung mehr herauskommt!)

- Sie möchten nicht erwidern.

(Allgemeine Unruhe)

- Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich. - Wir setzen demzufolge die Aussprache mit dem Beitrag der einbringenden Fraktion der FDP fort. Herr Abgeordneter Büttner hat noch einmal das Wort.

Büttner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielleicht beruhigen Sie sich jetzt einfach einmal wieder. - Wissen Sie, Herr Markov, schlimmer als ein stellvertretender Ministerpräsident, der offensichtlich keinen Anstand hat, ist ein stellvertretender Ministerpräsident, der keine Ahnung hat.

(Beifall FDP und CDU - Ooch! bei der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie hier behaupten, wir hätten gelogen, dann muss ich Ihnen sagen, dass Sie ganz offensichtlich keine Ahnung haben. Die Aufwüchse, die bei den Schulen in freier Trägerschaft zustande gekommen sind, betreffen - Herr Burkardt hat es gesagt - mehr Schüler, mehr Anspruchsberechtigte und natürlich auch Schulen, die schon am Markt waren, die aus der dreijährigen Finanzierungssperre herausgekommen sind und jetzt Anspruch auf Finanzierung haben.

(Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Davon müssten Sie eigentlich Ahnung haben, und es macht mir Angst, dass Sie als ehemaliger Finanzminister davon offensichtlich keine Ahnung haben.

(Beifall FDP sowie vereinzelt CDU)

Oder Sie wollen die Brandenburgerinnen und Brandenburger bewusst täuschen? Das kann natürlich auch sein.

Ich wundere mich schon, wenn Sie von einer guten Ausbildung sprechen. Es ist richtig, dass die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land versuchen, unseren Kindern eine vernünftige Ausbildung zu geben. Aber Sie, auch Frau Mächtig, ignorieren hier völlig, dass wir immer noch - ich wiederhole es gern zum hundertsten Mal - einen exorbitant hohen Unterrichtsausfall haben bzw. Unterricht, der nicht nach Unterrichtstafel stattfindet, dass über 4 000 Schülerinnen und Schüler in diesem Land in einzelnen Fächern keine Noten bekommen haben. Sie ignorieren es!

(Zuruf der Abgeordneten Frau Mächtig [DIE LINKE])

Frau Geywitz, glauben Sie wirklich, dass die Demonstranten, die - übrigens die gesamte Legislaturperiode hinweg - hier gegen Sie demonstriert haben, auf Ihrer Seite stehen? Wo leben

Sie eigentlich? Wachen Sie einmal auf! Die demonstrieren gegen Sie!

(Beifall FDP sowie vereinzelt CDU und B90/GRÜNE)

Die freien Schulen haben doch nicht mitten im Winter ein Camp eingerichtet, weil sie die Landesregierung so toll fanden und meinten: Oh toll, wir kriegen jetzt mehr Geld von der Landesregierung! - Das ist Blödsinn, was Sie hier erzählen. Diese Demonstranten haben sich engagiert, weil sie die Kürzungen nicht in Kauf nehmen wollten. Das ist die Wahrheit. Sie erzählen hier doch Unfug!

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Sie sind der Meinung, Sie haben die Hochschulen vernünftig ausgestattet? Wissen Sie, was ich für einen Treppwitz halte: dass diejenige - ja, Frau Ministerin Kunst -, die gegen den Griff in die Rücklagen der Hochschulen gekämpft hat, den diese Regierung vorgenommen hat, hinterher die Ministerin war, die es auch noch umgesetzt hat. Das ist der Witz dieser Regierung!

(Starker Beifall FDP und CDU)

Sie sind der Meinung, Sie hätten sich um die demografische Entwicklung gekümmert?

(Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE: Ja!)

Ich kann mich sehr gut an die Diskussion erinnern, als die CDU den Antrag zur Enquetekommission 5/2 eingebracht hat, wie Sie versucht haben, uns davon zu überzeugen, dem nicht zuzustimmen, weil Sie diese Enquetekommission überhaupt nicht haben wollten. Das ist die Wahrheit!

(Beifall FDP und CDU - Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Büttner, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Büttner (FDP):

Nein.

Die Aufgabe ist es jetzt auch, eine Funktionalreform umzusetzen. Sie können ja hier behaupten, was Sie wollen, Herr Markov. Aber es gibt ein Gutachten von Herrn Prof. Junkerheinrich aus dem Finanzministerium, das Sie kennen sollten und das genau darauf hinweist, dass die Verbundquote erhöht werden muss, um unsere Kommunen vernünftig auszustatten. Gehen Sie doch einmal in unsere Kommunen und reden Sie mit denen!

(Vereinzelt Beifall FDP und CDU)

Sie glauben doch nicht allen Ernstes selbst, was Sie hier erzählen.

(Zuruf des Abgeordneten Lakenmacher [CDU])

Meine Damen und Herren, eines haben wir auf jeden Fall wieder festgestellt: Die Ignoranz, die Sie hier an den Tag legen, ist

famos und die gehört abgewählt, meine Damen und Herren. - Vielen Dank.

(Starker Beifall FDP und CDU - Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Sie verwechseln da etwas, Herr Büttner!)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Wir sind damit am Ende der Aussprache angelangt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 1 und rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Zweiter Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

(Berichtszeitraum: 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2013)

Drucksache 5/8944

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses

Drucksache 5/9186
(Neudruck)

Bevor ich Frau Poppe das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass Sie einen Neudruck der Beschlussempfehlung und des Berichts erhalten haben, weil es technische Probleme beim Ausdrucken gab; bei einigen Varianten waren nicht alle Seiten dabei.

Wir eröffnen die Aussprache mit dem Beitrag der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Frau Poppe, Sie haben das Wort.

Frau Poppe (Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur):

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Nach dieser etwas aufgeregten Phase wird es jetzt, so glaube ich, etwas ruhiger. - Vor viereinhalf Jahren wurde unsere Behörde eingerichtet, die sich mit der Aufarbeitung der Folgen der Diktatur in der SBZ und DDR befasst. Nun haben wir unseren zweiten Tätigkeitsbericht vorgelegt, um Ihnen einen Überblick über unsere vielfältige Arbeit in den Jahren 2012 und 2013 zu übermitteln.

Der Beratungsbedarf für Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, denen zu DDR-Zeiten Unrecht geschehen ist, hält unvermindert an und gehört damit auch weiterhin zu unseren Kernaufgaben. Die strafrechtlichen Rehabilitierungen sind zwar weitgehend abgeschlossen. Die Schwerpunkte beziehen sich nun auf die nachfolgenden Leistungen wie Haftentschädigung, Rentenausgleich, Opferrente, auf Fragen zur beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung, auf Rückübertragung von Eigentum, auch auf Archivrecherchen sowie verschiedene Probleme individueller, familiärer und gesellschaftlicher Aufarbeitung.

Wir leisten Hilfe bei der Antragstellung zur Einsicht in die Stasiunterlagen beim Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen, vermitteln psychosoziale Hilfen und unterstützen Be-

troffene in Anerkennungsverfahren für verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden. Neben diesen individuellen Hilfen bieten wir Gelegenheiten, in denen sich Vertreter von Opferverbänden, Häftlingsgemeinschaften und Aufarbeitungsinitiativen treffen, austauschen und vernetzen und in denen das Selbsthilfepotenzial gestärkt werden kann.

Nach der Novellierung des Stasiunterlagengesetzes durch den Deutschen Bundestag im Dezember 2011 kam es zu einem Anstieg von Anträgen auf Überprüfungen von Mandatsträgern kommunaler Gebietskörperschaften sowie von Amtsträgern. Unsere Behörde wurde in diesem Zusammenhang vielfach konsultiert. Es ging dabei um Fragen zu Auskunftersuchen beim BStU, um Fragen zur Verfahrensgestaltung, zur Interpretation der Stasiakten, zum Umgang mit Mitteilungen sowie zur Bewertung von MfS-Kontakten.

Des Weiteren wurden wir auch öfter um Hilfe gebeten, wenn sich Einzelne ungerecht beschuldigt fühlten oder der Meinung waren, dass der eine oder andere Amts- oder Mandatsträger wegen seiner Vergangenheit in seiner heutigen Funktion nicht tragbar sei. In diesen - oft komplizierten - Fällen haben wir gemeinsam mit den Betroffenen nach Wegen gesucht, die für alle Beteiligten erträglich schienen. Wir haben auch zu vermeiden versucht, uns in eine Richterrolle drängen zu lassen. Dabei hat sich bewährt, dass wir in unserem Team erfahrene und mit hoher sozialer Kompetenz ausgestattete Mitarbeiter haben, die sich allen vorschnellen Aburteilungen und holzschnittartigen Etikettierungen geduldig und mit Bedacht verwehren und gleichzeitig mit Empathie denen beistehen, die bis heute unter ihrem Verfolgungsschicksal leiden.

Aufgrund der sich verändernden Altersstruktur der ehemals Verfolgten haben wir die mobile Beratung weiter ausgebaut. Dank finanzieller Hilfe durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und mit Unterstützung durch den Landtag ist es unseren Beratern möglich, alle größeren Städte und Gemeinden regelmäßig aufzusuchen. Auch mit unseren öffentlichen Veranstaltungen sowie Ausstellungen zu Themen der Vergangenheit und damit im Zusammenhang stehenden aktuellen Fragen sind wir im ganzen Lande unterwegs. Auf 95 eigenen Veranstaltungen im Berichtszeitraum haben wir Menschen dazu angeregt, sich mit den Hinterlassenschaften der Diktatur auseinanderzusetzen und mit ihren Mitmenschen ins Gespräch zu kommen. Zum großen Teil sind diese Angebote gut angenommen worden. Nach unserem Eindruck nimmt das Interesse an diesen Themen eher zu. 25 Jahre, meine Damen und Herren, sind kein Zeitraum, in dem die Erinnerungen verblassen, von denen viele brandenburgische Bürger maßgeblich geprägt wurden.

Anders sieht es natürlich mit den Zugezogenen und der nachfolgenden Generation aus. Was Erstere betrifft, so haben wir die Erfahrung gemacht, dass viele von ihnen, die zum Beispiel aus dem Westen Berlins ins Umland gezogen sind, großes Interesse daran haben, mehr über die DDR zu erfahren. Es gibt immer noch Fremdheiten und auch Konflikte zwischen den Al- teingesessenen und den Hinzugezogenen. Der Austausch darüber, wo die Einzelnen herkommen, was sie erlebt haben und wovon sie geprägt wurden, kann vielleicht dazu beitragen, ein- ander besser zu verstehen.

Für die junge Generation ist die Zeit vor 25 Jahren tatsächlich ferne Geschichte. Es bedarf besonderer Zugänge, um ihnen zu vermitteln, wie das Leben unter ganz anderen politischen Ver-

hältnissen aussah. Der Einblick in diese Zeit und das Verstehen der Geschehnisse, durch die ihre Eltern und Großeltern geprägt wurden, setzen voraus, dass sie die unterschiedlichsten Erzählungen und Interpretationen selbstständig und kritisch zu beurteilen lernen.

Sie können in dem Bericht nachlesen, wie wir diese Arbeit mit jungen Menschen und Multiplikatoren in der Jugendbildung gestaltet haben. Dabei arbeiten wir eng mit Schulen und freien Trägern, mit Fachberatern und Jugendämtern sowie Gedenkstättenlehrern zusammen. Dieses Arbeitsfeld haben wir im Berichtszeitraum intensiviert und wollen es auch weiter ausbauen. Wir sind dankbar für die bisherige Unterstützung durch das Bildungsministerium.

Neu im Berichtszeitraum ist die Arbeit in der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in der DDR, die seit Juli 2012 zu unserer Behörde gehört. Auf der Grundlage bundesstaatlicher Vereinbarungen zum Fonds „Heimerziehung in der DDR“ erfolgt die Beratung mit dem Ziel, bei heute noch vorhandenen Folgeschäden materielle und immaterielle Unterstützung zu leisten und die Gewährung von Rentenausgleichszahlungen zu prüfen.

Der Aufbau der Beratungsstelle, die Schwierigkeiten, die durch die unerwartet schnelle Ausschöpfung des Fonds und die langwierigen, bis jetzt noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen um eine Aufstockung desselben entstanden sind, haben uns viel Zeit und Kraft gekostet. Wir sahen und sehen uns einem hohen, durchaus verständlichen Erwartungsdruck durch die ehemaligen Heimkinder ausgesetzt und sind andererseits auf die Beschlussfähigkeit von Bund und Ländern angewiesen. Mit hohem Einfühlungsvermögen und trotz aller Unsicherheiten und Unplanbarkeiten haben unsere Beraterinnen und Berater sich beharrlich bemüht, für die Betroffenen da zu sein und das, was möglich war, zu tun. Wir hoffen, nun sehr bald in eine planungssichere Arbeit zurückfinden zu können.

Meine Damen und Herren, unsere Arbeit, die wir im vorliegenden Bericht vorgestellt haben, war nur möglich im Konzert mit vielen anderen Institutionen und Initiativen sowie mit Unterstützung durch die Politik.

Einen besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle an die Landtagsverwaltung richten, die uns in Fragen der Verwaltung, des Haushalts und in Rechtsfragen äußerst hilfreich unterstützte.

Ich hoffe, dass auch Sie, meine Damen und Herren, uns weiterhin mit Anregungen, Kritik und Ermutigung zur Seite stehen, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Poppe. - Bevor wir die Aussprache mit dem Beitrag der Abgeordneten Melior, SPD-Fraktion, fortsetzen, möchte ich zu diesem wichtigen Tagesordnungspunkt Gäste in unserem Haus herzlich begrüßen. Wir haben heute die Seniorengruppe aus der Kirchengemeinde Strausberg/Petershagen, die Seniorengruppe von der Kolping-Stiftung Hennigsdorf sowie die Seniorinnen und Senioren der IG Metall Potsdam-Mittelmark zu Gast. Seien Sie herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Frau Abgeordnete Melior, Sie haben das Wort.

Frau Melior (SPD):*

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist, glaube ich, eine gute Gelegenheit, an dieser Stelle, in der letzten Sitzung dieser Legislaturperiode, noch einmal zu dem Thema Vergangenheit und zum Bericht der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, zu sprechen. Diese Legislaturperiode neigt sich dem Ende entgegen. Es ist damit höchste Zeit, dass wir den zweiten Bericht hier anhören, ihn diskutieren und Revue passieren lassen, was hier alles passiert ist. Für mich war das auch eine gute Gelegenheit, auf einem Rückflug - inzwischen von Brüssel - noch einmal darauf zu gucken, was eigentlich Bestandteil dieses Berichts ist und was hier alles vollbracht worden ist.

Ulrike Poppe war viel im Land unterwegs, nicht nur in Brandenburg, wo sie fast jeden Winkel erreicht hat, sondern auch in der Lutherstadt Wittenberg in Sachsen-Anhalt, in Thüringen und in Frankreich, beim Goethe-Institut in Toulouse. Das Thema Aufarbeitung ist also längst nicht nur in Brandenburg, nicht nur in den Ostländern, sondern auch darüber hinaus ein ganz wichtiges Thema. Man schaut auch darauf, weil wir hier die Enquetekommission hatten, wie man damit in Brandenburg umgeht. Das machen andere neue Länder, das machen aber auch die alten Länder inzwischen mehr, vor allem auch Länder des früheren Ostblocks, die genau verfolgen, wie wir mit unserer jüngsten Vergangenheit umgehen, was wir daraus gelernt haben und welche Schlüsse wir daraus für die Zukunft ziehen.

Ich war besonders froh darüber, dass Ulrike Poppe und ich in der Enquete-kommission gemeinsam ein jedenfalls für mich ganz wichtiges Kapitel bearbeiten durften: die Wiedergutmachung und nachhaltige Würdigung der Opfer des SED-Regimes. Wir haben beide viel Zeit dafür eingesetzt, haben darüber diskutiert, auch heftig gestritten, und in der gemeinsamen Arbeit einen großen Schritt nach vorn gemacht. Auch dafür möchte ich der Beauftragten ganz herzlich danken, denn diese Begleitung war nicht selbstverständlich. Ulrike Poppe hatte kein Stimmrecht, aber sie hat uns in der Diskussion gut begleitet und vorangebracht.

Ich halte es für ganz wichtig, dass, gerade was die Bereiche Opposition, Widerstand und Opfer des SED-Regimes angeht, weitergearbeitet wird. Ich wünsche mir sehr, dass die Forschungsprofessur, die wir in der Enquetekommission miteinander verabredet haben, Wirklichkeit wird. Was ich mir ganz besonders auch von Ulrike Poppe wünsche - wir hatten Gelegenheit, dies gemeinsam am Gymnasium Wittenberge zu tun -, ist, dass Gespräche mit jungen Menschen stattfinden, die diese Zeit nicht erlebt haben, die darüber nur vom Hörensagen informiert sind und die vor allem lernen sollten - jedenfalls ist das mein ganz persönlicher Wunsch -, dass es wichtig ist, in einer Zivilgesellschaft aufzustehen, stark zu sein und diese Demokratie in Brandenburg mit aufzubauen.

Meine Damen und Herren, dies ist meine letzte Rede in diesem Landtag. Deshalb gestatten Sie mir bitte einige persönliche Worte. Die friedliche Revolution auf dem Gebiet der früheren DDR und damit das Ende der DDR-Diktatur war für mich persönlich ein ganz wichtiger Schritt in meinem Leben. Ich glaube, es war nicht nur für den Osten ein wichtiger Schritt, sondern für ganz Deutschland. Erst durch diese friedliche Revolu-

tion konnte Deutschland den Weg in Freiheit gehen, die Alliierten Deutschland verlassen und wir als Deutsche wirklich selbstbestimmt in diesem gemeinsamen Europa ankommen.

In diesem vereinten Europa darf ich mit der Konstituierung des Europäischen Parlaments am 1. Juli Politik gestalten. Das ist für mich eine ganz große Freude und wiegt ein bisschen auf, dass ich Sie, wenn auch mit Wehmut, verlasse und gern mit Ihnen in Brandenburg zusammengearbeitet habe.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen ganz herzlich für die zehn gemeinsamen Jahre im Landtag Brandenburg. Ich danke vor allem Menschen wie Matthias Platzeck, Dietmar Woidke, aber auch Manfred Stolpe, Regine Hildebrandt, Gunter Fritsch, die viel für dieses Land getan haben, die auch mich bereichert haben. Ich danke natürlich ganz besonders den Kollegen meiner Fraktion, der SPD-Fraktion, aber auch den Ministerinnen und Ministern für gute gemeinsame Jahre, für gute Zusammenarbeit. Herzlichen Dank für eine gute Zeit!

Ich werde Brandenburg nicht verlassen, ich bleibe hier wohnen. Meine Wurzeln sind fest im märkischen Sand verankert. Von daher müssen Sie auch weiter mit mir rechnen. Aber für heute vielen Dank und alles Gute auch für Sie ganz persönlich!

(Beifall SPD sowie vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete Melior. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Dombrowski, Sie haben das Wort.

Dombrowski (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben über den Zweiten Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur zu beraten.

Vorweg mein Dank an Sie, Frau Poppe, für Ihre Arbeit und auch Dank an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie haben eine beeindruckende Bilanz für Ihre letzte Arbeitsperiode vorgelegt. Das betrifft den Bereich Erwachsenenbildung, die vielen Angebote für die junge Generation, die Bürgerberatung, die Sie nicht nur in Potsdam, sondern in allen Teilen des Landes durchführen, die vielen Aufarbeitungsprojekte, die bei Ihnen beantragt, bearbeitet und entschieden werden müssen, und auch die Ihnen kürzlich zugewachsene Aufgabe, als Anlaufstelle für die Beratung von Heimkindern aus der ehemaligen DDR tätig zu werden. Wir erinnern uns, dass dies erst einmal kein Thema war; es gab Auseinandersetzungen darüber, ob das überhaupt ein Thema sei. Dann meldeten sich Tausende, und jetzt ist es ein Thema. Daher ist für viele Kolleginnen und Kollegen, die an solchen Diskussionsanfangspunkten noch nicht den Bedarf gesehen hatten, ein Wissenszuwachs entstanden, der im Interesse der betroffenen Menschen sachgerecht aufgearbeitet werden kann.

Aber - das ist auch zu sagen - es ist nicht Aufgabe von Frau Poppe und ihren Mitarbeitern allein, Aufarbeitung in Brandenburg zu ermöglichen und voranzubringen. Aufarbeitung ist,

wie wir in der Enquetekommission festgestellt haben, auch eine Aufgabe, die über dieses Parlament hinaus zu wirken hat, nämlich in die Bürgerschaft, in die Verbände, in die Vereine hinein, überall dorthin, wo wir gemeinsam Diktaturerfahrungen haben machen müssen.

Von daher blickt das Land vielleicht auf solche Tage wie den heutigen im Landtag Brandenburg. Ich hatte mich an sich auf diesen Tag sehr gefreut. Wir begannen die Tagesordnung mit dem Thema „Fortschritt durch Freiheit“. Man hätte heute sozusagen auch ein Fest der Freiheit feiern können - bei allen Unterschieden. Wir haben als zweiten Tagesordnungspunkt den Bericht der Behörde von Frau Poppe, und wir beenden die heutige Tagesordnung mit dem Bericht des Präsidenten zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Wenn ich es richtig sehe, waren die Fraktionen so tolerant zu sagen: Das soll der Präsident heute einmal allein machen, weil der alte Fritsch heute seinen letzten Auftritt im Parlament hat. - Das heißt, wir waren tolerant zueinander.

Ich bin mir nicht sicher, ob das, was ich hier zum ersten Tagesordnungspunkt habe hören müssen, ein Beispiel für Toleranz in der Demokratie war, meine Damen und Herren. Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung. Und richtig: Die individuelle Freiheit des Einzelnen, egal, ob einer Person, eines Unternehmens, eines Parlaments bzw. eines Amtsträgers, endet da, wo anderen daraus eine unerträgliche Last entsteht, wo ihnen Unrecht getan wird.

Von daher, Frau Präsidentin, muss ich dies sagen: Dass in diesem Parlament ein Mitglied der Landesregierung, das nicht einmal Abgeordneter ist, einen Abgeordneten der Lüge bezichtigt, das hätte natürlich einen Ordnungsruf verdient.

(Beifall CDU, FDP und B90/GRÜNE)

Ich bin mir sicher, wenn Gunter Fritsch im Präsidium gesessen hätte, hätte er das auch getan.

(Ooch! bei der Fraktion DIE LINKE)

- Moment! - Denn der Minister Markov hat ja einen Abgeordneten der Lüge bezichtigt, weil er das Gleiche gesagt hat, was vorher Frau Mächtig gesagt hat, was im Protokoll stehen wird, nämlich: Jawohl, wir haben bei den privaten Schulen gekürzt, weil wir ein anderes soziales Modell favorisieren; wir wollen die staatlichen Schulen fördern. - Das wird im Protokoll stehen. Meine Damen und Herren, ich finde, wir sollten das auch ertragen. Freiheit ist eben mehr, als dass diejenigen, die gerade ein bisschen mehr zu sagen haben, anderen vorschreiben, was sie tun oder lassen dürfen.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn ich gesagt habe: „Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung“, so gilt das für alle Fraktionen. Unsere Fraktionen, unsere Parteien haben eine Geschichte. Die längste Geschichte hat die Sozialdemokratische Partei, eine Geschichte, die mit viel Leid, mit viel Druck, aber auch mit vielen, großen Erfolgen verbunden ist.

Die CDU wurde nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Erfahrungen der Weimarer Republik heraus gegründet; sie hat sich in Ost und West geteilt. Auch wir als CDU müssen sowohl zu

der CDU von Konrad Adenauer und Helmut Kohl als auch zu der CDU in der DDR stehen. Dazu bekennen wir uns auch.

Sie, meine Damen und Herren von den Linken, müssen sich - egal, wie alt Sie sind, auch wenn Sie die Gnade der späten Geburt haben - zu der Gesamtverantwortung der SED, der PDS und der Linken bekennen, wie wir als deutsches Staatsvolk unsere gemeinschaftliche Schuld am Holocaust auch 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht leugnen werden. Von daher, meine Damen und Herren: Seien wir alle ein bisschen demütiger, ein bisschen toleranter und nicht so rechthaberisch. Dann können wir für Brandenburg mehr tun als durch solche verunglückten Stunden wie der ersten am heutigen Tag. - Danke schön.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dombrowski. - Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fort. Herr Abgeordneter Jürgens hat das Wort.

Jürgens (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Dombrowski, ich danke für die Anregung. Ich glaube nur nicht, dass meine Fraktion und meine Partei dieser Anregung bedurft haben.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben heute den Zweiten Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Landes zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Frau Poppe, gehört. Der Bericht zeigt aus meiner Sicht, dass die Einsetzung genau dieser Beauftragten richtig war. Die Behörde von Frau Poppe ist Beratungsstelle, sie ist Anlaufstelle, sie ist Informationsstelle, sie ist ein Lernort gerade für Schülerinnen und Schüler, für junge Menschen. Die Angebote für die junge Generation sind ja auch ein Schwerpunkt in dem Bericht.

Was ich ganz besonders wichtig finde, ist, dass eben diese Beauftragte, diese Behörde, die Menschen, die dort arbeiten, beraten, Hilfe geben und zuhören. Ich glaube, das sind drei ganz wichtige Aufgaben. Deswegen, Frau Poppe, möchte ich Ihnen und Ihrer Behörde für den Bericht und die Tätigkeit ihrer Behörde ausdrücklich danken.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Über 180 Veranstaltungen - davon über 90 eigene und rund 90, bei denen sie dazugekommen ist -, das ist eine beachtliche Bilanz der letzten zwei Jahre Tätigkeit.

Besonders wichtig ist - das will ich hier noch einmal ausdrücklich betonen -, dass Frau Poppe mit ihrer Behörde beim Landtag angebunden ist. Es war richtig und wichtig, dass wir 2010 in einem gemeinsamen Beschluss aller Fraktionen diese Anbindung an den Landtag beschlossen haben und dass sie nicht weiter an die Landeszentrale für politische Bildung angegliedert ist.

(Beifall des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Ich möchte aus den vielen Veranstaltungen drei Aspekte herausgreifen, die mir besonders wichtig sind.

Erstens: Wirklich wichtig finde ich die vielen Veranstaltungen zum Thema Kinder, Jugend und DDR. Es gab viele Veranstaltungen zum Thema Heimkinder, aber auch über das Thema Heimkinder hinausgehend. Das finde ich eine ganz wichtige Sache.

Zweitens: Sie haben auch Veranstaltungen zum Thema Frauen und DDR durchgeführt, Frauen in der Revolution zum Beispiel. Ich finde das auch ein ganz wichtiges Thema.

Drittens: Auch wichtig finde ich den Themenbereich Kirche und Opposition in der DDR. Auch dazu haben Sie viele Veranstaltungen durchgeführt.

Das sind aus meiner Sicht zwar nur drei Teilbereiche, aber drei Teilbereiche, die wichtig sind.

Was mich beim Lesen sehr beeindruckt hat, sind die Ausführungen zu Ihrer neuen Aufgabe, nämlich als Anlauf- und Beratungsstelle für die Heimkinder tätig zu werden. Hier kann man gern Einzelfallbeispiele nachlesen; ich empfehle das. Das sind sehr eindrückliche Berichte über die Art und Weise, wie Heime später noch nachwirken, wie aber auch die Beratungsstelle in solchen Fällen helfen konnte, was sie erreichen konnte. Das hat mich persönlich sehr beeindruckt.

Am Ende möchte ich - auch weil Frau Poppe darum gebeten hat - zwei Anregungen geben. Die erste Anregung bezieht sich auf einen Punkt aus dem Bericht selbst. Es heißt ganz am Anfang, dass die Beauftragte den besonderen Fokus auf die weiter von Potsdam entfernten Kreise richtet, was, glaube ich, ein richtiges Anliegen ist.

Das ist ein richtiges Anliegen. Insofern finde ich es auch richtig, die mobile Vorortberatung zu machen. Wenn ich aber die Veranstaltungen durchgehe und feststelle, dass trotzdem 50 % der Veranstaltungen in Potsdam stattfinden, wäre meine Anregung, die Veranstaltungen in den weiter entfernten Kreisen noch ein bisschen mehr auszudehnen. Das nur als erste Anregung.

(Wechsel des Präsidenten)

Als zweite Anregung möchte ich sagen: Im Gesetz über die Beauftragte heißt es:

„Der Landesbeauftragte trägt dazu bei, die Öffentlichkeit über die Wirkungsweisen diktatorischer Herrschaftsformen, insbesondere in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, zu unterrichten.“

Wenn ich mir die Veranstaltungen ansehe, stelle ich fest: Es gab ganze zwei von 190 Veranstaltungen, die sich mit der Zeit vor 1945 befassen haben. Meine Anregung oder mein Wunsch wäre, dass Sie sich eben auch ein bisschen stärker mit der Wirkungsweise diktatorischer Herrschaftsformen vor 1945 befassen, nicht mehr als mit der der DDR - dazu sind Sie auch explizit die Beauftragte für die kommunistische Diktatur, das ist ganz klar -, aber ein paar mehr als zwei Veranstaltungen im Zeitraum von zwei Jahren könnten es meines Erachtens durchaus sein. - Insgesamt aber danke ich sehr für diesen Bericht.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Die Abgeordnete Teuteberg spricht.

Frau Teuteberg (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies wird nach fast fünf Jahren meine letzte Rede in diesem Landtag sein. Mein allererster Beitrag in der konstituierenden Sitzung galt der Frage, wo und wie wir als Abgeordnete uns auf eine Zusammenarbeit mit der Stasi überprüfen lassen. Insofern schließt sich da ein Kreis für mich, denn die Beschäftigung mit dem DDR-Unrecht war ein Schwerpunkt meiner Tätigkeit als Abgeordnete.

Ulrike Poppe hat es gesagt: 25 Jahre sind gar kein so großer Abstand. Deshalb lohnt es sich, sich zu erinnern, was konkret vor 25 Jahren hierzulande geschah. Heute vor 25 Jahren schnitten die Außenminister Ungarns und Österreichs ein Loch in den Stacheldrahtzaun. Ich glaube, wir verdanken, wenn es darum geht, dass wir Feste der Freiheit feiern konnten, unseren europäischen Nachbarn so viel mehr, als uns oft im Alltag bewusst ist.

(Beifall FDP, CDU und B90/GRÜNE sowie der Abgeordneten Melior [SPD])

Zur Realität hierzulande gehörte eben auch in diesen Tagen die Drohung vor 25 Jahren, dass China nicht so weit weg sei. Nicht zuletzt von dem Mann, der die auch hierzulande gern gepflegte Legende von der Wende prägte. Im DDR-Fernsehen hieß es, dass westliche China-Korrespondenten 3 000 Tote erfunden hätten.

Manche haben die Notwendigkeit dieser Auseinandersetzung nicht verstehen wollen und reden dann davon, dass der Blick zurück doch wenig bei dem Versuch helfe, aktuelle Probleme zu bewältigen und zukünftige schon im Ansatz zu verhindern.

Doch der Bericht, den uns Ulrike Poppe vorgelegt hat, zeigt sehr anschaulich das Gegenteil. Wir werden auch in der Gegenwart scheitern, wenn wir die Beschäftigung mit der Vergangenheit nicht als Lernprozess verstehen. Das war übrigens auch immer die Parole des sogenannten antifaschistischen Kampfes der SED, und es ist natürlich auch Grundlage und Ziel von Initiativen gegen Rechtsextremismus. Was aber für die Zeit vor 1945 gilt, sollte seine Berechtigung auch für die Machtverhältnisse in der DDR haben.

Was können wir also daraus lernen? Eine Demokratie ist nur dann lebendig, wenn sie Menschen Raum für kritische, unbequeme Teilhabe am politischen Prozess gibt. Zugleich führt die Gewaltherrschaft einer Partei nicht nur zur Unterdrückung derer, die eine andere politische Meinung äußern oder auch nur haben. Wenn weite Teile der Bevölkerung keine Gelegenheit haben zu lernen, wie ein demokratisches Fundament mit Leben zu erfüllen ist, sondern sich gezwungen sehen zu schweigen, sich anzupassen oder aber wegzugehen, dann hat auch das nachhaltige Spuren hinterlassen. Darauf gibt der Bericht der Landesbeauftragten ebenfalls einige Hinweise.

Auch deshalb ist die Beschäftigung mit der Vergangenheit ein Gegenwartsproblem. Wir werden in absehbarer Zeit in den

neuen Bundesländern nicht mehr vor allem die Arbeitslosigkeit, sondern den Mangel an fachlich Qualifizierten zu bewältigen haben. Und wir wissen nur zu genau, dass wir da im Vergleich zu den sogenannten alten Bundesländern dürrig dastehen, weil wir es teilweise noch nicht schaffen, die Willkommenskultur zu pflegen, die den Zuzug erleichtert. Übrigens auch die Rückkehr derer, die das Land zwischen 1949 und 1989 verlassen haben.

Die Auseinandersetzung mit Diktatur - das ist schon mehrfach angesprochen worden - ist vor allem die Auseinandersetzung mit dem Leben von Menschen, mit einzelnen Schicksalen, aber auch mit dem, was ihre Familien und ihre Nachkommen prägt. Da gibt es manchmal nur begrenzt Handlungsmöglichkeiten für Härtefälle; auch das sagt der Bericht. Es braucht eine Sensibilisierung. Sie kann und muss von oben erfolgen. Es ist Aufgabe der Politik, ein Klima zu schaffen. Es ist vor allem aber Aufgabe von Bildungsarbeit - und zwar sowohl staatlich, in unseren Schulen, als auch zivilgesellschaftlich. Beides muss sich ergänzen und darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Sorge der Betroffenen ist ganz stark die, ob auch die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission wirklich umgesetzt werden. Meines Erachtens ist es wichtig, dass wir insofern zur Normalität finden, jetzt einfach einmal die Existenz einer Landesbeauftragten als positive Normalität in Brandenburg zu sehen, sie nicht so sehr als besonderes Verdienst darzustellen - so, wie es eben lange ein Defizit und ein Nachholbedarf war -, nicht mehr so sehr ihre allgemeine Existenz noch besonders betonen zu müssen, sondern die konkrete Unterstützung einfach zu leisten.

(Beifall FDP, CDU und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Wir haben jetzt, nach fünf Jahren - und dass Ulrike Poppe berufen wurde, erfolgte auch zu Beginn dieser Koalition - eine erste Bilanz. Dazu kann ich hier leider nicht näher ausführen. Was aber den notwendigen Mentalitätswandel betrifft, auf den die SPD setzen musste - auch bei ihrem Koalitionspartner -, möchte ich doch eines noch zu der Beschlussempfehlung sagen, die die Koalition vorgelegt hat.

Da hat der Landtag, der durch Wahlen bestimmte Vertreter des Souveräns und des Volkswillens, seine Vorstellungen, wie die Landesregierung handeln sollte, und bittet - ich wiederhole: er bittet - die Landesregierung. Hier wäre mehr Selbstbewusstsein geboten. Das ist eine etwas vordemokratische Sicht auf die Landesregierung. Ich glaube, der Landtag sollte ruhig fordern.

(Beifall FDP und CDU)

Das signalisiert, dass die Beschäftigung mit den Erblasten der Vergangenheit eine Notwendigkeit bleibt. Ich werde mich weiter dafür engagieren, unter anderem im Heimkinderbeirat und bei „Gegen Vergessen - Für Demokratie“. Dabei freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ulrike Poppe und wünsche ihr und unserem Land Brandenburg für ihre Tätigkeit als Landesbeauftragte weiterhin viel Erfolg.

Ich bitte um eine kurze persönliche Bemerkung in der letzten Rede hier: Es war eine Ehre, diesem Haus anzugehören. Das ist es, Abgeordnete zu sein und ein Mandat für fünf Jahre zu haben. Ich habe hier viele - nicht nur, aber sehr viele - gute Erfah-

rungen gemacht. Ich möchte mich bei allen bedanken, die mich hier fachlich und menschlich begleitet haben, bei allen, die in der Lage waren, hart in der Sache und dabei herzlich im persönlichen Umgang zu sein, die in der Lage waren, Ermutigung und Anerkennung persönlich auszudrücken.

Ich wünsche allen, die diesem Haus wieder angehören werden, dafür viel Kraft, Freude, Besonnenheit und das notwendige parlamentarische Selbstbewusstsein. Ich freue mich auf neue Herausforderungen und auch darauf, den einen oder anderen von Ihnen bei anderer Gelegenheit wiederzutreffen. - Ihnen alles Gute! - Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Diese freundlichen Wünsche rechtfertigen die Redezeitüberziehung. - Wir setzen dennoch jetzt fort. Der Abgeordnete Vogel spricht für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Vogel (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir blicken heute auf zwei weitere Jahre des Wirkens unserer Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Frau Ulrike Poppe, und ihres Teams zurück. Sie ist in der Tat unsere Beauftragte, denn, wie Peer Jürgens bereits ausführte, ist sie unmittelbar beim Landtag angesiedelt und nicht bei einem Ministerium.

Damit liegt die besondere Verantwortung für die inhaltliche Begleitung ihrer Arbeit wie auch für die Herstellung ihrer Arbeitsfähigkeit bei uns, dem Parlament, nicht bei der Landesregierung. Daher ist die Aufforderung in der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, dass die Landesregierung gebeten wird, die Arbeit der Landesbeauftragten weiter zu unterstützen, zwar wohlfeil, aber sie ist unvollständig, wenn wir sie nicht auch an uns selbst richten.

Da gibt es für uns genug zu tun. Nehmen wir ein besonders bedrückendes Beispiel aus dem Bericht: die strafrechtliche Rehabilitation von DDR-Heimkindern. In den letzten beiden Jahren wandten sich 190 ehemalige Heimkinder an die Aufarbeitungsbeauftragte und baten um Unterstützung bei der Beantragung der rechtlichen Rehabilitation. In vielen Fällen waren ehemalige Heimkinder, die ihre Einweisung in die Spezial- und Sonderheime durch DDR-Jugendhilfe und -Volkspolizei als Menschenrechtsverletzung empfanden und deshalb eine Anerkennung dieser rechtsstaatswidrigen Handlung durch den Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland erwarten, an unseren Gerichten gescheitert.

Hierzu führt die Aufarbeitungsbeauftragte aus:

„Die Begründungen der meisten ablehnenden Beschlüsse der Landgerichte vermitteln den Eindruck unzureichender Kenntnis sowohl der konkreten Lebenssituationen der Antragsteller im Bewertungszeitraum als auch der Einordnung in den historischen und damit system- und ideologiegeprägten Kontext. Dies wird vor allem deutlich im unkritischen Übernehmen von Zitaten aus DDR-Jugendhilfakten und anderen personenbezogenen Unterlagen, mit denen die Ablehnungen oftmals begründet werden.

Auf diese Weise erhalten die schriftlichen Hinterlassenschaften der DDR-Jugendhilfe bis heute Deutungsmacht über das Leben der Antragsteller. Die dadurch ausgelösten Retraumatisierungseffekte bei den Betroffenen sind intensiv und oftmals nachhaltig. Nicht selten ist auch das noch nicht gefestigte Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert, was weitreichende Folgen für alle Lebensbereiche der Betroffenen und ihrer Familien hat. Dass in der DDR rechtsstaatswidrige Beschlüsse gefällt wurden, haben in Spezialheime eingewiesene Kinder und Jugendliche am eigenen Leib erfahren müssen.“

Ein im Bericht ausgeführtes Einzelbeispiel eines systemkritischen Jugendlichen, der anlässlich der X. Weltfestspiele der Jugend verhaftet und wegen angeblicher Assozialität zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde und dessen Anträge auf berufliche Rehabilitation an einem ignoranten Gericht, das die Lebenswirklichkeit in der DDR offenkundig nicht adäquat einordnen konnte, scheiterten, muss jeden erschüttern.

(Beifall B90/GRÜNE und CDU sowie der Abgeordneten Goetz und Frau Teuteberg [FDP])

Die Betroffenen scheitern und verzweifeln am Rechtsweg - nicht unähnlich übrigens den vielen Neusiedlererben, denen das Land Brandenburg ihre ererbten Flächen in einer Phase entzogen hat, in der diese Flächen von Gerichten als grundsätzlich nicht vererbbar angesehen wurden und der Besitz an eine Tätigkeit in einer LPG an einem Stichtag im November 1989 gebunden wurde. Die Betroffenen hatten das Pech, in jenen Jahren ablehnende Gerichtsurteile erhalten zu haben.

Die Aufarbeitungsbeauftragte hat Vorschläge ausgearbeitet, wie Gerichte und Rehabilitierungsbehörden in solchen Verfahren angemessener agieren können; sie sollten dies auch tun. Deswegen müssen sich die Forderungen nach Unterstützung und nach Auseinandersetzung, die die Aufarbeitungsbeauftragte erhebt, an alle Institutionen der Gewaltenteilung im demokratisch verfassten Rechtsstaat - Regierung, Landtag und Gerichte - richten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind Themen, die in der Enquetekommission des Landtages zur Sprache gekommen sind und dank des engagierten Wirkens von Ulrike Poppe und Susanne Melior in den Handlungsempfehlungen ihren Niederschlag gefunden haben.

Besonders hinweisen möchte ich auf den Härtefallfonds, der nach den Empfehlungen der Kommission eingerichtet werden soll. Es ist nicht unwichtig, wie der Ministerpräsident dazu steht, aber die Initiative zur Gründung und zur angemessenen Finanzausstattung kann und soll vom Landtag ausgehen. Wir müssen nicht warten, bis die Landesregierung sich auf ein Konzept geeinigt hat.

(Beifall B90/GRÜNE sowie der Abgeordneten Goetz und Teuteberg [FDP])

Ulrike Poppe hat in einer Veranstaltung zum Ende der Enquetekommission Folgendes ausgeführt:

„Aufarbeitung kann man nicht verordnen, das ist klar. Aber die Politik kann natürlich Rahmenbedingungen setzen. Sie kann anregen. Und anregen kann man schon, in-

dem man zum Beispiel finanziell und ideell Aufarbeitungsinitiativen unterstützt, wenn man Veranstaltungen fördert, die sich mit diesen Themen befassen, wenn man Filme und Publikationen fördert. Das sind Dinge, wo die Politik ganz entscheidend mitwirken kann. Ebenso in Gedenkstättenkonzepten, in der Förderung von Gedenkstätten, was sehr wichtig ist, um einen ganz speziellen Zugang zu dem zu bieten, was Diktatur bedeuten kann. Auch Förderung von Selbsthilfestrukturen in Opferverbänden beispielsweise [...] Das spielt alles eine Rolle, um dieses Bewusstsein, das ich mir wünsche, in die Gesellschaft zu tragen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politik - das sind auch und gerade wir. Lassen Sie uns gemeinsam die Arbeit der Aufarbeitungsbeauftragten noch besser unterstützen, als wir es in der Vergangenheit getan haben. - Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall B90/GRÜNE, FDP und des Abgeordneten Richter [SPD])

Präsident Fritsch:

Zum Abschluss erhält die Landesregierung das Wort. Frau Ministerin Dr. Münch, bitte.

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Zweite Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur verdeutlicht die große Entwicklung, die diese Behörde in den vier Jahren ihres Bestehens genommen hat. Sie ist zugleich eine überzeugende Bestätigung für das Brandenburgische Aufarbeitungsbeauftragtengesetz, das wir im Juli 2009 gemeinsam verabschiedet haben.

Nachdem das Thema Aufarbeitung in den Jahren zuvor immer wieder heftige Kontroversen ausgelöst hatte, können wir uns heute auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen und auf ein klares Ja zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Das wurde auch in der vorangegangenen Debatte deutlich, trotz aller individuellen Schattierungen, mit denen die einzelnen Fraktionen dieses Thema versehen. Damit gelingt es uns zunehmend besser, das Unrecht, das Menschen in der kommunistischen Diktatur erlitten haben, wahrzunehmen, anzuerkennen und Wege der Aufarbeitung und der Versöhnung anzugehen, auch wenn das oft genug nicht gelingt. Es genügt manchmal, einfach zuzuhören. Das ist Ihnen, liebe Frau Poppe, und Ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern sehr gut gelungen.

Ich habe das persönlich erlebt im Zusammenhang mit einer Opfergruppe, die hier nicht so sehr im Fokus gestanden hat, weil da eher bundesgesetzliche Aspekte eine Rolle spielen: die Opfer des Dopings. Auf einer Veranstaltung, die vor wenigen Tagen im Landtag stattfand, wurde noch einmal klar, dass sich diese Gruppe in unserer Gesellschaft nicht wertgeschätzt, nicht angenommen fühlt.

Liebe Frau Poppe, Sie und Ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet, dass Aufarbeitung im Land Brandenburg zu einem konstruktiven und ge-

sellschaftlich bereichernden Prozess geworden ist. Dafür möchte ich Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch im Namen der Landesregierung herzlich danken.

Der Bericht zeigt: Aufarbeitung ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Die Landesbeauftragte nimmt neben vielen weiteren gesellschaftlichen Partnern dabei eine zentrale Rolle ein. Mit Gedenkstättenlehrern und Zeitzeugengesprächen unterstützt die Aufarbeitungsstelle die Schulen im Land Brandenburg und regt damit Prozesse der Demokratiebildung an. Das ist sehr wichtig. Ich selbst hatte die große Ehre und Freude, in mehreren Schulen des Landes Zeitzeugengespräche mit ihnen führen zu dürfen. Wir haben gemeinsam erlebt, dass für die jungen Menschen die Zeit der Diktatur unendlich weit zurückliegt. Es ist aber notwendig, weiterhin Aufklärung auch über die jüngste deutsch-deutsche Geschichte zu betreiben.

Mit der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in der DDR, eingerichtet im Juli 2012, wurde eine weitere und für sie neue Möglichkeit der Beratung und Anerkennung geschaffen. Wenn möglich sollte hier für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger auch die Möglichkeit der Rehabilitation geschaffen werden.

Mir ist klar, dass die Verunsicherung, hervorgerufen durch den langwierigen Prozess des Aufstockens dieses Fonds, viele beeinträchtigt hat. Wir haben uns tatkräftig dafür eingesetzt, dass zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen und Sie weiterhin möglichst vielen Betroffenen Ihre Unterstützung anbieten können. Ich gehe davon aus, dass wir einen guten Weg gefunden haben.

Aufarbeitungsarbeit ist ein vielschichtiger und vielseitiger Prozess. Ich möchte Sie, Frau Poppe, ausdrücklich ermutigen, den von Ihnen eingeschlagenen Weg in Richtung Beratung, Kooperation und vor allen Dingen Bildung konsequent weiterzugehen. Ich sichere Ihnen hier und heute meine und auch die Unterstützung der Landesregierung zu.

Das Bedürfnis nach Hilfe und Beratung durch die Landesbeauftragte ist weiterhin groß; es wächst. Dabei geht es um die Würdigung und Anerkennung des erlittenen Unrechts, aber auch um praktische Lebenshilfe, um materielle, psychosoziale und rechtliche Unterstützung.

Es geht natürlich auch um Fragen der Rehabilitation. Ich finde es sehr gut, liebe Frau Poppe, dass Sie in Ihrer Beratungstätigkeit aktiv werden, im gesamten Land auf Menschen zugehen und nicht darauf warten, dass die Menschen den Weg zu Ihnen finden. Das ist wichtig; denn es ist häufig eine Hemmschwelle für Menschen, die unter dem Unrecht gelitten haben, wenn sie sich nach Potsdam aufmachen sollen. Deswegen ist es gut, dass Sie direkt vor Ort Ihre Ansprechpartner suchen.

Der Bericht verdeutlicht aber auch die Grenzen von Beratung. Nicht alle Fälle von Rehabilitation gelingen. Die Erfahrung erlittenen Unrechts bleibt für viele Menschen schmerzhaft. Sie hat ihren Lebensweg maßgeblich in eine bestimmte Richtung gedrängt, sodass es schwierig wird, eine andere Orientierung zu finden.

Die zahlreichen produktiven Kooperationen, die die Landesbeauftragte mit Opferverbänden, Gedenkstätten, Behörden und anderen gesellschaftlichen Akteuren pflegt, zeigen, dass das

Anliegen der Anlaufstelle von vielen Menschen im Land geteilt und mitgetragen wird. Demokratie ist immer im Werden. Zu einer guten demokratischen Kultur gehören eine gelebte Erinnerungskultur und ein Bekenntnis zur Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, auch wenn das unbequem sein mag. Die Anerkennung vergangenen Unrechts und die Aufarbeitung von Schuld sind Voraussetzungen für Vertrauensbildung in der Zukunft. Das gilt für das eigene Leben wie auch für die Vertrauensbildung in der Gesellschaft.

Mit der Arbeit, die Sie leisten, erfüllen Sie eine sehr wichtige Aufgabe. Ich möchte Ihnen dafür herzlich danken. Wir werden Sie dabei gemeinsam weiterhin unterstützen.

Ich danke allen Mitstreitern, auch allen Abgeordneten, sehr herzlich für die Unterstützung dieser Tätigkeit. Lassen Sie uns auf dem langen Weg hin zu einer mit sich selbst versöhnten Gesellschaft gemeinsam weitergehen!

Frau Poppe, Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich noch einmal herzlich dafür, dass Sie hier eine so wichtige Vorreiterrolle für alle übernommen haben. - Danke schön.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie der Abgeordneten Bretz [CDU] und Frau Teuteberg [FDP])

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Die Redeliste ist damit erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung in der Drucksache 5/9186 - Neudruck. Wer ihr Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Tätigkeitsbericht des Sonderausschusses BER

Drucksache 5/8963

in Verbindung damit:

Bericht der Landesregierung zu den Beschlüssen des Landtages vom 27. Februar 2013 „Volksbegehren ‚Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)‘“ (Drucksachen 5/6894-B und 5/6916-B) und vom 5. Juni 2013 „Akzeptanz für den Flughafen Willy Brandt durch Nacht-ruhekompromisse (erhöhen)“ (Drucksache 5/7376-B)

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 5/9227

Ferner liegen Ihnen vor: ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen von SPD und DIE LINKE in der Drucksache 5/9287, ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/9288 sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/9270.

Wir beginnen mit dem Bericht der Vorsitzenden des Ausschusses, der Abgeordneten Geywitz.

Frau Geywitz (Vorsitzende des Sonderausschusses BER):

Herr Präsident, ich habe den Eindruck, die Geschichte mit dem BER ist fast so unendlich wie der Titel dieses Tagesordnungspunktes.

Meine Damen und Herren! Der BER wird uns noch lange beschäftigen. Der Sonderausschuss BER - zumindest der für diese Wahlperiode - endet in absehbarer Zeit. Mit Einsetzung des Ausschusses am 23. Januar 2013 wurde festgelegt, dass der Ausschuss spätestens drei Monate vor Ende der Wahlperiode einen Tätigkeitsbericht vorlegt. Über diesen wird heute beraten; zumindest der Sonderausschuss ist demnach im Zeitplan.

Vielen stellt sich natürlich die Frage: Was hat dieser Ausschuss gebracht? Man könnte etwas böseartig sagen: Es gibt immer noch keinen Eröffnungstermin, nicht einmal einen Termin für einen Termin. Immer noch fehlt ein nachvollziehbarer, valider Finanzplan. Der Businessplan wird derzeit von der FBB erarbeitet. Es gibt weiterhin nur übersichtlichen Baufortschritt bei der Brandschutzanlage und bei der Kabeltrassensanierung.

Was den Schallschutz am Tage angeht, sind erst ca. 2 % der Vorhaben abgeschlossen; beim Schallschutz in der Nacht sieht es mit 15 % etwas besser aus. Um zum Tagschutz die Zahlen zu nennen: Für 299 der 14 000 berechtigten Wohneinheiten ist die Bearbeitung abgeschlossen.

Von Berlin und dem Bund wurde nicht anerkannt, welches Ergebnis das Volksbegehren in Brandenburg zum Nachtflugverbot hatte. Die Ergebnisse der Verhandlungen sind dem Bericht der Landesregierung zu entnehmen.

Alles umsonst also? Das scheint so. Aber die angesprochenen Probleme betreffen den Flughafen, nicht die Arbeit des Ausschusses. Wohl niemand hat damit gerechnet, dass der Ausschuss den Flughafen fertigbauen würde.

Wenn man sich die Bilanz und die Sinnhaftigkeit dieses Ausschusses vor Augen führen will, muss man auf den Ursprung, auf den Einsetzungsbeschluss zurückgehen. Darin heißt es:

„Der Sonderausschuss dient der Zusammenführung der Beratungen zum Thema BER im Landtag Brandenburg [...] Damit kann der Sonderausschuss einen maßgeblichen Beitrag zur künftigen Verbesserung der Qualität der Information des Landtages leisten.“

Zusammenfassend zu den Zielen des Ausschusses: Zusammenführung aller Beratungen in einem Ausschuss, der sich mit allen Facetten des Flughafens befassen soll, Bündelung der Informationen, mehr Transparenz und bessere Information des Parlaments. Die Arbeit des Ausschusses sollte aktiv auf das Gelingen des Projektes ausgerichtet sein.

Einige Fakten, die die Arbeit des Sonderausschusses betreffen: Der Ausschuss tagte seit Einsetzung am 23. Januar 15 Mal; in

der nächsten Woche wird die 16. Sitzung stattfinden. Der Ausschuss hat insgesamt 37 Stunden und 25 Minuten zusammengesessen. Zudem hatten wir in dieser Legislaturperiode eine Rekordsitzung: Die späteste Sitzung eines Ausschusses in dieser Wahlperiode dauerte von 22.40 Uhr bis 01.35 Uhr. Ich muss die Gelegenheit nehmen, nachher noch einmal Alwin Ziel zu fragen, ob so etwas in der ersten Legislaturperiode vielleicht doch vorgekommen ist.

Der Beitrag des Ausschusses lag auch in einer Verbesserung der Informationspolitik durch zeitnahe, aktuelle Berichte aus den Aufsichtsratssitzungen. Die Sitzungen des Ausschusses waren meist an die Sitzungen des Aufsichtsrates gekoppelt.

Neben der Landesregierung war die Flughafengesellschaft - teils vertreten durch ihre Geschäftsführung - in den Ausschüssen anwesend. Die unterhaltsamen Geschichten zur Teilnahme der Geschäftsführung sind Ihnen sicherlich bekannt. Auch mich als Ausschussvorsitzende hat das immer vor neue Herausforderungen gestellt.

Es war gut, dass der Ausschuss eine Sitzung bei betroffenen Anwohnern in der Gemeinde Schulzendorf abgehalten hat. Das war ein Zeichen der Hinwendung des gesamten Landesparlaments zu den von Fluglärm Betroffenen.

Zudem haben wir ein Fachgespräch mit den Initiatoren des Volksbegehrens sowie eine Expertenanhörung mit Vertretern von Siemens durchgeführt.

Wir hatten Gäste aus dem Landesrechnungshof und dem Bundesverkehrsministerium.

Nicht zu vergessen: Wir hatten das kollektive Recht auf Akteneinsicht in wichtige Unterlagen.

Wir haben zweimal die Baustelle besichtigt, um uns vor Ort ein Bild zu verschaffen.

Die Tagesordnung umfasste in der Regel fünf ständige Themen: Baufortschritt, Finanzen, Schallschutz, Nachtflugverbot, Bericht aus der Aufsichtsratssitzung. Daneben wurden Sonderthemen beraten, zum Beispiel Rettungsdienst und medizinische Versorgung, Flughafenasyl, Brand- und Katastrophenschutz, das ewige Hin und Her um die Sanierung der Nordbahn und - natürlich - Flugrouten.

Mein Fazit: Die Konzentration auf das Gelingen des Projektes war vorhanden. Die Vergangenheit spielte kaum eine Rolle. Das war ganz im Sinne des Namensgebers des Flughafens, Willy Brandt. Er sagte: „Die Zukunft wird nicht gemeistert von denen, die am Vergangenen kleben.“

Wurden durch den Ausschuss mehr Transparenz und eine bessere Information des Landtages geschaffen? Dazu gibt es sehr unterschiedliche Bewertungen; das zeigen auch die vorliegenden Entschließungsanträge. Man kann aber Transparenz immer nur haben, wenn man Erkenntnisse hat. Das scheint mir eine der Ursachen für nicht vorhandene wirkliche Transparenz zu sein.

Der Ausschuss hat zumindest viele Aspekte des Flughafens intensiv hinterfragt und sich mit den Problemen befasst. Das zeigt auch der Tätigkeitsbericht.

Ich danke allen Beteiligten für die - teils sehr kontrovers geführte - Diskussion, für den langen Abend, für die insgesamt konstruktive Zusammenarbeit. Den Damen vom Ausschussdienst danke ich für ihre Ruhe und Gelassenheit und die jederzeit vorhandene Serviceorientierung, die uns das Arbeiten möglich gemacht hat. - Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die Landesregierung. Der Ministerpräsident spricht.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick: Nach dem erfolgreichen Volksbegehren und den entsprechenden Landtagsbeschlüssen haben wir als Landesregierung unmittelbar die Initiative ergriffen und unseren Mitgesellschaftern sachgerechte Lösungsvorschläge im Sinne dieser Volksinitiative unterbreitet. In einer Vielzahl von Verhandlungsrunden in der Gesellschafterversammlung, in der Landesplanungskonferenz und im Aufsichtsrat haben wir immer und immer wieder unsere Argumente dargelegt. Wir haben für diese Volksinitiative gekämpft.

Ich kann nur wiederholen: Die Haltung unserer Mitgesellschaft hat mich tief enttäuscht. Denn selbstverständlich haben wir alle - ich wiederhole: alle - gangbaren Möglichkeiten zur Umsetzung dieses Volksbegehrens ausgeschöpft.

Ich erinnere daran: Das Begehren der Initiatoren war konkret darauf gerichtet, in das Landesentwicklungsprogramm ein Nachtflugverbot aufzunehmen. Wir haben uns bei der Vorbereitung der gemeinsamen Landesplanungskonferenz mit der Forderung der Initiatoren noch einmal gründlich auseinandergesetzt. Nach der Sitzung am 7. Mai ist jedoch eindeutig klar gewesen, dass keine rechtlich zulässige Möglichkeit besteht, über Raumordnung und Landesplanung ein erweitertes Nachtflugverbot für den planfestgestellten BER durchzusetzen.

Das habe ich dem Sonderausschuss BER hier im Landtag und der Öffentlichkeit dann auch unverzüglich mitgeteilt. An dieser rechtlichen Situation würde die von manchen geforderte Aufkündigung der gemeinsamen Landesplanung mit Berlin nichts, aber auch gar nichts ändern.

Unsere Partner waren nicht einmal bereit, einen von uns vorgelegten Kompromissvorschlag mitzutragen, mit dem wir ihnen deutlich entgegengekommen sind. Ich habe diesen Kompromissvorschlag auch dem Landtag vorgestellt; daran können Sie sich sicherlich erinnern. Er sah vor, dass wir eine freiwillige Aussetzung der Betriebsgenehmigung zwischen 5 und 6 Uhr erreichen und damit deutlich mehr Nachtruhe für die Anwohnerinnen und Anwohner bekommen.

Die Ablehnung unserer Anträge hat eindeutig offenbart, wer auf dem Bremspedal steht, wenn es um mehr Nachtruhe für die Anwohnerinnen und Anwohner des BER geht. Dieses Wissen kann uns allerdings nach allem engagierten Ringen nicht zufriedenstellen. Wir richten unsere Anstrengungen jetzt intensiv

darauf, dass der BER möglichst schnell funktionsfähig und auch - das gehört für uns dazu - vom Umfeld akzeptiert ans Netz gehen kann. Dafür stehen unsere Mitglieder im Aufsichtsrat, und dafür steht auch die von mir geführte Landesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann jeden verstehen, der sich angesichts der aktuellen Situation Sorgen um das Projekt BER macht. Dennoch möchte ich an dieser Stelle vor Schwarzmalerei und täglich neuen Gutachten über die vermeintliche Wirtschaftlichkeit dieses Projektes nach Inbetriebnahme warnen. Denn zur Wahrheit gehört, dass der Flughafen schon jetzt ein Wachstumstreiber und Jobmotor

(Goetz [FDP]: Ein Erfolgsmodell!)

für die gesamte Region ist. Das, lieber Herr Goetz, soll keineswegs von der Debatte ablenken, aber es gehört eben zur Wahrheit dazu, und das wissen Sie sehr genau.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Alleine im Jahr 2013 wurden im Umfeld des Flughafens Berlin Brandenburg über 90 Unternehmensansiedlungen bzw. Erweiterungsprojekte auf den Weg gebracht. Es sind allein im vergangenen Jahr 4 100 neue Arbeitsplätze dort entstanden,

(Bischoff [SPD]: Schön!)

alleine im Jahr 2013.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Ohne Flughafen!)

Die Region hat sich mittlerweile deutschlandweit als einer der führenden Standorte für die Luftfahrtindustrie entwickelt. Und die Investitionen, meine sehr verehrten Damen und Herren, reißen nicht ab. Im Gegenteil, Rolls-Royce Dahlewitz investiert aktuell 65 Millionen Euro in einen neuen Teststand für hochmoderne Getriebe - um nur ein Beispiel zu nennen.

Auch für die Bewohnerinnen und Bewohner des Umlandes selbst bietet dieser Flughafen Perspektiven - bei allen Belastungen, die ein solches Infrastrukturprojekt auch immer mit sich bringt. Schon jetzt bemerkt man eine regelrechte Magnetwirkung. Die Bevölkerungszahl in den Anrainerkommunen steigt stetig. Es sind vor allen Dingen Fachkräfte und junge Familien, die hinzuziehen, und das ist ein Gewinn für die Region.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Wir können also festhalten: Bei aller Unzufriedenheit über den Fortgang des Projektes insgesamt hat der Flughafen der Region schon einen enormen Schub verliehen. Und das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, kein Zufall; jede Flughafenregion zieht Investoren und somit Arbeitskräfte an. Am BER kommt noch dazu, dass es sich um den Hauptstadtflughafen handelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur die Flughafenregion erlebt einen Boom, sondern auch der Luftverkehrsstandort Berlin-Brandenburg. Nirgendwo in Deutschland nehmen die Passagierzahlen so rasant zu wie hier in unserer Hauptstadtregion. Für unsere beiden Flughäfen Schönefeld und Tegel waren die letzten Jahre eine Erfolgsgeschichte, 2013 so-

gar ein absolutes Rekordjahr. Ich habe keine Zweifel, dass der BER dieses Passagierwachstum weiter steigern wird.

Als der neue Flughafen geplant wurde, ist man noch von 17 Millionen Passagieren ausgegangen. Einige der Kollegen, die hier im Landtag sitzen und schon länger dabei sind, können sich noch an die damaligen Debatten erinnern. Viele Kritiker haben gesagt, diese Zahlen seien viel zu hoch gegriffen. Damals ist man von 17 Millionen Passagieren ausgegangen, später ist man von 22 Millionen ausgegangen. Im vergangenen Jahr wurde zum ersten Mal die Marke von 26 Millionen erreicht, und ein Ende dieser Steigerung ist nicht in Sicht.

(Jungclaus [B90/GRÜNE]: Und es wird subventioniert!)

Umso wichtiger ist mir, dass die Flughafengesellschaft ihren Worten Taten folgen lässt und eine verlässliche Marschroute bis zur Fertigstellung dieses Flughafens vorlegt. Wir brauchen endlich vernünftige und belastbare Kosten- und Zeitpläne.

(Burkardt [CDU]: Aha!)

Wir wollen Fakten und keine weiteren Vertröstungen.

Da wir bei den Fakten sind: Es wird erst dann ein neuer Eröffnungstermin genannt, wenn auch ganz sicher feststeht, dass er eingehalten werden kann.

(Goetz [FDP]: Also nie!)

Natürlich gibt es beim BER noch große Baustellen, auch das ist eine Tatsache. Und ich kann und will da auch nichts schönreden. Darüber hat dieses Parlament, insbesondere der Sonderausschuss BER, in den letzten Monaten sehr ausführlich diskutiert. Ich will die Gelegenheit nutzen und dem BER-Sonderausschuss hierfür meinen Dank aussprechen. Der Sonderausschuss hat sämtliche Aspekte des Flughafenbaus kritisch begleitet und von der Flughafengesellschaft ein hohes Maß an Transparenz eingefordert. Ich denke, der vorliegende Tätigkeitsbericht macht deutlich, dass hier engagiert und fachlich fundiert gearbeitet worden ist.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Thema Lärmschutz sagen, einem Thema, das uns alle bewegt: Vom Bund und auch von Berlin wird uns vorgehalten, dass Brandenburg den Planfeststellungsbeschluss und die Regelung über Nachtflüge, die Teil dieses Beschlusses ist, mitgetragen habe, aber jetzt von diesem gemeinsam beschlossenen Pfad abweiche. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, das ist richtig. Aber zwischen 2004 und 2013 hat sich einiges geändert:

Erstens ist die Sensibilität in Sachen Lärmschutz bei betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern deutlich gestiegen. Das ist eine Tatsache, die man übrigens nicht nur im Flughafenumfeld von Berlin-Schönefeld zu verzeichnen hat, sondern auch in anderen Flughafenregionen.

Zweitens ist auch die Anzahl der betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner durch den Einwohnerzuwachs in den betroffenen Gemeinden deutlich gestiegen. Lärmschutz ist ein viel diskutiertes Thema geworden, und Lärmschutz wird ein viel diskutiertes Thema bleiben. Diese in der Bevölkerung deutlich gewachsene Sensibilität hat das Volksbegehren klar zum Aus-

druck gebracht. Die Landesregierung will keinen Flughafen bauen, den die unmittelbar betroffene Bevölkerung ablehnt. Ein erfolgreicher Flughafen braucht den Frieden mit dem Umland.

(Vereinzelt Beifall SPD sowie des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

An dieser Stelle will ich auch die Arbeit des Regionalen Dialogforums Flughafenregion nicht unerwähnt lassen. Als Landesregierung bekennen wir uns ausdrücklich zum Stellenwert der Bürgerbeteiligung, und ganz nebenbei leistet das Dialogforum einen wichtigen Beitrag zum Zusammenwachsen der beteiligten Kommunen zu einer Airportregion mit großen Wachstumschancen.

Es gibt Stimmen, die im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Berlin weitergehende Konsequenzen fordern. Diese politische Diskussion muss in der Tat geführt werden, ohne falsche Rücksichtnahme, aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne emotionale Schnellschüsse; davor warne ich ausdrücklich. Es kann nicht im Interesse unseres Landes sein, die erfolgreiche Entwicklung der Hauptstadtregion, von der wir Brandenburgerinnen und Brandenburger ganz erheblich profitieren, grundsätzlich aufs Spiel zu setzen. Und vor allem helfen uns diese Forderungen in der aktuellen Debatte um die Nachtruhe überhaupt nicht weiter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ganz klipp und klar: Wir sind mit den Ergebnissen der Gremiensitzungen, das heißt der Landesplanungskonferenz und der Gesellschafterversammlung, alles andere als zufrieden. Aber wir haben jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder wir versinken in Selbstmitleid oder wir diskutieren nach vorne und richten unseren Blick auf das, was wir für die Anwohnerinnen und Anwohner des BER ganz konkret erreichen können. Ich, meine Damen und Herren, bin für Letzteres, darauf wollen wir uns konzentrieren.

Die Rede ist hier beispielsweise von baulichen und betrieblichen Maßnahmen. Insoweit wurde Brandenburg vonseiten der anderen Gesellschafter Unterstützung zugesichert. Die Gesellschafterversammlung hat die Geschäftsführung beauftragt, alle Initiativen zu prüfen, die durch sogenannte technische Lösungen zu mehr Nachtruhe führen können. Das ist zweifelsohne nicht der ganz große Durchbruch in Sachen Lärmschutz. Aber Lärmschutz ist eine komplexe Aufgabe und lässt sich nicht nach Schema F erreichen. Jeder einzelne Baustein zählt. Dazu gehören eben auch die technischen und betrieblichen Maßnahmen. Es geht hier darum, an der Quelle des Lärms anzusetzen.

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass das Urteil des OVG zum Schallschutz von der FBB zügig umgesetzt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bau des BER stellt alle Beteiligten zweifelsohne vor große Herausforderungen. Genau deshalb brauchen wir den Schulterschluss. Es kommt darauf an, dass Aufsichtsrat, Gesellschafter und Geschäftsführung an einem Strang ziehen. Die brandenburgische Landesregierung ist dazu bereit.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. - Danke schön.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Wir haben die Ankündigung einer Kurzintervention. Herr Goetz, bitte.

Goetz (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Sie haben uns erklärt, dass andere auf dem Bremspedal stünden, soweit es um Lärmschutz gehe, dass der Flughafen eine gewaltige Magnetwirkung habe und dass im Übrigen auch keine rechtlichen Möglichkeiten bestünden, mehr Lärmschutz durchzusetzen.

Jetzt sage ich Ihnen einmal, was da wirklich los ist: Der Flughafen sollte 2007 eröffnen, vielleicht schon 2006 zur Fußball-WM. Er sollte 2010 eröffnen, er sollte im Juni 2012 eröffnen, er sollte im August 2012 eröffnen. Er sollte im März 2013 eröffnen, er sollte im Herbst 2013 eröffnen. Dann wurde der Termin aufgehoben, dann wurde ein Verkündungstermin benannt. Dann wurde die Verkündung des Verkündungstermins aufgehoben und gesagt: Wir können nicht verkünden, wann verkündet werden soll. - Das ist die Situation zu den zeitlichen Abläufen beim Flughafen BER.

(Heiterkeit und Beifall bei den Abgeordneten Vogdt [FDP] und Rabinowitsch [DIE LINKE] sowie bei CDU und B90/GRÜNE)

Zum Geld: Herr Ministerpräsident, ursprünglich sollte das Ding gar nichts kosten. - Ich bitte nicht zu klatschen, ich habe hier keine Zeit.

Geld sollte der Flughafen zunächst gar nicht kosten, kein Steuergeld; er sollte komplett privat finanziert werden. Dann ging es weiter mit 1,7 Milliarden, 1,8 Milliarden, 2 Milliarden, 2,5 Milliarden, 3 Milliarden, 3,3 Milliarden, 4,3 Milliarden, 5,4 Milliarden

(Beifall der Abgeordneten Vogdt [FDP] sowie CDU und B90/GRÜNE)

6 Milliarden. Die „Bild“-Zeitung schiebt am 1. April von 8 Milliarden Euro - und meint, das sei kein Aprilscherz. Das ist die finanzielle Situation des Flughafens.

Außerdem haben wir die Situation, dass die Anrainer des Flughafens zwölf Jahre lang über den tatsächlichen Flugroutenverlauf getäuscht worden sind, von 1998 bis 2010, bis die Täuschung aufgefliegen ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dann wird eine Arbeitsgruppe SPRINT eingerichtet, damit es schneller geht. Die sprintet inzwischen seit anderthalb Jahren. Der Technikchef des Flughafens stellt fest, dass er andere Prioritäten hat, sich also mehr seiner persönlichen Einkommenssituation zuwendet als dem tatsächlichen technischen Fortschritt an diesem Flughafen. Auch das gehört zu diesem Flughafen.

Die Finanzchefin des Flughafens meint, der Landtag solle doch lieber nach Schönefeld kommen, statt sich selbst hierher zu bemühen. Auch das gehört dazu.

Das alles ist Thema beim Flughafen, mit dem wir uns nun wirklich zu befassen hätten.

Wenn ich höre, was beim Lärmschutz alles nicht geht, merke ich wieder: Sie suchen Gründe, aber keine Wege, diesen Lärmschutz zu verwirklichen.

(Starker Beifall der Abgeordneten Vogdt [FDP] sowie bei CDU und B90/GRÜNE)

Es gibt eine Reihe von Gutachten, die sagen, dass es genau so geht: dass über die Landesplanung eine Möglichkeit besteht.

Aber Sie starten ja gar nicht mehr. Sie reden vom Bremspedal. Sie haben noch nicht einmal den Motor angelassen, was den Lärmschutz angeht, und werfen anderen vor, dass Sie nicht mitmachen würden. Versuchen Sie es einfach!

Wir hatten mehrere Anträge, die sich mit der Finanzsituation befasst haben, mit Geldausgaben. Niemand kann uns zwingen, über die 4,5, 5,5, was weiß ich, Milliarden Euro hinaus weiteres Geld hinzuzugeben. Wir hatten gestern einen Antrag der CDU-Fraktion - herzlichen Dank, Kollege Burkardt -, der sich damit befasst hat. Wenn uns niemand zwingen kann, mehr Geld zu geben, dann treten wir doch beim Geld einmal auf die Bremse und sagen: Ihr kriegt keinen einzigen Euro mehr, solange nicht endlich umfassender Lärmschutz gewährleistet ist.

(Starker Beifall der Abgeordneten Vogdt [FDP] sowie bei CDU und B90/GRÜNE)

Auch das könnte man tun. Da brauche ich keine Landesplanung, da brauche ich gar nichts. Ich kann es einfach machen. Und da geht es auch nicht darum, Verträge zu brechen, sondern es geht darum, dass über die bereits geschlossenen Verträge hinaus, über jeweils bestehende Verpflichtungen hinaus nicht mehr Geld gegeben wird, sondern es geht darum, dass wir sagen: Moment mal, Halt! Wir wollen erst einmal wissen, was wirklich los ist!

Wir wissen nichts, wir wissen gar nichts. Wir wissen weder, wann es losgehen soll mit diesem Flughafen, wir wissen nicht, welche Mängel wirklich da sind oder welche Baufortschritte wann kommen sollen. Wir haben keinen Eröffnungstermin. Wir wissen nicht, wann einmal Schluss sein soll mit dem Geldgeben. Dass es mit dem Lärmschutz nichts wird, das allerdings ist inzwischen klar.

Diese Landesregierung, meine Damen und Herren, hat auf der ganzen Linie versagt. Sie haben als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung versagt,

(Beifall der Abgeordneten Vogdt [FDP] sowie bei CDU und B90/GRÜNE)

Sie haben als Aufsichtsräte versagt, Sie haben bei der Umsetzung Ihres Versprechens, sich mit ganzer Kraft für den Lärmschutz einzusetzen, versagt. Das ist die Wahrheit, die bei diesem Sonderausschuss herauskommen müsste. Das ist die Wahrheit über diese Landesregierung. - Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall der Abgeordneten Vogdt [FDP] sowie bei CDU und B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Es besteht die Möglichkeit, darauf zu reagieren, Herr Ministerpräsident. - Es scheint kein Bedarf zu bestehen. Also setzen wir mit dem Beitrag der Abgeordneten Gregor-Ness für die SPD-Fraktion fort.

(Zuruf von der SPD: Zeig mal, dass Du auch so schnell reden kannst! - Weitere Zurufe)

Frau Gregor-Ness (SPD):

Auf keinen Fall. - Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Liebe Stenografin, das war der neue Rekord; nach Regine Hildebrandt hat es, glaube ich, noch keiner hier hinbekommen,

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei der SPD)

Sie ins Schwitzen zu bringen. Aber ich glaube, Sie haben es geschafft.

(Goetz [FDP]: Tut mir leid! - Weiterer Zuruf - Heiterkeit bei der CDU)

Der Tätigkeitsbericht, über den wir heute reden, ist der Tätigkeitsbericht des Sonderausschusses, und er ist nicht mehr und nicht weniger als das, was in der Überschrift steht: Er berichtet über unsere Tätigkeiten. Politische Schlussfolgerungen oder Bewertungen kann jeder von uns, kann jede Fraktion, jeder Abgeordnete und jeder Bürger selbst vornehmen.

(Eichelbaum [CDU]: Sie dürfen nur nicht laut gesagt werden!)

Unsere Bewertungen und unsere Schlussfolgerungen haben wir - zumindest in großen Teilen - in unserem Entschließungsantrag vorgelegt. Und ich empfehle dringend, diesen zu lesen.

(Gelächter bei der CDU)

Mein Dank geht im Zusammenhang mit dem Sonderausschuss vor allen Dingen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung für ihre Arbeit, die hinter diesem Bericht, aber auch in der Begleitung des Sonderausschusses steckt. Inbegriffen ist natürlich der Dank für die bereits erwähnten ungewöhnlichen Arbeitszeiten, die in Kauf genommen werden mussten. Mein besonderer Dank geht auch an unsere Ausschussvorsitzende Frau Klara Geywitz,

(Vereinzelt Beifall SPD, DIE LINKE und CDU)

die mit ihrer jederzeit besonnenen Verhandlungsführung dazu beigetragen hat, dass dieser Ausschuss lenkbar geblieben ist.

Mit dem Sonderausschuss waren sicherlich viele Erwartungen verbunden. Einige dieser Erwartungen wurden im Einsetzungsbeschluss niedergeschrieben, andere wurden benannt, viele sind auch nicht nach außen getragen worden, die hatte jeder für sich persönlich fixiert. Es liegt demzufolge in der Natur der Sache, dass nicht alle Erwartungen erfüllt werden konnten.

(Bischoff [SPD]: Das war klar!)

Das kann auch niemand ernsthaft geglaubt haben.

Dass es im Ausschuss Auseinandersetzungen geben würde, war jedem klar. Doch mitunter hätte ich mir gewünscht, dass diese Auseinandersetzungen eher am Einsetzungsbeschluss entlang geführt worden wären, um das Projekt nach vorn zu bringen, und nicht auf jede Schlagzeile aufgesprungen, nicht immer wieder das Gleiche thematisieren worden wäre, was schon hundertmal besprochen worden war. Ich glaube, es wäre auch die Aufgabe der Opposition gewesen, konstruktiv mitzuarbeiten und vor allen Dingen Vorschläge zu machen, und nicht in der Art, wie das Herr Goetz gerade gemacht hat, einfach so auf Show zu spielen.

(Goetz [FDP]: Einfach so! - Zuruf von der CDU: Die Wahrheit tut weh!)

- Das hat nichts mit Wahrheit zu tun, ich habe dafür auch Belege. Die CDU kann sich zum Beispiel überhaupt nicht damit abfinden, dass immer noch die FBB das Hausrecht auf dem Flughafen ausübt. Und wenn es Vor-Ort-Termine gab, bei denen Medienvertreter nicht anwesend waren, haben auch Sie auf Ihre Anwesenheit verzichtet. Das hat doch nichts mit Arbeit an der Sache zu tun!

(Genilke [CDU]: Wir dürfen ja auch die Unterlagen nie sehen!)

Die FDP hat in großer Mehrheit das Volksbegehren abgelehnt; gleichzeitig gibt sie permanent Ratschläge, wie damit umzugehen ist. Das passt doch nicht zusammen!

Die Grünen fordern an einem Tag finanzielle Rücklagen für das Jahr 2015, dann plötzlich wieder verweigern sie jegliche Zuschüsse und knüpfen diese an Bedingungen, die absolut un erfüllbar sind.

Insgesamt wurde bei mir mit jeder Sitzung der Eindruck stärker und stärker, dass persönliche Stellungnahmen und Show wichtiger waren, als die Fragen, die es zu klären gab, oder echte Anregungen zu geben.

Bei mir verfestigte sich in der Sache auch der Eindruck, dass es nicht darum ging, das Projekt voranzubringen, sondern es ging darum, Tagesordnungspunkte endlos auszudehnen, solange die Medienvertreter anwesend waren.

(Ness [SPD]: Aha! - Vereinzelt Beifall SPD)

Danach ging die Befassung unendlich schnell.

Warum wurden immer wieder Fragen gestellt, die in Abwandlungen schon dreimal beantwortet waren? Aber sie mussten noch mal gestellt werden.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Oh Gott!)

Warum wird von Heimlichtuerei gesprochen, wenn uns alle Akten zur Verfügung standen?

(Genilke [CDU]: Weil die dicht blieben!)

Das muss mir mal jemand erklären! Und dass Kritik längst nicht mehr Mittel zum Zweck ist, sondern einfach nur Kritik zum Selbstzweck, das bleibt zu konstatieren.

Sie monieren die mangelhafte Anwesenheit der Vertreter der Landesregierung und unterschlagen dabei, dass mit Staatssekretär Bretschneider derjenige immer vor Ort war, der den ganzen Vorgang am profundesten kennt. Denn Kollege Bretschneider ist nun wirklich eine wandelnde Flughafenzyklopädie, wie man sie sich nur wünschen kann. Er stand immer zur Verfügung und hat mit engelsgleicher Geduld auf immer wieder dieselben Fragen geantwortet. Dafür möchte ich ihm ganz herzlich danken.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie werfen immer und immer wieder der Regierung vor, nicht zu informieren oder Informationen zurückzuhalten. Ich sage Ihnen jedoch: Sie alle haben doch Kontakte genug. Sie hätten Herrn Aufsichtsrat Henkel fragen können, Sie hätten Herrn Bomba befragen können, Sie hätten Aufsichtsratsmitglied Krüger von der IHK befragen

(Genilke [CDU]: Nur nicht unsere Landesregierung!)

und uns dann all die gesammelten Erkenntnisse der anderen Aufsichtsratsmitglieder um die Ohren hauen können. Auch das ist nicht erfolgt, denn der Aufsichtsrat in Gänze kann nur das vermitteln, was ihm vorliegt, und nicht auf jede Schlagzeile reagieren.

Es gab unhaltbare Schuldzuweisungen. Ich möchte mich nicht an einem bizarren Wettbewerb darum beteiligen, wer nun betroffener ist, dass unsere Bemühungen zur Umsetzung des Volksbegehrens nicht von Erfolg gekrönt waren. Das ärgert uns genauso, und es erschüttert uns, dass uns da so wenig Entgegenkommen von unseren Partnern zuteil geworden ist.

Mit dem Entschließungsantrag zum Tätigkeitsbericht hatten wir gemeinsam eine Chance, auch ein Signal an die FBB zu senden, nämlich, dass es so nicht weitergehen kann, sondern wir mehr Transparenz brauchen. Wir hätten von Ihnen erwartet, dass wir uns zu Eckpunkten mit Ihnen verständigen können. Unser Angebot dazu gab es, Sie haben es nicht angenommen.

In der Zwischenzeit - auch gestern wurde das wieder vorgetragen - ist es ja so, dass die brandenburgischen Aufsichtsratsmitglieder angeblich an allem schuld sind, selbst an der nicht ordnungsgemäßen Entsorgung von Akten bei Dritt- und Fremdfirmen. Ich meine, das geht nun wirklich zu weit und schießt über das Ziel hinaus.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Goetz [FDP]: Wir sind froh, dass die Akten wieder da sind!)

- Ja, schön.

Nein, auch uns - das bekenne ich freimütig - machen die Ergebnisse nicht glücklich. Ja, wir haben Entgegenkommen erwartet, wir haben mehr Transparenz erwartet. Wir haben auch mehr Informationen, die systematisch gegeben werden, die von einer Sitzung zur anderen nachvollziehbar sind, erwartet. Da besteht noch sehr viel Handlungsbedarf; das hat auch der Aufsichtsrat erkannt. Ich erwarte in der nächsten Runde und in der nächsten Legislatur einfach, dass die Berichterstattung stringenter, nachvollziehbarer für jeden erfolgt. Das wünsche ich mir wirklich.

In Ihrem Entschließungsantrag, werte Kollegen der CDU, haben Sie von mangelnder Redlichkeit der Politik gesprochen. Da frage ich: Wie redlich haben Sie sich denn bemüht, dass entweder dem Volksbegehren oder Ihrer eigenen Forderung - Nachtflug von 23 bis 6 Uhr - nachgekommen wird? Sie hätten doch auch Ihre Partner in den Gesellschafterversammlungen und im Aufsichtsrat aktivieren können. Darüber wissen wir relativ wenig, über die Bemühungen der Landesregierung wissen wir Bescheid.

(Handygeräusche ertönen - Frau Lieske [SPD]: Der Akku ist leer! - Zurufe von der CDU: Wo? Wir haben schon gesucht! - Zuruf: Bei der Landesregierung!)

Dann gibt es in Ihrem Entschließungsantrag noch einen Punkt, der mich wirklich verwirrt, denn da waren wir in der Diskussion schon einmal weiter. Sie fordern ja, dass wir der Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz sozusagen wieder beispringen. Dabei wissen Sie doch, dass wir in der Diskussion längst darüber hinaus waren und auch die Vertreter des Bürgerbegehrens durchaus den Unterschied zwischen unzumutbarem Lärm und Fluglärm allgemein erkannt und wir mit unserer, der Brandenburger Formulierung zur Bundesratsinitiative durchaus den richtigen Ansatz gewählt haben. Aber offenbar wollten Sie diesen Diskussionsstand überspringen und haben dies hier deshalb noch einmal aufleben lassen.

Wir als Koalition sind uns jedenfalls einig, dass die Konzentration erst einmal auf der Inbetriebnahme liegt. Uns geht es darum, ein valides Fertigstellungs- und Finanzierungskonzept zu erhalten. Und es geht natürlich um die vollumfängliche und auch gerichtlich festgestellte Umsetzung des Lärmschutzprogramms. Dafür wünsche ich Ihnen allen ganz viel Kraft und Durchhaltevermögen. Ich werde all das ja nicht mehr erleben, weil das heute meine letzte Rede in diesem Haus ist.

Ich bedanke mich für die in weiten Teilen außerordentlich konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen, wünsche Ihnen für Ihren weiteren Weg - ob hier oder anderswo - alles erdenkliche Gute, persönliches Wohlergehen, Gesundheit. Wir in der Lausitz würden jetzt sagen: Glück auf! auf Ihrem Weg.

Ich hätte noch zwei Wünsche: Bitte bringen Sie diesen Flughafen endlich ans Netz! Und wenn es dann endlich einmal Einladungskarten gibt

(Genilke [CDU]: Ich hab' schon eine!)

- ich gehe davon aus, dass die alte nicht mehr gilt -,

(Genilke [CDU]: Ach so!)

- wäre ich froh, wenn jemand von Ihnen bereit wäre, mich als Begleitung einzutragen,

(Leichte Heiterkeit)

denn ich würde diesen Moment gerne noch erleben. - Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Vereinzelt Heiterkeit bei CDU, FDP und B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Während der Abgeordnete Genilke für die CDU-Fraktion ans Pult tritt, habe ich noch eine Erinnerung vorzubringen: Wir hatten vereinbart, dass wir nach diesem Tagesordnungspunkt vor Eintritt in die Mittagspause mit den Fraktionsvorsitzenden hier vorn ein Foto für die Juniorwahl machen. Sorgen Sie bitte dafür, dass Ihre Fraktionsvorsitzenden zum Ende des Tagesordnungspunktes hier sind.

Bitte, Herr Genilke.

Genilke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir ja auch überlegt: Was erzählst du zum Tätigkeitsbericht?

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Das will überlegt sein!)

Und nun hat der Ministerpräsident gesprochen. Da kann ich nur sagen: Mensch, Woidke! Sie haben bei Ihrer Amtsübernahme seinerzeit gesagt, Sie gingen nicht in den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft, weil Sie keine Ahnung davon hätten, und überließen das Fachkräften. Ich muss sagen, nach der Rede - ich gehe noch darauf ein - muss ich gestehen: Sie hatten Recht.

Kein Thema hat uns in den letzten fünf Jahren so beschäftigt wie der Flughafen. So ist es nur folgerichtig, dass wir uns heute, in der letzten planmäßigen Landtagssitzung dieser Legislatur noch einmal ausführlich mit diesem Thema beschäftigen.

Lassen Sie mich mit einem kurzen, sicherlich nicht abschließenden Abriss der BER-Themen beginnen, mit denen wir uns auch im Ausschuss in besonderer Weise auseinandersetzen mussten:

Begonnen hat es mit den Protesten - Sie erinnern sich - gegen die veränderten Flugrouten. Es wurde deutlich, dass die Verantwortlichen im Verkehrsministerium unter der Verantwortung der SPD und insbesondere des gerade gelobten Flughafenkoordinators Rainer Bretschneider der Öffentlichkeit jahrelang eine falsche Grobplanung der Flugrouten vorgegaukelt haben, obwohl damals schon klar war, dass die Flugrouten, die vorgegaukelt wurden, auf jeden Fall nicht diejenigen sein können, die es am Ende werden würden.

(Domres [DIE LINKE]: Wer hat denn vorgegaukelt?)

Es folgten vier peinliche Eröffnungsverschiebungen - Herr Goetz hat es in eindrucksvoller Weise beschrieben -, die dem Ansehen Brandenburgs und der ingenieurtechnischen Kompetenz der gesamten Bundesrepublik sehr geschadet haben - vielleicht unberechtigterweise.

Nach der vierten Verschiebung trat Herr Wowereit von seinem Amt im Aufsichtsrat zurück. Der damalige Ministerpräsident Platzeck übernahm für ein halbes Jahr den Vorsitz, bevor dann wieder Herr Wowereit übernahm. Ich sage einmal: SPD-geführtes Krisenmanagement!

(Müller [DIE LINKE]: ... von Frau Reiche!)

Zwischendurch wurde bekannt, dass der im Planfeststellungsbeschluss festgelegte Schallschutz nicht rechtmäßig umgesetzt wird, um letztlich Geld zu sparen. Darauf versuchte das SPD-Verkehrsministerium - ich kann es Ihnen nicht ersparen - unter Minister Vogelsänger - ich erinnere mich an diese Sitzung noch sehr gut -, mit kruden Berechnungen - 0,49 Mal sollte auf 0 abgerundet werden - den Schallschutz weiterhin klein- und damit möglichst billigzurechnen. Erst ein von den betroffenen Bürgern erwirktes Urteil vor dem OVG Berlin-Brandenburg hat diesem unwürdigen Schauspiel ein Ende bereitet.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Dennoch: Bis heute wurde noch nicht eine Schallschutzmaßnahme bei den insgesamt 14 000 Wohneinheiten im Tagschutzgebiet korrekt umgesetzt. Und ich muss Sie berichtigen, Herr Ministerpräsident. Sie sagten, 2 %, das reiche nicht. - Nach OVG-Urteil und dem, was im Planfeststellungsbeschluss schon immer gestanden hat, ist der Schallschutz nicht bei einer einzigen Wohneinheit im Tagschutzgebiet umgesetzt, und das macht uns sehr betroffen.

(Beifall CDU, FDP und B90/GRÜNE)

Wir erhalten darüber hinaus immer noch Klagen über falsch berechnete Kostenerstattungsvereinbarungen.

Des Weiteren sind natürlich die explodierenden Kosten ein wichtiges Thema: Seit 2009 haben sich die Kosten des BER mehr als verdoppelt. Wir stehen aktuell bei - niemand weiß es so genau - 5,4 bis 5,7 Milliarden Euro für die Fertigstellung des geplanten BER - wohlgermerkt: ohne die bereits heute feststehenden notwendigen Erweiterungen. Wir wissen nicht, was dann noch auf uns zukommt.

Wir haben bis heute keinen Kosten- und keinen Finanzierungsplan vorliegen. Jetzt kommt der Ministerpräsident - heute in den „PNN“ nachzulesen - und sagt, er müsse sich jetzt erst einmal schlau machen, was denn mit den 1,2 Milliarden Euro, die wir der Flughafengesellschaft schon 2012 gegeben haben, eigentlich passiert sei und was davon noch übrig sei. Das erweckt nicht gerade Vertrauen.

(Beifall CDU, FDP und B90/GRÜNE)

Ich möchte an unseren Antrag von vor zwei Tagen erinnern. Dass wir, das Parlament, kein Vertrauen mehr haben, ist das eine, dass aber die Menschen draußen im Lande ebenfalls kein Vertrauen mehr haben, das andere. Man führt uns praktisch vor, man lässt sich die Butter vom Brot nehmen. Ein Ministerpräsident muss zusehen, wie sein Geschäftsführer die Sonderausschusssitzung verlässt, wie wir Briefe von Frau Fölster bekommen und ist gleichzeitig nicht bereit, ein Druckmittel in die Hand zu nehmen, das darin besteht, dass wir im Haushaltsausschuss letztlich die für den Flughafen maßgeblichen Zusagen treffen. Damit nehmen wir uns aus dem Licht, in das wir eigentlich hineingehören.

(Widerspruch des Abgeordneten Schippel [SPD])

- Herr Schippel kann es nicht begreifen, aber genau so ist es. Deshalb sind wir heute da, wo wir sind.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Herr Finanzminister Görke, nach allem, was bisher geschehen ist, glauben wir Ihnen einfach nicht mehr, dass es einen verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern gibt. Mein Kollege Burkardt hat es gestern, denke ich, treffend beschrieben: Mit Transparenz am Flughafen hat diese Informationspolitik nichts zu tun.

(Beifall CDU)

Wir alle wissen, dass Brandenburg nach dem Wahltermin im September mindestens noch einmal 400 Millionen Euro lockermachen muss. Aber Sie geben Beruhigungsspillen aus und sprechen davon, dass die Liquidität sichergestellt sei. Die Banken sehen das mittlerweile offensichtlich anders. Das ist linke Finanzpolitik.

(Ooh! beim Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Was erteilte uns noch? Der BER ist zu klein geplant. Was für eine neue Nachricht! Ich erinnere an das von uns in Auftrag gegebene Gutachten von Faulenbach da Costa - damals verschrien als „Satire vom Feinsten“. Ich sage Ihnen: Unwissenheit hat noch nie ein Problem gelöst.

(Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE)

Jetzt ist es bei der Landesregierung angekommen: Wir haben 27 Millionen Passagiere. Ich erinnere an die Antwort auf die Große Anfrage der Grünen, die sich damals relativ zeitig mit diesem Thema beschäftigt hat, wo schon anhand der Abfolge der Zahlen, die Sie dort finden können, sehr deutlich wurde, dass das durchschnittliche Wachstum in den kommenden zehn Jahren - damals schrieben wir noch das Jahr 2010 -, was das Passagieraufkommen und die Flugbewegungen angeht, 5 % beträgt. Jetzt wird es als völlig neue Erkenntnis verkauft, dass genau das eingetreten ist, was schon im Jahr 2000 absehbar war. Das können Sie nicht mehr hinlänglich erklären, und nun wird gesagt: Wir haben für 17 Millionen Passagiere geplant. - Dann muss man eben bereit sein, die Planung anzupassen, wenn man sieht, dass die Zahlen höher sind als ursprünglich angenommen. Da kann man sich nicht hinstellen und sagen: Der Flughafen wurde doppelt so groß gebaut. - Nein, wir geben doppelt so viel Geld für einen nur um 30 % größeren Flughafen. Das ist der eigentliche Widerspruch.

(Beifall CDU)

Herr Mehdorn hat mittlerweile selbst zugegeben, dass es Kapazitätserweiterungen geben muss und dass damit auch über zusätzliche Kosten geredet werden muss. Hierzu schweigt die Landesregierung; auch das finde ich unredlich.

Jetzt fehlt mir natürlich die Zeit, auf sonstige Skandale und Verfehlungen einzugehen, aber allein der Blick in die vergangene Woche zeigt das Ausmaß des Versagens: ein korrupter Techniker, ein technischer Zeichner, der keine funktionsfähige Brandschutzanlage geplant hat, und vertrauliche BER-Akten im Gully - es gibt nichts, was es an diesem BER nicht gab. Das Vertrauen in Ihre Kompetenz ist dahin. Wir haben uns damit beschäftigt, den alten Flughafen Schönefeld zu erhalten und die Startbahn Nord zu sanieren, wofür wir von den Banken kein Geld erhalten. Ich erinnere an den Vorschlag, den Flughafen Tegel am Netz zu lassen. Ich erwähne die Diskussion, dass es zu wenig Check-in-Schalter und zu wenig Gepäckbänder gibt usw.

Aber eine Sache hat dies alles noch getoppt: die taktische Annahme des ersten erfolgreichen Volksbegehrens in Brandenburg durch die rot-rote Koalition und das Versagen der Landesregierung bei dessen Umsetzung. Sie haben ein Versprechen abgegeben, das Sie nicht halten konnten und nicht halten wollten. Wenn ich mir den Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Volksbegehrens anschau, muss ich feststellen: Sie haben alle rechtlichen Hebel in Bewegung gesetzt, um das Anliegen dieses Volksbegehrens auszubügeln. Nach außen: hui - nach innen: pfui. Vielleicht ist das für Rot-Rot clever, für eine Regierung ist es unseriös und unehrlich.

(Beifall CDU)

Den Ansatz des Kompromissantrages der CDU, der vorsah, dass die Landesregierung über den Änderungsvorbehalt und eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses selbst handeln sollte, haben Sie mit Gegengutachten torpediert. Die verwaltungstechnischen Voraussetzungen, dass Brandenburg die Baugenehmigung allein ändern kann, haben Sie mit einer Rechtsverordnung - übrigens wenige Tage nach Annahme des Volksbegehrens im Landtag - aus der Hand gegeben. Ihre eigene Verhandlungsposition bei den anderen Gesellschaftern haben Sie durch vorzeitige Aufgabe Ihrer Position und durch das Einbringen eines windelweichen Kompromisses, der im Übrigen nicht dem Willen des Volksbegehrens und auch nicht dem Beschluss des Landtages entsprach, geschwächt. Zusammengefasst haben Sie das erste Volksbegehren politisch für sich vereinnahmt und mit voller Absicht und in vollem Wissen gegen die Wand gefahren.

Bevor Sie hier wieder die Verantwortung der CDU bemühen, sage ich Ihnen: Wir haben dieses falsche Spiel damals nicht mitgespielt. Wir haben das Volksbegehren nicht angenommen. Wir haben den Menschen keine falschen Versprechungen gemacht und sie nicht getäuscht. Wir haben mit unserem Kompromissvorschlag versucht, einen fairen und, wie ich meine, gangbaren Ausgleich zu suchen. Sie haben all diese Vorschläge vom Tisch gewischt.

Unser Antrag sah folgende Punkte vor: die unverzügliche Vorlage eines Kostenplanes, ein belastbares Finanzierungskonzept, die Festlegung eines verlässlichen Eröffnungstermins, die zügige Umsetzung der Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses gemäß dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts und die professionelle Ausgestaltung des Aufsichtsrates mit kompetenten Personen. Ich denke, es geht nicht um Sensibilität beim Lärmschutz im Umfeld dieses Flughafens. Der Ministerpräsident sprach von Frieden. Wer Frieden will, gibt zu, dass Krieg herrscht. Das ist ein Umstand, bei dem wir nicht locker bleiben können. Lärmschutz kann man nicht herbeireden, sondern man muss ihn herstellen.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Man kann auch Frieden erhalten!)

Misserfolg, Frau Hackenschmidt, ist eine gute Gelegenheit für einen Neuanfang. Dieses Trauerspiel werden wir am 14. September beenden. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU - Widerspruch bei SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Ludwig spricht für die Linksfraktion.

Ludwig (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach dem Showteil muss ich jetzt leider wieder zu den Fakten zurückkehren; es wird nicht ganz so unterhaltsam. - Herr Kollege Genilke, ich glaube, die Linksfraktion hätte beantragt, jeden Ihrer konstruktiven Vorschläge in den Abschlussbericht aufzunehmen. Aber leider fanden wir keinen; deswegen wird alles, was Sie hier abziehen, Show bleiben.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Der Sonderausschuss zum Flughafen BER in Schönefeld wurde in einer konkreten Phase der Problemstellung und Konfliktlage in der Flughafengesellschaft, Herr Kollege Genilke, mit einem Einsetzungsauftrag versehen, der die problembezogenen Inhalte im Landtag bündeln und maßgeblich zu Transparenz und Kommunikation beitragen sollte. In dieser Hinsicht hat der Sonderausschuss große Anstrengungen unternommen und ist damit seiner Aufgabenstellung gerecht geworden. Der Landtag hat seinen spezifischen und öffentlich wirksamen Beitrag geleistet, mit seinen Möglichkeiten dieses Flughafenprojekt voranzubringen. Allein die Arbeit eines Sonderausschusses vermag es nicht, eine Entrauchungsanlage technologisch in Gang zu setzen, ein Sonderausschuss kann die fehlenden Kabel nicht verlegen, er kann und muss aber Druck machen, wo er Probleme erkennt. Davon gab und gibt es reichlich.

Oberstes Ziel ist es für uns, den Flughafen so schnell wie möglich ans Netz zu bringen. Der Flughafen BER muss seiner Bestimmung zugeführt werden, er muss das Geld zurückverdienen, das er unter anderem von uns bekommen hat. Er muss die existierenden Hoffnungen auf seine Entwicklungspotenziale erfüllen, um derentwillen viele Anrainer überhaupt zum Ertragen der Beeinträchtigungen bereit sind.

Zu konstatieren ist: Wann das sein wird und welchen Aufwandes es bedarf, konnte die Flughafengesellschaft bis zum heutigen Zeitpunkt nicht mitteilen. Die Kardinalfragen sind bislang unbeantwortet. Jedoch möchte ich eines ganz deutlich formulieren: Einen Flughafenstart um jeden Preis kann es mit uns nicht geben. Die Linke legt sehr viel Wert auf den Schallschutz. In jeder Sitzung des Ausschusses wurde zum Schallschutz Stellung genommen. Manches musste dabei regelrecht vom Geschäftsführer ertrotzt werden. Die Informationen und der Umsetzungsstand in diesem Punkt sind bescheiden. Aber nun, nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts zum Tagschutz und den Klarstellungen zu den Überschreitungswerten aus den planfestgestellten Bestimmungen, muss es nicht nur losgehen, sondern es muss Tempo aufgemacht werden, um den Schallschutzbestimmungen nun endlich gerecht zu werden.

Ich nenne ein negatives Beispiel, das uns zur Kenntnis gelangte: Wenn sich ein Bürger an den Ausschuss wendet und nachweist, dass sich bei der Feststellung der Verkehrswerte und der damit verbundenen Frage nach Lärmschutz oder Entschädi-

gung nicht nur kleine Fehler, sondern Falschberechnungen ergeben haben, die einen Bruchteil des Betrags von dem ergeben, was nach Recht und Gesetz zu zahlen ist, sagen wir: Hier muss sich radikal etwas ändern. - Der betroffene Bürger konnte sich aufgrund eigener technischer Vorkenntnisse selbst helfen. Was aber ist mit denen, die diese Kenntnisse gar nicht haben können?

Die Flughafengesellschaft ist aufgerufen, mit Taten - mit realisiertem Schallschutz - um das Vertrauen der Anrainer zu ringen; das predigen wir hier seit Jahren. Es muss nun endlich einen Durchbruch bei der Flughafengesellschaft geben. Die Grenze des Zumutbaren für den betroffenen Bürger ist oft erreicht, teilweise sogar überschritten.

Auf die Gefahr der Wiederholung hin sage ich heute erneut: Gerade an einem Standort wie Schönefeld, der aufgrund lärmmedizinischer Bedenken als problematisch angesehen werden muss, darf am Schallschutz nicht gespart werden. Wir verlangen daher die Umsetzung des gerichtlich bestätigten Schallschutzes noch vor Inbetriebnahme des Flughafens. Fluglärm macht krank, besonders nachts und in einem dicht besiedelten Wohngebiet. Dabei ist der bauliche Schallschutz den Entschädigungszahlungen eindeutig vorzuziehen.

Der der Rechtslage entsprechende Schallschutz ist Grundvoraussetzung dafür, dass Flugzeuge am BER starten und landen können, dass er also überhaupt befliegen werden darf. Das haben sowohl die Landesplanung als auch die Vertreter der Landesregierung im Ausschuss klargestellt. Herr Mehdorn hat in der vergangenen Sitzung des Sonderausschusses bewusst die Aussage getroffen, dass es sich beim Schallschutz - anders als bei den Flughafeninvestitionen - um eine zusätzliche, eine politische Aufgabe handele. Ich betone hier noch einmal ganz klar: Ausgangspunkt ist der Planfeststellungsbeschluss. Der ist Gesetz und auch in der Frage des Schallschutzes höchststrichtrichlich geprüft worden. Inzwischen scheint es aber so, dass sich die Flughafengesellschaft mit den Realitäten abgefunden und der Aufsichtsrat zumindest von Brandenburger Seite dahin gehend entsprechenden Druck aufgebaut hat.

Wir wollen, dass jeder Weg zu mehr Nachtruhe gegangen wird, und unterstützen in dieser Frage die Landesregierung eindeutig.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Dem eigentlichen Anliegen des erfolgreichen Volksbegehrens muss nicht nur Gehör geschenkt werden; wir wollen, dass die Umsetzung erfolgt. An dieser Stelle fordern wir die weiteren Gesellschafter, also den Bund und das Land Berlin, auf, Schritte auf Brandenburg und seine Bürgerinnen und Bürger zuzugehen. Es kann nicht sein, dass man in Zukunft die Vorzüge des Flughafens genießen will, aber den Umgang mit den Nachteilen - dem Lärm - Brandenburg überlässt. Beim CO₂-Ausstoß ist das schon so, dass lässt sich nicht anders berechnen, aber beim Lärm ist es änderbar - das können wir beeinflussen. Wie bisher kann es in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat nicht weitergehen.

Herr Wowereit will offenbar gar nicht mehr gewählt werden; er steht den legitimsten Interessen Brandenburgs demonstrativ abweisend gegenüber und ist diesbezüglich anscheinend schmerzunempfindlich. Man weiß aber auch, dass sich der Wind nicht nur auf Flugplätzen relativ schnell drehen kann. In

der jetzigen Situation scheint es so zu sein, als würde sich in diesen Fragen nichts mehr bewegen. Für uns ist das Thema Volksbegehren und Nachtflugverbot noch lange nicht am Ende.

(Beifall DIE LINKE)

Wir gehen diesen Weg weiter und geben das konsequente Nachtflugverbot nicht auf.

(Beifall DIE LINKE)

Die CDU hat - um einmal konkret anzusprechen, was Sie möglicherweise getan haben - immer ein doppeltes Spiel gespielt: Frau Staatssekretärin Reiche hat im Wahlkampf wacker verbal den Lärmschutz gefordert und freut sich nun als Staatssekretärin im stillen Kämmerlein des Bundesverkehrsministeriums, dass der so nicht umgesetzt wird.

(Zurufe aus der Fraktion DIE LINKE: Ja!)

Auch die CDU im Landtag war schaumgebremst und widmete sich lieber der Frage: Wie können wir am besten der rot-roten Landesregierung schaden? - Dass Sie sich dabei ständig selbst widersprechen, ist Ihnen wohl noch gar nicht aufgefallen.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Doch, aber das macht nichts!)

Wir fordern mehr Solidarität des Bundes und des Landes Berlin. Auch dort muss erkannt werden, dass es eine Akzeptanz des Flughafens ohne ein konsequentes Nachtflugverbot nicht geben kann.

Allerdings muss ich auch Staatssekretärin Zypries erwähnen, die gewiss nicht als Expertin in Sachen Schallschutz gilt, aber davon ausgeht - so jedenfalls ihre Äußerungen -, dass am Flughafen nachts nur noch flüsternde Maschinen fliegen werden. Das hat vor Ort nicht mehr Vertrauen in Politik bewirkt. Deshalb auch an den Bund gerichtet: Bitte kein Öl ins Feuer, sondern nüchterne Betrachtung der Situation der Menschen vor Ort!

Zusätzlich muss es ein wichtiges Anliegen sein, die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts in Bezug auf die Nachtruhe in ein Gesetz zu überführen. Unseres Erachtens entspricht das Recht auf Gewährung des Schutzes der Kernnacht der staatlichen Schutzpflicht für die menschliche Gesundheit, die aus dem Grundrecht in Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz erwächst. Dieses Anliegen wird von uns auch weiterhin sehr ernst genommen.

Der politische Umgang mit diesem Thema ist noch arg verbesserungswürdig. Befindlichkeiten und charakterliche Eigenarten dürfen keinen dominanten Platz im Agieren erhalten. Die Sacharbeit gehört in den Mittelpunkt der Arbeit aller. Alle, aber auch wirklich alle sollten sich in diesen Anforderungen einig sein, auch die Unternehmensleitung der Flughafengesellschaft. Wir freuen uns jedes Mal, wenn Herr Mehdorn teilnimmt, aber er hat es nur auf jede dritte Sitzung geschafft.

Wichtig ist uns, dass ein verbindlicher Eröffnungstermin genannt wird, ein Datum, mit dem gearbeitet und auf das hingearbeitet werden kann. Nur das kann Sicherheit geben, nur damit kann man sich als Flughafengesellschaft bei Banken das not-

wendige Geld beschaffen. Es ist doch klar, dass zurzeit gerade wegen der Bestimmungen aus Basel III, Kollege Genilke, ohne Businessplan und ohne Eröffnungstermin keine Bank mehr ins Risiko gehen kann. Insofern haben wir zurzeit noch ein Gleichungssystem mit zu vielen Unbekannten, das gelöst werden muss - das Schwierigste steht uns also noch bevor. Wir haben jetzt die Ankündigung für eine Ankündigung von Herrn Mehdorn vernommen. Das heißt, Ende des Jahres soll es eine Ankündigung geben. Man soll ja die Hoffnung nicht aufgeben, aber nach all den Erfahrungen ist hier nach wie vor Vorsicht angebracht.

Jetzt schießen auch alle möglichen Finanzberechnungen ins Kraut. In einer ganz spontanen Intervention, wie ich den Eindruck hatte,

(Beifall der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

wurden hier heute schon ein paar Zahlen referiert, von denen niemand weiß, ob sie valide sind oder nicht. Die Erläuterungen der Flughafengesellschaft im Sonderausschuss zur Finanzprognose haben wir wohl vernommen; diese muss aber auch zutreffend sein. Das kann nur geschehen, wenn der Flughafen zügig an den Start geht, und bis dahin muss noch vieles getan werden.

Ganz kurz zu einigen Scheinrechnungen: Es ist nicht richtig, dass bisher überwiegend Steuergeld in den Flughafen geflossen ist - obwohl es anders dargestellt wird, wird es dadurch nicht anders. Zusätzlich zu den 1,17 Milliarden Euro, die wir zurzeit als Gesellschafter gemeinsam aufbringen müssen, sind anfangs gut 400 Millionen Euro geflossen. Den übergroßen Anteil hat der Flughafen selbst als Darlehen aufgenommen, Letzteres ist noch gar nicht komplett ausgezahlt oder bisher aus eigenen Mitteln beigesteuert. Bisher sind nicht 5 Milliarden Euro aus Steuermitteln geflossen und damit schon gar nicht zu Lasten anderer Vorhaben im Land, auch wenn es öfter mal anders dargestellt wird.

Das Thema wird uns leider mit Sicherheit erhalten bleiben. Frau Gregor-Ness, ich verspreche Ihnen, wir bleiben an dem Thema dran. Sie dürfen an der kritischen Begleitung dieses Vorhabens von der Fraktion DIE LINKE keinen Zweifel haben, das brauchen Sie nicht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir bleiben dran im Interesse der Menschen und im Interesse der Hoffnungen, die mit diesem Projekt verbunden sind. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Beyer setzt für die FDP-Fraktion fort.

Beyer (FDP):*

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Bretschneider! Ein wandelndes Lexikon ist eine schwergewichtige Sache; die sollte man durchaus persönlich begrüßen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Schicksal hat es gewollt, dass auch meine 187. Rede - zumindest wenn ich richtig gezählt habe - in der 5. Legislatur des Landtags das Thema BER behandeln soll. Das war vielleicht zu erwarten, aber ich will es nicht beschwören. Ich sage ausdrücklich, dass es meine voraussichtlich letzte Rede ist, denn das Thema BER ist durchaus geeignet, dass über die Sommerpause vielleicht die eine oder andere Akte auftaucht. Ich rede nicht von mir, sondern formuliere nur die vielleicht durchaus berechtigten, durch Erfahrungen belegten Erwartungshaltungen.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Danke für den Hinweis! - Bischoff [SPD]: Jetzt hat er sich verquatscht! - Weitere Zurufe aus der SPD sowie der Fraktion DIE LINKE)

- Seid vorsichtig mit eurem Urlaub, wollte ich damit sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen bei diesem Thema geht. Wenn wieder eine dieser diversen Meldungen erscheint, fragt man sich gelegentlich: Was kommt noch? - Wir haben einen Airport bzw. eigentlich noch keinen Airport mit x-verschobenen Eröffnungsterminen. Es ist alles aufgezählt worden, und die Geschwindigkeit von Herrn Goetz würde ich sowieso nicht erreichen.

Wir bauen derzeit einen Flughafen ohne Finanzplanung. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass das überhaupt möglich ist. Das einzige Management, das in gewisser Weise funktioniert - je nachdem, wie man es sieht -, ist das Entlassungsmanagement; ich glaube, das kann man so feststellen. Dem ehemals neuen Hoffnungsträger und Chefplaner sitzt die Staatsanwaltschaft im Nacken. Ingenieure entpuppen sich als Technische Zeichner - wobei ich zur Ehrenrettung der Ingenieure sagen will: Gute Ingenieure sind auch immer gute Technische Zeichner; aber das ist ein anderes Thema. Und in Berlin tauchen Akten in Altpapiercontainern auf. Das ist die chronologische Abfolge der Geschehnisse. Man fragt sich also in der Tat: Was kommt noch? - Hoffentlich, wie gesagt, kommt nichts dergleichen während der Sommerpause.

Zweifelsfrei: Das Projekt BER ist in eine Schieflage geraten, wobei mir das Wort „Schieflage“ fast weh tut, denn das ist eigentlich eine Beschönigung. Aber vielleicht kann man einfach mal versuchen, es so auszudrücken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 23. Januar 2013 hatten drei Fraktionen die Einsetzung des Sonderausschusses BER beantragt. Die Idee - der eine oder andere erinnert sich - ist damals in der Befassung mit verschiedenen Themen im Infrastrukturausschuss geboren worden. Heute ziehen wir - das ist der eigentliche Anlass bzw. einer von zwei Anlässen - unter diesem Tagesordnungspunkt Bilanz über die, rund gerechnet, anderthalb Jahre Arbeit des Sonderausschusses BER. Ein umfangreicher Tätigkeitsbericht liegt vor. Vielen Dank auch von meiner Seite an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, die den Bericht des Sonderausschusses BER vorbereitet haben; das haben viele Kolleginnen und Kollegen auch schon gesagt.

Unter anderem liegen zwei Entschließungsanträge vor, und ich gestehe gern: Ich habe einen dritten Entschließungsantrag geschrieben, mich dann allerdings entschieden, ihn nicht einzureichen, denn als ich die diversen Entschließungsanträge und

vor allen Dingen den damaligen Einsetzungsbeschluss neben mir liegen hatte, musste ich mich fragen: Was machst du da eigentlich?

Ich weise auf Folgendes hin - seinerzeit stand der Satz zwar nur in der Begründung, aber er ist entscheidend und wurde heute schon oft erwähnt -: Wir wollten einen Ausschuss, der sich umfassend mit allen Facetten des Flughafenbaus befasst und seine Arbeit aktiv nach vorn auf das Gelingen des Projekts ausrichtet. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem Anspruch konnten wir, denke ich, nicht gerecht werden. Wir haben einiges geschafft - gar keine Frage, auch darauf ist schon hingewiesen worden -: Ich glaube, es ist uns gelungen, die Befassung, die bis dahin immer wieder in verschiedensten Ausschüssen stattfand, zu bündeln. Damit ist es uns auch gelungen - das stand schon im ersten Teil -, die Information der Öffentlichkeit zu verbessern; das ist zumindest mein Eindruck. Auch in der Bündelung hat ein Vorteil gelegen. Aber es war uns schlichtweg nicht vergönnt, einen Beitrag zum Gelingen des Projekts zu generieren.

Das kann man sicherlich unterschiedlich sehen, aber ich habe mich gefragt: Warum war das so? - Vielleicht hatte es auch etwas damit zu tun, dass wir viel zu wenig Mut hatten, neben - ich sage ausdrücklich: neben - der sinnvollen öffentlichen Befassung gelegentlich eine nichtöffentliche Sitzung durchzuführen und dort die Probleme - übrigens insbesondere die Finanzprobleme und das, was in den Protokollen des Aufsichtsrates steht - zu reflektieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleichsam befassen wir uns natürlich mit der Umsetzung des Nachtflugverbots. Sie alle kennen meine Meinung dazu, die brauche ich an dieser Stelle nicht zu wiederholen. Wir haben leider die Chance vertan, die Brandenburgerinnen und Brandenburger entscheiden zu lassen. Ich glaube, Kollege Dombrowski hat vorhin in einer anderen Debatte folgenden Satz gesagt: Es gibt keine Freiheit außerhalb von Verantwortung. - Vielleicht hätten wir die Brandenburgerinnen und Brandenburger einfach in Freiheit entscheiden lassen sollen. Ich bin mir sicher, sie wären ihrer Verantwortung gerecht geworden.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir gewünscht, dass das Interesse für das Gelingen des Projektes und damit natürlich für eine möglichst schnelle Eröffnung stärker im Fokus gestanden hätte. Das ist uns, wie gesagt, nicht gelungen, und daher formuliere ich: Ich wünsche mir generell, dass in all unseren Befassungen und Debatten das Wort Verantwortung häufiger im Mittelpunkt steht. Wer Verantwortung lebt, bei dem ergibt sich die Freiheit am Ende sowieso automatisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie gesagt, das war meine voraussichtlich letzte Rede im Hohen Haus in der 5. Legislatur. Ich bitte um Nachsicht bei all jenen, die vielleicht nicht immer meinem etwas eigenwilligen Humor folgen konnten. Ich bitte ebenso um Nachsicht bei allen, die mit meinen gelegentlich vorgetragenen Übertreibungen vielleicht nicht zurechtgekommen sind - das gilt besonders für einen sehr speziellen Fall. Sie alle können sicher und damit beruhigt sein: Der Ärger, den ich diesbezüglich mit meiner lieben Gattin bekommen habe, hat all

Ihre diversen Zwischenrufe - seien sie auch gelegentlich berechtigt gewesen - übertroffen.

(Heiterkeit)

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen: Kommen Sie gut durch diesen heißen Wahlkampfsommer! - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall FDP, SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Der Abgeordnete Vogel setzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort.

Vogel (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Grund für das Versagen bei der Verwirklichung des größten-Infrastrukturvorhabens Ostdeutschlands ist kein Wirken anonymer Mächte. Das Flughafenprojekt BER wurde unter Federführung der Herren Wowereit, Platzeck und Prof. Schwarz mit vollem Karacho gegen die Wand gefahren, und uns Parlamentariern fällt es nun zu, auf Basis unvollständiger Informationen die negativen Auswirkungen zu begrenzen und die Aufräumarbeiten zu begleiten, denn fertigbauen können wir den Flughafen in der Tat nicht.

Die Einsetzung des Sonderausschusses - das wurde mehrfach angesprochen - hatte das Ziel, Informationen zu und Diskussionen über das Flughafenprojekt zu bündeln. Wer sich erinnert, weiß: Vor Einsetzung des Ausschusses erfolgte diese Information zumeist im Hauptausschuss des Landtags. Wer damals anwesend war, weiß, dass der Ministerpräsident Matthias Platzeck sowohl im Hauptausschuss als auch in den ersten Sitzungen des neuen Flughafenausschusses fast immer persönlich anwesend war und sich auch der - für ihn häufig unvorteilhaften - Diskussion stellte. Sein Vorteil dabei allerdings war, dass er so zeitgleich mit uns unmittelbar die jeweils neuesten, teils skurrilen Ideen des von ihm eingesetzten Flughafenretters Hartmut Mehdorn hörte und sich sofort in interpretatorische Rettungsversuche stürzen konnte, ohne erst Anfragen irritierter Medienvertreter abwarten zu müssen.

(Heiterkeit bei der Fraktion B90/GRÜNE)

Der Sonderausschuss konnte allerdings nicht alle an ihn gerichteten Erwartungen erfüllen. Meine damals bei der Einsetzung geäußerte Befürchtung, dass mit dem Ausschuss das Thema BER ganz schnell aus der Zuständigkeit des Ministerpräsidenten auf die Staatssekretärsbene in Gestalt von Herrn Bretschneider heruntergezoomt würde, hat sich leider bewahrheitet, und das wird heute von Frau Gregor-Ness auch noch verteidigt.

In den Sitzungen des Ausschusses wurde zudem deutlich, dass wichtige Informationen nur dann übermittelt wurden, wenn dies durch vorherige Veröffentlichungen der Presse schon zu entnehmen war oder nachhakende Fragen der Ausschussmitglieder auch nicht mehr zu umgehen waren. Die Beratungen des Ausschusses wurden darüber hinaus häufig auf Neben-

schauplätze abgelenkt, weil die Sitzungen von der FBB immer wieder als Podium genutzt wurden, um die Öffentlichkeit rhetorisch mehr oder weniger gekonnt mit halbgaaren Vorschlägen zu unterhalten.

Dennoch möchte ich den Sonderausschuss heute nicht mehr missen. Er hat in der Tat den Blickwinkel auf das Projekt BER erweitert. Viele Informationen haben hier erstmals das Licht der Öffentlichkeit erblickt, auch wenn es nur die Demonstration völliger Unkenntnis war - auch dies ist eine für die Beurteilung eines Projekts relevante Information.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Geschäftsführung der FBB wird in diesen Tagen erklärtermaßen im Aufsichtsrat ein Finanzkonzept vorlegen. Der Ausruf „Zeit wird's!“ bleibt einem im Halse stecken, denn schon die letzten Jahre wäre allerhöchste Eisenbahn für einen nachvollziehbaren Kassensturz gewesen. Dass er bis heute ausgeblieben ist, dass die im Oktober ins Amt berufene Finanzverantwortliche Frau Fölster mehr als sieben Monate brauchte, um überhaupt einmal an erste Zahlen zu kommen, spricht Bände. Frau Gregor-Ness, man kann nur Akten einsehen, die tatsächlich existieren; ansonsten ist das Akteneinsichtsrecht völlig unerheblich.

Das größte Infrastrukturprojekt im Osten Deutschlands ist im Lauf dieser Legislaturperiode zum größten politischen Desaster in der Geschichte des Landes geworden. Wenn der Geschäftsführer Mehdorn auf der letzten Sonderausschusssitzung feststellt, dass von einem funktionierenden Controlling bis dato nicht die Rede sein kann, wirft dies auch ein schlechtes Licht auf unsere Landesregierung. Denn nicht nur, dass das interne Controllingsystem der FBB direkt versagte, auch dem angeblich von der FBB unabhängigen Bürgencontrolling einer renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für unsere Regierung wird damit ein Armutszeugnis ausgestellt.

Dabei hätte die Landesregierung längst vorgewarnt sein können, weil der Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht 2011 genau hier Zweifel an der Qualität dieses Controllings ausgeführt hatte. Bis heute können wir nicht verzeichnen, dass eine fachlich versierte Beurteilung der Geschäfte der FBB stattfindet - Herr Genilke hat es ausgeführt -, dies schon deswegen nicht, weil der Landesregierung genauso wenig wie uns nachprüfbar Zahlen vorliegen.

Allerdings, Herr Rechenkünstler Ludwig, ich bin immer wieder erstaunt darüber, wie man zu solchen Thesen kommt, der Flughafen werde nicht überwiegend von der öffentlichen Hand finanziert.

(Heiterkeit B90/GRÜNE)

Ich möchte nur erwähnen: Die Kredite in Höhe von 2,4 Milliarden Euro, auf die Sie Bezug nehmen, sind vollständig von der öffentlichen Hand verbürgt. Dafür stehen wir gerade.

(Zurufe von der CDU)

Die 0,5 Milliarden Euro an Rückstellungen der FBB werden langsam, aber sicher von den Jahresverlusten aufgezehrt. Auch das ist bekannt. Diese Rückstellungen sind mittelbar auch Mittel der Länder Berlin und Brandenburg und des Bundes, weil wir darauf verzichtet haben, sie uns als Rendite vom Flughafen zurückerstatten zu lassen. Insofern geht es hier auch um

Mittel der öffentlichen Hand. Nein, die Landesregierung hat es laufen lassen und darf nun ein ums andere Mal das Scheckbuch öffnen. Die Deckung erfolgt durch den Steuerzahler.

Wenn der Ministerpräsident die Forderungen, die wir die ganze Zeit erhoben haben, jetzt selbst erhebt, ist das positiv. Für mich ist aber schon ein Warnzeichen angesagt.

(Beifall B90/GRÜNE)

Wir haben am Mittwoch erlebt, dass es die Regierungsmehrheit abgelehnt hat, den Haushaltsausschuss einzubeziehen, bevor neue Mittel freigegeben werden. Wenn wir jetzt allerdings der Zeitung entnehmen, es sei wegen eines halbjährigen Notifizierungsverfahrens nötig, schnell Entscheidungen darüber zu treffen, ob diese 1,1 Milliarden Euro freigegeben werden, heißt es wieder: Man nutzt die Zeit zwischen den Legislaturperioden. Der Landtag hat nichts zu löten. Der nächste Landtag darf dann die Mittel herausrücken -

(Beifall B90/GRÜNE)

- und ist daran gebunden, dass vorherige Absichtserklärungen des Ministerpräsidenten, denen man natürlich nicht widersprechen wird, am Ende gelten sollen.

2012 belief sich der Verlust der FBB übrigens auf eine dreistellige Millionensumme. Nichts spricht dafür, dass sich diese Summe in Zukunft verringern wird. Das Passagierwachstum, lieber Ministerpräsident, wird eben nicht durch angemessene Flughafengebühren der Airlines finanziert, sondern durch den Steuerzahler. Auch das ist vielleicht einmal zu berücksichtigen. Ein Grund dafür, dass der Flughafen Tegel derzeit solche Passagierzahlen hat, sind die Dumpingpreise.

(Beifall B90/GRÜNE)

Der BER wurde an der falschen Stelle geplant - ja. Der Standort des Flughafens wurde politisch bestimmt - ja. Das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens wurde ignoriert und auf den Standort Schönefeld festgelegt. Das ist klar. Damit stehen wir besonderen Herausforderungen beim Lärmschutz gegenüber.

(Bischoff [SPD]: Die Grünen waren ja auch gar nicht beteiligt!)

- Ich kann mich nicht entsinnen, dass Bündnis 90/Die Grünen während der Entscheidung für diesen Standort in diesem Landtag vertreten waren. Daher können wir das jetzt einfach einmal beerdigen.

(Zuruf von der SPD)

Ministerpräsident Stolpe hat sich durch Herrn Minister Wissmann von der CDU und den Regierenden Bürgermeister Diepgen von der CDU dahinbringen lassen, dem Standort Schönefeld zuzustimmen. Jetzt müssen wir damit leben und damit umgehen. Sie können ihn doch auch nicht wieder wegdiskutieren oder, Herr Bischoff, sind Sie jetzt der Auffassung, er soll überhaupt nicht erst in Betrieb genommen, sondern in Sperenberg neu errichtet werden?

(Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Dann stellen Sie sich hin und erklären Sie das für die SPD. Das ist bestimmt eine interessante Information für die Bürgerinitiativen draußen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Es ist aber nicht die Position, die vernünftigerweise von uns vertreten werden kann.

Das heißt: Wir müssen uns mit dem Fluglärm auseinandersetzen. Wir müssen uns mit einem Gesundheitsrisiko für viele Menschen auseinandersetzen. Man kann davon ausgehen, dass die Landesregierung das ernst nimmt und sich nicht nur auf halbgezeigte Kompromisse einlässt oder, was viel schlimmer ist, öffentlich so redet und hinten herum etwas ganz anderes macht.

(Beifall B90/GRÜNE)

Ich möchte einen Kompromiss in Erinnerung rufen, der hier schon mehrfach eine Rolle gespielt hat: Brandenburg schlug vor, wenigstens zu prüfen, ob man nicht in der Zeit von 5 Uhr bis 6 Uhr freiwillig auf einen Flugbetrieb verzichten könne. Das war öffentlich angekündigt - und damit von vornherein wirkungslos. Es war doch klar, dass damit überhaupt nichts zu erzielen ist: Man bekommt eine Abfuhr, schlägt einen Kompromiss vor, der auch abgelehnt wird, kommt dann zurück und bedauert, nicht mehr erreicht zu haben. Das müsste einem doch wirklich peinlich sein!

(Beifall B90/GRÜNE - Lachen bei der SPD)

Erwartet denn irgendjemand außerhalb der Landesregierung ernsthaft, dass dieser als scheinheilig empfundene Versuch, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, im Lande tatsächlich ernst genommen wird?

Zur PlaKo: Ein von der Landesregierung mit beauftragter Rechtsanwalt stellte fest, dass es unzulässig sei, in § 19 Abs. 11 Landesentwicklungsplan ein erweitertes Nachtflugverbot zu verankern. Das hat die Regierung gleich eingesehen. Denn der anschließende Beschluss, in welchem sich die PlaKo die Position des Rechtsanwaltes zu eigen machte, fiel einstimmig aus. Danach ist man wieder zum Tagesgeschäft übergegangen.

Die Landesregierung hat alle Möglichkeiten genutzt, mit eigenen Rechtsanwälten alle alternativen Vorschläge der Bürgerinitiativen zu zerlegen und ihnen nicht nachzukommen. Damit hat sie das ganze Volksbegehren ad absurdum geführt.

(Beifall B90/GRÜNE)

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Die EU will aus wettbewerbsrechtlichen Gründen die Subventionierung von Flughäfen verbieten. Für uns Grüne müssen die Subventionen für Flughäfen und Airlines darüber hinausgehend angesichts der gesundheitlichen und ökologischen Schäden ein Ende finden. Flugtickets müssen einen Preis bekommen, der die gesellschaftlichen Folgekosten mit abbildet. Nicht der Steuerzahler muss für den Lärmschutz der Anrainer bezahlen, sondern Airlines und Flugpassagiere. Nicht so unsere Landesregierung, die immer neue Anläufe zur Abschaffung der Flugticketsteuer unternommen hat und jetzt wieder bei der EU für eine Aufstockung der Zuschüsse für den BER streiten wird.

Einem Land wie Brandenburg stünde es gut zu Gesicht, seine Steuergelder in Bildung und soziale Aufgaben zu investieren und nicht in einen überkandidelten Flughafen zu stecken. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, die Redeliste ist erschöpft. - Wir kommen zur Abstimmung über die drei Entschließungsanträge.

Als Erstes steht der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 5/9287 zur Abstimmung. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei zwei Enthaltungen, aber merklicher Anzahl Gegenstimmen ist der Entschließungsantrag mehrheitlich angenommen.

Zweitens steht der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 5/9288, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Drei Enthaltungen und eine merkliche Anzahl Ja-Stimmen, aber nicht ausreichend. Also ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Drittens steht der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 5/9270, zur Abstimmung. Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung ist der Antrag mit ganz großer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich schließe Tagesordnungspunkt 3. Wir wollen uns um 13:45 Uhr nach der Mittagspause wieder hier treffen. - Und jetzt die Fraktionsvorsitzenden zum Foto.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.08 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.45 Uhr)

Vizepräsidentin Große:

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich eröffne den zweiten Teil unserer heutigen Sitzung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Braunkohlebergbau ausbauen? - das Volk befragen

Antrag
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/9150

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter Büttner, bitte.

Büttner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat in der Kabinettsitzung am 03.06.2014 den Braunkohleplan in

Kraft gesetzt. Damit soll auch der Braunkohletagebau Welzow Süd, Teilabschnitt II, umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte die Tragweite noch einmal vor Augen führen: Damit würden 800 Menschen ihre Heimat verlieren, die abgebaggert wird. Diese Entscheidung ist eine schwerwiegende. Die Fragen, die wir hier im Haus zu beantworten haben, machen diese Entscheidung nicht einfacher. Wir wissen, dass wir für eine Übergangszeit die Braunkohle als Brückentechnologie brauchen. Wir wissen auch, dass die Braunkohle nicht unendlich vorhanden sein wird.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich vor der letzten Landtagswahl deutlich gegen die Braunkohle positioniert. Heute steht im Programm der Linken auf Bundesebene, dass sie sich für ein Kohleausstiegsgesetz einsetze und es keinen Neuaufschluss von Braunkohletagebauen geben werde. Eindeutiger, werte Kolleginnen und Kollegen, kann man sich eigentlich nicht gegen die Kohle aussprechen.

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

So hat auch die linke Umweltministerin Tack 2013 ein Gutachten vorgestellt, welches nachwies, dass Welzow Süd II nicht benötigt werde.

(Mächtig [DIE LINKE]: Das ist das Problem!)

Frau Mächtig, der linke Wirtschaftsminister bemühte sich dann schnell, ein gegenteiliges Gutachten vorzulegen.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Was Sie nicht alles wissen!)

In einer Koalition, werte Kolleginnen und Kollegen von der Linken, muss man Kompromisse schließen. Das weiß ich.

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Aber man darf Kompromisse nicht mit Schizophrenie wechseln.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das ist jetzt aber böse!)

Das, was hier passiert ist, ist ein klarer Wortbruch und damit ein Betrug am Wähler durch die Linke gewesen.

(Beifall FDP - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Nein! - Oh! bei der SPD)

Ihre Regierungsmitglieder haben entgegen Ihrer Auffassung und entgegen all dem, was Sie den Menschen versprochen hatten - ja, Herr Dr. Scharfenberg -, für die Umsetzung des Braunkohleplanes gestimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

- Ja, ich freue mich darauf, was Sie hier zu erzählen haben.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das beruht auf Gegenseitigkeit! - Vogel [B90/GRÜNE]: Was will denn die FDP?)

- Meine Damen und Herren, werter Kollege Vogel, das kann ich Ihnen erklären; ich komme gerade darauf zu sprechen. Wir

als Freie Demokraten sagen ganz klar und deutlich: Ja, wir benötigen die Braunkohle. Ja, wir benötigen die Braunkohle auch noch für eine längere Zeit, weil sie eine Brückentechnologie ist.

(Beifall des Abgeordneten Schippel [SPD])

Ich sage Ihnen aber auch, Herr Vogel: Wenn die Grünen der Meinung sind, sie könnten gleichzeitig aus allem aussteigen, dann riskieren Sie die Energieversorgung unserer Republik. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall FDP und DIE LINKE - Vogel [B90/GRÜNE]: Das haben wir niemals gesagt!)

Die künftige Energiegewinnung in unserem Land führt immer wieder zu heftigen Diskussionen. Sollen wir weiterhin fossile Energieträger nutzen oder sollen wir schneller und ganz auf erneuerbare Energien setzen? Diese Frage kann man stellen. Wir als Parlamentarier müssen diese Frage beantworten. Die Kernfrage, die wir hier stellen, lautet aber: Warum sind wir nicht einmal mutig und stellen sie dem Bürger?

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Mich ärgert, dass die Landesregierung den Braunkohleplan umgesetzt hat und der Landtag nicht mehr damit befasst wurde.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Das ist richtig!)

Mich ärgert, dass die Umsetzung im Wege einer Rechtsverordnung geschehen ist.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Genau! Aber da muss man noch einmal ansetzen!)

Das ist eine Beschneidung der Rechte dieses Parlaments, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall FDP - Vogel [B90/GRÜNE]: Ja!)

- Da sind wir uns wieder einig, Herr Vogel. - Mich ärgert, dass es eine Regierungspartei den Menschen in diesem Land versprochen hat, ihr Versprechen aber nicht nur bricht, sondern genau das Gegenteil dessen macht, was sie noch bei Eintritt in dieser Koalition gesagt hatte. Wenn wir über mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie reden, sollten wir aufhören, das nur in Sonntagsreden zu machen. Lasst uns doch einfach einmal die Bevölkerung dieses Landes fragen, wie sie das sieht.

(Beifall FDP)

Ich weiß - ich sehe das anhand der Rednerliste -: Jetzt werden von den Kolleginnen und Kollegen Innenpolitikern die juristischen Bedenken kommen. Wir starten als Landtag aber kein Volksbegehren und keine Volksinitiative. Ich gehe im Übrigen davon aus, dass es sinnvoll wäre, in diesem Land darüber zu diskutieren, auch „Top down“ Volksbegehren und Volksinitiativen zu starten und dem Landtag die Möglichkeit zu geben, das zu initiieren. Das müssen wir gesetzlich ändern.

Wir als Liberale sagen: Lasst einfach die Brandenburgerinnen und Brandenburger über ein so wichtiges Thema abstimmen. Eine Volksbefragung ist aus unserer Sicht juristisch jederzeit

möglich. Der Innenausschuss möge die Frage, die zu stellen ist, rechtlich sauber formulieren.

Auch bei der Forderung nach mehr Lärmschutz und einem Nachtflugverbot wäre - das sage ich hier und stehe dazu - ein Volksentscheid sinnvoller gewesen als die Anerkennung der Volksinitiative durch dieses Parlament, die am Ende von der Landesregierung eh nicht umgesetzt wurde.

Wir hätten bei diesem Thema die Möglichkeit, die Elemente der direkten Demokratie endlich auch einmal „Top down“ zu zeigen. Bei einem so wichtigen Thema, das die Zukunft unseres Landes entscheidend mitbestimmt, halten wir es für sinnvoll, deutlich mehr Bürgerinitiative und bürgerschaftliches Engagement einzubinden. Deswegen glauben wir, dass es richtig ist, direkte Demokratie an dieser Stelle walten zu lassen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Stark, Sie haben das Wort.

Frau Stark (SPD):*

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Büttner, es fällt Ihnen in der letzten Sitzung des Landtages ein, dazu schnell noch eine Volksbefragung zu starten.

Sie wissen doch: Wir haben Instrumente geschaffen. Wir, die Koalitionsfraktionen, haben die Volksgesetzgebung novelliert. Es gibt die Möglichkeit, Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide durchzuführen. Auch zu der Frage des Braunkohletagebaus bzw. -abbaus hat es hier in Brandenburg bereits eine Volksinitiative und ein Volksbegehren gegeben. Wir müssen aber leider zur Kenntnis nehmen, dass dieses Volksbegehren gescheitert ist.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Man beachte das „leider“! - Schippel [SPD]: Nicht „leider“!)

Es haben sich lediglich 25 168 Menschen für das Thema interessiert. Das muss man schon zur Kenntnis nehmen - auch die politischen Parteien, die sich immer vehement diesen Fragen widmen.

Wenn Sie selbst sagen: „Die werden gleich mit juristischen Bedenken kommen“, so erwidere ich: Das ist richtig. Wahrscheinlich werden Ihnen auch Ihre Juristen der Fraktion schon gesagt haben, dass es für das Instrument der Volksbefragung in keinem Gesetz des Landes Brandenburg eine gesetzliche Grundlage gibt.

Wenn Sie fordern, der Innenausschuss soll es richten und überlegen, wie man so eine Volksbefragung macht, wie man sie auswertet und welche Kriterien zur Anwendung kommen sollen, so sage ich Ihnen: Wir sind zu vielem in der Lage und machen auch viel möglich. Es ist vielleicht charmant, darüber nachzudenken. Auf kommunaler Ebene kann man Bürgerbefra-

gungen durchführen. Wenn Sie es aber ernst gemeint hätten, dann hätten Sie es ein bisschen ernsthafter betreiben und den Antrag weit vor der letzten Sitzung dieses Landtages einspeisen sollen. Darüber hätte man nachdenken können. Dieser Antrag wie auch Ihre Anträge im Allgemeinen in den letzten drei Tagen sehen doch sehr nach kurzfristigem Wahlkampfgetöse aus. Deshalb müssen wir den Antrag in der Sache und auch aus voller Überzeugung leider ablehnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Stark. - Wir setzen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Bretz erhält das Wort.

Bretz (CDU):*

Liebe Frau Vizepräsidentin! Meine Damen und Herren! Dem, was Kollege Büttner in Richtung der Linkspartei sagte, habe ich gar nichts mehr hinzuzufügen. Wir alle wissen: Die Linkspartei verkohlt in Brandenburg die Menschen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Was den Antrag betrifft, möchte ich Folgendes sagen: Lieber Kollege Büttner, ich habe weder den Inhalt des Antrages verstanden noch, dass Sie ihn in der letzten Plenarsitzung dieses Landtages präsentieren. Deshalb in einem Satz: Wir lehnen den Antrag ab. Wir sind gern bereit, uns mit plebiszitären Elementen auseinanderzusetzen, gern auch in einem angemessenen Rahmen, aber nicht in der letzten Plenarsitzung und nicht zu diesem Thema hier und heute.

Als Letztes möchte ich Ihnen sagen: Wir stehen unmittelbar vor einer Volksbefragung, nämlich vor der am 14. September dieses Jahres.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Genau!)

Dann können wir alle unseren Beitrag leisten. In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bretz. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fort. Herr Abgeordneter Dr. Scharfenberg erhält dazu Gelegenheit.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dem Erfindungsreichtum der FDP und ihrer Wandlungsfähigkeit scheinen keine Grenzen mehr gesetzt zu sein.

(Einzelbeifall)

Jetzt geht es um das Thema Braunkohle - wie wir wissen, ein schwieriges und komplexes Thema, das übrigens in den letzten

drei Landtagssitzungen unter mehreren Tagesordnungspunkten im Mittelpunkt stand. Die schöpferische Leistung besteht darin, dass die FDP das Braunkohle-Thema mit einem Anspruch auf Bürgerbeteiligung verbindet. Ich will hier darauf verweisen, dass die Linke entscheidenden Anteil daran hat, dass die Braunkohle im Land Brandenburg zur Brückentechnologie erklärt worden und der Ausstieg aus dieser Energiequelle bis 2040 zum Ziel der Regierungspolitik geworden ist. Das wäre mit Rot-Schwarz nicht denkbar gewesen. Daran können wir gemessen werden, auch vor dem Hintergrund der Kabinettsentscheidung zu Welzow II. Ich bin mir sicher, dass wir dazu auch in Zukunft noch manche Diskussion führen werden, was angesichts der Reichweite und der Emotionalität dieses Themas ganz normal und angemessen ist.

Bisher hat sich die FDP nach meiner Erinnerung mehr als knallharte Wirtschaftspartei zu profilieren versucht, und sie steht auch zur Braunkohle; das haben Sie ja noch einmal betont, Herr Büttner. Dass man jetzt solche wirtschaftlichen Interessen von der Meinung der Bürger abhängig machen will, ist für mich bei der FDP ein neuer Aspekt. Programmatisch passt das auch gar nicht so richtig zur Bundes-FDP. Aber es sollte jedem Lernfähigkeit zugestanden werden - bei uns würden Sie ohnehin offene Türen einrennen. Was Sie jedoch mit Ihrem Antrag hier vorschlagen, ist nicht nur primitiv-populistisch, sondern schlicht und einfach unglaublich.

Es ist schon eine grandiose Idee - Frau Stark hat es hier schon angesprochen -, weniger als drei Monate vor der Landtagswahl die Form der Volksbefragung im Land Brandenburg zu erfinden und sie, obwohl es keinerlei rechtliche Voraussetzungen dafür gibt, am 14. September anwenden zu wollen. Ihnen müsste doch eigentlich bekannt sein, dass die Einführung von Volksbefragungen in der Verfassung zu regeln wäre, wenn Sie es denn ernst und nicht die ohnehin regelmäßig stattfindenden repräsentativen Befragungen meinen. Dass man für eine solche Verfassungsänderung mehr Zeit braucht, als wir bis zum 14. September noch haben, muss ich hier nicht betonen. Zudem erwecken Sie noch den Eindruck, als ob eine solche Befragung, die es - wie gesagt - jetzt noch gar nicht gibt, die verbindliche Wirkung eines Volksentscheides haben könnte. So sprechen Sie mehrfach von einer Abstimmung - das haben Sie bei der Einbringung auch wieder gesagt -, obwohl es sich hierbei nur um eine konsultative Form handelt und eben nicht um ein Plebiszit.

Außerdem scheinen Sie es gar nicht so ernst zu meinen, denn die Einführung von Volksbefragungen kann ich im Entwurf Ihres Wahlprogramms nicht finden. Was treiben Sie hier eigentlich für ein Spiel mit den Wünschen, Hoffnungen und Sorgen der Menschen in der Lausitz? Ich bin mir sicher, Sie wissen ganz genau, dass eine Volksbefragung - übrigens die erste in der Geschichte des Landes Brandenburg - selbst beim besten Willen schon aufgrund der zeitlichen Abläufe nicht umsetzbar wäre.

Irgendwie erinnert mich das an das Agieren des FDP-Abgeordneten Goetz, der im Zusammenhang mit der Problematik der Altanschließer eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht erfunden hat, die angeblich von einem Fünftel der Abgeordneten unseres Landtages eingereicht werden könne. Das hat sich auf den hochemotionalen Protestveranstaltungen von Altanschließern sehr gut gemacht, die das natürlich sehr gern gehört haben und nicht hören wollten, dass es eine solche Normenkontrollklage gar nicht gibt.

Auch wenn man Verständnis dafür haben kann, dass Sie mit hohem Einsatz um Ihr politisches Überleben kämpfen - nicht jedes Mittel kann dafür recht sein, und auch Sie müssen sich an Ihrer Glaubwürdigkeit messen lassen.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Also noch einmal ganz klar: Die Linke ist für den Ausstieg aus der Braunkohle bis 2040, die Linke ist für eine lebendige und starke Bürgerbeteiligung, aber wir springen nicht über das dünne Stöckchen, das Sie uns hier hinhalten. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Scharfenberg. - Sie haben Herrn Abgeordneten Goetz von der FDP-Fraktion den Impuls zu einer Kurzintervention gegeben. Hierzu erhält er jetzt Gelegenheit.

Goetz (FDP):

Sehr geehrter Kollege Scharfenberg, selbstverständlich gibt es verschiedene Möglichkeiten, Verfassungsgerichte anzurufen. Wir als Landtag können das Landesverfassungsgericht des Landes Brandenburg anrufen; das dürfte bekannt sein. Auch das Bundesverfassungsgericht kann angerufen werden, wenn gegen Grundrechte und gegen Grundfreiheiten verstoßen wird. Diese Möglichkeit hat zum einen der Bundestag. Diese Möglichkeit hat aber auch die Landesregierung des Landes Brandenburg; auch das ist möglich. Insofern wäre die Voraussetzung, dass sich dieser Landtag entschließen würde, die Landesregierung zu beauftragen, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, um dort über eine Anfrage Klarheit zu erlangen, inwieweit das brandenburgische Kommunalabgabenrecht mit Bundesrecht, insbesondere mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, vereinbar ist.

So einfach ist es und so einfach geht es - man muss es nur wollen. Die Mehrheit dieses Landtages wollte es nicht, weil sie Angst vor dem eigenen Gesetz und vor der eigenen Rechtswidrigkeit hatte, die in das Gesetz hineingeschrieben worden ist. Genau das war der Grund, und genau deswegen haben wir uns damit zu befassen gehabt. - Vielen Dank.

(Beifall FDP sowie vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Goetz. - Herr Abgeordneter Scharfenberg hat die Möglichkeit, darauf zu reagieren, und er macht davon Gebrauch.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):*

Herr Goetz, so wie Sie es hier gesagt haben, ist es ja richtig. Aber warum haben Sie es den Bürgerinnen und Bürger nicht so gesagt? Denen haben Sie ein X für ein U vorgemacht!

(Beifall DIE LINKE)

Das ist in Zeitungen nachzulesen, und ich bin dabei gewesen. Das ist eine Vorgehensweise, die ich ablehne. Denn hier werden falsche Hoffnungen geweckt. Sie haben versucht, politi-

sches Kapital aus Umständen zu schlagen, die es gar nicht gegeben hat. Dazu müssen Sie auch stehen! Das haben Sie hier nicht ausräumen können. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Goetz [FDP]: Das Problem ist, dass Sie das Bundesverfassungsgericht nicht anrufen wollten!)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Scharfenberg. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Herr Abgeordneter Vogel hat das Wort.

Vogel (B90/GRÜNE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir Grünen heute die Initiative der FDP ablehnen, dann geschieht das aus Gründen, die weit über den Anlass hinausreichen. Wir finden es bedauerlich, dass hier aus tagespolitischer Effekthascherei das ernste Anliegen einer Verhinderung weiterer Tagebaue mit der Einführung eines ungeeigneten Instruments verbunden werden soll.

(Einzelbeifall)

Das sind übrigens Tagebaue, Herr Dr. Scharfenberg, die in der Summe bis 2067 die Braunkohleverstromung in der Lausitz absichern würden und nicht nur bis 2040, wie Sie das gerade als Position der Linken dargestellt haben.

Es handelt sich um ein Instrument, das zwar im Titel direkt-demokratisch klingt, aber so wie hier vorgeschlagen eher dem Bereich der gelenkten Demokratie zugeordnet werden muss. Da können wir nicht mitgehen. Die Brandenburger Verfassung - das ist angesprochen worden - sieht Volksbefragungen nicht vor, und zwar weder konsultative noch affirmative. Ich denke, unsere Verfassung tut dies aus gutem Grunde. Denn wenn das Volk an die Urnen gerufen wird, dann soll es auch entscheiden und nicht nur seine Meinung kundtun. Die FDP will ja das Volk eigentlich nicht entscheiden lassen, sondern es soll nur die Landesregierung aufgefordert werden - ich zitiere - „den Ausgang der Volksbefragung zur Grundlage ihres politischen Handelns zu machen.“ Das ist zu kurz gesprungen und - mit Verlaub - nicht gerade eine qualitative Ausweitung der direkten Demokratie.

(Beifall B90/GRÜNE)

Volksbefragungen sind zunächst einmal ein Instrument einer Politik von oben; das wurde angesprochen. Sie sind ein Top-down-Ansatz. Über Abstimmungsgegenstand und Abstimmungsfrage entscheidet nicht das Volk, sondern die Regierungsmehrheit. Daher sollte man sich schon mehr Zeit nehmen, wenn man ein solches Instrument einführen will, wie man das tatsächlich ordnungsgemäß geregelt bekommt. Diesen in der Natur der Sache liegenden Problemen entkommt auch die FDP nicht. Die Abstimmungsfrage soll die Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem federführenden Ausschuss des Landtages formulieren.

Nun ist ja nicht unbekannt, wer hierzulande die Regierung sowie die Mehrheit im Landtag und in den Ausschüssen stellt und welche Zielsetzungen die Landesregierung unter Führung der

SPD bei der Braunkohle verfolgt. Diese Zielsetzung beißt sich - das haben wir gerade gehört - nicht mit den Vorstellungen der FDP, jedenfalls nicht an dieser Stelle. Mit den auf eine Absicherung der Landespolitik bzw. der Landesregierung abzielenden Fragen hätten Sie natürlich auch keine Probleme; aber wir haben damit Probleme.

Ich möchte noch einmal Folgendes herausstellen - es ist ja auch angesprochen worden -: Es gibt in der Brandenburger Verfassung einen gesicherten dreistufigen Weg, nämlich Volksinitiative - Volksbegehren - Volksentscheid. Wir können natürlich auch über weitergehende Möglichkeiten reden. Wir könnten auch, wie es in der Schweiz und in Hamburg üblich ist, ein fakultatives Referendum einführen. Das fände ich hochspannend. Damit kann innerhalb einer bestimmten Frist, wenn der Landtag ein Gesetz verabschiedet und genügend Unterschriften gesammelt werden - in der Schweiz sind es 50 000, in Hamburg 32 000 -, dieses Gesetz noch einmal der Bevölkerung vorgelegt werden, zur Bestätigung oder zur Verwerfung.

Das ist, so denke ich, ein interessanter Ansatz; darüber kann man in der nächsten Legislaturperiode reden. Zugegebenermaßen erfordert aber ein solcher Schritt zu einer bedingten Selbstentmachtung des Landtages Mut. Wenn wir aber über eine Ausweitung direktdemokratischer Möglichkeiten nicht nur diskutieren wollen, kommen wir eben um die Abgabe politischer Macht nicht herum - wir Grünen sind dazu bereit.

Das konkrete Beispiel, welches Sie angeführt haben, gibt dafür aber wenig Anlass. Herr Büttner, Sie selbst haben angeführt, dass nicht der Landtag, sondern die Landesregierung den Braunkohleplan verabschiedet hat. Wollte man die Entscheidung wirkungsvoll in die Hände des Wahlvolkes legen, müsste als allererster Schritt der Landtag für den Braunkohleplan selbst zuständig werden.

(Vereinzelt Beifall B90/GRÜNE)

Interessanterweise hat sich aber der Landtag in früheren Jahren selbst entmündigt und die Verantwortung - wie angesprochen - vollständig an die Regierung übertragen. Wir müssen also zunächst einmal dafür sorgen, dass das Aufstellungsverfahren für einen Braunkohleplan in ein Gesetzgebungsverfahren umgewandelt wird. Nur zu! Darüber steht aber im famosen FDP-Antrag nichts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen: 2009 haben wir Grünen gemeinsam mit den Linken und Umweltverbänden eine Volksinitiative und später ein Volksbegehren gegen neue Tagebaue gestartet. Wir sind damals an der - inzwischen aufgeweichten - Amtseintragungspflicht gescheitert. Naheliegender als die Einführung einer unverbindlichen Volksbefragung wäre es daher, in Brandenburg zunächst einmal die angezogene Handbremse im bestehenden Volksabstimmungsverfahren zu lockern. Wer die direkte Demokratie ausbauen will, sollte sich mit uns gemeinsam für die freie Unterschriftensammlung auf der Straße auf der Stufe des Volksbegehrens und für die Abschaffung des Quorums beim Volksentscheid einsetzen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Ich denke, wer das Volk ernst nimmt - ich habe es angesprochen -, muss ihm auch die Möglichkeit zur Entscheidung ein-

räumen, und nicht nur das Recht, seine Meinung kundzutun. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Wir setzen mit dem Beitrag des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Hoffmann fort.

Dr. Hoffmann (fraktionslos):*

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Antrag lehne ich ab. Dennoch möchte ich einen Kerngedanken aus der Begründung sehr unterstützen. Dort heißt es:

„Die politische Ermöglichung des Tagesbaus [...] faktisch am Landtag vorbei - entspricht nicht den gestiegenen Anforderungen der demokratischen Legitimation derartiger Großprojekte.“

Das ist richtig.

(Vereinzelt Beifall B90/GRÜNE)

Der Antrag ist im Wahlkampfmodus entstanden, was aber nicht schlecht sein muss. Hier geht es jedoch um andere Dinge, weshalb sich meine Kritik nicht allein gegen die FDP richtet. Denn auch bei Ablehnern wird deutlich, dass sie gar nichts Kritisches gegen das Instrument der Volksbefragung im Zusammenhang mit der Energiepolitik des Landes sagen wollen. Höchstens von „Missbrauch“ ist schüchtern die Rede. Doch welche Kriterien gelten für diesen „Missbrauch“?

Dazu vier kurze Bemerkungen, die natürlich diesem komplexen Thema nicht vollständig gerecht werden können. Erstens muss ganz allgemein festgestellt werden, dass es stets problematisch ist, wenn Meinungsmacher Umfragen oder Volksbefragungen starten, weil sie quasi testen möchten, ob ihre Arbeit erfolgreich war. Sie möchten quasi wissen, ob es gelungen ist, ihre veröffentlichte Meinung zur allgemeinen öffentlichen Meinung zu erheben. Neben den Medien gehören selbstverständlich auch die etablierten Parteien zu den Meinungsmachern.

Mein Eindruck ist, dass es in der Tagebaufrage einen Widerspruch zwischen veröffentlichter Meinung und tatsächlicher Problemsicht der Bevölkerung in den betroffenen Regionen gibt. Medien und Parteien haben eine Mitverantwortung, wenn es durch ihre Verweigerung, komplexe Probleme auch komplex zu behandeln, zur Polarisierung und zu Unfrieden in den vom Abriss bedrohten Orten kommt.

Zweitens: Volksbefragungen verbieten sich, wenn eine kaum von einem Problem betroffene Mehrheit über existenzielle Fragen einer sehr stark betroffenen Minderheit richten soll. Das aber könnte passieren, wenn eine Mehrheit beschließt, dass mein Haus weichen muss, weil Brandenburg - oder doch bloß Vattenfall? - Strom in andere Länder exportieren will. Es bleibt daher auch mit einer Volksbefragung ein Skandal, wenn durch Mehrheitsbeschluss die Heimat einer Minderheit vernichtet wird.

Drittens: Mit einer solchen Volksbefragung werden europäische Standards der Sorben-Wenden-Politik missachtet. Min-

derheitenschutz heißt eben, dass eine Mehrheit nicht in allen Fragen die Minderheit überstimmen darf.

Viertens: Wer Demokratie auf die Macht der größeren Zahl reduzieren will, ist verantwortlich für Politikmüdigkeit, die sich im Grunde als Demokratiemüdigkeit erweist. Eine überholte Politik, eine Technologie von gestern wird nicht besser, wenn durch massive Propaganda und künstlich produzierte Angst - das Licht könne ausgehen, 20 000 Arbeitsplätze seien gefährdet und ähnliche Horrorgeschichten - eine Mehrheit für das Falsche gewonnen wird.

Kurz: Das tut man nicht. Man stellt nicht zur Abstimmung, ob das Haus des Nachbarn gesprengt werden soll.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank Herr Abgeordneter Dr. Hoffmann. - Wir setzen mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Holzschuher, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Holzschuher:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, es wird Sie nicht überraschen, dass die Landesregierung hier keine andere Auffassung hat als die Vorredner. Das ist leider ein reiner Show-Antrag.

Weder das Grundgesetz noch die Landesverfassung ermächtigen die Landesregierung, eine Volksbefragung über eine bestimmte Sachfrage anzuordnen. Es gibt allenfalls eine „Volksbefragung“ im Rahmen eines Volksentscheids gemäß Artikel 78 der Landesverfassung. Dies setzt natürlich eine zulässige Volksinitiative und ein erfolgreiches Volksbegehren voraus. Es ist nicht vorgesehen, dass Landtag oder Landesregierung ihrerseits einen Volksentscheid initiieren mit dem Referendum für den Fall einer Länderfusion als einziger Ausnahme; das ist hier aber nicht der Fall. Kurz gesagt: Der Antrag ist mit den verfassungsrechtlichen Regelungen, die wir im Land Brandenburg haben, nicht vereinbar. - Vielen Dank.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Holzschuher. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der einbringenden Fraktion fort. Herr Abgeordneter Büttner, Sie haben noch fünf Minuten Redezeit.

Büttner (FDP):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich auf einige Punkte eingehen. Herr Kollege Vogel, ich gehe davon aus, dass Sie das nicht so ganz ernst gemeint haben, als Sie gesagt haben, die FDP sei daran interessiert, eine gelenkte Demokratie einzuführen. Das vergessen wir einfach mal. Ich glaube, dass haben Sie selbst auch nicht so ernst gemeint.

Frau Kollegin Stark, ich kann nichts dafür, wenn Sie in dieser Legislaturperiode eben noch einmal per Rechtsverordnung in Ihrem Kabinett die Braunkohleplanung einfach so umsetzen und wir das dann aus der Presse erfahren dürfen. Das ist nicht

mein Problem, sondern das ist Ihr Problem. Ich finde, da hätten Sie durchaus auch dieses Parlament beteiligen müssen, aber das haben Sie eben nicht gemacht. Das wäre der richtige Weg gewesen. Das aber einfach im Rahmen einer Rechtsverordnung dieser Regierung zu beschließen, halten wir nach wie vor für einen Fehler.

Die Volksinitiative, die Sie angesprochen haben, war doch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die damaligen Regelungen sind doch für eine Bürgerbeteiligung völlig ungeeignet gewesen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Damals war es einfach ein relativ unwirksames Mittel, um ausreichend Leute daran beteiligen zu können.

Kollege Bretz, sehen Sie es mir nach - dass Sie den Antrag nicht verstanden haben, dafür kann ich nichts. Das ist Ihr Problem.

(Bretz [CDU]: Ich bin ja Gott sei Dank nicht der Einzige!)

Aber zu Ihnen, Herr Dr. Scharfenberg: Dass Sie von den Linken der FDP Wandlungsfähigkeit vorwerfen,

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Das habe ich lediglich festgestellt, nicht vorgeworfen!)

Sie als derjenigen, die - ich habe es vorhin erwähnt - die erbittertsten Gegner der Braunkohle hier in im Land waren, die Volksinitiative mit initiiert haben und letztendlich doch neue Braunkohletagebaue aufmachen oder erweitern, ist ein Treppenwitz. Das dürften Sie eigentlich auch selbst wissen.

(Beifall FDP sowie vereinzelt B90/GRÜNE - Zurufe des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

- Herr Kollege Scharfenberg, was in unser Programm passt, entscheiden im Übrigen immer noch wir selbst. Machen Sie sich darüber mal keine Gedanken.

(Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE - Lachen bei der CDU)

Sie haben auch noch angemerkt, dass diese Befragung ja keine Bindungswirkung habe. Deswegen haben wir - Herr Scharfenberg so steht es in dem Antrag - einen Selbstbindungsbeschluss dieses Parlaments mit hineingenommen. So etwas kann ein Parlament übrigens machen.

Aber halten wir fest - gerade für Sie, Herr Dr. Scharfenberg -: DIE LINKE ist für den Ausstieg aus der Braunkohle. Weil die Linke so für den Ausstieg aus der Braunkohle ist, haben die Minister der Linken mal eben für den Aufschluss von weiteren Tagebauen bzw. die Fortführung von Tagebauen gestimmt. Wenn das mal nicht eine „ehrliche“ Politik ist! Die Wandlungsfähigkeit ist damit ja wohl eher bei Ihnen gegeben, Herr Scharfenberg.

(Beifall FDP sowie vereinzelt CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Damit sind wir am Ende der Aussprache angelangt und kommen nunmehr zur Abstimmung. Es liegt der Antrag in Drucksache 5/9150, eingebracht von der FDP-Fraktion, vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Die Bundesregierung soll heimliche Steuererhöhungen umgehend zurücknehmen: Steuerzahler durch Abbau der kalten Progression entlasten - Leistungsgechtigkeit für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen wiederherstellen!

Antrag
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/9176

Die Aussprache wird mit dem Beitrag der FDP-Fraktion eröffnet. Frau Abgeordnete Vogdt, Sie haben das Wort.

Frau Vogdt (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier im Gebäude geht vieles automatisch: die Tore zur Tiefgarage manchmal,

(Bestätigende Zurufe)

die Jalousien, das Licht, die Türen, und auch außerhalb des Hauses nimmt die Automatik immer mehr zu. Selbst die Kirchensteuer wird ab dem nächsten Jahr automatisch dem Sparer abgezogen.

Nur der Gesetzgeber hält sich zurück. Die Steuervorschriften werden nicht automatisch an die Inflation angepasst. Über die kalte Progression nimmt der Staat den Steuerzahlern Jahr für Jahr mehr Geld ab - ohne Parlamentsbeschluss, ohne Einspruchsmöglichkeit beim Finanzamt, ohne Transparenz. Die daraus resultierenden Mehreinnahmen sind sogar in den Bundes- und Landeshaushalten fest eingeplant.

Wenn man die Abschaffung der kalten Progression will, wird man aufgefordert, eine Gegenfinanzierung aufzuzeigen. Die Steuerzahler sollen also eine Finanzierung für Steuern erbringen, die man ihnen ungerechterweise abknöpft. Angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen der vergangenen Jahre ist es längst überfällig, dass gegen versteckte Steuererhöhungen endlich vorgegangen wird. 2005 kassierten Bund, Länder und Gemeinden rund 450 Milliarden Euro Steuern, 2015 werden es 670 Milliarden Euro sein.

Die Sonderlasten durch die kalte Progression addieren sich bei Bürgern und kleinen Unternehmen, die nach der Einkommensteuertabelle belastet werden, seit 2010 auf gigantische 72 Milliarden Euro. Allein in dieser Legislaturperiode werden es

55,8 Milliarden Euro sein, weil das Entlastungsvorhaben der letzten Bundesregierung von den SPD-geführten Ländern im Bundesrat verhindert wurde.

Arbeitnehmer in unserem Land erhalten Lohnsteigerungen als Inflationsausgleich, damit sie sich das Gleiche wie bisher leisten können. Arbeitnehmer erhalten Lohnsteigerungen als Leistungsprämie, weil auch sie einen gerechten Anteil am Aufschwung und an dem haben sollen, was sie selbst erarbeitet haben. Das darf durch den Effekt der kalten Progression nicht zerstört werden.

(Beifall FDP)

Ein wachsender Teil des zusätzlichen Lohnes wandert bei unserem heutigen System an den Staat. Auf diese Weise steigt das Einkommensteueraufkommen bei real konstanten, also inflationsbereinigten Löhnen und Gehältern überproportional an. Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden.

Nie hätte ich auch nur im Entferntesten erwartet, dass ich in diesem Zusammenhang einmal Sigmar Gabriel zitieren würde. Im Mai sagte er in einem Interview:

„Die kalte Progression ist sozial ungerecht, und im Übrigen wäre es wirtschaftlich sinnvoll, den Leuten mehr Netto vom Brutto zu lassen, weil es die Binnenkonjunktur stärkt.“

Recht hatte der Mann. Aber nicht nur Sigmar Gabriel unterstützt die Forderung meiner Fraktion. Auch der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holzengel, ist dieser Meinung. Er wirft der Politik vor, dass Haushaltslöcher, Investitionsbedarf bei der Infrastruktur und Geldknappheit in der Bildung immer dann entdeckt würden, wenn es um den Abbau der kalten Progression ginge. Er fordert: Angesichts der gigantischen Steuereinnahmen müssen endlich die Steuerzahler entlastet werden, sprich: Die kalte Progression muss abgebaut werden. Und die Wirtschaftsweisen schreiben in ihrem aktuellen Jahresgutachten 2014, dass eine Korrektur des Tarifs mittlerweile überfällig sei.

Wenn ich Ihnen jetzt sage, dass unsere Forderung auch vom DGB-Chef Reiner Hoffmann für richtig gehalten wird, können wir Klientelpolitik - dieser Vorwurf kommt sicher gleich - wohl von vornherein ausschließen. Aber den guten Worten müssten jetzt auch Taten folgen, und sie müssten nicht nur heiße Luft bleiben.

Die Diskussion dieses Themas ist so wechselhaft wie das Wetter. Der Bundesfinanzminister will die kalte Progression angeblich abschaffen, die Kanzlerin nicht, die CSU vielleicht, aber später. Bei der SPD hängt es davon ab, mit wem gesprochen wird. Die Grünen und die Linken fragt gar keiner.

Unser Motto „Leistung muss sich lohnen“ gilt nach wie vor unverändert. Menschen, die sich beruflich entwickeln, die mehr Lohn oder Gehalt bekommen, dürfen das, was sie sich hart erarbeitet oder erstritten haben, nicht vom Staat wieder kalt aus der Tasche gezogen bekommen.

Unterstützen Sie unseren Antrag, sorgen Sie dafür, dass die Ungerechtigkeit im Steuersystem abgeschafft wird - im Inter-

esse der Arbeitnehmer und im Interesse von mehr Leistungsgechtigkeit! - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Vogdt. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Bitte, Frau Abgeordnete Geywitz.

Frau Geywitz (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Im Film gibt es die Kategorie der Goldenen Himbeere für den schlechtesten Film. Als ich die heutige Tagesordnung ansah, dachte ich: Subjektiv betrachtet ist dieser Antrag meine Goldene Himbeere des Tages. Er ist so überflüssig wie nur irgendwas. Ich glaube, der einzige Zweck, den er erfüllt, ist, dass Frau Vogdt hier ihre Abschiedsrede halten konnte.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Sie reden noch einmal? Gut, dann können wir mit Spannung darauf warten.

Sie haben gerade mit großer Geste als Vertreterin der FDP gesagt, dass bei den Linken und den Grünen gar keiner fragt, was sie zur kalten Progression sagen. Das verwundert mich etwas. Denn wenn man sich einmal etwas für die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat interessiert, wird man feststellen, dass die Länder, bei denen die Liberalen noch an der Landesregierung beteiligt sind, auf ganze vier Stimmen im Bundesrat kommen, während die Kollegen von den Grünen, den Roten und der Sozialdemokratie immerhin 35 Stimmen auf sich vereinigen können. Wer weiß, wie viele Stimmen es im Bundesrat gibt, der weiß, wer dort eine Mehrheit hat, Frau Vogdt. Insofern wären Sie gut beraten, wenn Sie an der Abschaffung der kalten Progression arbeiten, mit den Kollegen von den Grünen und den Linken genauso zu reden wie mit den Sozialdemokraten.

Die Abschaffung der kalten Progression ist übrigens kein neues Thema. Es war schon ein Megathema beim letzten Bundestagswahlkampf. Wir haben es auch hier schon mehrfach diskutiert. Für alle, die es vergessen haben: Der Effekt ist ganz einfach. Inflation 2 %, Lohnerhöhung bzw. Tarifsteigerung 2 %, das klingt erstmal so, als würde nichts weiter passieren. Aber da man dadurch in der Besteuerung nach oben rutscht, hat man hinterher unter Umständen weniger. Das ist ein misslicher Effekt, dessen Beseitigung - das steht auch in Ihrem Antrag - sehr viele Milliarden Euro kostet.

Dann haben Sie sich in Ihrer Rede einen schlanken Fuß gemacht und gesagt: Hach, da wird jetzt bestimmt einer von den armen Steuerzahlern eine Gegenfinanzierung fordern. - Nein, das machen sie nicht, das ist nicht der Job der Steuerzahler. Aber das ist ja wohl der Job der Politik. Wir alle sind in der Politik, und wenn wir die kalte Progression abschaffen, dann fehlt sehr viel Geld im Steuersäckel. Dann muss man entweder sagen, wir nehmen wieder Kredite auf, oder man muss sagen, wir kürzen in dem gleichen Maße, oder man macht einen Gegenfinanzierungsvorschlag.

Sie, Frau Vogdt, haben es vermieden, eine dieser drei Lösungen zur Gegenfinanzierung des Abbaus der kalten Progression anzuführen. Das ist schade. Das macht Ihren Antrag nicht besser. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Geywitz. - Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der CDU fort. Herr Abgeordneter Burkardt, Sie haben das Wort.

Burkardt (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat nicht das erste Mal, dass wir uns hier mit der kalten Progression befassen. Es ist ebenso nicht das erste Mal, dass wir uns hier im Landtag mit Themen befassen, die anderen Organen, Staatsorganen, in der Zuständigkeit zukommen, nämlich Bundestag und Bundesrat.

So ganz einfach, wie Sie es eben abgetan haben, Frau Kollegin Geywitz, ist das Thema der Finanzierung des Abbaus der kalten Progression nun doch wieder nicht. Dabei geht es nämlich nicht darum, zurückzuzahlen, was in der Vergangenheit dem Bürger vielleicht zu viel abgenommen wurde, sondern darum, in der Zukunft weniger zu zahlen. Wer sich die Prognosen unserer Steuereinnahmen anschaut, wird nachvollziehen können, dass das durchaus möglich ist. Von daher ist der Situationsbeschreibung wenig hinzuzufügen.

Die kalte Progression ist in der Tat leistungsfeindlich. Sie betrifft nicht nur, Frau Kollegin Vogdt, die Geringverdiener oder „vor allem die Geringverdiener“, um Ihre Formulierung genau aufzunehmen, sondern sie betrifft in der Tat die Leistungsträger, die Facharbeiter, die Meister, die Krankenschwestern, die Lehrerinnen und wen auch immer. Sie alle sind davon betroffen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Steuer, sondern, was immer wieder ausgeblendet wird, dort, wo man an die Versicherungspflichtgrenzen herankommt, kommt obendrein „zur Belohnung“ ein höherer Versicherungsbeitrag bei Kranken- und Rentenversicherung hinzu.

Deswegen sind wir schon seit langem für den Abbau, und wir sind auch dafür, einen dynamischen Ausgleich für die Mehrbelastung, die durch die Progression entsteht, einzubauen. Wir könnten uns auch dazu aufrufen, die Landesregierung aufzufordern, etwas zu tun, wenn Sie nur nicht in der Überschrift gesagt hätten, die Bundesregierung solle die heimlichen Steuererhöhungen zurücknehmen. Sie kann sich zwar auch beteiligen, aber am Ende entscheiden auch dort Bundestag und Bundesrat.

Meine Damen und Herren, in der Sache ist es gut gemeint. Es ist auch angezeigt, es zu tun. Nur weiß ich nicht, wie das ein Vierteljahr vor der Landtagswahl umgesetzt werden soll. Von daher haben wir Schwierigkeiten, diesem Antrag in der vorgelegten Form zuzustimmen. Das heißt nicht, dass das eine Absage an die generelle Absicht ist. - Schönen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Burkardt. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fort. Herr Abgeordneter Jürgens hat das Wort.

Jürgens (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP! Sie werden es wissen: Die PDS ist 2002 aus dem Bundestag ausgeschieden. Insofern kann ich nachvollziehen, dass es ein schmerzhafter Einschnitt ist, wenn man eine Fraktion im Bundestag verliert. Das ist aber, bitte schön, kein Grund, uns hier durch diesen Antrag zum dritten oder vierten Mal mit Steuerpolitik der Bundesebene zu belastigen. Wir werden Ihren Antrag ablehnen, und zwar aus fünf Gründen.

Erster Grund: Entgegen Ihrer Behauptung im Antrag wurde der Grundfreibetrag im Jahr 2013 um 126 und im Jahr 2014 um 224 Euro erhöht. Zusätzlich gab es eine Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Rentenversicherungsbeiträgen. Das insgesamt war eine spürbare Entlastung vor allem auch der kleinen und mittleren Unternehmen. Die kalte Progression ist eben nicht in dem Umfang eine hohe Belastung für Geringverdienerinnen und Geringverdiener, wie Sie es behaupten.

Zweiter Grund: Die kalte Progression ist vor allem dann ein Problem, wenn wir eine hohe Inflationsrate haben. Wir sind aber zurzeit eher in einer Phase von Deflation. Wir befürchten sozusagen eine negative Inflation. Deswegen ist dies perspektivisch auch kein so großes Problem.

Dritter Grund: Sie schwadronieren in Ihrem Antrag immer von einer negativen Konnotation von dem Staat, der profitieren würde, von dem Staat, zu dem umverteilt wird. Wer ist denn dieser Staat? Wir sind dieser Staat, Sie sind dieser Staat, die öffentlichen Einrichtungen sind dieser Staat, die Kommunen sind dieser Staat. Hören Sie auf, den Staat immer als böse Macht oder als eine Art Mordor darzustellen!

(Beifall DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Vierter Grund: In Ihrer Begründung steht der Satz: Die höheren Einnahmen des Staates sind sachlich nicht zu rechtfertigen. Was ist das denn für ein Blödsinn? Natürlich sind die höheren Einnahmen zu rechtfertigen. Es gibt einen Mehrbedarf im Bildungsbereich, einen Mehrbedarf der öffentlichen Infrastruktur. Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Büttner, stellt sich gestern bei den Kitas hin und fordert mehr Geld und stellt sich heute bei den Musikschulen hin und fordert mehr Geld. Natürlich brauchen wir zusätzliches Geld in diesem Staatssystem.

(Beifall DIE LINKE)

Wir brauchen für die öffentliche Hand höhere Einnahmen, natürlich.

Ein fünfter Grund - darauf hat die Kollegin Geywitz schon hingewiesen - ist die Frage nach der Gegenfinanzierung. Wenn Sie durch den Abbau der kalten Progression Steuereinnahmen

reduzieren, dann muss das natürlich gegenfinanziert werden. Dazu fehlt jegliches Wort in Ihrem Antrag. Die Linke sagt: Wenn wir kleine und untere Einkommensgruppen entlasten wollen, müssen wir im Gegenzug dazu die oberen Einkommensgruppen stärker belasten. Das ist unsere Position. Zu der Frage Gegenfinanzierung fehlt jeglicher Kommentar in Ihrem Antrag.

Aus diesen fünf Gründen können wir Ihren Antrag leider nur ablehnen. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jürgens. - Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Herr Abgeordneter Vogel hat das Wort.

Vogel (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP verabschiedet uns mit einer Fülle von Anträgen in die Sommerpause. Von einem Feuerwerk an neuen Ideen würde ich aber zumindest bei dem hier vorliegenden Antrag zur kalten Progression nicht reden wollen.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Denn die Diskussion um die kalte Progression ist so alt wie der progressive Einkommensteuertarif, und dieser besagt nun einmal, dass höhere Einkommen auch in höherem Maße zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Kalte Progression - ich gehe jetzt einmal tatsächlich auf den Antrag ein und erläutere auch unsere Position - ist die Bezeichnung für eine Steuermehrbelastung, die dann eintritt, wenn Lohnsteigerungen lediglich einen Inflationsausgleich bewirken und die Einkommensteuersätze nicht der Inflationsrate angepasst werden. Das ist so weit auch unbestritten und Konsens. Ohne Gegenmaßnahmen - Peer Jürgens hat schon darauf hingewiesen, dass sie stattgefunden haben, wie nämlich die Anhebung des Grundfreibetrages 2013 oder die Anpassung der Steuersätze 2010 -, ohne solche Gegenmaßnahmen führt die kalte Progression in der Tat zu einer relativen Mehrbelastung der niedrigen und mittleren Einkommen. Das hat aber eben nicht stattgefunden.

Das Durchschnittseinkommen liegt bei uns bei 30 000 Euro im Jahr. Für die Jahre 2011 bis 2014 hat die kalte Progression ohne Berücksichtigung der Anhebung des Grundfreibetrags zu einer Mehrbelastung von 450 Euro in drei Jahren geführt, sowohl für die Einkommensgruppe bis 20 000 als auch für die Einkommensgruppe bis 30 000 Euro. Der Unterschied ist: Bei 20 000 Euro macht es 5 % der Steuerlast aus, bei 30 000 Euro 2,5 % der Steuerzahlungen. Bei einem Jahreseinkommen von 100 000 Euro sinkt die Belastung auf unter 1 %. Das sind in der Tat merkwürdige Effekte. Aber sie sind nicht so gravierend, dass man jetzt kontinuierlich jedes Jahr die kalte Progression dämpfen müsste.

Was man aber schon noch sehen muss, ist, jenseits der Effekte auf der Steuerzahlerseite, dass es Einnahmeverluste gibt - das ist angesprochen worden -, wenn der Abbau der kalten Progres-

sion ohne Kompensation an anderer Stelle erfolgt. Der Abbau der kalten Progression würde allein bis zum Ende der Legislaturperiode 2017 nach Zahlen des Bundesfinanzministeriums bundesweit über 17 Milliarden Euro Mindereinnahmen für den Staat - Bund, Länder und Gemeinden - bedeuten. Heruntergerechnet auf Brandenburg würde gemäß Steuerschätzung ein Betrag in dreistelliger Millionenhöhe fehlen.

Die resultierenden Mindereinnahmen der Länder würden also zu einem großen Teil zur Entlastung der Besserverdienenden führen und weitaus weniger der kleinen und mittleren Einkommen, wie es die FDP gern vorgibt. Ginge es der FDP tatsächlich um einen Inflationsausgleich, dann müsste sie mit gleicher Vehemenz beispielsweise die Anpassung des Hartz-IV-Regelsatzes fordern. Davon würden Menschen profitieren, die das Geld besonders nötig haben. Das würden wir auch ausdrücklich unterstützen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

Dennoch: Das spricht nicht gegen Maßnahmen zur Dämpfung der kalten Progression. Allerdings muss gelten: Wenn Ungerechtigkeiten im Einkommenssteuerrecht beseitigt werden sollen, braucht der Staat an anderer Stelle einen Ausgleich.

Aber was bedeutet der Vorschlag der FDP eigentlich konkret? Wie hoch müsste denn der Spitzensteuersatz sein, wenn man die kalte Progression ausgleichen wollte? Das Finanzministerium Schleswig-Holstein, wo die FDP übrigens im Januar dieses Jahres genau dieselbe Debatte initiiert hat, hat ausgerechnet, dass der Spitzensteuersatz im Ausgleich zu einem regelmäßigen Abbau der kalten Progression 2014 auf 47 % und 2015 bereits auf 53 % ansteigen müsste. Ist das die Steuerpolitik der FDP? Ein Spitzensteuersatz von 53 %? Aber nein. Von einem Ausgleich innerhalb des Steuersystems ist in dem Antrag überhaupt nicht die Rede. Zahlen sollen es am Ende diejenigen, die mangels eigenen Einkommens auch keine Einkommensteuer bezahlen und für die der Staat dann auch weniger Transferleistungen zur Verfügung hat. Leiden werden im Endeffekt die Menschen, die am meisten von einem starken Staat profitieren, und Länder und Kommunen, die beim Schuldenabbau vor neue Hürden gestellt werden. Übrigens, Schuldenabbau ist auch eine Forderung der FDP, die wir ausdrücklich unterstützen.

Der Vorschlag der FDP stellt daher mitnichten einen Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzpolitik dar. Aus Sicht der Grünen gehören die Verteilungswirkungen des Steuersystems insgesamt auf den Prüfstand. Für echte Verteilungseffekte und eine konjunkturankurbelnde Steuerpolitik, so diese nötig ist, muss vor allem beim Niedriglohnsektor nachgebessert werden. Der Abbau der kalten Progression kann für uns dazu gehören, jedoch nicht isoliert und ohne Gegenfinanzierung.

Deswegen: Der Antrag der FDP fällt bei zwei zentralen Kriterien durch: der ungerechten Verteilungswirkung und den durchschlagenden negativen Effekten für die öffentlichen Haushalte. Aus diesem Grund müssen wir den FDP-Antrag leider ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Wir setzen mit dem

Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Görke, Sie haben das Wort.

Minister der Finanzen Görke:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kollegin Vogdt, Sie fordern eine Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg zum Abbau der kalten Progression. Das Land Brandenburg hat bereits eine entsprechende Initiative ergriffen, die sich im Bundesratsverfahren befindet. Wir wollen durch Veränderung der Tarife und Abflachung der Steuerkurve die mittleren und die unteren Einkommensbereiche entlasten. Insofern ist Ihr Antrag nicht nur überflüssig. Er ist auch entbehrlich,

(Frau Vogdt [FDP]: Das ist dasselbe!)

weil er in keiner Weise die Gegenfinanzierung thematisiert. Zumindest drei Fraktionen - die der Koalition und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - sind darauf eingegangen. Insofern würde ich mich jetzt nur wiederholen.

Die Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg ist darauf ausgerichtet - a) -, das Ziel des Abbaus der kalten Progression zu erreichen und - b) - auch die Gegenfinanzierung im Bundesrat zu thematisieren. Die Landesregierung ist der Meinung, dass die aus dem Abbau resultierenden Steuermindereinnahmen durch eine stärkere Belastung von hohen und von Spitzen-einkommen gegenfinanziert werden müssen. Das ist nicht nur eine strukturell und langfristig wirkende, sondern auch eine gerechte Lösung. Deshalb setzt sich die Landesregierung für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ein. Sie prüft die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie die Einführung der Finanztransaktionsteuer.

(Beifall DIE LINKE und der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Das ist das, was zu diesem Antrag zu sagen ist. Insofern empfehle ich Ihnen, den Antrag zurückzuziehen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD und des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Görke. - Das Wort erhält noch einmal Frau Vogdt für die einbringende Fraktion.

Frau Vogdt (FDP):

Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir stellen die Anträge, die wir stellen möchten, und wir ziehen Anträge zurück oder erhalten sie aufrecht, wie wir das möchten.

Es ist richtig, dass wir nicht zum ersten Mal über die kalte Progression sprechen. Aber schon die alten Römer wussten: Die Wiederholung ist die Mutter allen Lernens.

(Minister Dr. Markov: Das hat Lenin auch gesagt!)

Deswegen haben wir die Hoffnung nicht aufgegeben.

Es war mir schon im Vorhinein klar, dass die Argumentation kommen würde, die wir dann hier gehört haben. Wer sich rühmt, Schulden zurückgezahlt zu haben, ohne die Ausgaben überprüft zu haben, und sich nur auf das Wirtschaftswachstum, das Ergebnis der Politik der alten Bundesregierung ist, verlässt, der ist auf das Abzocken der Steuerzahler angewiesen. - Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Vogdt. - Wir sind am Ende der Aussprache angelangt und kommen nunmehr zur Abstimmung. Ihnen liegt in der Drucksache 5/9176 der Antrag der FDP-Fraktion unter dem Titel „Die Bundesregierung soll heimliche Steuererhöhungen umgehend zurücknehmen: Steuerzahler durch Abbau der kalten Progression entlasten - Leistungs-gerechtigkeit für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen wiederherstellen!“ vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer deutlichen Anzahl von Stimmenthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser im Land Brandenburg stärken

Antrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/9233

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter Büttner, Sie haben das Wort.

Büttner (FDP):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auf Initiative der FDP-Fraktion hat sich der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie am 7. Mai mit dem Thema Mehrgenerationenhäuser beschäftigt. Hintergrund waren das Auslaufen des vom Bund initiierten Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser II zum Ende dieses Jahres und die von der Bundesregierung angekündigte Fortführung des Programms.

Im Rahmen eines Fachgesprächs sind wir mit Vertretern mehrerer Mehrgenerationenhäuser im Land Brandenburg, unter anderem des Hauses der Familie in Guben sowie der Landesarbeitsgemeinschaft Mehrgenerationenhäuser Brandenburg, über deren Arbeit ins Gespräch gekommen. Uns war es nicht nur wichtig zu erfahren, welche Profile die Häuser haben, sondern wir wollten darüber hinaus einen Eindruck davon gewinnen, wo Bund, Land und Kommunen bei der Ausgestaltung des neuen Programms nachsteuern müssen.

Das Fachgespräch hat viele neue Erkenntnisse gebracht. Ich erinnere mich an die Aussage von Frau Leutert-Glasche vom Gubener Haus der Familie. Sie unterstrich, dass die generationenübergreifende Arbeit in den Häusern per se auch Thema der

Familienbildung sei. Gleichzeitig betonte sie, Generationen-solidarität stelle eine soziale Kompetenz dar, die erlernt werden müsse. Dem kann ich nur zustimmen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Mehrgenerationenhäuser Brandenburg betonte die Scharnierfunktion der Häuser zwischen der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und dem sozialen Bereich. Hervorgehoben wurden die niedrigschwelligen Zugänge zu den Häusern, die es insbesondere älteren Menschen, die zum Teil nur noch über wenige soziale Kontakte verfügen, ermöglichen, neue Bekanntschaften zu knüpfen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Aber: Nicht alles ist gut. Kritisch bewertet wurde die finanzielle Situation der Häuser, da nicht klar sei, wie die Grundfinanzierung nach Auslaufen der Bundesförderung sichergestellt werden könne. Zudem stütze sich die Arbeit der Häuser maßgeblich auf ehrenamtliches Engagement. Dies wiederum, so sehr wir es begrüßen, ist nicht grenzenlos vorhanden, und gerade bei neuen ehrenamtlichen Mitarbeitern bedarf es der Anleitung; diese muss im Zweifel von Festangestellten geleistet werden.

So sinnvoll und wirkungsvoll die Aktionsprogramme Mehrgenerationenhäuser I und II waren, so deutlich hat das Fachgespräch aber auch gemacht, an welchen Stellen mit Blick auf ein mögliches Aktionsprogramm III nachgearbeitet werden sollte. Die künftige Sicherstellung der Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser erfordert nicht nur Engagement des Bundes und der Kommunen. Wir erwarten, dass sich auch das Land Brandenburg in die Finanzierung einbringt. Immerhin profitiert Brandenburg von der Stärkung der sozialräumlichen Infrastruktur in den Landkreisen und Kommunen.

Zudem sind wir auf der Grundlage des Fachgesprächs zu der Erkenntnis gelangt, dass in allen 23 Mehrgenerationenhäusern im Land Brandenburg auch das Thema Familienbildung im Mittelpunkt stehen muss. In vielen Häusern ist dies bereits der Fall. Aufgabe ist es nun, gleich Standards an alle Einrichtungen anzulegen und damit die Qualität der generationenübergreifenden Familienbildung im Land zu verbessern.

Hingewiesen wurde im Fachgespräch auch auf die Notwendigkeit einer stärkeren Vernetzung der Mehrgenerationenhäuser mit den Freiwilligenagenturen. Bemängelt wurde, dass die Freiwilligenagenturen bei der Staatskanzlei angebunden sind, während die Mehrgenerationenhäuser in der Verantwortung von Bund und Gemeinden stehen. Diesen Einwand nehmen wir als FDP und CDU ernst. Wir möchten beide Angebote enger zusammenführen, haben aber bewusst darauf verzichtet, der Landesregierung konkrete Vorgaben zu machen, wie sie die Verknüpfung beider Modelle organisieren möchte.

Nicht zuletzt bieten die Mehrgenerationenhäuser - analog zu den Freiwilligenhäusern - auch Beschäftigungsimpulse. Langzeitarbeitslose Personen können im Rahmen der Arbeit praktische Fähigkeiten erlernen und soziale Kompetenzen schärfen - diese Funktion sollten wir im Land noch deutlicher unterstreichen -, und zwar in Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern in den Landkreisen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass das Erfolgsmodell Mehrgenerationenhäuser im

Land Brandenburg in der bewährten Qualität auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden kann! Unterstützen Sie uns dabei, dass ein wichtiger Anker in der Sozialstruktur vor Ort nicht abreißt, sondern dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger auch künftig das Prinzip der Bürgergesellschaft in den Häusern leben können! Deswegen bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Lehmann, bitte.

Frau Lehmann (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Bereits im Jahr 2006 hat die Bundesregierung das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser I ins Leben gerufen. Seit 2012 nehmen bundesweit 450 solcher Einrichtungen am laufenden Programm des Bundes teil.

Der Offene Treff ist das Herzstück jedes Mehrgenerationenhauses. Er bietet Menschen aller Altersgruppen den Raum und die Möglichkeit, sich unkompliziert und ungezwungen zu begegnen. Generationsübergreifende Angebote richten sich an Kinder und Jugendliche, an Erwachsene, an die sogenannten jungen Alten, aber auch an Hochbetagte.

Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben Mehrgenerationenhäuser auch ergänzende Betreuungsangebote, beispielsweise Notfall- und Randzeitenbetreuung. Insgesamt hat die erste Förderphase sieben Handlungsfelder für die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser in den Fokus gestellt und damit auch die Vielfalt der Häuser und ihrer zahlreichen Aktivitäten verdeutlicht. Grundsätzlich jedoch arbeiten Mehrgenerationenhäuser bedarfsorientiert, bieten also genau das an, was vor Ort benötigt und gewünscht wird.

Mit Beginn des Jahres 2012 begann die zweite Förderphase. Der Bund hat für weitere drei Jahre, bis Ende dieses Jahres, das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II aufgelegt. Gleichzeitig wurde die inhaltliche Arbeit der Mehrgenerationenhäuser erweitert um solche Themen wie Alter und Pflege, Integration und Bildung, haushaltsnahe Dienstleistungen - um nur einige zu nennen.

Wie ich bereits erwähnte, werden bundesweit derzeit 450 Einrichtungen gefördert. Nahezu alle Landkreise und kreisfreien Städte verfügen über ein Mehrgenerationenhaus. Das gilt auch für Brandenburg. Für 23 Mehrgenerationenhäuser ist bis Ende des Jahres die Bundesfinanzierung gesichert.

Fachgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern dieser Einrichtungen und der Landesarbeitsgemeinschaft in unserer Fraktion, aber auch im Fachausschuss haben sehr deutlich gemacht, dass Mehrgenerationenhäuser aus der sozialen Infrastruktur kaum noch wegzudenken sind. Sie haben sich hervorragend etabliert, orientieren sich an den Bedürfnissen vor Ort und leisten vorbildliche Netzwerkarbeit.

Bei der weiteren Entwicklung der Mehrgenerationenhäuser und bei der Verstärkung der Finanzierung dieser Angebotsstruktur sehen wir ganz klar den Bund in der Pflicht. Wir haben immer gesagt, dass wir als Land die Bundesfinanzierung der Mehrgenerationenhäuser nicht ersetzen werden und dass wir das auch nicht können. Zudem waren die Länder an der inhaltlichen Ausrichtung der Mehrgenerationenhäuser nicht entscheidend beteiligt. Auch die Jugend- und die Finanzministerkonferenz haben im Mai dieses Jahres die weitere finanzielle Förderung der Mehrgenerationenhäuser durch den Bund eingefordert.

Im Übrigen bekennt sich die Bundesregierung zu ihrer Verantwortung. Bereits im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien die Weiterentwicklung und die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser gemeinsam vereinbart. Unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden derzeit Regionalkonferenzen zu Mehrgenerationenhäusern durchgeführt. Ministerin Manuela Schwesig nutzte die Auftaktveranstaltung am 19. Juni dieses Jahres und warb für Mehrgenerationenhäuser sowie für die nachhaltige Sicherung dieser Einrichtungen.

Wir erkennen sehr wohl, dass die Bundesregierung das Thema glaubhaft und beherzt angeht. Wir sind zuversichtlich, dass es über 2014 hinaus eine Finanzierung dieser Einrichtungen geben wird. Natürlich sind die Landesregierung und wir als Landespolitik gern bereit, an Lösungswegen mitzuarbeiten, ob auf Bundes- oder auf kommunaler Ebene. Das ist eine Selbstverständlichkeit und bedarf keines gesonderten Antrags. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Lehmann. - Wir setzen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Schier erhält dazu das Wort.

Frau Schier (CDU):*

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kreise haben die Aufgabe des Aufbaus der Mehrgenerationenhäuser gern angenommen. Ich erinnere mich noch, dass es dazu sehr unterschiedliche Auffassungen gab. Einige Leute waren der Meinung, es würden Mehrgenerationenhäuser gebaut, in denen mehrere Generationen unter einem Dach wohnten. Teilweise wird noch heute so gedacht. Weit gefehlt!

Zur Finanzierung ist schon etwas gesagt worden.

Kollegin Lehmann, ich hatte bis zum Schluss geglaubt, dass endlich der Satz kommt: „Wir stimmen diesem Antrag zu.“ So hat sich Ihre Rede bis zum Schluss angehört.

(Beifall CDU und FDP)

Fest steht doch: Die Kreise profitieren von den Mehrgenerationenhäusern. In den Jahren seit 2006 haben sich in diesem Bereich Strukturen entwickelt, die jedem helfen. Ich rede jetzt gar nicht von den unterschiedlichen Angeboten, aber sie helfen dem Kreis und dem Land. Wir sollten noch einmal in Ruhe über die Möglichkeit einer Teilfinanzierung nachdenken, so

dass der Bund, das Land, die Kommunen und die Kreise jeweils etwas dazugeben. Ich bitte Sie herzlich, diesen Antrag nicht vorschnell abzulehnen. Vielleicht können Sie darüber noch einmal nachdenken.

Ich weiß, dass es heute, in der letzten Plenarsitzung, schwierig ist, über Vorhaben mit finanziellen Auswirkungen zu entscheiden. Aber die Mehrgenerationenhäuser bilden mittlerweile eine Struktur, die den Kreisen durchaus geholfen hat und die sie nur ungern aufgeben würden. Viele Menschen wären enttäuscht, wenn diese Angebote, deren Niederschwelligkeit hervorzuheben ist, wegfielen. Bitte denken Sie noch einmal darüber nach! - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schier. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fort. Frau Abgeordnete Rabinowitsch übernimmt das.

Frau Rabinowitsch (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Leider sind nur noch wenige Gäste anwesend - seien Sie dennoch herzlich begrüßt! In der heutigen Zeit scheinen mehr Wege nach Rom zu führen als aufeinander zu. In Zeiten moderner Technik drohen nicht nur Wertevorstellungen auseinanderzudriften, sondern auch Sozialräume. Während die sozialen Netzwerke der Jugend Facebook, Jappy oder anders heißen, pflegt die reifere Jugend ihr soziales Netzwerk auf dem Dorfplatz beim gemeinsamen Tee und vor allen Dingen face to face statt face to book.

(Heiterkeit und Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Hier braucht es Menschen, die Brücken bauen - soziale Brücken zwischen Generationen. Mehrgenerationenhäuser sind die Antwort. Sie bauen Brücken zwischen Jung und Alt und den jung gebliebenen Alten. Es gibt auch Räume außerhalb von Facebook und Co., Räume im realen Leben, Räume für Begegnungen.

Soziale Kompetenz, Respekt und Aufgeschlossenheit sind Fähigkeiten, die heutzutage häufiger als früher erlernt werden müssen, weil die natürliche Erfahrung im generationsübergreifenden Familienverbund fehlt. Auch insoweit leisten die Mehrgenerationenhäuser wichtige Arbeit. Sie arbeiten generationsübergreifend, aber auch interkulturell und milieuübergreifend auf der festen Basis verlässlichen bürgerschaftlichen Engagements und sozialräumlichen Denkens. Sie ermitteln die Bedarfe vor Ort und reagieren darauf bedarfsdeckend, flexibel, zeitnah und unbürokratisch.

Mit vielen Veranstaltungen, Freizeitangeboten, Möglichkeiten der Beratung und Unterstützung fördern sie Kinder und Jugendliche ebenso wie Erwachsene und Senioren. Sie fördern deren Teilhabe und aktivieren die Menschen, selbst zu Aktiven in den Häusern zu werden. Sie stoßen Wertediskussionen an. Das Gefühl von Gemeinschaft und Zusammenhalt wird dort sowohl für Kinder und Jugendliche erfahrbar, denen dazu sonst oft die Chance fehlt, als auch für ältere Menschen, denen aufgrund fehlender Mobilität die Tür zur Außenwelt bereits verschlossen bliebe.

Diese Häuser sind eine Erfolgsgeschichte. Nicht nur wir haben das erkannt, sondern auch der Bund.

(Beifall der Abgeordneten Frau Lehmann [SPD] und Büchel [DIE LINKE])

Mit den Aktionsprogrammen I und II förderte er die Häuser und legte ihnen somit bewusst die verantwortungsvolle Aufgabe des sozialen Brückenbaus in die Hände. Diese Häuser wiederum haben sich behauptet und eindrucklich bewiesen, dass sie diese Aufgabe mit Bravur bewältigen. Das hat die Regierungskoalition auf Bundesebene klar erkannt und daher die Forderung der 90. Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom 27. und 28. November 2013 in den Koalitionsvertrag aufgenommen.

(Beifall der Abgeordneten Frau Lehmann [SPD] und Büchel [DIE LINKE])

Sie begrüßt die bisherige Förderung im Rahmen der Aktionsprogramme und fordert die Bundesregierung daher auf, für die Zeit ab 2015 ein Anschlusskonzept zur Weiterförderung zu entwickeln. Zu diesem Aufgreifen führt der Koalitionsvertrag klar und deutlich aus, dass das Konzept der Mehrgenerationenhäuser weiterzuentwickeln und die Finanzierung zu verstetigen ist.

(Beifall der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Sie sollen sich zu Ankerpunkten sozialen Miteinanders entwickeln. Zudem begründete die Bundesregierung im Koalitionsvertrag deutlich, die Voraussetzungen für die Sicherung einer dauerhaften Zukunft der Mehrgenerationenhäuser zu schaffen. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen soll geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen eine Etablierung der Häuser möglichst in allen Kommunen erfolgen kann.

Immer wieder betonte die Bundesregierung unmissverständlich diesen Vorsatz. Verehrte Kollegen von CDU und FDP,

(Jawohl! bei CDU und FDP)

jetzt ein Wort an Sie:

(Bretz [CDU]: Ach, das eben war gar nicht für uns?!)

Die Sachlage ist erkannt, die Lösungsabsicht öffentlich bekundet, der Lösungsprozess ist in vollem Gange, Ihre Forderungen kommen zu spät.

(Genilke [CDU]: Tatsächlich? - Beifall DIE LINKE)

Zudem wäre das Land der falsche Adressat. Der Bund als richtiger Adressat hat bereits lange reagiert und bewegt sich konsequent voran. Ihre anderen Forderungen sind zwar ebenfalls wichtig ...

(Bretz [CDU]: Das richten wir Frau Merkel aus! - Weitere Zurufe)

- Ja.

(Weitere Zurufe)

- Sie stören hier und nehmen mir meine Redezeit, und ich bekomme dann eine Rüge von der Präsidentin.

(Oh! bei der CDU - Genilke [CDU]: Darauf können wir lange warten! Glauben Sie mir!)

Der Bund als richtiger Adressat hat bereits lange reagiert und bewegt sich konsequent voran. Ihre anderen Forderungen benennen zwar ebenfalls wichtige Aspekte, jedoch befinden sich auch diese bereits in der Umsetzung, und auch hier ist das Land der falsche Adressat.

Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Trägern, mit Jobcentern, Arbeitsagenturen, Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, Freiwilligenengagement und Kooperation mit Freiwilligenagenturen, all das ist bereits gelebte Praxis in den Häusern. Und das Angebot geht weit darüber hinaus. Gerade diese auf den Regionalbedarf abgestimmten Angebote und Kooperationen mit den regionalen Partnern vor Ort sind ein entscheidendes Charakteristikum.

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete Rabinowitsch, die Redezeit ist auch darüber hinaus.

(Zurufe: Oh nein!)

Gut. - Deshalb darf das Land weder konzeptionell

(Zuruf: Ihr seid schuld! - Heiterkeit)

noch finanziell dem Bund vorgreifen. Der Antrag ist abzulehnen. - Danke.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Rabinowitsch. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Frau Abgeordnete Nonnemacher wird dies tun.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

(Herr Bretz sitzt auf dem Platz des Fraktionsvorsitzenden.)

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Bretz, ich stelle mit großem Interesse fest, dass Sie schon ein bisschen Fraktionsvorsitz üben.

(Beifall B90/GRÜNE - Heiterkeit bei der SPD)

Vielleicht könnten Sie auch, was Disziplinfragen angeht, mal mit gutem Beispiel vorangehen.

(Heiterkeit und Beifall B90/GRÜNE und SPD)

Ende März erklärte unsere Bundeskanzlerin bei einer Rede anlässlich ihrer Teilnahme an einem Empfang in der Hansestadt Salzwedel, dass ihr die Mehrgenerationenhäuser ein Herzensanliegen seien.

(Frau Lehmann [SPD]: Richtig!)

Auch der GroKo-Koalitionsvertrag verspricht, die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser zu verstetigen und gemeinsam mit Ländern und Kommunen zu prüfen, wie die Mehrgenerationenhäuser möglichst in allen Kommunen etabliert bzw. erhalten werden können. Das kann ich nur unterstreichen und begrüßen, auch mir liegt der Fortbestand der Mehrgenerationenhäuser sehr am Herzen - in Brandenburg und in den übrigen Teilen Deutschlands.

Mehrgenerationenhäuser sind wichtig, denn sie erfüllen das Miteinander der Generationen mit Leben. Mit zwei Aktionsprogrammen wurden seit 2006 über 500 Generationenhäuser gefördert. Wir in Brandenburg haben 23, die praktisch als ein „offenes Wohnzimmer“, als Anlaufstellen für Familien, für Alt und Jung, Ausländer und Ausländerinnen, Arbeitsuchende, kurz: als ein „Dach des sozialen Miteinanders“ in Brandenburg-Kommunen wirken.

Die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser wird geschätzt, doch die auslaufende Finanzierung Ende 2014 bringt sie sehr in die Breddouille. Die Zukunft der Mehrgenerationenhäuser ist unsicher.

Nach unserem Fachgespräch zur Situation der Mehrgenerationenhäuser im Sozialausschuss hatte ich den Eindruck, die Verantwortlichen warten dringend auf Signale von uns. Sie haben ihre Angebote in den vergangenen Jahren ausgebaut und viel Kreativität und Phantasie an den Tag gelegt sowie auch eine robuste Bereitschaft zur Selbstausbeutung. Da ist vieles sehr unterfinanziert und sehr, sehr viel Engagement mit am Netz. Aber die Trägervereine und die Koordinierungsstellen hängen in der Luft.

Eine Finanzierungsbeteiligung hatte die Landesregierung bisher aus haushalterischen Gründen immer abgelehnt. Die Mehrgenerationenhäuser brauchen aber eine verlässliche Perspektive!

Im Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, gemeinsam mit Kommunen und Landkreisen für den Erhalt und die qualifizierte Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser zu sorgen. Das unterstützen wir. Denn es besteht die Gefahr, dass durch das Auslaufen der Bundesförderung die entstehenden Finanzierungslücken dazu führen, dass mehrere Generationenhäuser in den Kommunen geschlossen werden. Genauso unterstützenswert finde ich die Forderung, die Träger der Familienbildung in die Arbeit der Generationenhäuser einzubinden - ebenso wie Freiwilligenagenturen und die Jobcenter.

Zusammen mit der erklärten Herzensangelegenheit der Bundeskanzlerin und dem erklärten Willen der Großen Koalition im Koalitionsvertrag sollte es uns doch allen möglich sein, ein „Dach des sozialen Miteinanders“ in Brandenburg am Leben zu erhalten.

Frau Lehmann hatte die Begründung des Antrags ja schon fast vollständig geliefert. Vielleicht lässt sich wirklich über überbrückende Hilfsmaßnahmen nachdenken. - Danke schön.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Nonnemacher. - Wir setzen mit dem Beitrag des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Hoffmann fort.

Dr. Hoffmann (fraktionslos):*

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Abstimmung werde ich mich enthalten, meine jedoch, dass dieses Thema immer wieder neu auf die Tagesordnung des Landtages Brandenburg gehört. Wenn der Landtag mit diesem Tagesordnungspunkt die mühselige und dennoch erfolgreiche Arbeit der Mehrgenerationenhäuser im Land würdigen möchte, dann ist das sehr zu begrüßen.

Ich selbst bin seit Jahren neben Bürgermeister Thomas Zenker einer der beiden Paten des Mehrgenerationenhauses „Ilse“ in Großräschen. Ich kenne auch das Mehrgenerationenhaus in Lauchhammer recht gut, weiß also, worüber ich rede.

An einigen Orten kam das 2006 vom Bund auf den Weg gebrachte Projekt der Mehrgenerationenhäuser zuerst nicht recht zum Laufen. Das hatte aber durchaus auch positive Gründe; denn hier half nicht, wenn man, wie oft, besonders schlau bei der Antragstellung sein wollte. Neue Ideen waren also auch von den lokalen Akteuren gefragt. Hier war ein Konzept auf den Weg gebracht, das mit einem sehr modernen Ansatz wirkliche Probleme angehen wollte: die demografischen Herausforderungen, die Konflikte in sozialen Brennpunkten aufgrund hoher Arbeitslosigkeit, Vereinsamung bei älteren Menschen, Langeweile bei Kindern und Jugendlichen und schließlich einerseits die große Bereitschaft, ehrenamtlich Gutes tun zu wollen, andererseits auf Strukturen zu treffen, die zu dieser Bereitschaft nicht immer passen. So manch kreativer und engagierter Mensch wurde doch schon durch den Projektantragsdschungel und die Selbstverwaltung seiner prekären Beschäftigung verschlissen. Deshalb möchte ich neben all dem Positiven, was heute bereits über die Mehrgenerationenhäuser gesagt wurde, noch einmal betonen, dass es mit diesem Aktionsprogramm gelungen ist, die konzeptionellen und strukturellen Voraussetzungen zu schaffen, um Ehrenamtlichen einen Ankerplatz zu bieten. Gemessen an den Ergebnissen waren die eingesetzten finanziellen Mittel sehr niedrig. Natürlich ist damit auf der einen Seite der Tendenz zur Selbstausbeutung Vorschub geleistet. Aber die Nutzer der Mehrgenerationenhäuser, ganze Stadtteile bzw. Orte, hatten auf der anderen Seite einen nicht zu übersehenden Nutzen.

Trotzdem muss ja einiges in Ordnung gebracht werden. In Großräschen zum Beispiel wird eine Kollegin nicht mehr gefördert, sie arbeitet jedoch weiter. „Ich kann doch die Kinder nicht im Stich lassen, wo es doch endlich gelungen ist, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen“, sagt sie. Das ist ein ernstes Problem. Langfristigkeit bedeutet, dass langfristig planbare feste bzw. geförderte Stellen bereitgestellt werden müssen.

Drei weitere Probleme wurden deutlich, als im Jahr 2012 neue Aufgaben für die Mehrgenerationenhäuser dazukamen. Zuerst das nur zu oft Übliche: mehr Aufgaben, dafür weniger Geld - und dann noch Aufgaben, die besser von mit Fachkräften ausgestatteten professionellen Einrichtungen übernommen werden sollten. Ich verstehe wirklich nicht, warum zum Beispiel Altenpflege oder integrative Bildung im Ehrenamt geleistet werden sollte, wie es zuerst geplant war. Das klappt ja manchmal sogar, weil sich sehr qualifizierte und engagierte Menschen in den Mehrgenerationenhäusern für diese Arbeit finden.

Es geht trotzdem nicht, weil diese schwere Arbeit auch durch entsprechende Vergütung anerkannt werden muss und nicht zu-

gelassen werden darf, dass Mehrgenerationenhäuser zur Billigkonkurrenz professioneller Einrichtungen werden.

Schließlich gibt es die immer wieder anzutreffende Vorstellung, dass solche Projekte mit einer Anschubfinanzierung auf einen marktkonformen Weg gebracht werden können, um sich später selbst zu tragen. Deshalb klingt der Satz in dem Antrag, wo es um das planmäßige Auslaufen des Bundesaktionsprogramms geht, in meinen Ohren auch nicht gut. Als das Aktionsprogramm II im Jahre 2012 begann - also weniger Mittel vom Bund zur Verfügung gestellt wurden, dafür neue Aufgaben hinzukamen -, hatten die Bayern überlegt, ob sie die Mehrgenerationenhäuser nicht besser gleich in Landesverantwortung nehmen sollten. Eigentlich noch konsequenter war der Landkreis Dahme-Spreewald, soweit ich weiß, mit insgesamt sieben Mehrgenerationenhäusern - zwei vom Bund gefördert, drei mit einer Förderung durch den Landkreis in Höhe von jährlich 120 000 Euro und zwei weiteren, die ebenfalls vom Kreis mit je 20 000 Euro gefördert werden. Der Kreis wertet diese Ausgabe ausdrücklich als Investition.

Wenn wir die Mehrgenerationenhäuser auf Landesebene fördern wollen, weil sie gute Arbeit leisten, wichtig für die Gäste und die dort Tätigen sind, müssen wir uns auf Landesebene die Frage gefallen lassen, warum wir nicht allen Landkreisen das Dahme-Spreewald-Modell empfehlen können.

(Frau Lehmann [SPD]: Empfehlen können wir es ja!)

Da geht Ihr Antrag in die richtige Richtung.

Und auch das, was Frau Schier in Präzision des Antrags in ihrer Rede gesagt hat, ist, glaube ich, ein richtiger Ansatz. Aber, wer te Antragsteller, die Finanzierungslücke wird doch nicht durch das planmäßige Auslaufen der Bundesförderung geschlossen, sondern verstärkt sich dadurch erheblich. Mit einem Gesellschaftsmodell, das die Demokratie marktkonform gestalten will, wird es hier keine Lösung geben.

Die Alternative zu dieser Merkel-Idee finden Sie noch immer im Programm der Linken, unter dem Punkt „Soziales“. - Danke.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Hoffmann. - Wir setzen mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Baaske, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt haben schon sechs Redner gesagt, wie gut wir mit unseren Mehrgenerationenhäusern sind. Ich gebe ihnen Recht: Wir sind gut aufgestellt, was die Mehrgenerationenhäuser angeht. Man sieht vor Ort, dass da sehr viel Kreativität waltet, dass die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, sich unterschiedlichste Konzepte angeschaut haben. Sie wirken im Bereich Bildung, aber auch in den Bereichen Integration, aktives Altern, Pflege. Das sind die vier Headlines, die man auch dem Fachgespräch entnehmen konnte, die also die Bereiche bezeichnen, in denen die meisten Mehrgenerationenhäuser aktiv sind. Das tun sie auf hervorragende Art und Weise, und ich glaube, dass sie das auch in nächster Zeit noch tun werden.

Wir wissen, dass die Rahmenbedingungen der einzelnen Häuser in der Vergangenheit sehr unterschiedlich waren und nach wie vor sind. Ich finde es generell toll, was da in den letzten Jahren geleistet wurde.

Jetzt zu dem CDU-Antrag und dazu, warum wir ihm nicht zustimmen werden.

(Büttner [FDP]: Wir waren auch dabei!)

- Ach, Herr Büttner, Entschuldigung, Sie ja auch! Es ist ein FDP/CDU-Antrag.

Sie fordern eine Zusammenarbeit zwischen uns, der Landesregierung, den Kommunen und den Mehrgenerationenhäusern. Herrje! Ich habe das Fachgespräch schon so wahrgenommen, dass diese Zusammenarbeit durchaus gegeben ist: mit der Regierungsebene, zwischen den Landkreisen, den kreisfreien Städten, den Kommunen, aber auch den Mehrgenerationenhäusern untereinander. Die Bürgermeister sind dauernd dort und auch ich als Sozialminister bin permanent in Mehrgenerationenhäusern unterwegs. Ich finde, dass diese Zusammenarbeit außerordentlich gut klappt.

Aber generell muss ich sagen: Angesichts der unterschiedlichsten Konzeptionen, die die Mehrgenerationenhäuser haben, wird es keinen Königsweg geben. Und das Problem werden wir auch nicht mit Geld erschlagen können, wenn es bei dem einen oder anderen einmal Probleme mit der Fortführung gibt.

Ich kann nur sagen: Wenn wir - um ein Beispiel zu bringen - daran denken, Einrichtungen zu erweitern, Einrichtungen anzusiedeln - Klammer auf: Pflegestützpunkt -, denken wir gleichwohl an die Mehrgenerationenhäuser und meinen: Wenn man das vor Ort etabliert, warum denn nicht dort? Oder wenn wir bestimmte andere Einrichtungen neu etablieren wollen, die auch hier hineinpassen könnten, kann ich mir das denken. Aber am Ende ist es immer eine Entscheidung der Träger vor Ort, ob sie das wollen oder nicht.

Sie sagen zum Beispiel Familienbildung. Glasklar gesagt: Träger der Familienbildung in diesem Land ist nach wie vor die Kommune, sprich der örtliche Träger der Jugendhilfe. Das machen die auf hervorragende Art und Weise.

(Vereinzelt Unruhe)

- Gut, die einen besser, die anderen nicht ganz so gut, alles richtig. Aber warum sollten wir nicht sozusagen die Gespräche mit den Mehrgenerationenhäusern über Familienbildung führen? Das sollte bitteschön vor Ort zwischen dem örtlichen Träger der Jugendhilfe und den jeweiligen Mehrgenerationenhäusern passieren, dass also das Jugendamt quasi seine Aufträge auch in das Mehrgenerationenhaus hineinträgt und sagt: Dort wird die Leistung entsprechend erbracht.

Zur Finanzierung: Ich fand es schon drollig, dass hier eine Abgeordnete der Linken Frau Schier vorliest, was in unserem gemeinsamen, auf Bundesebene beschlossenen Koalitionsvertrag steht. Das fand ich schon verschärft.

(Lachen der Abgeordneten Lehmann [SPD] - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das war toll!)

Das haben wir so beschlossen, das ist so vereinbart: „Das erfolgreiche Konzept der Mehrgenerationenhäuser werden wir weiterentwickeln und deren Finanzierung verstetigen.“ Herrje! Ich verstehe das so, dass diese Finanzierung weiterlaufen wird.

(Frau Lehmann [SPD]: Ja!)

Ich weiß, dass meine Kollegin Schwesig Herrn Schäuble einen Deckungsvorschlag und die Möglichkeit der Fortfinanzierung hereingereicht hat. Wenn Sie jetzt sagen, die Finanzierung laufe aus, wissen Sie offensichtlich mehr von Herrn Schäuble als ich von Frau Schwesig. Soweit ich weiß, kommen da 16 Millionen. Die Verstetigung über zwei Jahre - so ist es im Koalitionsvertrag festgehalten - wird kommen. Ich kann beim besten Willen nicht erkennen, warum wir jetzt, sozusagen im vorausseilenden Gehorsam, Dinge machen sollten, die Herrn Schäuble nur dazu veranlassen könnten, zu sagen: Okay, Frau Schwesig hat mir zwar einen Deckungsvorschlag eingereicht, aber die Millionen behalte ich mal, das braucht es ja nun nicht mehr, denn die Länder machen das jetzt. - Davor warne ich, das sollten wir gefälligst nicht tun.

Ich denke, dass wir zu gegebener Zeit auch noch einmal über die Mehrgenerationenhäuser reden sollten, nämlich dann - so steht es auch im Koalitionsvertrag -, wenn der Bund auf uns zukommt und uns fragt, was wir zusammen mit dem Bund und den Kommunen im Zusammenhang mit den Mehrgenerationenhäusern leisten könnten. Aber es geht nicht, hier vorausseilend zu sagen: Bund zieh' dich zurück - wir ersetzen das Geld! - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Baaske. - Wir sind am Ende der Aussprache angelangt, weil die FDP nicht noch einmal reden möchte, und kommen zur Abstimmung. Es liegt der Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion mit dem Titel „Die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser im Land Brandenburg stärken“ auf Drucksache 5/9233 zur Abstimmung vor. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

(Genilke [CDU]: Was? Wie unsozial!)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6, und bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt eröffne, begrüße ich ganz herzlich Vertreterinnen des Seniorenbeirates Bernau bei uns. Seien Sie willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Das war wohl eine falsche Ansage. Die sind uns angekündigt, aber Sie sind es nicht. Sie sind uns aber auch herzlich willkommen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Kommunale Handlungsfähigkeit sichern - dauerhafte Entschuldung von Kommunen jetzt beginnen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/9234

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Abgeordnete Nonnemacher hat das Wort.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher - woher auch immer! Zum Ende dieser Legislaturperiode müssen wir hier ein Thema aufrufen, bei dem die Landesregierung geschlafen hat: Der Entwicklung der Verschuldung unserer Kommunen, insbesondere einiger hochverschuldeter Städte. Vor dem Hintergrund der finanzpolitischen Herausforderungen, der Schuldenbremse, der demografischen Entwicklung dieser Städte und der Empfehlungen der Enquetekommission 5/2 darf dieses Problem nicht länger auf die lange Bank geschoben werden.

(Beifall B90/GRÜNE)

Worum geht es? Während die Verschuldung des Landes in den letzten Jahren quasi konstant gehalten werden konnte, sind die Kassenkredite auf kommunaler Ebene weiter gestiegen. Ende 2012 waren über 80 % der Kommunen verschuldet. Die Gesamthöhe der kommunalen Schulden beträgt über 2 Milliarden Euro. Besonders besorgniserregend ist dabei, dass die Schere zwischen finanziell gut aufgestellten Städten und Gemeinden und hochverschuldeten Städten, die weiter wachsende Kassenkreditbestände aufweisen, sich immer weiter öffnet.

Eigentlich sind diese Tatsachen hinlänglich bekannt. So hat die Enquetekommission Reform der „Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020“ im vergangenen Jahr zahlreiche Empfehlungen beschlossen. Innerhalb des der Enquetekommission zur Verfügung stehenden Zeitraums war allerdings der Finanzteil nicht mehr entscheidungsreif bearbeitbar. Der Finanzteil besteht so im Wesentlichen aus einer kurzen Bestandsaufnahme mit einer Zusammenstellung der Finanzlage des Landes und der Kommunen und drei schlagwortartigen Empfehlungen: Teilentschuldung, auskömmliche Anschubfinanzierung im Rahmen einer Gebietsreform für den reformbedingten Mehraufwand und die Sicherung einer aufgabenadäquaten Finanzausstattung.

In einem Minderheitenvotum haben wir, die Bündnisgrünen, zusammen mit unserer externen Sachverständigen, Frau Prof. Gisela Färber, unter anderem auf die Dringlichkeit der Frage des Umgangs mit wachsenden Kassenkrediten hingewiesen. Wegen der Schuldenbremse entwickeln sich diese auch zu einem Problem der Landesebene. Insbesondere haben wir angemahnt, mit Konzepten zur Entschuldung unabhängig von einer Verwaltungs- oder Gebietsreform bzw. deren konkreter Ausgestaltung unverzüglich, also noch in dieser Wahlperiode zu beginnen.

Impulse oder Vorschläge der Landesregierung zu diesen drängenden Themen liegen immer noch nicht vor. Die Landesregierung hat die Arbeitsaufträge der Enquetekommission 5/2 nicht umgesetzt, im Gegenteil: Mit dem Herannahen des Wahlkamp-

fes gewinnt man den Eindruck, dass die Landesregierung und die SPD sowie die Linke, aber auch die CDU in diesen Fragen abgetaucht sind und Diskussionen über komplizierte Probleme lieber aus dem Weg gehen wollten.

Wir tauchen nicht ab und haben deshalb unabhängige Fachleute beauftragt, die Situation in Brandenburg auch im Vergleich mit anderen Bundesländern zu analysieren und Wege aus den Kommunalschulden aufzuzeigen. Prof. Holtkamp von der Fernuniversität Hagen und seine Mitarbeiter sind zu bemerkenswerten Ergebnissen und Empfehlungen gekommen, denen sich nicht nur meine Fraktion in großen Teilen anschließen konnte, sondern die auch Grundlage für die weitere Diskussion und weiteres politisches Handeln werden könnten und sollten.

(Beifall B90/GRÜNE)

So hat sich die Gesamtentwicklung der kommunalen Schulden in Brandenburg im Vergleich zu den Vorjahren etwas verbessert. Auch liegen beispielsweise die Kassenkredite in Brandenburg noch unter dem Bundesdurchschnitt. Dennoch ist die Lage sehr ernst. Im Vergleich zum Beispiel zu Sachsen ist die durchschnittliche kommunale Verschuldung in Brandenburg deutlich höher. Besonders eng ist es bei den drei kreisfreien Städten Cottbus, Brandenburg und Frankfurt (Oder) sowie den Städten Eisenhüttenstadt und Forst. Hier konstatieren die Gutachter, dass diese mit Kassenkrediten von über 1 500 Euro pro Einwohner den Haushaltsausgleich aus eigener Kraft nicht mehr schaffen können. Ihnen droht die Vergeblichkeitsfalle. Zudem sehen sie die Gefahr, dass sich die Kassenkreditproblematik auf viele weitere Kommunen in Brandenburg ausdehnen kann. Die Tatsache, dass die am stärksten verschuldeten Städte noch nicht die Spitzenwerte der Problemkommunen in NRW oder Rheinland-Pfalz erreichen, muss als Chance gesehen werden, dass die Kassenkredite mit vertretbarem Aufwand des Landes erfolgreich abgebaut werden können.

Um Eskalationen zu verhindern, die einzelnen Kommunen keinen Weg mehr aus der Schuldenspirale lassen, muss das Land zusammen mit der gesamten kommunalen Familie schnell handeln und sich auch selbst finanziell stärker engagieren, denn wir brauchen starke und finanziell leistungs- und handlungsfähige Kommunen in allen Teilen unseres Landes.

Lassen Sie uns deshalb jetzt handeln. Stimmen Sie unserem Antrag zu, in dem wir als Landtag die Landesregierung auffordern, in Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden Vorschläge für eine Lösung der kommunalen Haushaltsprobleme sowie Vorschläge für eine nachhaltigere Strukturierung des Kommunalfinanzsystems zu entwickeln und dem nächsten Landtag vorzulegen.

Die notwendigen Vorschläge liegen auf dem Tisch: Anschubfinanzierung für eine Verwaltungsstrukturreform, Entschuldungsfonds für hochverschuldete Kommunen, Etablierung eines Frühwarnsystems, Effektivierung der Haushaltsaufsicht und die Unterstützung von Bürgerhaushalten.

Die größte finanzielle Belastung für das Land stellt sicherlich der vorgeschlagene Entschuldungsfonds dar. Hierfür veranschlagt Prof. Holtkamp 120 Millionen Euro pro Jahr aus dem Landeshaushalt über vier Jahre, also insgesamt 480 Millionen Euro.

Wir halten es für zulässig, einen Entschuldungsfonds aus den Steuermehreinnahmen und Rücklagen des Landes zu bedienen, wenn auch die betroffenen Kommunen einen hinreichenden Konsolidierungsbeitrag leisten. Dieser wird von Prof. Holtkamp auf ca. 70 Euro pro Einwohner pro Jahr geschätzt. Damit tritt keine Überforderung ein und das hat sich in anderen Ländern als praktikabel erwiesen. Zwar handelt es sich um kommunale Schulden, aber die hier eingesetzten Mittel würden unmittelbar zur Schuldentilgung verwandt.

Eine Maßnahme, die nichts kostet, aber sicherlich große Wirkung entfalten würde, ist ein öffentliches Frühwarnsystem zur Bewertung der kommunalen Haushaltslage. Das ermöglicht einen transparenten Vergleich von Haushaltsdaten und damit auch eine Bewertung der kommunalen Haushaltslage für Kommunalpolitikerinnen und -politiker wie auch für die Landesebene. Darauf aufbauend muss auch die Haushaltsaufsicht bessere Eingriffsmöglichkeiten bekommen, wenn sich abzeichnet, dass ein kommunaler Haushalt ins Defizitäre abrutscht. Und wir halten es für sehr wichtig und für die Akzeptanz der zu treffenden Maßnahmen für unerlässlich, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Die Übertragung des Modells des Bürgerhaushalts auf Fragen der Haushaltskonsolidierung halte ich hierbei für einen besonders innovativen Ansatz, den die Landesebene unbedingt unterstützen sollte.

Meine Damen und Herren! Wir Bündnisgrüne flüchten uns auch in Wahlkampfzeiten nicht in Schönwetterthemen. Wir reden nicht nur, sondern legen konkrete Vorschläge und Konzepte auf den Tisch. Im Interesse unseres Landes und seiner Kommunen bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Nonnemacher. - Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Schippel wird sprechen.

Schippel (SPD):*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Ursula Nonnemacher, ich schätze dich als eine der fleißigsten und sachlichsten Abgeordneten in diesem Haus, und das nicht nur wegen der Vielzahl deiner Anträge, sondern auch wegen des Wissens, das dahintersteckt.

(Beifall B90/GRÜNE)

Und angesichts dieses Wissen auch bezüglich der Folgen - ich unterstelle, dass du das hast - konntest du nicht ernsthaft annehmen, dass dieser Antrag von uns angenommen wird, weil: Wir haben zusammen in dieser Enquetekommission gesessen. Du hast zu Recht darauf hingewiesen, dass manches dort noch nicht abgeschlossen ist. Ich denke nur an die Prüfung der Kreisfreiheit der von dir mit genannten am meisten verschuldeten Kommunen. Das hat doch alles Auswirkungen. Wenn ich jetzt mit einem Programm dort anfangen, dann wecke ich eventuell Erwartungen, die sich nachher nicht erfüllen lassen, oder ich gebe Träumen Raum, die dann nicht ausgeträumt werden können. Insofern bitte ich dort um Verständnis.

Wir haben mit dieser Enquetekommission im Übrigen ein bemerkenswertes Ergebnis erzielt: Dass vier von den fünf im Landtag vertretenen Fraktionen das Gesamtwerk im Grundsatz mittragen, halte ich für ein beachtenswertes Ergebnis. Ich glaube, wir haben die Weichen richtig gestellt, um in der kommenden Legislaturperiode dem neuen Landtag möglichst schnell eine Vorgabe zu machen, wie er mit den Problemen an der Stelle umgehen sollte.

Und ja, Kollege Büttner - er ist jetzt nicht im Saal -, ich gebe Ihnen Recht: Manchmal muss man auch Koalitionen zum Jagen tragen. Der Einsetzungsbeschluss für diese Enquetekommission kam von der Opposition; ich finde ihn nach wie vor richtig. Was mich aber sehr enttäuscht hat, war der Rückzug einer der großen Fraktionen dieses Hauses aus dem erarbeiteten Ergebnis dieser Enquetekommission.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Name!)

- Ich rede da von der CDU. Ich erinnere mich an die Zeit des Wahlkampfes 1999 und der Gemeindegebietsreform 2003 und sehe heute noch die Kollegen von der CDU mit den Schildern „Rettet die kleinen Gemeinden!“ Und dann bin ich anschließend mit dem von mir sehr geschätzten Innenminister Schönbohm und dem Kollegen Petke durchs Land gefahren und musste mir oft anhören - zum Leidwesen von Herrn Schönbohm -, wie ihm Wahlbetrug vorgeworfen wurde.

Ich hoffe, es ergeht Ihnen nicht wieder so. Man kann in der Politik Fehler machen. Aber aus Fehlern sollte man lernen. Wer aus Fehlern nicht lernt, ist entweder nicht auf der Höhe der Zeit oder betrügt bewusst. Wenn ich höre, wie Kollege Wichmann vorgestern wieder angedeutet hat, wir würden eine Zwangsgemeindegebietsreform umsetzen wollen, wovon im Bericht der Enquetekommission überhaupt keine Rede ist, dann muss man sich die Frage gefallen lassen, ob hier nicht wieder bewusst getäuscht wird.

(Beifall DIE LINKE)

Insofern meine herzliche Bitte an die Kollegen der CDU: Begehen Sie den Fehler nicht zweimal, den Leuten zu sagen: Wir haben eigentlich keinen großen Änderungsbedarf, alles soll so bleiben, wie es ist.

Meine Damen und Herren! Es gab in den letzten Tagen schon viele Abschiedsreden. Es ist auch meine letzte Rede nach 20 Jahren. Ich möchte mich bedanken, zunächst einmal bei allen, die hinter den Kulissen und von der Öffentlichkeit unmerkelt diesen Parlamentsbetrieb gewährleisten,

(Allgemeiner Beifall)

sprich bei der Landtagsverwaltung und den Fraktionsmitarbeitern, ohne die wir als Abgeordnete oft aufgeschmissen wären.

Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die sachliche, nicht immer reibungsfreie Zusammenarbeit bedanken. Wenn mal die Pferde mit mir durchgegangen sind, dann möge man mir das bitte verzeihen. Schon in einem meiner Schulzeugnisse stand, dass ich zu impulsiv sei. Ich wünsche Ihnen allen sowie Ihren Familien persönliches Wohlergehen und Gesundheit. Sehen Sie es mir nach, wenn ich Ihnen nicht

den politischen Erfolg wünsche; den wünsche ich meiner SPD-Fraktion, der ich 20 Jahre angehört habe. Ich glaube, wir haben nicht alles, aber doch das meiste im Sinne Brandenburgs richtig gemacht. In diesem Sinne Ihnen alles Gute!

(Beifall SPD, DIE LINKE, CDU und B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schippel. - Wir kommen zum Beitrag der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Burkardt, bitte.

Burkardt (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Schippel, das war wenigstens ein etwas differenzierter Rückblick. Wenn wir alle dies beherzigen würden, würden wir wahrscheinlich öfter zu gemeinsamen Lösungen kommen. Was die kommunale Gebietsreform anbelangt - warten wir es ab. Wahrscheinlich wird es ohne gesetzgeberische Maßnahmen nicht abgehen, aber auch nicht, ohne dass wir das Schuldenproblem anpacken und einer Lösung zuführen.

Es ist natürlich kühn, am letzten Tag der parlamentarischen Arbeit in dieser Wahlperiode eine Resolution vorzulegen, deren erweiterter Titel lautet: „dauerhafte Entschuldung von Kommunen jetzt beginnen“. Ich sehe vor meinem geistigen Auge, wie in zwei Stunden, nach Ende dieser Plenardebatte, die Geldboten durchs Land fahren und den Gemeinden die Gelder, mit denen sie ihre Schulden abtragen können, zur Verfügung stellen.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Ja, ich auch!)

Es steckt ein wenig intellektuelle Hochstapelei dahinter, wenn man mit einer tatendurstigen Resolution am Ende der Wahlperiode beginnt.

Wenn man sich die Anträge im Verlauf des heutigen Nachmittags anschaut, könnte man meinen, der Landtag wäre am Ende noch einmal richtig fleißig geworden. Das haben wir doch eigentlich gar nicht nötig. Ich denke, wir haben in dieser Legislaturperiode eine ganze Menge geschafft, und vieles von dem, was wir heute Nachmittag ansprechen, kann überhaupt nicht mehr umgesetzt werden; dazu braucht es die neue Periode. Das ändert aber nichts daran, dass es richtig ist, das Thema aufgegriffen zu haben. Auch das von Ihnen eigenholte Gutachten ist wichtig. Auch wenn viele Erkenntnisse daraus nicht neu sind, so sind sie zumindest mit Zahlen unterlegt worden.

Es gibt allerdings an einer Stelle eine Erkenntnis, mit der wir uns ernsthaft auseinandersetzen müssen. Das gilt für die Brandenburger und die Sachsen gleichermaßen. In beiden Bundesländern ist im Vergleich zu westdeutschen Ländern die Bereitschaft, über Einsparungen oder Steuererhöhungen nachzudenken, um die Finanzierung zu gewährleisten, am geringsten. Wenn das in beiden Ländern der Fall ist, führt uns das zu einer naheliegenden Überlegung; die will ich nicht vertiefen, aber mit dieser Überlegung müssen wir uns auseinandersetzen, weil wir sonst die Frage Entschuldungsfonds: ja/nein? nicht aufgreifen können. Zu jeder Entschuldungsmaßnahme - das lässt sich bundesweit beobachten; mittlerweile sind 8 Länder dabei - werden die betroffenen Gemeinden unmittelbar einen Beitrag

leisten müssen. Ohne wird es nicht gehen, und ohne einen solchen Beitrag wird die Bereitschaft derjenigen, die einen Ausgleich leisten sollen, kaum vorhanden sein.

Meine Damen und Herren! Ohne die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden wird aus Brandenburg nichts. Städte und Gemeinden sind das Herz des Landes. Dort leben die Brandenburgerinnen und Brandenburger. Was das Engagement anbelangt: Hätten Sie sich regelmäßig aus dem Finanzausschuss berichten lassen, wüssten Sie vom Kollegen Vogel, dass wir beim Thema Kommunalfinzen nie abgetaucht sind. Wir haben immer versucht, die Landesregierung und die Mehrheit im Landtag dazu zu bewegen, das Gutachten von Junkernheinrich, das schon vor drei Jahren ein Defizit von 80 Millionen Euro per anno im Land-Kommunen-Vergleich festgestellt hat, politisch umzusetzen. Natürlich können wir darüber diskutieren, was die Landesregierung alles nicht gemacht und was die Koalition mit ihrer Mehrheit alles verhindert hat. Aber das ändert ja nichts an dem Umstand, dass dieses Thema angepackt und in der neuen Sitzungsperiode einer Lösung zugeführt werden muss. Denn sonst wird es in der Tat mit neuen Strukturen in diesem Land nichts.

Wer auf der kommunalen Ebene unterwegs ist, weiß, welche Widerstände es mitunter in Bezug auf Nachbargemeinden gibt, unter der Überschrift: Wir wollen uns nicht schlechterstellen, als wir bisher stehen - teils durch eigenes Engagement, teils durch die Gunst der Lage. Von daher ist es verdienstvoll, das Thema angepackt zu haben und uns mit dieser Ausarbeitung fundierte Einschätzungen und Lösungsvorschläge auf den Tisch gelegt zu haben. Allerdings sind sie so komplex, dass wir sie heute nicht in einer abschließenden parlamentarischen Debatte erörtern können. Wir stehen bereit, in der neuen Periode. Da müssen wir nirgends auftauchen, da sind wir immer oberhalb der Wasserlinie geschwommen. - Schönen Dank.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Burkardt. - Wir setzen mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Vogdt hat das Wort.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Eigentlich wäre jetzt Herr Ludwig dran! - Zuruf aus der SPD: Ist jetzt nicht Herr Ludwig dran?)

Frau Vogdt (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Fünf Jahre rot-rote Politik in diesem Land bedeuten auch fünf verlorene Jahre für unsere Kommunen. Die Steuereinnahmen eilen in den letzten Jahren von Rekord zu Rekord; das Land verzeichnet stetig Steuerzuwächse. Obwohl sich dies auch bei den brandenburgischen Kommunen bemerkbar macht, sitzen einige Kommunen ganz tief in der Schuldenfalle. Nehmen wir nur einmal die Stadt Cottbus mit einem Schuldenberg von 257 Millionen Euro. Zu nennen sind auch Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder), Eisenhüttenstadt und Forst. Das sind Städte, die die höchsten Kassenkredite im Land aufweisen und zunehmend in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt sind. Diese Städte sind gezwungen, den Gürtel deutlich enger zu schnallen und Leistungen einzusparen, um handlungsfähig zu bleiben.

Was ist da in den letzten Jahren passiert? Wie konnten die Kommunen in solch eine Situation geraten? Und viel wichtiger: Wie kommen sie da wieder heraus? Einerseits hat sich das Land in der Vergangenheit auf Kosten seiner Kommunen saniert. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf die Diskussion verweisen, die wir im Rahmen der Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs führten.

Die Nichtstreichung des kompletten Vorwegabzugs, die fehlende Erhöhung der Verbundquote sowie die mangelnde Finanzausstattung des Finanzausgleichsgesetzes insgesamt. Hier hat die Landesregierung in der Vergangenheit nur Flickschusterei betrieben und Geld im bestehenden System umverteilt, statt neues hineinzugeben.

(Beifall FDP)

Außerdem - und das ist kein Geheimnis - finanziert das Land seit geraumer Zeit die den Kommunen übertragenen Aufgaben nicht aus. Andererseits hat sich in einigen Kommunen die Erkenntnis durchgesetzt, dass Sparen uncool ist. Warum auch sparen? Geld gibt es derzeit so günstig wie nie, und zurückzahlen werden es ja die künftigen Generationen.

Darüber hinaus fehlt den Kommunen schlichtweg der Anreiz, ihre Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen und auch vermehrt Kooperationen mit anderen Kommunen einzugehen. Braucht wirklich jede Kommune ihr Schwimmbad oder ihre Mehrzweckhalle? Ich meine, nein. Hinzukommt, dass die Kommunalaufsicht diesem ganzen Treiben einfach zuschaut und beim stetigen Schuldenaufbau ein „Weiter so!“ akzeptiert. Hier haben Sie auf ganzer Linie versagt.

Was muss also passieren? Alle kommunalen Ausgaben gehören auf den Prüfstand. Die interkommunale Kooperation muss gestärkt werden. Anreize für besseres Wirtschaften müssen geschaffen werden. In diesem Kontext sollten wir übrigens auch über eine Insolvenzfähigkeit von Kommunen nachdenken.

(Ludwig [DIE LINKE]: Na klar!)

Darüber hinaus sollten die Schulden der Kommunen in die Berechnungen der Landesschulden einbezogen werden, wenn es um die Einhaltung der Schuldenbremse geht. Dann kann das Land seine Aufgaben nicht einfach ohne Finanzierung an die Kommunen übertragen. Das Land muss sich endlich seiner Verantwortung für die Kommunen bewusst werden. Die Vorschläge in diesem Antrag - Entschuldungsfonds, Etablierung eines Frühwarnsystems usw. - sind alle berechtigt. Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen wir deshalb zu. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Vogdt. - Aufgrund der subversiven Tätigkeit der Grünenfraktion habe ich jetzt die Redeliste verwechselt. Der richtigen Redeliste zufolge wäre erst der Abgeordnete Ludwig von der Fraktion DIE LINKE mit seinem Redebeitrag an der Reihe gewesen. Er hat jetzt das Wort. - Das mit der subversiven Tätigkeit war ein Scherz.

Ludwig (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin für den Fehler sogar dankbar. Ich muss mich bei den Grünen entschuldigen und einiges von dem, was hier rübergekommen ist, geraderücken. Ich werde das einmal unter den FDP-Kommunalfractionen verteilen und dann sehen, wie die reagieren.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Moment! So viele haben die nicht!)

Sehr geehrte Frau Vogdt, die Kommunalaufsicht im Land Brandenburg ist sowohl bei den hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern als auch bei den Landräten nun wirklich nicht dafür bekannt, dass sie irgendwie nachgiebig wäre, oder? Es ist auch dem Handeln der Kommunalaufsicht zu verdanken, dass alle brandenburgischen Kommunen zusammen einen Schuldenberg von - auch wenn es komisch klingt - „nur“ 2 Milliarden Euro angehäuft haben. Schauen Sie einmal nach Nordrhein-Westfalen: Dort bringt es eine Stadt allein auf 2 Milliarden Euro Schulden, und davon gibt es dort übrigens mehrere. Also zur Thematik, dass die Kommunalaufsicht hier nicht einschreitet: Sie können sich ja einmal mit Stadtverordneten aus Frankfurt (Oder) oder mit dem Kreistag Spree-Neiße darüber unterhalten, was man alles an Gründen nachweisen muss, um vom Land Hilfe zu bekommen. Ihre Position kann ich nicht nachvollziehen; möglicherweise sollten Sie doch noch einmal mit Ihren immer noch vorhandenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern reden - nein, bei Ihnen sind es ja ausschließlich Bürgermeister. Ich jedenfalls konnte das nicht nachvollziehen.

Was die Ausfinanzierung von Aufgaben anbetrifft, das fand ich so richtig spannend. Darauf komme ich noch einmal zurück - das war bei der CDU und vor allem gestern in der Aktuellen Stunde so ein Ding -: Sie haben das Problem der Kinderarmut in Brandenburg dieser Landesregierung anzuheften versucht. Das ist ja nun völlig auf den Kopf gestellt, denn das ist das Ergebnis Ihrer Kanzlerschaft in den letzten Jahren!

(Unmut bei der CDU)

Den Beschluss verfassungswidriger Hartz-IV-Sätze, eines verfassungswidrigen Bildungs- und Teilhabepakets, das Treffen verfassungswidriger Regelungen für viele andere Fragen, die die Kleinsten dieser Gesellschaft betreffen, dieser Landesregierung anzuheften ist derartig hilflos. So werden Sie den Wahlkampf in Brandenburg nicht bestehen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Im Antrag der Grünen finden sich immerhin einige wichtige Sätze, die selbstverständlich auf breite Zustimmung in diesem Haus stoßen werden. Dass handlungsfähige Kommunen für ein lebendiges Brandenburg unverzichtbar sind - ich glaube, da wird Ihnen hier niemand widersprechen. In Ihrem Antrag finden wir aber keine Analyse der Ursachen des heutigen Zustands. Deshalb muss ich fragen: Wie sieht es mit der mangelhaften Bundesfinanzierung für pflichtig zu erbringende Sozialleistungen in den Kommunen aus? Deshalb muss ich fragen: Wäre eine Entschuldung in dieser Situation das wirklich richtige Mittel? Wären wir da nicht gerade in den Großstädten in Brandenburg in wenigen Jahren wieder bei verschuldeten Kommunen, wenn man daran nicht etwas ändert?

Deshalb wird es einen Gesamtkomplex an Maßnahmen geben müssen, um brandenburgische Kommunen lebensfähig zu halten und die, die es nicht mehr sind, wieder lebensfähig zu machen. Wir hatten übrigens eine breite Übereinstimmung in der Enquetekommission - ansatzweise übrigens auch mit den Vertretern der CDU-Fraktion - hergestellt, dass man eine Gesamtschau erstellen muss, insbesondere bevor man eine Funktionalreform durchführt - nicht nur, weil wir wissen, dass in Brandenburg die strikte Konnexität gilt. Frau Vogdt, deswegen müssen die Kommunen nicht befürchten - das betone ich -, dass sie bei der Aufgabenübertragung vom Land heute noch nicht ausfinanziert würden. Die letzten Urteile dazu sind bekannt, das Verfassungsgericht in Brandenburg nimmt das sehr ernst, und jede Landesregierung weiß, dass sie danach verfahren muss. Sie brauchen aber auch deswegen keine Angst zu haben, weil dieser Landtag in einem sehr umfassenden Gesetzgebungsvorhaben daran zu beteiligen ist, und dass es dabei bleibt, haben wir gerade mit dem Verwaltungsmodernisierungsgesetz und dem Beibehalten des Parlamentsvorbehalts in diesen Tagen entschieden.

Also: Diese Fragen müssen im Gesamtkomplex gesehen werden, und da haben wir in der Enquetekommission erste wichtige Teilbereiche bearbeitet, aber eben einen Teil - wie von Frau Nonnemacher auch gesagt - nicht, und das waren genau die Finanzierungsfragen und die Bewertung der Finanzbeziehungen einschließlich der Auswirkungen der angestrebten Umstrukturierung insgesamt, insbesondere bei der anstehenden Funktionalreform und der Verwaltungsstrukturenreform.

In dem Antrag stehen auch öfter einmal die Worte „Anschub“, „Entschuldung“, „Förderprogramme“. Das hört sich interessant an, aber die Zahlen fehlen. Das heißt, über das Geld sprechen Sie zumindest im Antrag - heute kam dazu etwas - erst einmal nicht. Das sind dann offensichtlich die weniger angenehmen Themen, zu denen Sie noch nichts aufschreiben wollen und die Sie lieber einem Finanzminister überlassen. Meines Erachtens wäre ein solcher Parlamentsbeschluss ein ungedeckter Scheck. Wir werden so große Summen für die Zielstellung benötigen, dass wir sie über mehrere Landeshaushalte verteilen müssen; Ihr Gutachter selbst spricht von einer halben Milliarde Euro, die dafür notwendig sein soll. Die Fragen müssen also in die Gesamtfinanzenforderungen an das Land eingebettet werden, und das wird mit einem Parlamentsbeschluss - nach dem Motto: Jetzt haben wir die halbe Milliarde dafür - nicht einfach funktionieren. Deshalb gehört das in ein Gesamtkonzept.

Das Gesamtkonzept werden wir - davon bin ich fest überzeugt, da immerhin vier Fraktionen unsere Empfehlung aus der Enquetekommission, die umgesetzt werden soll, mittragen - diskutieren. Es gehört mit dazu, und die Teilentschuldung ist im Enquetebericht sogar ausdrücklich enthalten. Allen Reformbeteiligten muss der Zugang dazu offenstehen. Dabei bleibe ich, dabei bleibt die Linke, und wir werden es in der nächsten Legislatur genau so verhandeln. Heute können wir aus den genannten Gründen nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ludwig. - Wir setzen mit dem

Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Holzschuher, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Holzschuher:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Frau Abgeordnete Nonnemacher, in der Tat, das ist ein durchaus wichtiger Antrag mit wichtigen und richtigen Fragen, die man diskutieren muss und die wir auch schon sehr intensiv diskutiert haben. Das ist in der Enquetekommission gesagt worden, die einen Vorschlag gemacht hat, der hier sehr intensiv diskutiert wurde und der Grundlage für die weitere Arbeit auch der Landesregierung ist. Das ist an sich unstreitig.

Vielleicht ist es streitig, aber nun einmal Auffassung der Landesregierung, dass wir die Umsetzung dieser Vorschläge erst in der nächsten Legislaturperiode konkret angehen. Dafür spricht sehr viel, weil wir - gerade durch den Bericht der Enquetekommission - einen Diskussionsprozess ausgelöst haben, der überall im Land läuft. Es ist nicht so, dass wir uns wegducken - ich ducke mich nicht weg. Wenn ich im Land unterwegs bin und mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern rede, ist das ein zentrales Thema. Immer wieder - fast täglich, jedenfalls mehrmals wöchentlich - beschäftigt mich folgende Frage: Wie werden die zukünftigen Strukturen im Land sein? Da gibt es sehr viele Anregungen und sehr viele konkrete Vorstellungen im Land, und es gibt auch die Erkenntnis: Ja, wir haben Handlungsbedarf, wir haben Reformbedarf in der nächsten Legislaturperiode, aber eben erst nach einem Diskussionsprozess.

Deswegen wäre es aus meiner Sicht falsch, über diese durchaus diskutablen Themen bereits heute zu beschließen, denn man wird wohl eine Anschubfinanzierung brauchen - jedenfalls muss man konkret darüber nachdenken -, wenn man eine solche Reform beschließt, aber einen Beschluss über eine Anschubfinanzierung zu machen, bevor man die Reform selbst angeht, halte ich doch für verfrüht.

Natürlich besteht Einigkeit darüber, dass wir den hochverschuldeten Kommunen in unserem Land - es sind in der Tat nicht alle quergeht, sondern einige besonders herausragende Kommunen, insbesondere drei der vier kreisfreien Städte - helfen müssen, weil sie von diesen Schulden nicht aus eigener Kraft herunterkommen. Das ist, wenn ich das richtig sehe, inzwischen tatsächlich Konsens aller hier im Landtag vertretenen Parteien. Das Regierungsprogramm meiner Partei sieht dies für die nächste Legislaturperiode ebenfalls vor. Aber auch das ist in der Tat etwas - das ist schon angesprochen worden -, das man nicht ad hoc beschließt.

(Senfleben [CDU]: Das haben Sie in den ganzen fünf Jahren nicht gemacht! Aber sehr vernünftig!)

Man muss ausführlich diskutieren und genau überlegen, woher wir die dafür erforderlichen Haushaltsmittel - wir reden über dreistellige Millionenbeträge, sonst brauchen wir damit nicht anzufangen - nehmen und wie wir sie einstellen müssen. Letzten Endes ist es das Geld der Kommunen. Da muss man sehr vorsichtig sein. Auch das ist in der Tat vom Grundsatz her unstreitig.

Interessant finde ich den Ansatz des Frühwarnsystems, das Sie ansprechen. In der Tat muss man über Folgendes reden: Wie können wir es zukünftig verhindern - nein, wir müssen es ver-

hindern -, wenn wir entschulden, dass es jemals wieder zu solchen Schuldenfallen in den Kommunen kommt? Dafür brauchen wir sicherlich solch ein System, aber auch da muss man sagen, müssen wir uns zunächst einmal die erforderliche Datengrundlage verschaffen, und die fehlt leider noch teilweise im Land. Das ist, denke ich jedenfalls, nicht Verschulden der Landesregierung, sondern die Kommunen sind teilweise noch nicht so weit. Einzelne, auch wichtige große Städte im Land, haben noch nicht einmal eine Eröffnungsbilanz. Wie sollen wir da eine solide Grundlage haben, um ein Frühwarnsystem anhand von Zahlen der doppelten Haushaltsführung zu entwickeln? Das ist jedenfalls im Augenblick noch nicht möglich; ich räume aber ein, dass wir sehr schnell daran arbeiten müssen.

Schließlich zum Vorschlag Bürgerhaushalt: Auch das eine sehr gute Sache, und ich finde es spannend, wenn Bürger nicht nur sagen, wofür Geld ausgegeben werden soll, sondern auch, wo gespart werden soll. Ja, natürlich sind die Bürger auch da in der Pflicht. Es ist nicht nur Sache der Politiker, zumal die ehrenamtlichen Kommunalvertreter aus der Masse der Bürgerschaft kommen und unmittelbar beurteilen können, wo man auch einmal etwas streichen kann. Das im Wege eines Bürgerhaushalts zu klären finde ich gut, aber auch das, denke ich, sollten wir im Zusammenhang mit zukünftigen Strukturen, insbesondere im Rahmen der Evaluation der Kommunalverfassung diskutieren, wenn Sie ein Förderprogramm für diese Bürgerhaushalte fördern.

Es ist ein, wie Sie merken, durchaus guter Antrag, aber am Ende einer Legislaturperiode kommt er doch zum falschen Zeitpunkt. Das ist so, tut mir leid.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Das Wort erhält noch einmal die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Nonnemacher spricht.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gern würde ich mich bei Herrn Schippel für die netten Komplimente bedanken, ihm ein Komplimentssträußchen zurückgeben und ihm alles Gute wünschen, aber er ist gerade nicht im Saal. Vielleicht richten Sie es ihm aus.

Herr Burkardt, wir stellen hier nicht zum Ende der Wahlperiode irgendwelche Endzeitanträge, um noch einmal richtig auf den Putz zu hauen, sondern wir stellen diese Anträge, weil wir in der Enquetekommission die Landesregierung aufgefordert haben, bestimmte Finanzbetrachtungen kontinuierlich weiterzuverfolgen, und da bisher nichts gekommen ist. Außerdem haben wir eigeninitiativ ein Gutachten in Auftrag gegeben, das gerade erst fertig geworden ist - wir haben es letzte Woche der Presse vorgestellt. Darum wollen wir die neuen Erkenntnisse aus diesem Gutachten auch in diesen Landtag hineinbringen.

Im Übrigen fordern wir in der letzten Sitzung des Landtages keine Milliarde Euro für irgendetwas, sondern wir haben schlicht und ergreifend den Antrag gestellt, die Landesregierung möge sich mit den kommunalen Spitzenverbänden in Verbindung setzen, exakt an diesen skizzierten Problemen

kontinuierlich weiterarbeiten und da weitere Vorarbeiten leisten. Wie gesagt, Entschuldung ist erst einmal nicht von irgendwelchen Verwaltungs- und Gebietsmodernisierungen abhängig, sondern ein Entschuldungsfonds ist in jedem Fall einzurichten, und deshalb könnte da irgendwie mehr Tätigkeit erfolgen.

(Beifall B90/GRÜNE und FDP)

Ich habe aber mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Herr Innenminister vielen Vorschlägen relativ aufgeschlossen gegenübersteht, und freue mich darüber.

Ein einziges Wort noch zu Herrn Ludwig: Herr Ludwig, die Kommune Essen hat 2,3 Milliarden Euro Schulden. Dahin wollen wir nicht. Das ist eine einzige Kommune in Nordrhein-Westfalen mit so hohen Schulden. Weil Sie nach einer Analyse gefragt haben: Das Gutachten führt als einen der Gründe, warum wir nicht so richtig aus dem Quark kommen, den mangelnden Konsolidierungswillen von Kommunalpolitikern der Linken auf. - Danke schön.

(Beifall B90/GRÜNE - Ludwig [DIE LINKE]: Das teilen wir nicht!)

Präsident Fritsch:

Damit ist die Redeliste abgearbeitet, und wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/9234. - Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Vorbildfunktion der Landesbehörden bei Energieeinsparung und Klimaschutz transparent und bürgernah gestalten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/9235

Für die antragstellende Fraktion spricht der Abgeordnete Jungclauss.

Jungclauss (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Die Energiewende ist ohne Energieeinsparung nicht umzusetzen, und deshalb benötigt auch der Umgang der Landesregierung mit dem Thema Energieeinsparung verbindliche Ziele sowie eine umfassende Transparenz.

Dabei sind im Bereich Gebäudeenergie, speziell bei der Wärme, die größten Einsparungen möglich. Immerhin ca. zwei Drittel unseres Energieverbrauchs entstehen bei der Wärmeerzeugung, und Bestandsgebäude bieten dabei das größte Potenzial. Wir kommen also nicht umhin, in den nächsten Jahrzehnten kräftig in die Effizienz alter Gebäude zu investieren, weil wir eben nicht ein paar hundert Jahre Zeit haben, bis alle Bestandsgebäude vollständig durch energiesparende Neubauten ersetzt sind. Den besten Kosten-Nutzen-Effekt in Bezug

auf CO₂-Vermeidung hätte dabei noch vor der Wärmedämmung der Austausch von veralteter Heiztechnik. Die Förderung von Investitionen in die Sanierung von Gebäuden wird bisher aber viel zu zaghaft angegangen, obwohl - davon gehe ich jedenfalls aus - alle hier im Haus vertretenen Parteien dies begrüßen.

Um Klimawandel und Abhängigkeit von ausländischen Energielieferanten in Grenzen zu halten, müssten jedes Jahr eigentlich 2 bis 3 % der Bestandsgebäude saniert werden, doch zurzeit liegen wir bei nur ca. 0,7 % - mit statistisch nur schwer erfassbarem Erfolg. Ein gewichtiger Grund für die zögerliche Investitionsbereitschaft der privaten Immobilienbesitzer ist die Unsicherheit, ob sich energetische Sanierung denn tatsächlich lohnt. Wenn die Landesregierung hier ihre Führungsaufgabe im Bereich der Energieeinsparung wahrnehmen will, sollte sie das nicht im stillen Kämmerlein tun. Sie muss nach dem Motto verfahren: Tue Gutes und rede darüber.

Nur in Gebäuden, in denen der Energieverbrauch gemessen wird, kann er auch gesteuert werden. Bauunternehmen, die ihren Kunden nicht prognostizieren können, wie hoch die Einsparungen sein werden, können ihr Produkt nur schwerlich an die Frau oder den Mann bringen. Aber fragen Sie einmal nach, wie viele Hausbesitzer, die eine energetische Sanierung ihres Gebäudes durchgeführt haben, im Anschluss daran die Daten über ihren Energieverbrauch veröffentlichen: vermutlich niemand. Das ist der Nährboden für Skepsis, Unsicherheit und Gerüchte. Wenn wir die Energiewende im Gebäudebereich voranbringen wollen, brauchen wir aber klare Fakten und entschlossenes Handeln, und dazu kann die Landesregierung viel beitragen, indem sie Daten aus dem Gebäudemanagement des Brandenburgischen Landesbetriebs für Liegenschaften und Bauen, dem BLB, zeitnah, regelmäßig und detailliert veröffentlichen lässt.

Ein weiterer Aspekt unseres Antrags ist das Benennen eines klaren Ziels, nämlich der klimaneutralen Verwaltung, zu dem sich die Landesregierung bekennen sollte, auch unter Benennung von Zwischenzielen. Ohne diese klaren Etappenziele besteht die Gefahr, dass wichtige Sanierungsmaßnahmen nach hinten verschoben werden, denn Finanzmittel sind bekanntlich immer knapp. Dies zeigt bereits der Bericht des Finanzministers an den Haushaltsausschuss über die Fortschritte des BLB Gebäudemanagements beim Klimaschutz. Die Berücksichtigung der Klimaschutzziele - so der Minister -

„[...] löst der BLB, indem er einen Rahmenvertrag für den Bezug von 100 % Ökostrom für die Landesverwaltung abgeschlossen hat.“

Der BLB hat sich zwar zum Ziel gesetzt, bis 2030 ambitionierte 72 % der klimawärmenden CO₂-Emissionen einzusparen, doch ohne Zwischenziele bleibt das nicht mehr als ein Versprechen, auf dessen Erfüllung man dann erst gegenüber der übernächsten Landesregierung pochen kann.

Eine immissionsfreie Landesverwaltung ist machbar. Da in Gebäuden die meiste Energie im Wärmebereich verbraucht wird, müssen unbedingt auch Investitionen zur schrittweisen Reduzierung der Immissionen aus der Wärmeversorgung getätigt werden. Wer sie ernsthaft zurückfahren will, muss in die Effizienz der Gebäude investieren. Die EU verlangt deshalb, dass Neubauten ab 2020 im Betrieb immissionsfrei sind. Wir

halten es daher für durchaus angemessen, wenn sich der Vorbildbetrieb BLB zum Ziel setzt, den Bestand der Brandenburger Landesimmobilien 20 Jahre später, also 2040, auf dieses Emissionsniveau zu bringen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Zusammenfassend betone ich: Transparenz beim Gebäudeenergiemanagement ist keine teure Schikane. Sie ist vielmehr ein angemessenes, dringend notwendiges Werkzeug, um in Brandenburg die Energiewende im Gebäudebereich zu fördern. Darüber hinaus wird sie Hausbesitzer motivieren und der Wirtschaft Impulse geben.

Lassen Sie uns also mit diesem Antrag ein Signal in das Land senden: für einen Aufbruch zu mehr Gebäudeenergieeffizienz in Brandenburg im offenen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Alter setzt für die SPD-Fraktion fort.

Frau Alter (SPD):

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem in den vergangenen drei Tagen in diesem Hohen Haus so viel Energie versprüht wurde, kommen wir nun zur Energieeinsparung.

(Heiterkeit - Zuruf von der CDU: Ja!)

Der Antrag gilt einem Thema, das so wichtig ist, dass es bereits seit vielen Jahren auf der energiepolitischen Agenda steht. Unter anderem wurde es in die Energiestrategie 2030 aufgenommen. Im Handlungsfeld „Effiziente Energienutzung“ wurde das Projekt „Vorbildfunktion der öffentlichen Hand - Erstellen eines Aktionsplanes zur energetischen Optimierung der öffentlichen Liegenschaften im Land Brandenburg“ beschlossen.

Energiemanagement in öffentlichen Liegenschaften ist wichtig, weil die Liegenschaften im Eigentum des Landes sind und wir selbst hierauf Einfluss nehmen können, kluge Investitionen den Haushalt nachhaltig entlasten und die Landesregierung eine Vorbildfunktion für Kommunen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger hat.

Vor zu viel Aktionismus sei allerdings gewarnt. Unrealistische Ziele, die nicht erreicht werden können, richten sich gegen die angestrebte Wirkung, Investitionen mit dem Ziel der Energieeinsparung populär zu machen.

Transparenz, wie im Antrag gefordert, ist nur dann sinnvoll, wenn sie einen zusätzlichen öffentlichen Nutzen stiftet, der den Aufwand der Erhebung und Veröffentlichung solcher Daten rechtfertigt.

Der Landesrechnungshof hat sich mit dem Energiemanagement der Landesliegenschaften befasst. Der Landtag hat nach Beratung im Haushaltskontrollausschuss im Februar 2014 einen Beschluss gefasst, nach dem sich die Energiestrategie für die Landesliegenschaften an den Vorgaben der EU-Energieeffi-

zienz-Richtlinie zu orientieren habe. Die CDU weiß sehr genau Bescheid, dass bis Ende 2015 Energiekonzepte für die Behörden des Landes zu erstellen sind. Wenn Sie nächstens mit in der Regierung sind, müssen Sie das alles wissen.

(Lachen und Heiterkeit bei der CDU - Dombrowski [CDU]: Wir sind bereit!)

Die Ressorts der Landesregierung haben dann Energiebeauftragte zu benennen. Mehr Transparenz hinsichtlich der Darstellung der Energiekosten im Haushalt ist notwendig. Das Ministerium der Finanzen wurde gebeten zu prüfen, welche zusätzlichen Anreize zur Energieeinsparung für die Nutzer geschaffen werden können. Wir halten diese Beschlusslage für sehr weitgehend und erfolgversprechend. Bereits im kommenden Jahr werden wir uns über konkrete Ergebnisse informieren und gegebenenfalls notwendige weitere Maßnahmen beschließen können. Vor diesem Hintergrund sehen wir gegenwärtig keine Notwendigkeit für den vorliegenden Antrag.

(Beifall SPD sowie der Abgeordneten Senftleben und Dombrowski [CDU])

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Bretz spricht für die CDU-Fraktion.

Bretz (CDU):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion unterstützt ausdrücklich jedes einzelne Wort, das der Kollege Jungclaus zu diesem Thema gesagt hat. Damit ist dem inhaltlich nichts mehr hinzuzufügen. Es ist vollumfänglich, allumfassend abgehandelt worden. In einem Satz: Wir stimmen dem Antrag vom ersten bis zum letzten Buchstaben zu - und das einstimmig. Insofern bitten wir die Vertreterinnen und Vertreter der Koalition, es uns gleichzutun.

Abschließend möchte ich noch ein herzliches Wort an die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie richten: Es war eine schöne Zeit, hier im neuen Landtag an eurer Seite zu sitzen.

(Oh! sowie Heiterkeit bei der SPD)

Ich hoffe, dass wir ab dem 15. September noch näher zusammenrücken werden. In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall CDU und der Abgeordneten Lehmann [SPD] - Heiterkeit bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Ich bin gespannt, ob der Abgeordnete Jürgens für die Linksfraktion das unterbieten kann.

Jürgens (DIE LINKE):

Unter- oder überbieten, Herr Präsident? - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Rot-Rot, die Koalition aus Linken und SPD, die auch nach der Wahl eng zusammenrücken wird,

(Beifall DIE LINKE)

will perspektivisch eine klimaneutrale Landesverwaltung. Darin sind wir uns mit der Landesregierung einig. Wir sind, was dieses Ziel angeht, auf einem guten Weg.

Im Jahr 2012 wurde mit der Deutschen Energie-Agentur die Erarbeitung eines energetischen Sanierungsfahrplans für die Landesliegenschaften vereinbart. Die Energiestrategie 2030 sieht die Erarbeitung eines Aktionsplans zur energetischen Optimierung der Landesliegenschaften vor; das wird Stück für Stück umgesetzt. Seit dem 1. Januar 2014 beziehen alle Einrichtungen und Behörden des Landes ihren Strom ausschließlich aus erneuerbaren Energien. Wir sind also auf dem richtigen Weg.

(Beifall des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Die Stromausschreibung des BLB wurde sogar von der Europäischen Kommission ausdrücklich als vorbildlich gelobt. Die Landesregierung wird der Vorbildfunktion, die Sie, liebe Kollegen von den Grünen, anmahnen, bereits gerecht.

Brandenburg ist übrigens das erste Bundesland mit einer systematischen Analyse des Energieverbrauchs der landeseigenen Gebäude. Insofern läuft hier schon vieles von dem, was Sie wollen. Ich finde es aus diesem Grund allein vom Aufwand her überzogen, sämtliche Daten zur Gebäudeenergieeffizienz und zum Wasserverbrauch ins Internet einzustellen. Ich weiß nicht, wer sich durch diese Internetseite durchklicken will, und halte das nicht für besonders transparent.

Einen Hinweis finde ich sehr begrüßenswert - ich bitte die Landesregierung, dem etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen -: die klimagerechte Gestaltung des Fuhrparks. Was das angeht, wünsche ich mir die eine oder andere stärkere Anstrengung unserer Landesregierung.

(Beifall B90/GRÜNE)

Ansonsten sind wir hinsichtlich der energetischen Optimierung der Landesliegenschaften auf einem guten Weg. Deswegen bedarf es der Zustimmung zu Ihrem Antrag leider nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Beyer setzt für die FDP-Fraktion fort. - Er lässt sich vertreten. Herr Büttner, bitte.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Dinge kommen bei diesem Thema zusammen: Zum einen hätte ich niemals gedacht, dass ich in dieser Legislaturperiode noch einmal zu diesem Themengebiet reden darf.

(Heiterkeit bei der Fraktion B90/GRÜNE - Frau Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Multitasking!)

Zum anderen hätte ich nie gedacht, dass ich in einem Punkt mal mit dem Kollegen Jürgens übereinstimmen würde.

(Beifall des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Das ist offensichtlich einmalig.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Werte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie haben Erfahrungen mit solcher Art von Anträgen, wie Sie ihn hier vorlegen: 100 % Ökostrom in der Landesverwaltung, Klimaschutz, Energieeinsparung. - Das ist alles schön und in Ordnung. Inhaltlich habe ich grundsätzlich nichts dagegen. Die Frage ist, ob man das alles technisch so umsetzen kann. Das bezieht sich zum Beispiel auf das Ansinnen, in Behörden zu 100 % Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu nutzen. Vielleicht können Sie mir das erläutern. Aber gut, sei's drum. Das, was Sie hier vorlegen, ist letztlich pure Bürokratie. Dieser Antrag ist völlig überflüssig, es bedarf dieses Antrags überhaupt nicht.

Wir haben in unserem Land eine sogenannte Energiestrategie. Ich zitiere Ihnen aus dem Entwurf der Grünen für ein Klimaschutzgesetz; das ist interessant. In § 6 Abs. 2 heißt es unter der Überschrift „Klimaschutzplan“:

„Der Klimaschutzplan konkretisiert die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele [...] Der Klimaschutzplan wird erstmals im Jahr 2015 erstellt und danach alle fünf Jahre fortgeschrieben.“

Da lautet das Fazit: Wir haben zu Papier gebrachte Ziele, die bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen, kennen aber den Weg dorthin nicht.

Sie als Grüne-Fraktion begehen mit dem Antrag genau den gleichen Fehler, wie ihn die Landesregierung mit der Energiestrategie 2030 begangen hat: Sie legen uns Zielzahlen vor, aber die operative Umsetzung ist nicht ansatzweise erkennbar.

Ministerin Tack hat am 26. Februar 2014 laut Plenarprotokoll zu dem von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Gesetzentwurf zur Förderung des Klimaschutzes in Brandenburg gesagt:

„So sehe ich im weiteren Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien, in der Energieeinsparung und der Verbesserung der Energieeffizienz in der Wirtschaft, in der Verwaltung, im privaten Bereich [...] aber auch in einer verpflichtenden Vorbildwirkung des öffentlichen Bereichs eine Grundlage für eine gesetzliche Regelung.“

Weiter sagte sie:

„Es ist eine gute Idee - keine Frage - zum falschen Zeitpunkt eingebracht ...“

Den falschen Zeitpunkt erleben wir bei vielen Ihrer Anträge. Aber wann ist denn der richtige Zeitpunkt, als Land die Vorbildrolle einzunehmen? 2029? Leider ist die Ministerin nicht da.

Es ist richtig: Man sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Aber Ihr Antrag dazu ist völlig überflüssig. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag mit voller Überzeugung ab.

Da das meine letzte Rede in der 5. Wahlperiode des brandenburgischen Landtages war, bedanke ich mich bei allen Kolle-

ginnen und Kollegen, die mich ertragen haben. Ich schaue niemanden bewusst an, auch nicht eine Kollegin, die mich immer ertragen musste.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Sommer.

(Beifall FDP, CDU und SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung spricht unser Energieminister Görke.

(Jürgens [DIE LINKE]: Voller Energie! - Frau Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Neuer Job!)

Minister der Finanzen Görke:

So schnell kommt man zu manchen Titeln. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 16 Wochen sind vergangen, seitdem sich dieses Hohe Haus mit dem Bericht, an dem wir noch gemeinsam gearbeitet haben, Herr Kollege Bretz, den Bericht des Landesrechnungshofes über die Prüfung des Energiemanagements für die Landesliegenschaften, beschäftigt hat. In großer Einmütigkeit ist damals beschlossen worden, acht Handlungsempfehlungen aufzulisten, die ich umsetzen soll.

Ich habe damals ganz klargestellt, Herr Kollege Jungclaus - Herr Kollege Vogel hatte damals im Parlament dazu geredet -, dass wir keine Abstriche bei diesen Empfehlungen machen werden, das versteht sich von selbst, und einvernehmlich über diese Zwischenschritte informieren.

Es ist dreieinhalb Wochen her, dass wir im Ausschuss diesen Zwischenbericht ohne eine Wortmeldung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bewertet und zur Kenntnis genommen haben. Deshalb habe ich mich schon gewundert, hier jetzt über die wesentliche Umsetzung der Handlungsempfehlungen berichten zu dürfen.

Wenn Sie wesentliche Schritte ansprechen, gehört der Sanierungsfahrplan dazu, den der Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen zusammen mit der Deutschen Energie-Agentur erarbeitet hat. Hierbei handelt es sich um erste Schritte. Wir wollen diese Konzepte - so ist es verabredet worden, das war der Auftrag - zunächst für alle 16 Landesbehörden und Gerichtszentren erstellen. Über jeden dieser Umsetzungsschritte werden wir die zuständigen Ausschüsse zeitnah und nicht im stillen Kämmerlein informieren. Das versteht sich. Deshalb läuft der Vorwurf der mangelnden Transparenz ins Leere.

Im Gegenteil, der Prozess der Errichtung von Messeinrichtungen zur genauen Erfassung der Energieverbräuche ist in vollem Gange. Eine pauschale Veröffentlichung aller Verbrauchsdaten, wie Sie sie fordern, ist allerdings erst dann aussagefähig, wenn diese Daten verursachergerecht und nutzerspezifisch dargestellt werden können. Insofern hieße die Umsetzung Ihres Antrages, den dritten vor dem zweiten Schritt zu gehen. Dies gilt auch für den Zeitpunkt der Umsetzung. Ich bin an die Energiestrategie 2030 des Landes gebunden. Das ist auch der Horizont, den wir in der Strategie berücksichtigen.

Die dort verankerte Senkung des Energieverbrauchs um 23 %, bezogen auf 2007, ist ambitioniert. Das wissen Sie. Ich sage

das auch mit Blick auf den Landeshaushalt. Denn machen wir uns nichts vor und das ist deutlich geworden: Jeder Sanierungsschritt verursacht beträchtliche Kosten. Sie sind zwar nachhaltig, aber sie müssen erst einmal finanziert werden. Bei den Wünschen aller hier im Haus Aktiven und nach dem 14. September noch Aktiven gibt es viele andere Wünsche, die dann in Übereinstimmung gebracht werden müssen.

Ich möchte Ihnen sagen: Die erste Handlungsempfehlung haben wir zum 1. Juli vollzogen. Drei Energiemanager werden zum 1. Juli, so wie damals angekündigt, als Nachwuchskräfte die Tätigkeit im BLB aufnehmen. Insofern kann ich hier transparent und zeitnah informieren, dass das am Dienstag passieren wird. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält noch einmal der Abgeordnete Jungclaus für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jungclaus (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Ich würde gern auf einige Punkte, die hier angesprochen worden sind, eingehen.

Zunächst zu Herrn Minister Görke: Wir unterscheiden hier schon zwischen der Transparenz bei den generellen Zahlen und der Transparenz bei den Zahlen, wie wir es mit unserem Antrag fördern, die gebäudescharf sind. Das ist momentan nicht der Fall. Sie können sich ein schönes Beispiel an Potsdam-Mittelmark nehmen. Das greift auch das Argument von Herrn Jürgens auf, der gesagt hat, das sei viel zu aufwendig. Sie haben die Daten sowieso. Sie können sie veröffentlichen. Damit haben Sie den Effekt, den ich vorhin schon angesprochen habe: den Vorher- und Nachhereffekt, was eine Vorbildwirkung entfaltet.

Zu Herrn Bretz möchte ich anmerken: Die Zustimmung, die Sie hier zum Ausdruck gebracht haben, nehme ich gern auf. Vor allen Dingen würde es mich interessieren, wenn Sie schon von Regierungsverantwortung träumen oder reden, ob Sie sich im Oktober oder November noch daran werden erinnern können. Ich sage bewusst wenn und nicht falls oder falls und nicht wenn. Das können Sie sich selbst überlegen.

Wir haben jedenfalls mit diesem Antrag keinen moralischen Zeigefinger erhoben. Wir führen auch niemanden vor. Der Antrag ist nicht geeignet für dicke Schlagzeilen in der Presse und nicht für schnelle Erfolge, mit denen wir Grüne uns auf die Schulter klopfen können. Er zielt auf eine langfristige Strategie der Stärkung von Wirtschaft und demokratischer Kultur in unserem Land. Denn Brandenburg ist - das muss man als Opposition trotzdem zugeben, bei aller Kritik an der Braunkohlepolitik der derzeitigen Landesregierung, was erneuerbare Energien angeht - durchaus ein erfolgreiches Land: Brandenburg hat Potenzial. Die Sonne scheint. Der Wind weht. Das Wasserkraft- und Biomassepotenzial wird nahezu völlig ausgeschöpft. Wir haben auch keinen Mangel an kreativen Köpfen in der Region Berlin-Brandenburg.

Die Potenziale Brandenburgs sind jedoch kein Grund, sich zurückzulehnen. Sie sind Aufforderung, die Ärmel hochzukrempeln.

Legen Sie also Ihre Angst ab, eine detaillierte Veröffentlichung der Gebäudeverbrauchsdaten könnte zu aufwendig oder zu teuer sein. Die Daten müssen sowieso erhoben werden, wenn der BLB die Betriebskosten niedrig und die Verwaltung schlank halten will.

Nicht umsonst nutzen gerade große Immobilienverwalter eine kontinuierliche Datenerhebung und daraus generierte Indikatoren, um lohnende Investitionen in die Gebäudeenergieeffizienz frühzeitig erkennen zu können. Wer auf eine Verbrauchsdatenüberwachung verzichtet, merkt unter Umständen erst Jahre später, dass Einsparungen möglich gewesen wären, wenn - ja wenn - das BLB-Gebäudemanagement mit gutem Beispiel vorgegangen wäre und die Erfolge für Nachahmer transparent ins Netz gestellt hätten.

Es mutet meines Erachtens schon ein wenig absurd an, dass große Teile von uns Abgeordneten die Vorteile des Informationsflusses auf Twitter, Facebook und Co. nutzen, aber hier im Plenum Vorbehalte geltend machen, dass die Veröffentlichung von Daten nur sinnloser Verwaltungsaufwand sei.

Jetzt haben hier schon so viele Redner ihre letzten Reden in dieser Legislaturperiode angekündigt. Meine ist es auch für die 5. Legislaturperiode. Der Kreis schließt sich ein klein wenig, wenn ich daran denke, dass mein erster Antrag, zu dem ich hier geredet habe, auch ein Antrag zur Energieeinsparung war. Der eine oder andere erinnert sich vielleicht. Es ging um Energieeinsparung an Schulen.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Genau!)

Der Antrag wurde abgelehnt. In Märkisch-Oderland - ich habe gerade die neuesten Zahlen erhalten - haben wir mit dem Energiesparprojekt „50:50“, das ich dort initiiert habe, innerhalb von fünf Jahren 200 000 Euro an Energiekosten eingespart.

(Beifall B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Hätten Sie damals den Antrag angenommen, wären es dreieinhalb Millionen Euro für das ganze Land gewesen. Insofern macht es durchaus Sinn, in Energiesparmaßnahmen zu investieren.

Ich möchte ganz bewusst aufgreifen, dass es hier nicht nur um Wärme und um Strom geht. Herr Kollege Jürgens hat es freundlicherweise angesprochen. Es geht auch um Mobilität.

Zwei Wochen vor dem Brandenburg-Tag möchte ich darauf hinweisen, dass Veranstaltungen auch dazu zählen. Ich finde es schon skurril, dass unsere Fraktion bei der Landesregierung sogenannte MoorFutures kauft, um unsere Fraktionsveranstaltungen klimaneutral zu gestalten, und die Landesregierung bei ihren Sommerfesten oder beim Brandenburg-Tag das nicht macht. Das würde ich mir wünschen. Es wäre auch Ziel eines solchen Antrages zu sagen: Bis 2040 wollen wir Klimaneutralität erreichen.

Vielleicht besteht doch Hoffnung, dass diesem Antrag noch zugestimmt wird. Ich würde es mir wünschen. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, die Rednerliste ist damit abgearbeitet. Uns liegt der Antrag in Drucksache 5/9235, eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen?

(Zurufe des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Herr Bretz, Sie haben gerade eine Gegenstimme abgegeben, ja?

(Bretz [CDU]: Nein, ich wollte für den Antrag stimmen!)

Sie haben es aber nicht getan!

(Jürgens [DIE LINKE]: Das war vom ersten bis zum letzten Buchstaben eine Neinstimme! - Allgemeine Unruhe)

Die letzte Sitzung dieser Wahlperiode scheint unter einem gewissen Defizit zu leiden. Ich will aber fair sein und wiederhole die Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt nochmals um sein Handzeichen. - Wer möchte dagegen stimmen? - Und wer enthält sich der Stimme? - Bei vier Enthaltungen ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 geschlossen und ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Für Brandenburgs Sicherheit! - Prävention stärken und finanziell fördern

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 5/9240

Außerdem liegt ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion in Drucksache 5/9273 vor. Wir beginnen mit dem Beitrag der Abgeordneten Stark für die antragstellende Fraktion der SPD.

Frau Stark (SPD):*

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gewährleistung der inneren Sicherheit war und bleibt für diese Landesregierung ein Schwerpunktthema. Das dokumentieren wir als Koalitionsfraktion zum Ende dieser Legislaturperiode auch noch einmal mit einem sehr fundierten Antrag.

Wir haben die Prävention in den Mittelpunkt dieses Antrages gestellt und haben Ihnen konkrete Vorschläge unterbreitet, wie man in diesem Bereich noch zu einer Stärkung kommen kann. Wir tun dies vor dem Hintergrund, dass wir uns mit der Frage der Einbruchs- und Diebstahlskriminalität zum wiederholten Mal in diesem Plenarsaal auseinandergesetzt haben und dies ein Schwerpunktbereich der Kriminalität in diesem Land ist. Aber eben nicht nur in Brandenburg, sondern bundesweit ist zu verzeichnen, dass wir es in diesem Deliktbereich mit steigenden Kriminalitätsfallzahlen zu tun haben. Wohnungseinbrüche und Kfz-Diebstähle sind insbesondere im Bereich um Berlin herum, im sogenannten Speckgürtel, zu verzeichnen.

Wir haben uns diesen Problemen mit diversen Programmen, gemeinsamen Ermittlungskommissionen, Personalaufstockung und vielerlei weiteren Maßnahmen schon entgegengestellt. Wir sehen aber, dass es auch weiterhin notwendig sein wird, den Finger in die Wunde zu legen und in diesem Bereich dranzubleiben. Weil es ein bundesweites Problem ist - es ist sogar ein internationales Problem, also nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch darüber hinaus -, ist es auch wichtig, dass sich die Innenministerkonferenz permanent mit diesem Thema beschäftigt.

Wir wollen daher nochmals anregen bzw. fordern, dass Bundesprogramme her müssen, die auch die Förderung des Einbruchschutzes sowie Sicherungsmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes ermöglichen. Hiermit hat sich die SPD-Fraktion schon in ihrer Frühjahrsklausur allumfassend beschäftigt und zum Ausdruck gebracht, dass wir den Impuls geben möchten, dass hier Maßnahmen erforderlich sind. Sollte dies auf Bundesebene so schnell, wie wir uns das vorstellen, nicht möglich sein, sehen wir auch die Möglichkeit, in den zukünftigen Landeshaushalt einen Posten einzustellen, der das ermöglicht.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Weiterhin haben wir beschlossen, dass der Bereich der Präventionsarbeit der Polizei eine personelle Verstärkung gebrauchen kann. Die Repression stand unter der Regierungsverantwortung von Herrn Minister Schönbohm, CDU, damals sehr im Vordergrund. Geschrieben und beachtet werden muss im Polizeigesetz aber auch der Bereich der Prävention; auch das ist eine polizeiliche Aufgabe. Wir finden, dass es auch wichtig ist, vorzubeugen und zu verhindern. Daher muss man da auch weiter nachlegen und sollte dieses auch durch Stellen, durch Polizisten, dokumentieren.

Es gibt schon eine gute Zusammenarbeit mit Berliner Polizeibehörden. Wir als Innenausschuss haben uns diesbezüglich schon verschiedenste Stellen vor Ort angeschaut, was dort alles gemacht wird. Das betrifft auch die Zusammenarbeit polnischer Behörden mit Berliner und Brandenburger Polizisten, um dem Problem der Diebstahlskriminalität immer besser Herr zu werden. Wir müssen auch dort dranbleiben und die vorhandenen Strukturen weiter ausbauen.

Wir müssen weiter daran arbeiten, den Kriminellen das Handwerk zu legen. Maßnahmen dazu sind beispielsweise grenzübergreifende Streifen und gemeinsame operative Ermittlungsgruppen - beides gibt es schon, aber auch hier gilt es, diese weiter auszubauen.

Wir haben außerdem ein Konzept zur kommunalen Kriminalitätsprävention. Das würde es wert sein, für das ganze Land Brandenburg ausgebaut zu werden. Es gibt beispielsweise in der Gemeinde Neuenhagen - ich war kürzlich bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema der kommunalen Kriminalitätsprävention - gute Ansätze, dort sehr viel mehr zu machen, als sich momentan landesweit darstellt. Wenn nämlich alle Verantwortungsträger vor Ort - also nicht nur die Polizei, wie das hier gerne gefordert wird, sondern auch Kommunalverwaltung, Vereine, Unternehmen sowie die Bürgerschaft selbst, also die gesamte Gesellschaft - sich mit diesem Thema der kommunalen Kriminalitätsprävention beschäftigt, hat man durch die Bündelung der Interessen durchaus Reser-

ven und kann da sehr viel tun, wenn die Leute sich zusammenfinden und zusammenarbeiten. Man kann am Beispiel der Gemeinde Neuenhagen sehr schön sehen, wie erfolgreich das sein kann.

Auch hier unterstützen wir und fordern die Ausweitung dieser Projekte, die bereits vorhanden sind, und bitten den Innenminister und die Landesregierung, das landesweit zu forcieren. Auch die technische Beratung ist bei der Prävention sehr wichtig - wie Sie wissen, findet diese sehr kompetent statt; wenn Polizistinnen und Polizisten angefragt werden, kommen diese in die Haushalte, schauen sich vor Ort Fenster und Türen sowie die allgemeine Sicherheitssituation an und geben sehr kompetente Ratschläge, wie man seine Eigensicherung verbessern kann. Dieses Projekt bzw. diese Möglichkeit der technischen Beratung ist weiter fortzuführen.

Sie sehen: Unser Ziel ist es, die Sicherheit im Land Brandenburg umfassend zu gewährleisten, und in allen Regionen des Landes haben wir die zentrale Aufgabe, Sicherheit für die Menschen zu organisieren. Das ist uns wichtig. Nur, wenn sich die Menschen in ihrem Alltagsleben sicher fühlen, können sie sich auch frei fühlen. Heute Morgen war von Freiheit die Rede - Freiheit setzt Sicherheit voraus, deshalb ist das für uns ein Schwerpunktthema. Wir arbeiten daran, und wir haben das mit dem vorliegenden Antrag zum Ausdruck gebracht.

Es ist eine von vielen Initiativen, die wir hier geleistet haben, und ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag der Koalitionsfraktionen.

Es gibt ferner einen Entschließungsantrag der CDU, der einige Punkte aufgreift, die bereits in Arbeit sind. Daher ist er nicht nötig. Sie haben hier schon im Februar einen ähnlichen Antrag vorgelegt, der dem vorliegenden fast wortgleich war. Wir empfehlen, diesen Entschließungsantrag abzulehnen, weil unser Antrag der umfassendere ist, der sämtliche Punkte mit aufgreift. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Lakenmacher setzt für die CDU-Fraktion fort.

Lakenmacher (CDU):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Antrag der Koalitionsfraktionen kann man es eigentlich sehr kurz machen: Das Gefüge der inneren Sicherheit ist aufgrund der verfehlten Innenpolitik in dieser Legislaturperiode komplett durcheinandergeraten. Dieser Antrag macht es leider nicht besser, Frau Stark. Er schafft keine Abhilfe. Sie haben dem anhaltenden Druck gegen die missratene Polizeireform leider nichts Ehrliches und nichts Wirksames entgegenzusetzen.

(Beifall CDU und FDP)

Der höhere Personalansatz im Präventionsbereich, den Sie mit Ihrem Antrag hier als großen Wurf verkaufen wollen, ist im Ergebnis keine Aufstockung, nein, das ist kurz vor der Landtagswahl lediglich eine hastige Umkehr von Ihren massiven Abbauplänen im Präventionsbereich und das Zurückdrehen Ihrer Sicherheitsabbaupläne in diesem Bereich.

Sie versuchen sehr halbherzig, mit vereinzelten Maßnahmen im Bereich der Kriminalitätsprävention Schadensbegrenzung zu betreiben. Aber was wir in Brandenburg brauchen, ist ein innenpolitischer Befreiungsschlag; dieser sieht allerdings anders aus. Dieser Befreiungsschlag kann nur bedeuten, die Polizeistrukturenreform und den Personalabbau zu stoppen und unverzüglich einer ergebnisoffenen Evaluation zu unterziehen, die noch 2014 abgeschlossen werden muss. Man kann das einfach nicht oft genug sagen.

Zudem ist unverzüglich ein wirksames Maßnahmenkonzept zur Stärkung der inneren Sicherheit in Brandenburg vorzulegen, so wie es der vorliegende Entschließungsantrag der CDU-Fraktion einfordert. Wenn Sie sich diesen Antrag anschauen, dann erkennen Sie, dass er Ihnen in aller Klarheit und Tiefe aufzeigt, was für eine verantwortungsvolle Innenpolitik und ein sicheres Land Brandenburg hier in Zukunft erforderlich ist.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Innenminister, Herr Dr. Scharfenberg, Frau Stark: Ob bei der Grenzkriminalität, der grenzüberschreitenden Kriminalität oder der nicht beherrschten Einbruchskriminalität im Speckgürtel rund um Berlin - ich habe in den letzten Jahren in dieser Legislaturperiode immer wieder gestanden und darauf hingewiesen, dass Sie mit der Polizeireform und der damit eingeführten Struktur noch keine Umkehr der immer größeren Kriminalitätsbelastung hier im Land Brandenburg erreicht haben, dass sie mit einer geringeren Straftatenverhütung und einer höheren Belastung einhergehen wird. Dass das die Folge sein muss, habe ich Ihnen hier immer und immer wieder gesagt.

Ich habe auch immer wieder gefordert, ein Konzept zur Bekämpfung der Eigentumskriminalität vorzulegen, das dauerhaft wirkt und welches über bloße Personalverschickungsmaßnahmen und das Reißen neuer Personallöcher in anderen Dienststellen hinausgeht. Die Quittung hat Innenminister Holzschuhler dann beim Streifendienst bekommen - Sie haben das immer wieder ignoriert.

Ich hatte Sie gewarnt, dass Ihre Strukturreform und der Personalabbau dazu führen werden, dass die Menschen immer länger auf die Polizei warten müssen, dass die Präsenz der Polizei abnimmt. Auch das ist eingetreten. Ich habe darauf hingewiesen, dass unsere Polizisten immer kränker werden, weil die höhere Arbeitsverdichtung die Folge Ihrer Reform ist. Auch das ist eingetreten.

Diese Aufzählung könnte ich noch endlos lange fortführen. Ich hatte immer wieder angemahnt, endlich umzuschwenken, das war meine Aufforderung. Sie haben davon in der gesamten Legislaturperiode nichts wissen und nichts hören wollen, sondern Sie haben mir Panikmache vorgeworfen. Die Linksfraktion, Herr Scharfenberg, hat unsere Veranstaltung zur inneren Sicherheit als „Brandenburg ist unsicher“-Tour bezeichnet. Da muss ich einmal fragen: Warum haben Sie denn nicht auf den Innenexperten der Linksfraktion gehört? Warum haben Sie nicht auf Herrn Maresch gehört? Das ist doch die richtige Frage, Herr Scharfenberg!

(Beifall CDU und FDP)

Das wäre einmal eine sinnvolle Maßnahme gewesen. Nun haben Sie die Quittung für Ihre Ignoranz und Ihr „weiter so“ beim Sicherheitsabbau. Denn verunsichert sind die Brandenburger deshalb, weil Brandenburg leider ein El Dorado für Einbrecher und Diebe geworden ist. Verunsichert sind die Menschen, weil sie mit ihrem Notruf zur Polizei nicht durchdringen und dort mit dem Hinweis auf fehlende Funkstreifenwagen abgewiesen werden, die gerade nicht verfügbar sind.

Verunsichert sind die Menschen auch, weil sie daran zweifeln, dass in die polizeiliche Kriminalstatistik wirklich alle Straftaten eingeflossen sind und ob wirklich alle Straftaten registriert wurden, die hier hätten registriert werden müssen. Das alles haben Sie zu verantworten.

Der Innenminister hat zu Beginn seiner Amtszeit, bei Amtsübernahme, vorauseilend eine Entschuldigung getätigt. Er hatte sich dafür entschuldigt, noch kein Konzept zur Eindämmung der Eigentumskriminalität hier im Land Brandenburg zu haben. Wenn man Ihren sehr oberflächlichen, halbherzigen Antrag liest, dann muss man sagen: Wir haben dieses Konzept „Plan und Kompass für die innere Sicherheit“ immer noch nicht.

Wir werden Ihren Antrag daher ablehnen. Ich bitte um Zustimmung zu dem besseren Entschließungsantrag der CDU. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Dr. Scharfenberg setzt für die Linksfraktion fort.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eigentlich, wie es immer war in diesen fünf Jahren: Wir haben in den vergangenen Jahren oft und viel über die Polizeireform gesprochen. Das ist zweifellos auch das Verdienst der CDU-Fraktion, die unbeeindruckt von zunehmend genervten Zwischenrufern mit stoischer Ruhe immer wieder den gleichen dünnen Faden gesponnen hat, der dabei jedoch nicht stärker geworden ist.

(Zuruf von der CDU)

Umso mehr erfreut es mich, dass SPD und die Linke mit dem vorliegenden Antrag nicht nur zum Thema der öffentlichen Sicherheit, sondern insgesamt für diese Wahlperiode einen letzten Akzent haben setzen können. Daran ändert auch der Entschließungsantrag der CDU-Fraktion nichts, in dem noch einmal der ganz große Wurf versucht wird, aber vorhandene Realitäten weitgehend ausgeblendet werden. Das kennen wir ja von Ihnen zur Genüge.

Das Problem ist, dass Sie immer wieder maßlos überziehen. Das ist der erste Punkt.

Zweitens: Wenn man sich Ihren Antrag anschaut, dann wären Sie vielleicht gut beraten, wenn Sie zumindest darauf achten würden, dass die Maßnahmen zusammenpassen. Sie möchten die Polizeireform stoppen.

Sie fordern eine Evaluierung - die findet statt. Das wissen Sie. Darüber ist ausführlich im Innenausschuss und im weiten Vorfeld gesprochen worden.

(Lakenmacher [CDU]: Wir sind da aber ergebnisoffen!)

Andererseits fordern Sie von der Landesregierung, den Personalbestand auf 8 000 Bedienstete zu bringen. Das ist Ihre Marke, die Sie hier angeben. Ich meine, das hat etwas mit der Polizeireform zu tun, die Sie allerdings stoppen wollen.

Weiterhin fordern Sie, dass alle Polizeireviere in Brandenburg rund um die Uhr geöffnet bleiben. Sie wissen, dass das mit erheblicher Personalbelastung verbunden und auf Dauer nicht zu halten wäre. Das passt also auch nicht.

(Lakenmacher [CDU]: Aha! - Das heißt also, Sie wollen doch welche schließen, Herr Scharfenberg, ja?)

Aber Sie sprechen doch von 8 000 Bediensteten! Passen Sie doch auf, dass Sie wenigstens im Grundsatz glaubwürdig bleiben. - Das ist aber auch überhaupt nicht Ihr Problem.

Insofern kann ich nur sagen: Wir haben zu diesem Thema bei weitem nicht so viele Anträge gestellt wie Sie. Aber die Anträge, die wir gestellt haben, hatten Sinn und diese haben auch Wirkung entfaltet.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich erinnere nur an den Begleitbeschluss zur Polizeireform. Dieser ist für den Ablauf der Polizeistrukturereform ganz wichtig gewesen. Ich denke, das stellen wir gerade jetzt fest. Wir machen mit unserem Antrag kenntlich, dass für uns die Aktivitäten zur Verhinderung von Kriminalität von besonderer Bedeutung sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Grundsatz verweisen - darüber haben wir auch in den beiden Aktuellen Stunden gesprochen -, dass die beste Kriminalpolitik eine gute Sozialpolitik ist. Das dürfen wir nie vergessen, und das muss immer auch unser Anspruch sein.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Für Sie spielt das überhaupt keine Rolle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kriminalitätsentwicklung der vergangenen Jahre ist insbesondere durch einen Anstieg der Diebstahlskriminalität gekennzeichnet gewesen; das ist hier ausreichend beschrieben worden. Das Gleiche gilt für die Tatsache, dass sich diese Kriminalität überwiegend im grenzübergreifenden Bereich widerspiegelt.

(Senfleben [CDU]: Bloß keine Angst! Nicht verunsichern!)

Das ist jedoch kein brandenburgspezifisches Problem; auch das ist hier gesagt worden. Es ist erst kürzlich wieder vom Bundesinnenminister im Zusammenhang mit der bundesweiten Kriminalstatistik festgestellt worden.

(Senfleben [CDU]: Ein guter Mann!)

Damit ist vom Grundsatz her endlich klar, dass die Ursache für die anwachsende Eigentumskriminalität eben nicht in der Polizeireform liegt, wie von manchen immer wieder behauptet wird. Damit will ich aber nicht gesagt haben, dass es hier überhaupt keine Zusammenhänge gibt.

Zweifellos ist es aber so, dass man Einbrüche und Diebstähle nicht dadurch ausschließen kann, dass immer mehr Polizisten vor Ort sind. Das möchte ich noch einmal erläutern. Sie werden nie vollständig ausschließen können, dass es Einbrüche und Diebstähle gibt, denn Sie können nun einmal nicht in jeder Straße und vor jeder Wohnung einen Polizisten postieren.

Mit unserem Antrag wollen wir durch eine Stärkung der polizeilichen und der polizeilichen und kommunalen Präventionsarbeit günstige Voraussetzungen schaffen, um insbesondere der Eigentumskriminalität wirksamer begegnen zu können. Der Inhalt dieses Antrages liegt Ihnen vor. Frau Stark hat das auch nochmals beschrieben.

Ich möchte noch einmal darauf verweisen, dass wir insbesondere die kommunale Kriminalitätsverhütung verstärken wollen. Wir sind der Auffassung, dass hier noch ein großes Potenzial vorhanden ist. Ich sage aber auch: Es geht nicht darum, den Kommunen die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit zu übertragen. Das bleibt natürlich in der Verantwortung des Landes.

Deshalb wollen wir auch, dass geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um den Landespräventionsrat aufzuwerten. In diesem Zusammenhang empfehlen wir dem Innenminister, die Einsetzung eines Landespräventionsbeauftragten zu prüfen. Ich denke, das ist eine Möglichkeit, eine höhere Wirkung zu erzielen.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass sich die Menschen im Land Brandenburg sicher fühlen können.

(Zuruf des Abgeordneten Senfleben [CDU])

Eine wirksame Prävention ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des subjektiven Kriminalitätsempfindens. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Kriminalprävention und insbesondere die kommunale Kriminalitätsverhütung eine höhere Bedeutung erhalten. Dazu soll dieser Antrag von SPD und Linken einen Beitrag leisten. Ich freue mich, dass eine Delegation der GdP hier ist und diese Diskussion mit verfolgt, denn wir können dieses Problem nur gemeinsam und in enger Zusammenarbeit lösen. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Goetz setzt für die FDP-Fraktion fort.

Goetz (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, auch auf den Rängen! Als ich diesen Antrag das erste Mal gesehen habe, dachte ich mir: Ein schöner Antrag, wenn er zum Jahresende 2009 oder Anfang 2010 gekommen wäre.

(Beifall FDP)

Hätte sich eine Regierung Rot-Rot frisch gebildet und hätte uns aufgeschrieben, was sie sich im Bereich der Innenpolitik in den nächsten fünf Jahren, 2009 bis 2014, vorgenommen hat, dann hätte man das nachlesen können, hätte korrigieren, etwas nachbessern und es im Innenausschuss diskutieren können, und es wäre Schritt für Schritt zur Umsetzung dessen gekommen, was da aufgeschrieben wurde. Jetzt, nach fünf Jahren rot-roter Landesregierung, am Ende der Wahlperiode, ist der Antrag, der hier vorgelegt wird, schlicht und einfach eine Unverschämtheit, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der Koalition.

(Beifall FDP sowie vereinzelt CDU)

Wir hatten im Land Brandenburg vor fünf Jahren eine funktionierende Prävention. Was ist denn daraus geworden? Die Hälfte dieser Leute ist inzwischen verschwunden, weil sie von Ihnen abgezogen worden sind. Wer ist denn da noch übrig? Sie wollen jetzt anheben, was Sie irgendwann einmal weggespart haben.

(Beifall FDP)

Gleichzeitig haben Sie erklärt, dass keines der Themen bedient werden würde, die bisher bedient worden sind. Was ist denn im Ergebnis passiert? Sie gehen in die Schulen und sagen: Das sollen jetzt, bitte schön, auch die Lehrer machen, was bisher Polizeibeamte gemacht haben. Den Revierpolizisten wird zusätzlich Prävention aufgebürdet, sodass die Anzahl der Revierpolizisten zwar die gleiche bleibt, die Revierpolizisten wegen der zusätzlichen Aufgaben aber bisher wahrgenommene Aufgaben nicht mehr in gleichem Umfang und in gleicher Qualität wahrnehmen können. Das ist das Ergebnis Ihrer Arbeit, die Sie hier fünf Jahre lang geleistet haben.

Jetzt plötzlich, wo Sie merken, dass es so nicht funktioniert, wo die Folgen Ihres bösen Tuns offenbar werden, kommen Sie auf die Idee und wollen mit einigen weiteren Leuten die Prävention stärken, und das noch dazu, ohne zu sagen, woher die zukünftigen Präventionsbeamten kommen sollen. Auch da bleiben Sie jede weitere Antwort schuldig und tragen auch damit nicht zur Sache bei.

(Beifall FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hatten ursprünglich, zu Beginn dieser Wahlperiode, 8 900 Polizeibeamte; gut 8 000 sind noch übrig. Das heißt, ungefähr 10 % unserer Brandenburger Polizeibeamten sind über die fünf Jahre Ihrer Regierungskoalition verschwunden.

Da muss man auch der CDU einen Vorwurf machen; das kann ich Ihnen nicht ersparen. Bis 2012 war das Verschwinden von Polizeibeamten in Brandenburg ein rot-schwarzes Verschwinden, weil die Ausbildung drei Jahre dauert - dazu kommen wir gleich noch - oder zweieinhalb Jahre. Aber seit 2013 ist es rot-rotes Verschwinden von Polizeibeamten; Sie tragen die Verantwortung für die gegenwärtige Sicherheitslage hier in Brandenburg, für das Abnehmen bei der Polizei.

Meine Mutter ist im vorigen Monat 90 Jahre alt geworden. Wenn sie Ihren Antrag gelesen hätte - ein schönes Alter, wunderbar, keine Frage -, dann fiel ihr immer ein Spruch zu dem

ein, was Sie so bringen: „Abends werden die Faulen fleißig.“ Genau das ist hier passiert. - Vielen Dank.

(Beifall FDP - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Den Spruch haben Sie neulich schon gebracht!)

Präsident Fritsch:

Frau Nonnemacher spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Die Innenministerkonferenz hat kürzlich wieder einmal das Thema Einbruchskriminalität auf die Tagesordnung gesetzt und nochmals auf die Tatausführung durch international operierende und international vernetzte Intensivtäter und Tätergruppen hingewiesen. So weit, so schön. Man könnte resümieren: Wir haben alle endlich begriffen, dass sich die Täterszene internationalisiert und globalisiert hat, die Verbrechensbekämpfung dem aber um Jahrzehnte hinterherhinkt.

In Ihrem Antrag wird neben interessanten Ideen wie der finanziellen Förderung von Einbruchsschutz und Sicherungsmaßnahmen eigentlich auf Bundesprogramme verwiesen. Aber, Frau Stark, habe ich eben das Wort „Landesmittel“ gehört?

(Frau Stark [SPD]: Ja.)

- Super, das ist ja ganz ungewöhnlich!

Es gibt auch Einiges, was zum kritischen Hinterfragen anregt. Erstens soll die Zusammenarbeit mit Berliner und polnischen Polizisten verstärkt werden. Das ist zweifelsohne richtig. Trotzdem muss ich zugeben, dass ich es langsam nicht mehr hören kann. Ständig soll die Zusammenarbeit verstärkt werden, und das, obwohl es bereits seit 2004 und 2005 eine enge Zusammenarbeit mit den benachbarten Bundesländern gibt. Bereits seit 2005 arbeiten Berliner und Brandenburger Beamte in einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe zur Bekämpfung länderübergreifender Eigentums kriminalität zusammen. Bereits seit 2004 gibt es eine entsprechende Sicherheitskooperation mit Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Bitte, sagen Sie mir doch einmal, was hier genau wie verstärkt werden soll. Mir ist das nicht klar, auch wenn die Innenministerkonferenz wieder ins selbe Horn stößt. Sie sieht den verstärkten länder- und staatenübergreifenden Informationsaustausch sowie Lageerhebungen und -analysen vor. Auf dieser Grundlage sollen die Länder grenzübergreifende Ermittlungskommissionen einrichten sowie repressive und präventive Bekämpfungsansätze vernetzt werden. Dazu gehören beispielsweise länder- und staatenübergreifende Fahndungs- und Kontrolltage, gemeinsame Strategien sowie nationale und internationale Sicherheitskooperationen.

Vieles davon haben wir in Brandenburg seit zehn Jahren. Wenn dann ständig die Intensivierung dieser Maßnahmen gefordert wird, kann das nur bedeuten, dass sie bisher nicht mit der gebotenen Ernsthaftigkeit betrieben und weiterentwickelt wurden.

(Beifall B90/GRÜNE und FDP)

Zweitens: Für den Bereich der Präventionsarbeit der Polizei soll eine personelle Verstärkung von derzeit geplanten 50 auf 120 Stellen vorgenommen werden. War da was? Haben wir nicht gerade zu Beginn der Polizeistrukturenreform Stellen im Präventionsbereich abgebaut? Sie korrigieren also hier eine unüberlegte Vorgabe der Polizeistrukturenreform. Es ist gut, dass Sie das korrigieren. Die Rücknahme einer Kürzung jetzt als eine Stärkung zu bezeichnen ist aber schon eine arge Nebelkerze.

(Beifall B90/GRÜNE und FDP)

Last, but not least soll es eine Landespräventionsbeauftragte richten. Mit Verlaub, das ist doch eine groteske Idee. Was soll diese arme Person denn ausrichten, was die Polizei nicht genauso gut könnte und was eigentlich ihre Aufgabe wäre? Es besteht bundesweit Einigkeit darüber, dass der Schutz vor Wohnungseinbrüchen eine Aufgabe ist, die die ganze Gesellschaft fordert. Vorsorge zu treffen, wachsam zu sein, aufeinander zu achten, das zeichnet ein intaktes Gemeinwesen aus. Dadurch werden natürlich auch die Bürger und Bürgerinnen einbezogen, ohne dass die Grenze zum Gewaltmonopol des Staates anzutasten ist. Bürgerwehren sind mit Entschiedenheit abzulehnen. Präventionsarbeit muss aber auch weiterhin die Polizei leisten, und zwar in guter Qualität.

(Beifall B90/GRÜNE und FDP)

Den Antrag der Koalitionsfraktionen finden wir auch weiterhin ziemlich schwachbrüstig. Die CDU hat sich da mit ihrem Entschließungsantrag schon mehr Mühe gegeben.

(Beifall CDU sowie vereinzelt FDP)

Insbesondere die in den Punkten f) bis k) formulierten Vorschläge wirken fachlich untersetzt. Dummerweise enthält der Entschließungsantrag dann doch noch andere Dinge aus dem CDU-Wahlprogramm, die wir nicht so toll finden und die wir nicht unterstützen. Uneingeschränkt stimme ich dem Innenminister nur bei folgender Aussage zu:

„Die Wirksamkeit der Strafverfolgung bei der Eigentumskriminalität kann nur durch langfristige Strategien gesteigert werden.“

Meine Damen und Herren, vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE und FDP)

Präsident Fritsch:

Nun hat Innenminister Holzschuher das Wort.

Minister des Innern Holzschuher:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Nonnemacher, einen Satz haben Sie mir schon abgenommen, den muss ich nun nicht mehr sagen. Im Übrigen ist es aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Antrag, den die Koalitionsfraktionen hier einreichen; denn es ist eine zentrale Aufgabe der Polizei, Kriminalität zu verhüten, Straftaten zu verhüten.

Jede verhinderte Straftat ist nun einmal viel, viel besser als eine auch noch so schnell aufgeklärte. Das bleibt Hauptaufga-

be der Polizei. Und um diese Aufgabe zu stärken, ist auch dieser Antrag ein gutes Signal.

Wir sind uns aber auch einig in diesem Haus - so hoffe ich jedenfalls -, dass Prävention nichts ist, was allein die Polizei angeht, sondern in der Tat eine Aufgabe für die Gesellschaft und eine Aufgabe, mit der sich die Kommunen, die kommunalen Akteure genauso beschäftigen müssen wie jeder Einzelne; das ist eine Selbstverständlichkeit. Es ist bei uns im Land durchaus sehr weit entwickelt. Bereits seit 1995 gibt es den Erlass zur kommunalen Kriminalitätsverhütung und in dessen Folge in 72 Gemeinden des Landes örtliche Sicherheitspartnerschaften. Diese Sicherheitspartnerschaften halte ich für eine sehr wichtige Errungenschaft, weil sie ermöglichen, dass sich vor Ort Bürger in diesem Bereich engagieren, ohne Polizeiarbeit zu ersetzen; darum darf es natürlich nicht gehen. Es geht nicht darum, Bürgerwehren zu schaffen, sondern es geht darum, Menschen, die sich engagieren wollen, zum Partner der Polizei zu machen. Das funktioniert in unserem Land ganz hervorragend. Auch da bietet der Antrag durchaus eine Unterstützung.

Der Antrag ist weiter auf eine Stärkung der Präventionsarbeit insgesamt auf der Ebene der Landesregierung ausgerichtet. Wir haben den Landespräventionsbeirat. Er ist ein sehr wirkungsvolles Gremium. Wenn wir im Rahmen dieses Beirates einen wie auch immer strukturierten Beauftragten haben, dann kann dies durchaus unterstreichen, welche Bedeutung diese Aufgabe ressortübergreifend in der Landesregierung hat.

Von daher - das wird Sie nicht überraschen - halte ich diesen Antrag für wichtig, immer aber mit der Maßgabe: Es bleibt eine der wichtigsten Hauptaufgaben der Polizei, Präventionsarbeit, Kriminalitätsbekämpfung zu betreiben. All das, was wir von Bürgern, von den Kommunen erwarten, ist immer nur eine Ergänzung dieser sehr wichtigen öffentlichen Aufgabe.

Ich möchte ganz kurz noch auf den CDU-Antrag eingehen. Wenn die Geschäftsordnung es zuließe, würde ich jetzt gern eine Zwischenfrage an die CDU stellen. Was meinen Sie eigentlich damit, wenn Sie immer sagen: „Stoppt die Reform!“? Sie wissen doch sehr genau, dass die Reform im Prinzip umgesetzt ist. Die Strukturen sind geschaffen. Die Reform, die damals angedacht war, ist im Land implementiert, und die Personalentscheidungen, die dafür erforderlich waren, sind getroffen. Das Personal ist verteilt.

Ich versuche jetzt einmal eine Antwort auf diese Frage. Man könnte es ja so verstehen, wenn man eine Reform, die umgesetzt ist, stoppen will, dass man sie im Grunde rückgängig macht. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall. Denn wenn man alle Papiere liest, die die CDU zu diesem Thema geschrieben hat, dann stellt man fest, dass sich die Vorschläge der CDU fast exakt mit dem, was wir umgesetzt haben, decken: also ein Präsidium,

(Senftleben [CDU]: 7 000 Polizisten!)

die Errichtung von Direktionen, die Integration des Landeskriminalamtes ins Präsidium, die Auflösung von Schutzbereichen, Revieren usw. Das alles ist im CDU-Konzept genauso vorgesehen.

Also, in der Tat, das kann es nicht sein. Auch Sie sind ja, wenn man es einmal ganz ernst nimmt, für die Reform gewesen. Was

Sie jetzt möglicherweise noch anders wollen - das könnte man ja verstehen -, betrifft die Personalzahl. Das heißt also, sofort den Abbau bei der Polizei zu stoppen. Das könnte man denken, und dann liest man den Antrag, und da steht eine Zahl: mindestens 8 000. Nun haben wir aktuell etwas mehr als 8 200 Polizistinnen und Polizisten im Land. Wenn Sie also sagen: „Stoppt den Abbau!“, dann passt das nicht ansatzweise zusammen. Wir sagen - das wissen Sie -: Das, was wir ursprünglich vorhatten, ist angesichts der Lage im Land nicht mehr verantwortlich umsetzbar. Deswegen haben wir das korrigiert. Der Ministerpräsident und ich sagen: „Mindestens 7 800.“ Wir haben jetzt also eine Differenz von 200.

Das ist - bei allem Respekt und allem Wunsch, darüber durchaus einmal politisch zu diskutieren – eigentlich kein politischer Streit, sondern ein fachlicher Streit. Lassen Sie uns doch diesen Streit im Augenblick erst einmal zurückstellen und das tun, was wir vorhaben und was Sie mit Ihrem Antrag überflüssigerweise auch fordern: eine Evaluation dieser Reform. Ich weiß auch nicht, warum Sie eine Reform, die Sie stoppen wollen, evaluieren wollen. Das passt ja auch nicht zusammen. Wenn man sie nicht will, muss man sie nicht evaluieren; aber wir tun das. Warten Sie das doch einfach mal ab! Sie können sich auch einbringen, selbstverständlich durch Anregungen und auch durch Kritik; das hilft ja. Dann haben wir ein Ergebnis, und dann werden wir daraus sicherlich endgültig eine Struktur schaffen, die wir für dieses Land brauchen, eine Struktur, die dafür sorgt, dass die Sicherheitslage, die weiterhin gegeben ist - wir haben Sicherheit im Land -, in der nächsten Legislaturperiode, auch in den nächsten 10 bis 20 Jahren gegeben sein wird. Ich bin sehr optimistisch, dass uns das gelingt, nicht mit Ihrem Antrag, der wirklich an der Sache vorbeigeht, aber mit einer sachlichen Diskussion. Dazu sind wir weiterhin gern bereit. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, die Rednerliste ist abgearbeitet. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Als Erstes liegt Ihnen der Antrag der Koalitionsfraktionen vor, Drucksache 5/9240. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei vier Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 5/9273. Wer diesem folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei vier Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 9 und rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Fachhochschule der Polizei stärken - jährlich 300 Anwärter aufnehmen!

Antrag
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/9229

Wir beginnen die Debatte mit dem Beitrag der FDP-Fraktion. Es spricht der Abgeordnete Goetz.

Goetz (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen auf der Tribüne! Ohne Beamte ist kein Staat zu machen. Wir haben tatsächlich in vielen Debatten über fünf Jahre hinweg die Polizeistrukturenreform des Landes Brandenburg und den Personalabbau bei der Brandenburger Polizei diskutiert. Man mag darüber streiten, ob die Strukturreform ein Erfolg ist oder nicht.

Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, wie man die Ziele dieser Strukturreform definiert. Wenn man als Ziel dieser Strukturreform auffasst, einfach nur Beamtenstellen abzubauen, dann ist die Strukturreform im Land Brandenburg ein durchschlagender Erfolg. Tatsächlich haben wir inzwischen knapp 10 % weniger Beamte von 8 900, die wir am Anfang der Wahlperiode hatten. Inzwischen sind es nur noch 8 000 bis 8 200. Insofern ist dies ein voller Erfolg dieser Strukturreform.

Wenn wir allerdings davon ausgehen, dass die Strukturreform dazu beitragen sollte, den Personalabbau bei der Polizei so zu begleiten, dass damit keine Einbußen bei innerer Sicherheit einhergehen würden, dann ist diese Strukturreform grandios gescheitert. Wir haben erhebliche Defizite bei Kraftfahrzeugdiebstählen und bei Einbruchsdiebstählen; das ist in den letzten Tagen hier bereits erörtert worden.

(Frau Stark [SPD]: Das gilt bundesweit!)

Nun ist die Frage, wie es weitergehen soll. Der Personalabbau bei unserer Polizei wird weiter voranschreiten; auch das ist klar. Selbst wenn tatsächlich bald 275 Polizeianwärter kommen sollten, wie es angekündigt ist, können diese 275 Anwärter erst 2017 ihren Dienst antreten, nämlich nach zweieinhalb Jahren für den mittleren Dienst bzw. drei Jahren für den gehobenen Dienst. Bis 2016/2017 wird der Personalabbau bei der Brandenburger Polizei weiter voranschreiten; das ist einfach Fakt, daran können Sie gar nichts ändern. Insofern werden wir Personalstärken bei der Brandenburger Polizei erreichen, die bei ungefähr 7 500 Beamten liegen, vielleicht sogar noch etwas darunter. Das ist das Szenario der nächsten Jahre, das auf uns zukommt und mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben.

Tatsächlich ist bisher darauf keine Vorbereitung getroffen worden. Deswegen ist bei allem, was Sie versprechen - ob es mehr Präventionsbeamte werden sollen, ob 150 neue Streifenbeamte hinzukommen sollen, ob die Kripo nicht weniger werden soll -, egal, was Sie sagen, immer die Frage: Woher sollen die Beamten kommen, die für die neuen Aufgaben, für die neue Definition, für die neuen Ziele, die Sie sich vorstellen, eingesetzt werden sollen? Im Grunde haben wir im Land Brandenburg dafür eine einzige Stellschraube, das ist unsere Fachhochschule der Polizei. Wir wissen genau, welcher Beamte wann in den Ruhestand geht. Das ist vorhersehbar. Selbst die vorzeitig Ausscheidenden sind statistisch erfasst worden und berechenbar, sodass wir ungefähr wissen, wie viele Beamte im Land verbleiben.

Wenn Sie also mehr Beamte haben wollen oder den Abbau reduzieren wollen, müssen wir das über die Fachhochschule regeln. Wir müssen die Anwärterzahl deutlich erhöhen. Ange-

kündigt sind 275 für dieses Jahr, und es müssten eigentlich noch mehr werden. Wir hatten im Jahr 2013 genau 214 Anwärter. Bis zur Vereidigung, bis zur festen Dienstzeit blieben von den 214 noch 200 Beamte übrig. Das heißt, in der sehr kurzen Zeitspanne zwischen Aufnahme der Ausbildung und der Vereidigung der Beamten haben wir 6,5 % der Beamten verloren; 200 waren noch da. Wenn ich dann die Zeit bis zur Indienststellung kalkuliere, bis die Anwärter in den Dienst gehen, dann werden weitere Beamte ihre Laufbahn nicht mit dem jeweiligen Abschluss beenden, und es werden auch nicht alle Absolventen den Dienst im Land Brandenburg antreten.

Wenn ich also eine deutliche Stärkung haben will, wenn ich die Reduzierung des Personalbestands eindämmen will, muss ich dazu kommen, die Fachhochschule deutlich zu stärken, und zwar von den personellen und materiellen Voraussetzungen her. Solange das nicht passiert, ist alles andere, was hier versprochen wird, nichts als heiße Luft. Die Voraussetzungen in der Fachhochschule reichen bisher nicht aus. Wenn jährlich 275 Beamte durchgängig für die nächsten Jahre bestellt werden sollten, hätten wir in drei Jahren 825 Beamte in unserer Fachhochschule. Darauf ist diese überhaupt nicht vorbereitet. Bisher ist nichts davon passiert. Wenn 2015 wieder 275 Anwärter in den Dienst gestellt werden sollen, müssten bereits jetzt in den Haushaltsberatungen die Vorbereitungen dafür getroffen werden. Wo sind denn diese Vorbereitungen? Wo sind die zusätzlichen Mittel für die Fachhochschule der Polizei? Wo sind die zusätzlichen Vorbereitungen in sächlicher Hinsicht? Wo ist der Verkehrsgarten erweitert worden? Wo sind neue Hörsäle? Welche neue Technik wird bereitgestellt, um die Beamten auszubilden? Alles das ist nicht da. Sie kriegen es für dieses Jahr noch irgendwie hin, aber dann sind die Wahlen, und dann stellt sich die Frage, wie es weitergeht. Damit dauerhaft mehr Beamte in unsere Fachhochschule kommen und nach ihrer Ausbildung ohne Verzögerung in den Dienst eintreten können, ist es zwingend erforderlich, unsere Fachhochschule zu stärken.

Das Verhältnis zur Fachhochschule ist die Gretchenfrage für das Verhältnis dieser Landesregierung zur inneren Sicherheit und zur Polizei. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Holzschuher. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Ziel hat das Wort.

Ziel (SPD):*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen der FDP, in Ihrem Antrag schreiben Sie, dass Sie die Fachhochschule der Polizei in Oranienburg ertüchtigen wollen. Als ich Minister war, wollte ich immer die Polizistinnen und Polizisten ertüchtigen, und ich habe verlangt, dass sie Sport treiben.

(Heiterkeit)

Ich musste ein klein bisschen schmunzeln, als ich das gelesen habe. - Aber trotzdem nehme ich und nehmen wir Ihren Antrag natürlich ernst; denn immer, wenn wir über innere Sicherheit

diskutieren - das war in dieser Legislaturperiode sehr intensiv -, dient das auch dem Sicherheitsgefühl der Menschen im Land. Es gibt schon einen Unterschied zwischen dem, was wir sehen und unternehmen, und dem, was Menschen fühlen, wenn sie betroffen sind. Deshalb ist es mir wichtig zu sagen: Es ist eine solide Arbeit, die in der gesamten Zeit geleistet worden ist. Und es ist natürlich nicht so, dass man einfach nur über Abbau redet, sondern Strukturveränderungen sind notwendig. Sie sind auch - ich habe das selbst so empfunden - für die Polizei erforderlich, nicht nur für den kommunalen Bereich - wie man das allgemein ganz schnell diskutiert -, sondern auch für die Polizei.

Ich kann mich erinnern: Als wir die Fachhochschule der Polizei aufgebaut haben, haben wir uns im engen Schulterschluss auch mit den Polizeigewerkschaften, insbesondere mit der GdP, abgestimmt. Wir bekamen Vorschläge von anderen Ländern: Bildet doch eure Polizisten bitte in Berlin aus, die haben dort doch alles! - Auf der einen Seite ist das eine hoheitliche Tätigkeit - das wissen wir alle -, auf der anderen Seite aber wollte ich sehr wohl, dass wir Polizistinnen und Polizisten im eigenen Land ausbilden. Das haben wir - zuerst eher dürrtig - in Basdorf getan. Wer sich die Verhältnisse in Basdorf angeschaut hat, der muss sagen: Das waren wirklich sehr schwierige Umstände, wie wir dort Polizistinnen und Polizisten ausgebildet haben. Und trotzdem hatten wir am Ende relativ gute Ergebnisse.

Jetzt in Oranienburg - das ist ja vor meiner Haustür und ich bin des Öfteren dort -, das ist ein Campus, in den ist richtig investiert worden. Sie sind vernetzt, und da ist eine Stimmung unter den Studentinnen und Studenten - wir nennen sie Anwärter -, dass man sagen kann: Auf diese Leute will ich in der Zukunft bauen. Ich sage ihnen das auch so.

Jetzt können Sie kommen und sagen - Sie haben ja die Zahl 300 in Ihren Antrag geschrieben -: 200 sind zu wenig, dann sind noch welche abgesprungen. Ich sage Ihnen: Das ist ein atmendes System, da geht es auf und ab, und da können Sie nachregeln. Und der Minister hat es bewiesen: Nachdem die Reform gelaufen war, hat er sehr wohl geprüft, was sinnvoll ist und wo er nachregeln muss. Das ist bei jeder Reform so. Und er regelt nach! Deshalb verlasse ich mich darauf - und Sie sollten das auch tun -, dass das in Zukunft geschehen wird. Schon 2015 ist für den Haushalt avisiert, dass wir 275 bis 300 Anwärter einstellen wollen.

Warum bringen Sie jetzt so überstürzt einen so Hals über Kopf formulierten Antrag ein, der am Ende doch auch durch den Haushaltsausschuss müsste? Die Finanzen muss man dabei schon bedenken. Dass das von uns für die nächsten Haushalte bedacht worden ist, darauf können Sie sich verlassen. Ich hoffe, dass wir die Innenpolitik weiter bestimmen können, wie wir das bisher in einer sehr soliden Weise gemacht haben, zugunsten und zum Wohl der Menschen in diesem Land.

Ich verabschiede mich - im Norden sagt man ahoi - mit einem kräftigen Ahoi von Ihnen, und ich freue mich, dass wir - falls wir uns einmal wiedersehen - über Sicherheit oder über kommunale Reformen diskutieren können. Ich werde innerlich immer mit dabei sein, wenn Sie hier in diesem Hohen Haus weiter gestalten. - Vielen Dank.

(Allgemeiner starker Beifall)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter und ehemaliger Innenminister Ziel. Es beschleicht uns jetzt doch so eine Art Wehmut; denn es ist auch eine Ära, die sich hier in diesem Haus mit einer letzten Rede verabschiedet hat. - Vielen Dank auch von unserer Seite.

Wir setzen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Lakenmacher, Sie haben das Wort.

Lakenmacher (CDU):*

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Meine Damen und Herren! Mit Blick auf die tatsächliche Personalentwicklung bei der Polizei und mit einem ehrlichen Blick auf die Anzahl an anstehenden Pensionierungen und damit eben auch Personalabgängen in den kommenden Jahren wird deutlich: Wir kommen mit dem Personalbestand der Polizei in große Not, weil die rot-rote Landesregierung jahrelang eine Personalpolitik betrieben hat, die einseitig und blind auf Personal- und Sicherheitsabbau gesetzt hat. Und weil die Landesregierung in dem Wahn des Kaputtsparens bei der inneren Sicherheit nicht in der Lage war, in langen Linien zu denken, zu planen und zu handeln, sind wir in einer schwierigen Personalsituation.

Klar ist: Wir benötigen viel mehr Neueinstellungen und mehr junge Anwärter im Polizeidienst des Landes Brandenburg. Das ist das A und O, wenn die Polizeipräsenz in der Fläche wieder erhöht werden soll. Das ist erforderlich, wenn die Anzahl der einsatzbereiten Funkstreifenwagen wieder ansteigen soll. Das ist erforderlich, wenn die Kriminalitätsbelastung gesenkt und die polizeiliche Aufklärungsquote erhöht werden soll. Und das ist es auch, was getan werden muss, wenn die gestiegenen Interventionszeiten wieder gesenkt werden sollen und insgesamt das Sicherheitsgefühl der Brandenburger gestärkt werden soll.

Genau das ist es eben auch, was die CDU will, wofür die CDU steht. Denn wir nehmen die Sorgen und Ängste der Brandenburger sehr ernst. Jetzt sage ich das einmal so - mit allem Ernst, Frau Stark.

Die Personalbedarfsplanung der Brandenburger Polizei muss nach oben angepasst und der tatsächliche Bedarf an Polizeistellen ehrlich und fachbasiert durch eine Aufgaben- und Sicherheitsanalyse - so wie es die Brandenburger CDU-Fraktion hier immer wieder gefordert hat - festgestellt werden. Das ist der Unterschied zu Ihnen: Wir wollen nicht mit aus der Luft gegriffenen Zahlen operieren. So viel zu Ihrem Einwand von vorhin, Herr Holzschuher. Deshalb müssen wir dort anfangen, wo die Polizeiausbildung stattfindet: an der Fachhochschule der Polizei; das ist ganz klar.

Die CDU fordert, dass jährlich mindestens 300 neue Polizisten ausgebildet und in den Polizeidienst des Landes Brandenburg übernommen werden. Klar ist auch, dass dafür die baulichen, sachlichen und personellen Kapazitäten der Fachhochschule Voraussetzung sind. Das haben Sie ja mit Ihrem Antrag und Ihrer netten Umschreibung, mit der Ertüchtigung, gemeint, Herr Goetz. Darüber hinaus muss die Fachhochschule eben auch zukunftsorientiert ausgerichtet werden. Auch das ist zu bedenken; denn unsere Polizisten müssen in der Lage sein und bleiben und so aus- und fortgebildet werden, dass sie alle Erscheinungsformen der Kriminalität des 21. Jahrhunderts bekämpfen

können. Deshalb ist es meines Erachtens auch wichtig, endlich vom Weg der sogenannten Einheitsausbildung, den Brandenburg ja von Anbeginn gegangen ist, abzuweichen.

Ich will, dass die Polizei in Brandenburg auch zukünftig eine professionelle Ermittlungsarbeit und eine gerichtsverwertbare Strafverfolgung durch gut ausgebildete Kriminalisten sicherstellen kann und dem stetig steigenden Bedarf an spezifischem Fachwissen und kriminalistischer Fachkompetenz gerecht wird. Deshalb benötigen wir in Brandenburg eine spezialisierte kriminalistische Ausbildung. Davon sind wir als CDU-Fraktion überzeugt.

Abschließend möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir - natürlich nicht nur deshalb - mindestens 300 Polizeianwärter pro Jahr brauchen, um etwaige Ausfälle im Rahmen der Ausbildung zu kompensieren, wie es die FDP in der Begründung ihres Antrags schildert. Wir müssen auch all das korrigieren, was in den vergangenen fünf Jahren aus dem Ruder gelaufen ist; ich habe das schon benannt.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Herr Lakenmacher, bitte nicht auf dem Niveau am Schluss der Legislaturperiode!)

Der Antrag der FDP-Fraktion beinhaltet auch einen Punkt aus unserem Entschließungsantrag. Wir stimmen ihm zu. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lakenmacher. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fort, den wiederum der Abgeordnete Dr. Scharfenberg hält.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Vorzug des Antrags der FDP-Fraktion besteht zweifellos darin, dass er kurz und knackig ist. Diesen positiven Aspekt will ich mit meinem Beitrag gern bewahrend aufgreifen. Aber dann hört es schon auf. Gut ist der Antrag nicht. Er ist sehr oberflächlich formuliert. Sie wären gut beraten gewesen, ihn - wie Ihren Antrag zur Bundespolizei - einfach leise zurückzuziehen.

Wenn die Situation an der Fachhochschule tatsächlich so wäre, wie Sie sie beschreiben, dann wäre der Weg, den Sie aufzeigen, denkbar ungeeignet. Wenn die Zustände angeblich so schlecht sind, dann machen Sie sich doch unglaublich, wenn Sie meinen, man könne bis Ende August ein Konzept zur Ertüchtigung ausarbeiten und damit quasi den Stein der Weisen finden. Das, was Sie hier wollen, ist einfach billig, Herr Goetz.

(Beifall DIE LINKE)

Noch einmal kurz zu Ihnen, Herr Lakenmacher: Ich habe den Versuch aufgegeben, Sie irgendwie zu erreichen; das ist witzlos. Aber vielleicht wäre es ganz gut, wenn Sie einmal Protokolle der vergangenen und der vorhergehenden Wahlperiode hernehmen würden. Dann könnten Sie lesen, was Ihr Innenminister Schönbohm verteidigt hat, was er wie dargestellt hat und wofür er sich eingesetzt hat. Wenn ich richtig informiert bin, gab es damals die Überlegung, die Fachhochschule unter Um-

ständen ganz zu schließen und die Ausbildung anders zu organisieren.

(Jürgens [DIE LINKE]: Aha!)

Nun tun Sie mal nicht so! Jetzt wollen Sie plötzlich alles ganz anders machen?

Wir sind uns sicherlich in Folgendem einig - das halte ich für wichtig -: Die weitere Entwicklung der Fachhochschule der Polizei bleibt ein Schwerpunkt der Entwicklung der brandenburgischen Polizei. Das ist unbestritten, das wissen wir doch. Wir wissen, dass große Anstrengungen erforderlich sind, um den notwendigen Nachwuchs auszubilden, und das in möglichst hoher Qualität. Das kann man aber nicht mit einem Konzept bis Ende August bewerkstelligen, sondern da muss man längere Wege gehen; die werden auch gegangen. Es gibt Überlegungen, die Zahl der Anwärter zu erhöhen. Das ist bereits geschehen, es gibt eine Erhöhung.

Um all das zu erreichen, braucht es nicht den schlichten Antrag der FDP-Fraktion. Deshalb kurz und knackig: Wir lehnen den Antrag ab. - Danke.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Scharfenberg. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Frau Abgeordnete Nonnemacher hat das Wort.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher! Und: Liebe FDP!

(Heiterkeit)

Zu dem letzten Antrag im Rahmen Ihres Antragfeuerwerks kann ich nur sagen, dass ich ihn fast absurd finde. In der Überschrift wird eine klare Forderung - „jährlich 300 Anwärter aufnehmen!“ - aufgestellt, die sich dann aber leider in Ihrem Antragstext nicht wiederfindet. Dort heißt es nur, es solle ein Konzept zur Ertüchtigung der Fachhochschule vorgelegt werden. In der Begründung wimmelt es hingegen nur so von Zahlen. Leider werden diese einfach in den Raum gestellt, ohne eine nähere Erklärung bzw. Belege zu liefern. Wie kommen Sie auf die Zahl von 300 benötigten Anwärtern? Kollege Lakenmacher sagte uns gerade: Wir wollen nicht wie der Innenminister mit aus der Luft gegriffenen Zahlen operieren. - Aber Sie operieren doch auch mit aus der Luft gegriffenen Zahlen! Wir wollten es doch einmal besser machen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Wie Sie auf die angebliche Ausfallquote von 6,1 % gekommen sind, haben Sie zwar dargestellt; nur finde ich diese Berechnung etwas gewagt.

(Goetz [FDP]: 6,5 %!)

In der Begründung werden am Ende die sächliche Ausstattung

und die bauliche Situation als Stellschrauben genannt. Was genau das Problem dabei ist und wie die Ertüchtigung aussehen sollte, wird nicht einmal angedeutet. Als Landesregierung wäre ich ziemlich ratlos, was für ein Konzept Sie von mir haben wollen. Und da ich das als Mitglied einer Oppositionsfraktion auch nicht weiß, können wir Ihrem Antrag so nicht zustimmen.

(Beifall B90/GRÜNE, DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Nonnemacher. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Holzschuher, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Holzschuher:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es wäre für uns in der Tat sehr schwer, einen solchen Beschluss, sollte er wider Erwarten gefasst werden, umzusetzen. „Ertüchtigen“ muss man die Fachhochschule nicht, sie ist schon sehr, sehr gut aufgestellt. Sie präsentiert sich auch im bundesweiten Vergleich als gute, starke Fachhochschule der Polizei. Wir setzen alles daran, dass das so bleibt.

Wir haben auch gezeigt, dass wir sie weiterentwickeln. Dies geschieht nicht nur dadurch, dass wir neue Professorenstellen schaffen und neue Aspekte in die Ausbildung einfügen, sondern auch dadurch, dass wir die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter deutlich erhöht haben. Die Zielzahl 275 muss haushaltstechnisch noch untersetzt werden - das hat schon jemand in der Debatte gesagt -, weil der von Ihnen beschlossene und auch für die Landesregierung verbindliche Haushaltsplan diese Zielzahl noch nicht vorsieht. Die Beratungen laufen derzeit, können aber noch nicht zum Abschluss geführt werden, da es das souveräne Recht des neuen Landtages ist, nach der Landtagswahl über die Haushaltsdaten zu befinden. Dazu gehört natürlich die Zahl der Stellen, auch die der Anwärterinnen und Anwärter an der Fachhochschule. Ich hoffe, dass sich jedenfalls die Zielzahl von 275 in dem Haushaltsplan wiederfinden wird. Alles Weitere ist auch eine Frage der Evaluation, von der heute schon die Rede gewesen ist. 275 - das wird die höchste Zahl an Anwärterinnen und Anwärtern seit 1995, also seit 20 Jahren sein; damals hatten wir zum letzten Mal so viele.

Sie erinnern sich vielleicht: Der Abgeordnete Ziel stand damals, in einer absolut schwierigen Phase, in der Verantwortung für diese Fachhochschule, aber nicht nur dafür, sondern auch für die Innenpolitik in unserem Land insgesamt. Wenn wir heute von Problemen reden, dann sollten wir bedenken, wie schwierig in den 90er-Jahren die Sicherheitslage im Land war. Das waren tatsächlich Probleme. Man muss heute den höchsten Respekt davor haben, dass sie gelöst worden sind.

Ich habe höchsten Respekt vor der Leistung des Abgeordneten - meines Vorgängers - Alwin Ziel. Das darf man sicherlich zum Abschluss der heutigen Debatte sagen. Vielen Dank für das, was du für das Land getan hast!

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie vereinzelt CDU und Beifall der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Holzschuher. - Das Wort erhält noch einmal die einbringende Fraktion. Herr Abgeordneter Goetz, bitte.

Goetz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Woher die Zahl 300 kommt, ist ganz einfach: Sie kommt von der Gewerkschaft der Polizei. Dort oben auf der Besuchertribüne sitzen deren Vertreter. Das ist deren Zahl. Wir brauchen in dieser Größenordnung Beamtinnen und Beamte, um die innere Sicherheit in Brandenburg dauerhaft gewährleisten zu können.

Natürlich war mir völlig klar, dass die Regierungskoalition auch beim letzten Sachantrag dieser Wahlperiode nicht über ihren Schatten springen kann. Das ist auch nicht anders erwartet worden. Nötig war dieser Antrag trotzdem. Das Konzept müsste bis Ende August problemlos vorzulegen sein, weil es längst da sein müsste, wenn die Ankündigung, 275 Anwärter für dieses Jahr und die Folgejahre vorzusehen, ernst gemeint war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen, ich habe in den vergangenen fünf Jahren sämtliche Wachen und Reviere besucht.

(Beifall DIE LINKE und der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Einige habe ich nur einmal besucht; das mag so gewesen sein. Den Standort Babelsberg gibt es nicht mehr, das Revier kann man nicht mehr besuchen. Die meisten Wachen und Reviere habe ich zweimal besucht, manche auch viel öfter. Ich war beim SEK und beim MEK. Ich habe alle Hundertschaften besucht. Ich war beim ZDPol, beim LKA - und natürlich an der Fachhochschule der Polizei. 160, 170 Besuche müssten es gewesen sein, vielleicht auch ein paar mehr. Das macht aber nichts.

Was ich von den Kollegen zur inneren Sicherheit in Brandenburg stets überall zu hören bekam, war - kurz zusammengefasst -: Mach dir keine Sorgen, wir haben hier alles im Griff - solange nichts passiert!

(Lachen bei der CDU)

Genauso ist die Situation im Land Brandenburg, so sieht es gegenwärtig aus. Wir haben massive Motivationsprobleme. Auch das hört man bei den Beamten: dass viele mit großem Enthusiasmus und viel Idealismus ihren Beruf ergriffen haben, Polizeibeamte geworden sind, es ihnen aber von diesem Land verdammt noch mal sehr schwer gemacht wird, sich diesen Idealismus zu erhalten und ihren Dienst entsprechend fortzuführen.

Inzwischen haben wir die Situation, dass eine große Anzahl von Beamten mehr oder weniger auf den Ruhestand wartet. Die im vorigen Jahr eingeführte Erhöhung der Lebensarbeitszeit ist bei vielen deshalb auf Widerstand gestoßen, denn viele haben sich auf ihren Ruhestand gefreut, weil sie die Ausübung

ihres Dienstes angesichts der Verhältnisse in der Brandenburger Polizei so nicht mehr ertragen wollen.

(Unruhe bei der SPD)

Das ist gegenwärtig für dieses Land Brandenburg auch festzustellen. Natürlich gehört es dazu, dass man den Beamten, die ihren Dienst trotzdem weiter versehen, bei der Gelegenheit auch dankt und sagt: Ja, es ist ein toller, verantwortungsvoller Job. - Ich wünsche weiterhin viel Erfolg bei der Ausübung dieses Jobs - das in jedem Fall -, wünsche aber auch, dass die Landesregierung, dieser Landtag es ihnen leichter macht, diesen Job auch tatsächlich wahrzunehmen, und sie sich nicht wegen Überlastung im Grunde in die Krankheit flüchten müssen, wie es in Teilen bereits feststellbar ist, weil man den Anforderungen, die gegenwärtig an sie gestellt werden, nicht mehr gewachsen sein kann.

Wenn wir sagen, die Beamten machen einen tollen Job und leisten viel, dann möchte ich - wenn ich schon einmal dabei bin - noch ein Wort an diesen Landtag richten:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Die Landesregierung bestellt sich bei Ihnen irgendwelche Anträge - und brav wird von Rot-Rot geliefert. Das heißt, die Landesregierung wünscht sich, was Sie beantragen mögen, das die Landesregierung hinterher tun soll.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Wovon träumen Sie? Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Seien Sie doch bitte etwas selbstbewusster!

(Beifall FDP und CDU - Domres [DIE LINKE]: Keine Ahnung!))

Was im Land Brandenburg geschieht, das entscheiden wir hier als Abgeordnete in diesem Landtag. Das ist unsere Verantwortung.

(Beifall FDP und der Abgeordneten Niels [B90/GRÜNE])

Und die Damen und Herren hier links und rechts von der Landesregierung dürfen dabei gern zuschauen und hinterher ausführen, was wir als Landtag dieses Landes Brandenburg ihnen aufgetragen haben. Das sind die Verhältnisse in diesem Land. Sie haben das völlig umgekehrt. Das kann doch nicht der Ansatz sein, mit dem wir hier arbeiten.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, das ist auch meine letzte Rede - das ist auch der letzte Tagesordnungspunkt mit Sachantrag -, daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihnen auch zu bedanken. Ich habe tatsächlich über die fünf Jahre in allen Fraktionen - nicht nur in der eigenen - Kollegen kennengelernt, mit denen man gut und vertrauensvoll zusammenarbeiten kann. Ich habe auch andere kennengelernt, tatsächlich aber auch in allen Fraktionen auch immer wieder Einzelne, von denen man sagen kann: Da ist eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich, da wird sachlich fundiert gearbeitet. Das beginnt bei

Ursula Nonnemacher, auch wenn sie den Antrag jetzt nicht so schön findet, und setzt sich über den Kollegen Jürgen Marresch fort. Der Unterschied zwischen den Grünen und den Roten ist übrigens: Die Kollegin, die sachlich und fundiert arbeitet, mit der man gut zusammenarbeiten kann, ist bei den Grünen jetzt Spitzenkandidatin. Der Kollege bei den Linken, mit dem man das kann, wird im nächsten Landtag nicht mehr vertreten sein.

(Beifall FDP und CDU)

Auch das sei ganz im Rande erwähnt. Das betrifft auch Kollegen bei der SPD, bei der CDU und in der eigenen Fraktion - auch da selbstverständlich, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen.

Und wenn man dieses Verhältnis schon so vorfindet, schaut man nicht nur zurück, sondern auch nach vorn und wünscht sich für das nächste Mal einen stärkeren Landtag, der auch seine Verantwortung im Bereich der inneren Sicherheit entsprechend wahrnimmt.

Das Thema wird uns weiter begleiten. Die Landesregierung hat die Evaluierung dieser Polizeistrukturenreform für diesen Landtag, für diese Wahlperiode verweigert. Natürlich war 2009, 2010 - als wir anfangen - klar, dass, wenn 2014 evaluiert wird, es in diesem Landtag, in dieser Wahlperiode passieren soll, damit die, die die Strukturreform begleitet haben, sich auch damit befassen können. Das tun Sie nicht, Sie verschieben es auf die nächste Wahlperiode,

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Sie wissen doch, dass wir die Zahlen genannt haben! Sie wissen das doch!)

in der Hoffnung, dass manche Leute nicht mehr dabei sind, dass manches in Vergessenheit geraten ist, sodass leichter mit dieser Evaluierung umgegangen werden kann. Auch das ist ein Grund, solche Anträge, wie wir sie heute auf der Tagesordnung haben, zu stellen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, danke ich Ihnen für die Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren, freue mich auf ihre Fortsetzung in den nächsten fünf Jahren - selbstverständlich auch das -, wünsche Ihnen für die bevorstehende Zeit - für den Wahlkampf wie auch für die Ferien - alles Gute. Und wenn Sie schon im Wahlkampf sind, habe ich noch eine Bitte an Sie: Vergessen Sie mir meine Brandenburger Polizeibeamten nicht! - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP, CDU und B90/GRÜNE - Oh! bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Goetz.

Wir sind am Ende der Aussprache angelangt. Ich komme zur Abstimmung. Es liegt der Antrag auf Drucksache 5/9229 der FDP-Fraktion „Fachhochschule der Polizei stärken - jährlich 300 Anwärter aufnehmen!“ vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10 und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung

(gemäß Beschluss des Landtages vom 25.03.2010 - Drs. 5/632-B)

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 5/9177

Es wurde vereinbart, dass der Präsident des Landtages einen Redebeitrag hält und ansonsten auf die Debatte verzichtet wird. Ich erteile dem Präsidenten - Gunter Fritsch - das Wort.

Präsident Fritsch:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir heute aus drei Gründen, noch einmal das Wort zu ergreifen:

Erstens. Die Arbeit des Toleranten Brandenburgs ist inzwischen ein Aushängeschild unseres Landes geworden.

(Allgemeiner Beifall)

Sie liegt mir sehr am Herzen.

Zweitens. Wir befinden uns am Ende dieser Wahlperiode, und das ist eine gute Gelegenheit, ein wenig Rückblick auf unsere Arbeit zu halten.

Drittens nutze ich auch sehr gern die Gelegenheit, um mich in die neue und immer größer werdende Fraktion derer einzureihen, die ihre letzte Rede in diesem Landtag halten.

Vielen Dank allen Fraktionen, dass ich auch in ihrem Namen sprechen darf:

Das Land Brandenburg hat im Kampf gegen den Rechtsextremismus große Erfolge zu verzeichnen. Vor 17 Jahren haben wir begonnen, uns dieser Thematik offensiv zu stellen. Die Arbeit des 1997 gegründeten landesweiten „Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, das übrigens gerade überlegt, ob es sich nicht eine neue Bezeichnung geben sollte, da die derzeitige etwas sperrig wirkt, und die Umsetzung des vor 16 Jahren beschlossenen Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung haben durchaus Früchte getragen.

Unter aktiver Beteiligung des Landtages Brandenburg gelang es zum Beispiel, zum Volkstrauertag am 18.11.2006 in Halbe und Seelow rund 10 000 Bürgerinnen und Bürger gegen einen geplanten Aufmarsch von Rechtsextremen zu mobilisieren. Das hat Schule gemacht. Bis in die kleinste Gemeinde sind fast über die gesamte Fläche des Landes regionale Bündnisse als Mitglieder des landesweiten Aktionsbündnisses entstanden, insgesamt nunmehr 67. Das „Tolerante Brandenburg“ selbst arbeitet mit 36 Institutionen im Land zusammen. Die Strategie des offenen Umgangs mit diesem Thema und nicht des Verschweigens ist aufgegangen.

Mit Beschluss vom 25. März 2010 „Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“ hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, jährlich einen Bericht zur Umsetzung des Handlungskonzepts vorzulegen. Nunmehr liegt der fünfte und damit letzte Bericht dieser Wahlperiode vor. Und eine Evaluierung des Konzepts - auch von der Enquetekommission 5/2 erbeten - liegt zusammen mit diesem fünften Bericht in Form einer wissenschaftlichen Expertise des Erziehungswissenschaftlers Prof. Schubert, des Humangeographen Dr. Wolfes und des Politikwissenschaftlers Dr. Kohlstruck vor. Diese stellen dem Handlungskonzept des TBB Bestnoten aus und geben einen Ausblick mit interessanten Handlungsempfehlungen, die von Landesregierung und Landtag in der nächsten Legislaturperiode auszuwerten sind.

Toleranz als Standortvorteil für das Land Brandenburg lautet ein Fazit. Dieser Standort - einst Schloss, jetzt moderner Landtag - ist durchaus mit dem Wort Toleranz in Verbindung zu bringen. Bereits 1685 erließ der Große Kurfürst im Stadtschloss das Potsdamer Toleranzedikt. Toleranz lautet auch eine der von den hier einst residierenden Königen geprägten preußischen Tugenden. Davon hat das Land in der Vergangenheit stets profitiert.

Die Trockenlegung des Oderbruchs durch niederländische Bauingenieure, seine Besiedlung durch Hugenotten mit den noch heute existierenden Orten Vevais, Croustillier, Beauregard - was übrigens „schöner Rückblick“ heißt - zeugen vom Nutzen dieser Offenheit für unsere Region.

Das Holländische Viertel, die Alexandrowka in Potsdam sind weitere Beispiele.

Toleranz und Tourismus gehören auch zusammen. Anfang der 90er-Jahre hatten wir das Prädikat „No-go-Area“ für Ausländer.

In der Expertise wurde auch die gute Netzwerkarbeit gelobt und Brandenburg eine Vorreiterrolle mit diesem funktionierenden Frühwarnsystem bescheinigt: Die „Koordinierungsstelle“, die „Mobilen Beratungsteams“ und die „RAAs“ bilden zusammen die drei tragenden Säulen des „Toleranten Brandenburg“. Damit sind feste strukturelle Grundlagen vorhanden, um den neuen Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erfolgreich begegnen zu können.

Die Aktivitäten zur „Demokratieentwicklung“ als ein eigenständiges Ziel des Handlungskonzeptes wurden als bundesweit vorbildlich eingeschätzt, was wie ein Markenzeichen zu einer brandenburgischen Landesidentität beiträgt. Eine stabile Demokratie unterscheidet uns von manchen Ländern auf dieser Erde. Sie beruht auf der Ablehnung jeder Art von Extremismus, ganz gleich, ob von rechts oder links oder religiös motiviert.

Deshalb möchte ich heute auch die Gelegenheit nutzen, um Danke zu sagen: Großer Dank an alle Beteiligten im landesweiten Beratungsnetzwerk.

(Allgemeiner Beifall)

Dieses Netzwerk ist inzwischen groß: Neben dem landesweiten Aktionsbündnis, dem RAA, MBT sind vor allem die Sportjugend, die Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung, die

„Opferperspektive“ und jedes noch so kleine Bündnis zu nennen.

Danke den Akteuren in den Verwaltungen und der Landeszentrale für Politische Bildung. Ein wichtiges Ziel ist es, die nachwachsende Generation gegen rechtsextreme Verführungen zu immunisieren.

(Allgemeiner Beifall)

Zahlreiche Schülerprojekte laufen bei uns im Landtag erfolgreich. Ich erinnere an die Schülerzeitungsredakteure, das europäische Jugendparlament, die „Tage der Demokratie“, die Juniorwahlen, das „Mobile Schülerstudio“ im Havelland, Musikwettbewerbe, sämtliche Aktionen für Vielfalt und Toleranz im ganzen Land.

Mein besonderer Dank geht von hier aus an alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die sich in ihrem täglichen Leben Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenstellen, sei es auf der Arbeit, im Verein oder in der Familie.

Diese Phänomene sind aber nicht nur am rechtsextremen Rand der Gesellschaft, sondern auch in der Mitte unserer Gesellschaft anzufinden: Im „Sozialreport 2014“ der „Volkssolidarität“ ist nachzulesen, dass 34 % der Befragten meinten, Ausländer verstärkten die sozialen Probleme bei uns um Land. 63 % der Befragten meinten sogar, dass sich Ausländer viel mehr an uns anpassen müssten.

Als Ergebnis ist festzustellen, dass sowohl das 1997 gegründete landesweite Aktionsbündnis als auch das 1998 beschlossene Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ eine Erfolgsgeschichte sind, auf die wir im Land Brandenburg stolz sein können.

Doch haben die neue Landesregierung und das neu gewählte Parlament andererseits auch keinen Grund, sich beruhigt zurückzulehnen, sondern müssen den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen. Denn das ist eine Daueraufgabe.

(Beifall SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE, FDP sowie vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, in dieser nun zu Ende gehenden Wahlperiode haben wir alle wichtige Arbeit geleistet. Meine Prognose am Anfang der 5. Wahlperiode, dass der Landtag bunter, die Reden lebhafter und kreativer werden, hat sich bewahrheitet.

Anders als in den letzten drei Wahlperioden fanden sich eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten, wie die Änderung der Geschäftsordnung, wonach die Ausschüsse künftig öffentlich tagen, und die Einsetzung der „Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“, die einstimmig von diesem Landtag gewählt wurde.

Es war keine Seltenheit, dass Anträge fraktionsübergreifend eingebracht und verabschiedet worden sind. Wenn es um die Belange unserer Bürger ging, konnten Sie auf politische Ränkespiele durchaus auch einmal verzichten und der Landesregierung gegenüber deutlich machen, was wir von ihr erwarten. Ein neues Selbstbewusstsein kann ich den Abgeordneten dieser Legislaturperiode in dieser Frage bescheinigen, auch wenn diese

Gemeinsamkeiten in Wahlkampfzeiten etwas leiden. Das liegt wohl in der Natur der Sache. Ich hoffe aber sehr, dass das ab Oktober wieder besser wird.

Ich freue mich sehr, dass wir die Arbeit des „Toleranten Brandenburg“ mit zwei wichtigen Verfassungsänderungen unterstützen konnten. Diese kamen direkt aus der Mitte des Parlamentes: die Absenkung der Wahlaltersgrenze auf 16 Jahre und die Antirassismus-Novelle. Damit haben wir uns als Parlament einmütig zum Rahmenbeschluss des Rates der EU von 2008 bekannt, in dem es heißt:

„Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stellen unmittelbare Verstöße gegen die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit dar, auf die sich die Europäische Union gründet und die allen Mitgliedstaaten gemeinsam sind.“

Abschließend möchte ich noch meine Freude über den Einzug in dieses Gebäude zum Ausdruck bringen. Täglich besuchen uns 600 bis 1 000 Menschen, etwa 3 000 bis 4 000 pro Woche.

Nach 22 Jahren einer provisorischen Unterbringung der Abgeordneten freue ich mich besonders, dass ich als Landtagspräsident diesen Umzug in das neue Dienstgebäude noch miterleben konnte. Nun arbeiten wir in dem derzeit modernsten Landtagsgebäude in einer historischen Hülle und sind mit dem Standort im wahrsten Sinne des Wortes deutlich näher an die Bürger herangerückt.

(Allgemeiner Beifall)

Danke an Herrn Minister Dr. Markov, der nach einer nur dreieinhalbjährigen Bauzeit das Haus am 10. Oktober 2013 an mich übergeben hat. Ich hoffe sehr, dass sich auch in der Öffentlichkeit der Begriff „Landtagsschloss“ durchsetzen wird. Denn wir sind für das ganze Land da.

Ein letzter Appell: Unterstützen Sie weiterhin die Arbeit des „Toleranten Brandenburgs“ und seine Jugendarbeit. Sagen Sie der Zivilgesellschaft Danke und helfen Sie dabei, dass unsere vielen kleinen Bündnisse in der Fläche des Landes ihre wichtige Arbeit im Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht aufgeben und auch in Regionen entstehen, in denen sie noch fehlen. Motivieren Sie die Bürgerinnen und Bürger zur Wahl des neuen Landtages. Rufen Sie sie auf zu einer Wahl für Demokratie und Toleranz.

Mein größter Wunsch ist es, dass nach der Wahl - nach dem 14. September - dieser schöne Plenarsaal so weiß bleibt, wie er ist. Ich werde es kontrollieren kommen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zwei, drei Abschiedsworte darf ich auch noch sagen: Ich habe jetzt 25 Jahre Politik hinter mir. Das reicht. Ich habe es genossen. Ich werde Sie alle sehr vermissen.

(Oh! bei der SPD)

Aber ich sage Ihnen auch: Ich habe schon Schlimmeres im Leben erlebt. - Danke.

(Anhaltender allgemeiner Beifall - Alle anwesenden Abgeordneten im Plenarsaal erheben sich. Präsident Fritsch tritt in die Mitte des Plenarsaals. Eine Vielzahl von Abgeordneten kommt auf ihn zu, gratuliert Präsident Fritsch, verabschiedet ihn und überreicht ihm Geschenke und Blumen.)

Vizepräsidentin Große:

Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Gunter Fritsch! Ich gestatte mir, im Namen der Abgeordneten - die es dir jetzt alle noch einmal selbst sagen wollen - auch von dieser Stelle aus herzlichen Dank für 25 Jahre politisches Engagement in diesem Land zu sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist heute noch nicht die Zeit, eine große Abschiedsrede zu halten, denn du bist und bleibst Präsident bis zu dem Tag, an dem ein neuer Präsident gewählt wird.

(Präsident Fritsch: Also seht euch vor! - Allgemeine Heiterkeit)

Ich möchte dennoch sagen, dass du in beispielhafter Weise die Demokratie in diesem Land gestärkt, den Landtag souverän geleitet, ihn nach außen repräsentiert hast in den Gremien, denen du angehörtest, die außerhalb unseres Landes lagen, und auch in den Gremien, die du in unserem Lande geleitet hast, wie die Kriegsgräberfürsorge.

Ich möchte dir sehr herzlich für deinen feinsinnigen Humor danken, mit dem du manche schwierige Situation umschiffst hast, für deine stringente Art und Weise, Abgeordnete - auch der eigenen Fraktion und auch der befreundeten Fraktionen - zurechtzuweisen in einer Art, dass auch hinterher noch miteinander gesprochen werden konnte

(Dombrowski [CDU]: Die Minister nicht zu vergessen!)

- einschließlich der Minister der die Regierung stellenden Fraktionen.

Ich möchte dir auch dafür danken, dass du es ermöglichst hast, diesen Landtag hier an dieser Stelle zu bauen. Das ist ja auch maßgeblich auf dein Betreiben passiert. Und ich denke, dass wir alles in allem und auch mit dem Blick darauf, dass in der Arbeit auch Reibungen entstehen und diverse Konflikte miteinander bestritten werden mussten, so auseinandergehen können, dass wir dir eine robuste Gesundheit wünschen. Du hast jetzt sehr viel mehr Zeit, deinem Hobby nachzugehen, nämlich die Berge zu besteigen in Form des - hoffentlich - Nicht-mehr-Kletterns, sondern Nur-noch-Wanderns.

Ich wünsche dir eine sehr, sehr gute Zeit, die dann nach diesem 14. September kommt, in der wir uns sehr, sehr wahrscheinlich

noch an diversen Orten begegnen werden. Herzlichen Dank von uns allen!

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Jetzt erst schließe ich Tagesordnungspunkt 11 und die heutige Sitzung und wünsche Ihnen eine kurze sonnige Verschnaufpau-

se und einen fairen Wahlkampf voller fantasievoller Aktionen, bei denen wir uns sicher auch begegnen werden.

Kommen Sie heute gut nach Hause und kommen Sie gut über den Sommer!

Ende der Sitzung: 17.38 Uhr

Anlagen

Gefasste Beschlüsse

Zweiter Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (Berichtszeitraum: 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2013)

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 97. Sitzung am 27. Juni 2014 zum TOP 2 folgenden Beschluss gefasst:

„Mit der Schaffung der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Bewältigung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Wahl von Frau Ulrike Poppe hat der Landtag im Jahr 2009 eine Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen geschaffen, die von der Verfolgung zur Zeit der sowjetischen Besatzungszone und der DDR unmittelbar und mittelbar betroffen waren. Die Landesbeauftragte nimmt darüber hinaus Aufgaben nach dem Stasi-Unterlagengesetz wahr, berät die öffentlichen Stellen des Landes und unterstützt bei der öffentlichen Auseinandersetzung mit Wirkungsweisen diktatorischer Herrschaftsformen, insbesondere in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR.

Seit 2012 berät und unterstützt die Landesbeauftragte auch ehemalige Heimkinder in der DDR, denen Unrecht und Leid während ihrer Heimunterbringung zugefügt wurde.

Mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht gemäß § 4 des Brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes gibt die Landesbeauftragte einen umfassenden Überblick über die Arbeit ihrer Behörde in den letzten zwei Jahren.

Der Landtag würdigt die bisher geleistete Arbeit der Landesbeauftragten. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Arbeit der Landesbeauftragten weiter zu unterstützen, und nimmt den Bericht zur Kenntnis.“

Tätigkeitsbericht des Sonderausschusses BER

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 97. Sitzung am 27. Juni 2014 zum TOP 3 folgende Entschließung angenommen:

„Transparenz herstellen, BER vollenden, Schallschutz verwirklichen

I. Zur Arbeit des Sonderausschusses

- a) Gemäß Einsetzungsbeschluss dient der Sonderausschuss BER „der Zusammenführung der Beratungen zum Thema BER im Landtag Brandenburg, die bisher zu einzelnen Fachfragen in den jeweils zuständigen Fachausschüssen durchgeführt werden. Damit kann der Sonderausschuss einen maßgeblichen Beitrag zur künftigen Verbesserung der Qualität der Information des Landtages leisten“. Außerdem sollte er seine Arbeit aktiv nach vorn auf das Gelingen des Projektes ausrichten. Damit war die Erwartung verbunden, dass der Sonderausschuss einen maßgeblichen Beitrag zur künftigen Verbesserung der Qualität der Information des Landtages leistet.

- b) Es ist gelungen, die Beratungen zum BER, die bisher zu einzelnen Fachfragen in den jeweils zuständigen Fachausschüssen durchgeführt wurden, zusammenzuführen. Es hat sich grundsätzlich bewährt, die Sitzungen des Ausschusses an die Sitzungen des Aufsichtsrates zu koppeln, auch wenn dadurch im Vorfeld eine hohe mediale Aufmerksamkeit zu verzeichnen war, die regelmäßig für Klärungsbedarf sorgte. Ebenso hat es sich bewährt, den Ausschuss nicht vergangenheitsbezogen als Untersuchungsausschuss, sondern gegenwarts- und zukunftsbezogen als Begleitausschuss anzulegen. So war es dem Ausschuss auch möglich, eigene Themen zu setzen, zum Beispiel zum Brand- und Katastrophenschutz oder zum Rettungsdienst, und sich bei Vor-Ort-Terminen Informationen aus erster Hand zu beschaffen.
- c) Die ihm zugedachte Funktion der Bündelung hat der Sonderausschuss erfüllt. Die Arbeit des Sonderausschusses fand ihre Grenze durch sich häufig ändernde Planungsstände, weswegen sich die Erwartungen verbesserter Transparenz nur zum Teil erfüllt haben. Die Sitzungen waren von Wortbeiträgen der Geschäftsführung und von Aufsichtsratsmitgliedern geprägt, ohne dass insbesondere die Geschäftsführung für die erforderliche Transparenz bei Kernthemen gesorgt hat. Stattdessen wurden von der Geschäftsführung Themen aufgeworfen, die viel Kapazität des Ausschusses gebunden haben, ohne zur Transparenz beizutragen oder die Gesamteinbetriebnahme voranzubringen (Offenhalten von Tegel, Testbetrieb Nordpier).

II. Zum Baufortschritt

- a) Der Landtag stellt fest, dass sich der Nordpier den Angaben der FBB zufolge derzeit im Abnahmeprozess durch die zuständige Baubehörde befindet. Auch andere Gebäude des Flughafens, zum Beispiel das Frachtzentrum, konnten in Betrieb genommen werden.
- b) Weiterhin stellt der Landtag fest, dass eine Bestandsaufnahme in Bezug auf Mängel und Stand des Bauvorhabens erfolgte. Mit dieser Bestandsaufnahme, mit der Auftragserweiterung für Siemens, mit der Aufteilung der Entrauchungsanlage in einzelne Abschnitte und dem Umbau der Sprinkleranlage, schließlich auch mit der verbesserten Kommunikation mit dem Bauordnungsamt des Landkreises Dahme-Spreewald wurden zumindest einige der wesentlichen Voraussetzungen für die Fertigstellung geschaffen. Andererseits konnte die FBB keine signifikanten Fortschritte bei der Erstellung der Entrauchungsmatrix und der Kabeltrassenanierung darstellen.
- c) Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die FBB bislang nicht in der Lage war, einen Fertigstellungstermin zu nennen. Er stellt fest, dass die Informationspolitik der FBB im Allgemeinen nur bedingt geeignet war, Transparenz über den Baufortschritt herzustellen. Eine umfassende Beschreibung der Ist-Situ-

ation des Bauprojektes BER liegt bislang ebenso wenig vor wie ein Konzept zur Gesamtinbetriebnahme.

III. Zur Finanzplanung

Eine valide Finanzplanung für die Zeit bis zur Inbetriebnahme des BER liegt nicht vor. Auch wenn die Liquidität für das laufende Jahr 2014 abgesichert ist, bleibt die Vorlage eines solchen Plans eine der vordringlichen Aufgaben der FBB.

IV. Zur Umsetzung des Schallschutzprogramms

- a) Mit dem OVG-Urteil vom 25. April 2013, den dazu ergangenen Vollzugshinweisen sowie der Nichtzulassung der Revision herrscht nun Rechtssicherheit beim Schallschutz. In der Folge konnte die FBB im Sonderausschuss darlegen, mit welchen Maßnahmen sie die bauliche Umsetzung des Schallschutzes vornehmen will und wie der jeweilige Bearbeitungsstand ist.
- b) Leider ist es bislang nicht gelungen, in nennenswertem Umfang baulichen Schallschutz zu verwirklichen. Die Umsetzung wird immer wieder zurückgeworfen, zuletzt durch die nicht nachvollziehbare Unkenntnis der FBB über die Anwendbarkeit der DIN 1946-6 (Lüftung von Wohnungen).

V. Schlussfolgerungen

- a) Der Landtag fordert von der FBB
 - (1) Konzentration auf Fertigstellung und Gesamtinbetriebnahme des BER; er erwartet, dass alle hierfür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt werden und schnellstmöglich ein belastbarer Eröffnungstermin genannt wird;
 - (2) die zügige und großzügige Umsetzung des Schallschutzprogramms unter Beachtung des OVG-Urteils vom 25. April 2013 und der dazu ergangenen Vollzugshinweise der LuBB; nur mit funktionstüchtigem Schallschutz darf der BER eröffnet werden;
 - (3) die schnellstmögliche Vorlage eines Finanzkonzeptes zur Gesamtinbetriebnahme; dabei ist eine auskömmliche Finanzierung des Schallschutzprogramms zu gewährleisten.
- b) Der Landtag fordert von der FBB mehr Transparenz in allen Bereichen. Die dargereichten Informationen waren oft unsystematisch, unvollständig und nur durch Nachfrage erhältlich. Zukünftig muss es klare Aussagen zur Finanzierung, zum Bauablauf und Baufortschritt, zur geplanten Fertigstellung, zum Lärmschutz und zur Einbeziehung der Anrainerkommunen geben.
- c) Der Landtag schlägt vor, die Berichterstattung zum Baufortschritt zukünftig stärker zu segmentieren, um Entwicklungen zuzuordnen und bewerten zu können.

nen. Die Segmentierung kann anhand von Gewerken, Bauabschnitten, definierten Problemstellungen etc. erfolgen.

- d) Der Landtag empfiehlt, dass die in Ausschusssitzungen mündlich gegebenen Informationen binnen Wochenfrist schriftlich aufbereitet und den Ausschussmitgliedern zugeleitet werden. Dabei sollen offen gebliebene Fragen - soweit möglich - beantwortet werden. Wo eine Beantwortung von Fragen noch nicht möglich ist, sollen die fehlenden Voraussetzungen benannt und die Beantwortung zeitlich eingeordnet werden.
- e) Der Landtag fordert von der FBB in allen relevanten Schallschutzfragen eine offene, kontinuierliche Kommunikation mit den Anwohnern. Dies schließt auch jene Anwohner mit ein, denen wegen der „30%-Regel“ gemäß Planfeststellungsbeschluss eine Entschädigung zu zahlen ist. Ziel sollte es sein, dass sich auch diese Anwohner für baulichen Schallschutz entscheiden.
- f) Der Landtag stellt fest, dass der Ansatz, auf dem Verhandlungsweg für mehr Nachtruhe einzutreten, dem ursprünglichen Anliegen des erfolgreichen Volksbegehrens entspricht und auch in der Sache richtig ist. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, diesen Weg weiterzugehen. Der Landtag fordert den Bund und das Land Berlin auf, dieses Brandenburger Kernanliegen endlich ernst zu nehmen und gemeinsam für die Umsetzung zu sorgen.
- g) Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Rechtsprechung des BVerwG in Bezug auf die Nachtruhe kodifiziert wird. Es muss für die von unzumutbarem Fluglärm betroffenen Anrainer eine weitergehende Gewährleistung des Schutzes der Kernnacht gegeben sein (in Anlehnung an § 29b LuftVG). Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der staatlichen Schutzpflicht für die menschliche Gesundheit aus dem Grundrecht, insbesondere hier Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes).
- h) Der Landtag wird die Landesregierung auch weiterhin in ihrem Bemühen unterstützen, europa- und deutschlandweit ein einheitliches Nachtflugverbot für Flughäfen zu schaffen. Nur durch eine einheitliche Lösung können die erheblichen wirtschaftlichen Nachteile ausgeglichen werden, die mit einer einseitig für den Flughafen BER geltenden Nachtflugbeschränkung verbunden wären.
- i) Der Landtag Brandenburg bekräftigt seine Forderung nach betrieblichen Maßnahmen zum aktiven Lärmschutz gemäß Landtagsbeschluss 5/6916-B.“

Für Brandenburgs Sicherheit! - Prävention stärken und finanziell fördern

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 97. Sitzung am 27. Juni 2014 zum TOP 9 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Gewährleistung der Sicherheit in allen Regionen Brandenburgs gehört zu den zentralen Aufgaben des freiheitlichen Staates. Nur wenn sich die Menschen in ihrem Alltagsleben sicher fühlen, kann die Gesellschaft lebenswert bleiben. Zukunftsvertrauen und Freiheit setzen Sicherheit voraus.

Bundesweit ist seit einigen Jahren ein Anstieg, insbesondere auf dem Gebiet der Einbruchskriminalität und des grenzüberschreitenden Kfz-Diebstahls, zu verzeichnen. Das beeinflusst das Sicherheitsgefühl der Menschen negativ. Präventive Maßnahmen sind ein wichtiges Element bei der Bekämpfung des Einbruchsdiebstahls.

Deshalb bittet der Landtag die Landesregierung,

1. sich im Rahmen der Innenministerkonferenz sowie im Wege einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass Bundesprogramme zur finanziellen Förderung von Einbruchschutz- und Sicherungsmaßnahmen geschaffen werden,
2. für den Bereich der Präventionsarbeit der Polizei eine personelle Verstärkung von derzeit geplanten 50 auf 120 Stellen vorzunehmen,
3. die Zusammenarbeit mit Berliner und polnischen Einsatz- und Ermittlungskräften sowie mit der Bundespolizei und den benachbarten Bundesländern zu verstärken,
4. die grenzüberschreitenden gemeinsamen Streifen und gemeinsamen operativen Ermittlungsgruppen auszubauen,
5. das Konzept zur kommunalen Kriminalitätsprävention für das gesamte Land Brandenburg weiterzuentwickeln, die Bildung von Sicherheitspartnerschaften insbesondere im ländlichen Raum zu unterstützen und geeignete Maßnahmen zur Aufwertung des Landespräventionsrates, wie die Ernennung eines Präventionsbeauftragten des Landes zu prüfen,
6. die technische Beratung durch die Polizei fortzuführen und in Zusammenarbeit mit den Kommunen weiter zu intensivieren sowie
7. zu prüfen, ob zur Schulung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Bereich der Prävention ein spezieller Lehrgang an der Fachhochschule der Polizei eingerichtet werden sollte.“

Anwesenheitsliste vormittags:

Frau Alter (SPD)
Herr Baer (SPD)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
Herr Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Herr Bommert (CDU)
Herr Bretz (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Büttner (FDP)
Herr Burkardt (CDU)

Herr Domres (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)
Herr Folgart (SPD)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Herr Genilke (CDU)
Frau Geywitz (SPD)
Herr Goetz (FDP)
Frau Gregor-Ness (SPD)
Herr Groß (DIE LINKE)
Frau Große (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau von Halem (B90/GRÜNE)
Frau Heinrich (CDU)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Herr Hoffmann (CDU)
Herr Holzschuher (SPD)
Herr Homeyer (CDU)
Herr Jürgens (DIE LINKE)
Herr Jungclaus (B90/GRÜNE)
Frau Kircheis (SPD)
Herr Körner (DIE LINKE)
Herr Krause (DIE LINKE)
Herr Kretzschmar (DIE LINKE)
Herr Kuhnert (SPD)
Herr Lakenmacher (CDU)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Herr Lipsdorf (FDP)
Frau Dr. Ludwig (CDU)
Herr Ludwig (DIE LINKE)
Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Frau Mächtig (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Herr Müller (DIE LINKE)
Frau Muhß (SPD)
Herr Ness (SPD)
Frau Niels (B90/GRÜNE)
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)
Herr Petke (CDU)
Herr Platzack (SPD)
Herr Pohl (SPD)
Frau Rabinowitsch (DIE LINKE)
Frau Richstein (CDU)
Herr Richter (SPD)
Herr Rupprecht (SPD)
Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
Herr Schippel (SPD)
Herr Senftleben (CDU)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Teuteberg (FDP)
Frau Theiss (SPD)
Herr Tomczak (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Herr Vogel (B90/GRÜNE)
Frau Weber (DIE LINKE)
Herr Wichmann (CDU)
Herr Ziel (SPD)

Anwesenheitsliste nachmittags:

Frau Alter (SPD)
Herr Baer (SPD)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
Herr Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Herr Bommert (CDU)
Herr Bretz (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Büttner (FDP)
Herr Domres (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)
Herr Folgart (SPD)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Herr Genilke (CDU)
Herr Goetz (FDP)
Herr Groß (DIE LINKE)
Frau Große (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau von Halem (B90/GRÜNE)
Frau Heinrich (CDU)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Herr Holzschuher (SPD)
Herr Homeyer (CDU)
Herr Jürgens (DIE LINKE)
Herr Jungclaus (B90/GRÜNE)
Frau Kircheis (SPD)
Herr Krause (DIE LINKE)
Herr Kretzschmar (DIE LINKE)

Herr Lakenmacher (CDU)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Herr Lipsdorf (FDP)
Herr Ludwig (DIE LINKE)
Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Frau Mächtig (DIE LINKE)
Herr Maresch (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Herr Ness (SPD)
Frau Niels (B90/GRÜNE)
Herr Petke (CDU)
Herr Platzeck (SPD)
Herr Pohl (SPD)
Frau Rabinowitsch (DIE LINKE)
Herr Richter (SPD)
Herr Rupprecht (SPD)
Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Herr Schippel (SPD)
Herr Senftleben (CDU)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Tack (DIE LINKE)
Frau Teuteberg (FDP)
Herr Tomczak (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Herr Vogel (B90/GRÜNE)
Frau Weber (DIE LINKE)
Herr Wichmann (CDU)
Herr Ziel (SPD)

